

Chronologie 2010

Dezember 2010

30.12.2010:

Der frühere israelische Staatspräsident Moshe Katzav wird vom Tel Aviver Bezirksgericht wegen Vergewaltigung in zwei Fällen und wegen sexueller Nötigung schuldig gesprochen. Das Strafmaß soll später bekanntgegeben werden. Katzav musste 2007 von seinem Amt zurücktreten.

29.12.2010:

US-Präsident Barack Obama beruft am Senat vorbei Robert Ford zum Botschafter in Syrien. Im Februar 2005 hatte Obamas Amtsvorgänger George W. Bush die diplomatischen Beziehungen zu Damaskus wegen des Verdachts abgebrochen, dass syrische Geheimdienste an der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri am 14. Februar 2005 beteiligt seien. Sollte der Senat nach Rückkehr aus der Winterpause die Berufung nicht nachträglich billigen, muss Ford Ende 2011 nach Washington zurückkehren.

28.12.2010:

Nach Informationen aus dem Bericht der Palästinensischen Autonomieregierung an die Geberländer, aus dem „Haaretz“ zitiert, haben im September 2009 rund 22.000 Palästinenser in jüdischen Siedlungen der Westbank gearbeitet. Seither dürfte ihre Zahl auf 35.000 angestiegen sein; von ihrem Verdienst würden rund 200.000 Palästinenser leben. Um die Arbeitslosigkeit zu mildern, würden Ministerpräsident Salam Fayyad und Arbeitsminister Hassan Libdeh jetzt erwägen, dem Anfang 2010 erlassenen Verbot, in den Siedlungen zu arbeiten,

keine rechtlichen Konsequenzen im Falle der Übertretung zu unterwerfen. Gleichzeitig, so das Blatt, würde die Anordnung mit größerer Intensivität verfolgt, keine Produkte aus den Siedlungen anzukaufen.

Nach einer Umfrage des Instituts „Arab World for Research & Development“ glauben 42,9 Prozent der Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen, dass Widerstand das beste Mittel sei, den Staat Palästina gegen Israel durchzusetzen. 28 Prozent bevorzugen Verhandlungen, und 22 Prozent glauben an den Erfolg einer internationalen Friedenskonferenz.

Nach Angaben des Statistikamtes in Amman ist die Arbeitslosenrate von 12,2 Prozent im Jahr 2009 auf gegenwärtig 11,9 Prozent gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen unter Akademikern liege bei 15,5 Prozent, berichtet die „Jordan Times“.

Im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran wird Ali Akhbar Siadat gehenkt. Ihm wurde vorgeworfen, Geheimdienstinformationen an Israel geliefert zu haben. Ein zweiter Häftling, Ali Saremi, wird ebenfalls durch den Strang hingerichtet, weil er zu der von Ausland aus operierenden Oppositionsgruppe der „Mudjaheddin Khalp“ gehört habe.

27.12.2010:

„Haaretz“ berichtet von einer der Zeitung zugespielten Untersuchung der israelischen Anwaltskammer, welche die unhaltbaren Zustände in den Einzelhaft- und den Sammelzellen der Gefängnisse beschreibt.

26.12.2010:

Vor 170 israelischen Diplomaten bezeichnet Avigdor Lieberman in Jerusalem die Palästinensische Autonomieregierung als illegitim,

weil sie die Parlamentswahlen verschoben hat, und kritisiert Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, weil dieser auf eine Endstatus-Regelung statt auf eine Interim-Vereinbarung mit den Palästinensern zusteure, denn dafür gebe es in der Regierung keine Mehrheit. Außerdem bezichtigt Lieberman den türkischen Ministerpräsidenten Tayyip Erdogan und seinen Außenminister Ahmet Davutoglu der Lüge. Israel werde sich wegen des Todes von neun Türken auf dem Schiff „Mavi Marmara (Blaues Mittelmeer)“ Ende Mai nicht entschuldigen¹. Wenige später lässt Netanyahu milde erklären, dass Lieberman nur seine persönlichen politischen Positionen repräsentiere, wie das jedes andere Kabinettsmitglied tue. Entscheidend für Israel sei allein die Position des Ministerpräsidenten. In einem Fernsehinterview fügt er hinzu: „Jeder weiß, dass die Worte mit Gewicht jene sind, die der Ministerpräsident sagt.“

Vor dem Jahreskongress seiner Nationaldemokratischen Partei (NDP) in Kairo lässt der 82jährige Hosni Mubarak in Anwesenheit seines Sohnes Gamal offen, ob er 2011 noch einmal für das Präsidentenamt kandidieren wird. Die Ansprache Mubaraks wurde mehrfach von lobendem Applaus, von zustimmenden Zurufen und von Gedichtrezitationen unterbrochen. Der siebentägige Kongress steht unter dem Motto „Die Zukunft unserer Kinder sichern“. Bei den Parlamentswahlen am 28. November und 05. Dezember hatte die NDP 408 der 520 Sitze gewonnen.

25.12.2010:

Das Informationsbüro der „Ezzedin al-Qassem“-Brigaden von „ Hamas“ teilt mit, dass seit Anfang 2006 bis jetzt 68 Prozent der Raketen und Geschosse aus dem Gazastreifen nach Israel von ihnen ausgegangen seien. Dabei seien 1363 „Zionisten“ getötet und 6478 verwundet worden.

Arabische Medien berichten, dass die ägyptischen Behörden den Bau mehrerer Beobachtungstürme aus Stahl und Beton in Rafach an der Grenze zum Gazastreifen abgeschlossen haben. Die seit Beginn 2010 in den Boden eingelassenen Stahlwände hätten aber den „Tunnelschmuggel“ nicht verhindern können. Die palästinensische Nachrichtenagentur „Ma'an“ berichtet am 28. Dezember, dass die ägyptischen Behörden große Mengen Waffen einschließlich Raketen sowie Sprengstoff im Sinai gefunden hätten, die für den Gazastreifen bestimmt gewesen seien.

24.12.2010:

Ekuadors Präsident Rafael Correa kündigt die förmliche Anerkennung Palästinas als unabhängigen Staat in den Grenzen von 1967 an. Nach Brasilien, Venezuela, Argentinien und Bolivien ist Ekuador der fünfte südamerikanische Staat mit dieser frühzeitigen Entscheidung. Am 23. Dezember hatte Uruguay eine entsprechende Absichtserklärung verkündet.

Machmud Zahhar, Mitglied der „ Hamas“-Regierung im Gazastreifen, erklärt vor Tausenden Anhängern in Gaza-Stadt, dass die Islamische Widerstandsbewegung die informelle Waffenruhe mit Israel so lange einhalten werde, solange es von israelischer Seite keine Unterdrückungsmaßnahmen und keine Aggressionen gebe. Zahhar räumt damit ein, dass sich der massive Raketenbeschuss in den vergangenen Tagen in den Süden Israels der Kontrolle von „ Hamas“ entzogen hat.

Einige tausend Menschen protestieren im Zentrum Tel Avivs gegen Regierungspläne, im Negev ein großes Auffanglager für Flüchtlinge aus Darfur, dem Süden Sudans und aus Eritrea einzurichten, bevor sie abgeschoben werden. Wenige Tage zuvor hatten sich in Bat Yam, im haTiqva-Viertel Tel Avivs sowie am Zionsplatz in Jerusalem Demonstranten gegen Ausländer und Palästinenser versammelt. Die

Fernsehmoderatorin und Schauspielerin Merav Michaeli macht in „Haaretz“ am 28. Dezember darauf aufmerksam, dass das Phänomen des Rassismus in Israel nicht neu sei, sondern dass nach der Staatsgründung die jüdischen Einwanderer aus Nordafrika darunter zu leiden gehabt hätten. Inzwischen habe der Rassismus weite Teile der Bevölkerung erfasst, die vom Staat sozialpolitisch stark vernachlässigt worden seien und die ihre Wut nunmehr an den Schwächeren wie an den Flüchtlingen auslassen. In den oberen Sozialschichten gebe es einen subtilen Rassismus: Sie bezahlen Putzhilfen aus der unterprivilegierten Schicht und fühlen sich dabei erhaben.

22.12.2010:

Das Auswärtige Amt in Berlin teilt mit, dass die Bundesregierung weitere 1,5 Millionen Euro für die Arbeit des libanesischen Sondergerichtshofs zur Aufklärung des Mordes an dem früheren Staatspräsidenten Rafik Hariri am 14. Februar 2005 zur Verfügung gestellt hat. In den Jahren zwischen 2008 und 2010 seien Beträge von jeweils einer Million Euro genehmigt worden. Einen Tag zuvor, am 21. Dezember, entscheidet die Europäische Kommission, weitere elf Millionen Euro an die Palästinensische Autonomiebehörde für den Aufbau eines demokratischen und lebensfähigen Staates Palästina zu überweisen.

Der Londoner „Guardian“ berichtet von einem Gespräch mit dem Sondergesandten des Nahost-„Quartetts“ Tony Blair in New York, dass dieser die Entscheidung der US-Administration als „Rückschlag“ bezeichnet habe, nicht weiterhin auf ein israelisches Siedlungsbaumoratorium in der Westbank zu dringen.

Der Israel-Korrespondent der „New York Times“ Ethan Bronner berichtet, dass sich seit dem Ende des

Siedlungsbaumoratoriums im September der Bau in den Siedlungen auch in jenen Gegenden der Westbank beschleunigt habe, die im Rahmen einer Zweistaatenregelung nicht zu Israel gehören würden. Bronner zitiert den Siedlungsexperten Dror Etkes, wonach dieser sich nicht erinnern könne, dass der Weiterbau in den vergangenen zehn Jahren so schnell vonstatten gegangen sei. Der Sprecher des „Samaria Regional Council“ für den Norden der Westbank, David Haivri, bestätigt den Bauumfang.

21.12.2010:

Die palästinensische Vertretung bei den Vereinten Nationen unter Leitung von Riyad Mansour legt den Entwurf einer Resolution vor, in der die Weltorganisation aufgerufen wird, die israelischen Siedlungen als illegal und als ein Haupthindernis für eine Friedensregelung zu bezeichnen.

Das in Ramallah ansässige „Palestinian Center for Policy and Research“ teilt mit, dass sich in einer Umfrage zwischen dem 16. und 18. Dezember siebzig Prozent der Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen dafür ausgesprochen haben, dass sich die Autonomieregierung an den Beschluss des Obersten Gerichts halten solle, Kommunalwahlen abzuhalten.

Die Europäische Union vereinbart mit der Palästinensischen Autonomiebehörde die zollfreie Einfuhr von Früchten, Gemüse, Olivenöl und Fischprodukten aus der Westbank und dem Gazastreifen. Die Vereinbarung gilt lediglich für palästinensische Waren. In der Mitteilung fehlt ein Hinweis darauf, ob sie auf Transitwegen über Israel nach Europa kommen werden. Im Jahr 2009 betrug der Wert der palästinensischen landwirtschaftlichen Einfuhren 6,1 Millionen Euro.

20.12.2010:

In einer Meinungsumfrage zwischen dem 16. und 18. Dezember ermittelt das in Ramallah ansässige „Palestinian Center for Policy and Research“, dass sich die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung zu einer Versöhnung zwischen „Fatah“ und „ Hamas“ pessimistisch äußert und alternative Formen der Beziehungen zwischen der Westbank und dem Gazastreifen in Gestalt einer Konföderation oder getrennter Wahlen mit überwältigender Mehrheit ablehnt. Nur 27 Prozent in der Westbank und 19 Prozent im Gazastreifen glauben, dass sie die Autonomieregierung bzw. die „ Hamas“-Regierung, ohne Nachteile zu gewärtigen, kritisieren können. 60 Prozent in der Westbank meinen, dass es so etwas wie Pressefreiheit gibt, und 34 Prozent im Gazastreifen glauben an keine Pressefreiheit. 62 Prozent der Bewohner des Gazastreifens bezeichnen die Verhältnisse in ihrem Gebiet als schlecht oder sehr schlecht. 71 Prozent in der Westbank und 61 Prozent im Gazastreifen sind der Auffassung, dass die öffentlichen Institutionen korrupt sind. Nur 21 Prozent stimmen der Frage zu, ob es das oberste politische Ziel sein müsste, eine religiöse Gesellschaft zu errichten, und 20 Prozent vertreten die Auffassung, dass die Flüchtlinge von 1948 das Recht auf Rückkehr in ihre alte Heimat erhalten sollten. Würden heute Präsidentschaftswahlen stattfinden, würden 56 Prozent Machmud Abbas und 38 Prozent Ismail Haniyeh wählen.

19.12.2010:

Rund hundert Israelis folgen am 19. Dezember der Einladung des palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas zu einem Gespräch in Ramallah. Zu der Gruppe gehören die Spitzen des israelischen Teams der „Genfer Initiative“, Abgeordnete und führende Mitglieder der Arbeitspartei (unter Leitung von Amram Mitzna), von „Kadima“, „Meretz“ (unter Leitung des

Vorsitzenden Chaim Oron) und „Likud“, aus dem Militär- und Sicherheitsapparat sowie von Familien, deren Kinder durch palästinensische Attentäter ums Leben kamen. Außerdem nehmen vier ultraorthodoxe Journalisten aus Israel an dem Treffen teil. Die israelischen Zeitungen berichten überwiegend positiv von dem Treffen. Von palästinensischer Seite sind Repräsentanten der PLO, von „Fatah“, des Teams der „Genfer Initiative“ unter Leitung von Yasser Abed Rabbo anwesend, der gemeinsam mit dem israelischen Team unter Führung von Yossi Beilin Anfang Dezember 2003 einen detaillierten Entwurf für die Zweistaatenregelung vorgelegt hatte. Außerdem nehmen Ministerpräsident Salam Fayyad, Chefdiplomat Saeb Erakat, Nabil Shaath und Hanan Ashrawi teil. In seiner Ansprache verweist Abbas auf die sicherheitspolitischen Ergebnisse der Verhandlungen mit Ministerpräsident Ehud Olmert im Herbst 2008², die durch den Gaza-Krieg im Dezember 2008 / Januar 2009 zunichte gemacht worden seien. Das damalige Einvernehmen, zu dem die Stationierung einer „dritten Partei“, etwa der NATO, auf palästinensischem Territorium vor der Staatsgründung gehört habe, habe die Zustimmung des US-Präsidenten George W. Bush, des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und des jordanischen Königs Abdullah II. gefunden. Außerdem habe die palästinensische Seite die Einladung Bushs angenommen, am 27. Dezember 2008 nach Washington zu kommen, obwohl an diesem Tag der Gaza-Krieg ausbrach und die Delegation allen Grund gehabt hätte, der Einladung nicht zu folgen. Tatsächlich jedoch sei sie von der israelischen Regierung ausgeschlagen worden. Heute habe sich Benjamin Netanyahu für die Siedlungen statt für den Frieden entschieden, bedauert Abbas.

Bei einer Veranstaltung in Rom unter Beteiligung des italienischen Außenministers Franco Frattini beschwerten sich Journalisten aus dem Nahen Osten, dass die Europäische Union nicht genug

unternehme, um den arabisch-israelischen Konflikt einer Lösung näherzubringen.

„Human Rights“ Watch“ beklagt in einem 166 Seiten umfassenden Bericht, dass die israelische Regierung die Entwicklung der Westbank vernachlässige, während sie die jüdischen Siedlungen massiv unterstütze. Der Sprecher des Ministerpräsidenten weist die Vorwürfe als unbegründet zurück und unterstellt den Autoren antiisraelische Vorurteile.

18.12.2010:

Israelische Medien berichten von den Vorbereitungen arabischer Staaten und der Palästinensischen Autonomieregierung, dem UN-Sicherheitsrat eine Resolution mit dem Ziel vorzulegen, die israelische Siedlungspolitik zu verurteilen und die internationale Gemeinschaft aufzufordern, den Export israelischer Waren aus der Westbank mit Sanktionen zu belegen. Die Regierung in Jerusalem befürchte, dass die USA zögern könnten, die Resolution mit ihrem Veto zu verhindern, weil solche Forderungen mit denen Washingtons grundsätzlich übereinstimmen. Im Gegenzug habe das israelische Außenministerium entschieden, keine Details über mögliche Reaktionen der israelischen Politik an die Öffentlichkeit weiterzugeben.

17.12.2010:

Mohamed Bouazizi, ein 26jähriger Obst- und Gemüseverkäufer in der tunesischen Stadt Sidi Bouzid mit 60.000 Einwohnern, wird auf dem Markt von einer Frau vom Ordnungsamt kontrolliert. Als er sich gegen die Beschlagnahme seiner Waage wehrt, wird er geschlagen, und als seine Proteste bei den örtlichen Behörden vergeblich bleiben, zündet er sich an und

verbrennt. Sein Tod bildet den Auftakt der revolutionären Unruhen unter dem Namen „Yasmin-Revolution“ bis Mitte Januar 2011.

Als Mitglied des Nahost-„Quartetts“ verlangt Russland eine Sondersitzung des Gremiums auf Ministerebene angesichts der ausbleibenden Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern.

16.12.2010:

Mehrere internationale Zeitungen melden, dass die Palästinensische Autonomieregierung in den vergangenen Tagen einige Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Schweden und Dänemark sowie die Europäische Union darum gebeten habe, den Staat Palästina mit der Westbank und Gazastreifen anzuerkennen, auch ohne dass ein Friedensabkommen mit Israel erreicht worden sei.

Im Londoner „Guardian“ setzt sich Rachel Shabi mit dem Vorstoß des stellvertretenden israelischen Außenministers Danny Ayalon vom Oktober auseinander, den Status der jüdischen Einwanderer aus den arabischen Staaten mit den Palästinensern gleichzusetzen, die aus Israel im Zuge seiner Staatsgründung vertrieben wurden. Abgesehen davon, dass Ayalon damit die zwangsweise Exilierung der rund 750.000 Araber aus ihrer Heimat anerkennt, macht die Autorin darauf aufmerksam, dass im Gegensatz zur arabischen Fluchtbewegung aus Palästina ein erheblicher Teil der jüdischen Einwanderer freiwillig nach Israel gekommen sei, weil sich der Staat als Heimat der Juden bezeichne. Diese Differenzierung minimiere nicht materielle jüdische Ansprüche, auch wenn nicht alle Juden dafür Israel als ihren Rechtsvertreter anerkennen würden. Würde im übrigen die israelische Regierung das Thema verfolgen, fragt Shabi, wenn es keine palästinensischen Flüchtlinge gäbe³?

15.12.2010:

Das Repräsentantenhaus in Washington verabschiedet einmütig eine Resolution mit der Aufforderung an die US-Administration, die einseitige Ausrufung und Anerkennung eines Staates Palästina im UN-Sicherheitsrat gegebenenfalls mit einem Veto zu blockieren. Die palästinensische Führung solle veranlasst werden, alle Anstrengungen zu unterlassen, den Verhandlungsprozess zu umgehen und Staaten zu bitten, den Staat Palästina nicht anzuerkennen, bevor die Verhandlungen mit Israel abgeschlossen sind⁴. Die jüdisch-amerikanische Friedensorganisation „J-Street“ unter dem Vorsitz von Jeremy Ben-Ami beklagt in einer Erklärung, dass Resolutionen ins Parlament eingebracht würden, ohne dass für ihre Diskussion und gegebenenfalls für Änderungsanträge Zeit eingeräumt werde.

Nach Beratungen der Arabischen Liga teilt ihr Generalsekretär Amr Mussa mit, dass sie die Haltung der Palästinensischen Autonomieregierung unterstütze, die Verhandlungen mit Israel solange auszusetzen, bis die USA ein ernsthaftes Konzept für die Lösung des Konflikts vorgelegt haben.

14.12.2010:

In einem Beitrag für den Londoner „Guardian“ fordern die beiden für „Haaretz“ arbeitenden Journalisten Carlo Strenger und Akiva Eldar, die seit langem die israelische Besatzungspolitik kritisieren, die Palästinensische Autonomiebehörde auf, sich von der Opferrolle zu verabschieden und Entscheidungen zu treffen. Die internationale Unterstützung für einen palästinensischen Staat sei nie größer gewesen, und es sei nur eine Frage der Zeit, bis dieser Staat entlang den Grenzen von 1967 international anerkannt würde. Der Moment sei gekommen, an dem die palästinensische Führung nicht den Fehler von 1947 begehen dürfe, als sie die UN-Teilungsresolution

abgelehnt habe^{*}. Wer jetzt, wie jüngst Chefdiplomat Saeb Erakat, das Recht der palästinensischen Flüchtlinge in den Mittelpunkt rücke, spiele der israelischen Rechten in die Hand: „Wir haben euch doch immer gesagt, dass die Zweistaatenlösung ein palästinensischer Trick ist, um den jüdischen Staat dem Großstaat Palästina einzuverleiben.“

13.12.2010:

Die 27 EU-Außenminister folgen bei ihrem Treffen in Brüssel nicht der Aufforderung zahlreicher hoher ehemaliger Staatsleute mit ihrem 5-Punkte-Programm zur Wiederbelebung der israelisch-palästinensischen Verhandlungen. Stattdessen warnen sie die Palästinensische Autonomieregierung vor einer einseitigen Ausrufung des Staates Palästina, auch wenn sie die Bemühungen von Ministerpräsident Salam Fayyad ausdrücklich würdigen, den Institutionenaufbau voranzutreiben. Die Anerkennung eines souveränen, unabhängigen, demokratischen, zusammenhängenden und lebensfähigen Staates Palästina werde zu gegebener Zeit erfolgen, heißt es in der gemeinsamen Erklärung, welche gleichzeitig die Weigerung Israels kritisiert, das Siedlungsbaumoratorium in der Westbank nicht zu verlängern. Ein Hinweis auf die Siedlungstätigkeit in Ost-Jerusalem fehlt. Die Widerstände gegen ein deutliches Zeichen an die israelische Adresse sollen aus Berlin, Prag und Polen stammen.

Nach einem Bericht der iranischen Nachrichtenagentur hat Präsident Machmud Achmadinedjad am heutigen Tag Außenminister Manucheher Mottaki entlassen. Als Grund wird vermutet, dass Mottaki jüngst mehrfach den Nuklear- und außenpolitischen Kurs des Präsidenten kritisiert hat.

^{*} Tatsächlich jedoch waren die Palästinenser von den Arabischen Staaten nicht in den Entscheidungsprozess einbezogen worden, der am 29.11.1947 mit der UN-Resolution 181 seinen Abschluss fand.

10.12.2010:

In Anwesenheit des palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad und der israelischen Oppositionsführerin Tsipi Livni – Verteidigungsminister Ehud Barak stößt später dazu –, betont US-Außenministerin Hillary Clinton vor dem „Saban Forum für Middle East Policy“ der „Brookings Institution“ in Washington, D.C., dass die Schaffung des Staates Palästina durch Verhandlungen unvermeidlich sei. Zwar betont sie die unverbrüchliche Unterstützung für die Sicherheit des Staates Israel, wiederholt aber, dass sich die Position Washingtons zu den Siedlungen nicht geändert habe: „Wir akzeptieren nicht die Legitimität anhaltender Siedlungsaktivität. Wir glauben, dass ihre ständige Ausweitung nicht nur für die Friedensbemühungen und die Zweistaatenlösung zerstörerisch ist, sondern auch für Israels Zukunft selbst.“ Die Vereinigten Staaten würden kein passiver Teilnehmer bei der Suche nach dem Frieden zwischen beiden Völkern sein. Den Namen von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erwähnt Clinton nicht. Am 10. Dezember verlangt Barak von seiner Regierung vor dem „Saban Forum“ eine umfassende Strategie, bei der Israel die Initiative bewahrt und seine Ziele fördert. Dazu zählt der Verteidigungsminister

- einen proaktiven Ansatz, um Syrien friedlich von der „radikalen Achse“ Iran, „Hisbollah“ und „ Hamas“ zu trennen,
 - das Festhalten an den großen Siedlungsblocks,
 - die Lösung des Flüchtlingsproblems innerhalb des palästinensischen Staates,
-

- Verhandlungen über Jerusalem auf der Grundlage der „Clinton-Parameter“ vom Dezember 2000 (West-Jerusalem und die jüdischen Wohnorte bleiben bei Israel, die dicht bevölkerten arabischen Wohnviertel gehen an die Palästinenser)
- sowie eine abgestimmte Lösung für das Heilige Bassin“ (Altstadt, Zionsberg, Ölberg und Garten Gethsemane).

In der wöchentlichen Kabinettsitzung am 12. Dezember distanziert sich Netanyahu von den Vorschlägen Baraks zu Jerusalem: Sie würden nicht der Regierungspolitik entsprechen.

Am 12. Dezember fragt Martin Indyk, US-Botschafter in Israel 1995 bis 1997 und 2000 bis 2001 und heute Vizepräsident des „Foreign Policy Institute“, vor dem „Saban Forum“, ob jemand bemerkt habe, dass die US-Administration ihre Anstrengungen im Nahen Osten beendet und sich dem Streit um die Steuererleichterungen im Kongress zugewandt habe, und zieht die „Fahrrad-Theorie“ heran: „Wenn du nicht vorwärtsradelst, fällst du unweigerlich herunter.“ Zentrales Problem im Zuge der Zweistaatenlösung sei die Regelung der Grenzfragen auf der Grundlage der UN-Resolution 242 vom November 1967, die auf die UN-Teilungsresolution 181 vom November 1947 mit einem jüdischen und einem arabischen Staat sowie einem Spezialstatus für Jerusalem zurückführe. Von den Grenzen würden sich alle anderen Probleme ableiten lassen: Siedlungen, Sicherheit, Flüchtlinge und Jerusalem. In Variation zu Bill Clintons Grundsatzbemerkung postuliert Indyk: „It’s the borders, stupid’, should be the mantra.“ Am 12. Dezember befindet der Lenkungsausschuss der PLO nach den Worten seines Generalsekretärs Yasser Abed Rabbo, dass 2011 die Wiederaufnahme von Verhandlungen nutzlos sei, um dann von den USA zu vernehmen, dass Präsident Barack Obama die

Hände gebunden seien, weil er sich um seine Wiederwahl kümmern müsse.

In einer gemeinsamen Erklärung vom 06. Dezember für die Tagung der EU-Außenminister am 13. Dezember in Brüssel sollen Israelis und Palästinenser dringend zu Fortschritten aufgerufen werden: Eine Gruppe führender europäischer Persönlichkeiten, die aus der aktiven Politik ausgeschieden sind, hat in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs an den Präsidenten des Europäischen Rates Herman van Rompuy heftige Kritik an der israelischen Siedlungspolitik zum Ausdruck gebracht. In einem 5-Punkte-Katalog fordern sie

- die Vorlage eines eigenen Friedensplans einschließlich eines Zeitlimits gemeinsam mit dem Nahost-„Quartett“,**
- die Wiederholung, dass die EU nicht die israelischen Veränderungen an den Grenzen nach 1967 und dass sie einen palästinensischen Staat anerkennen werde auf der Grundlage der 1967 besetzten Gebiete,**
- die Vertiefung der Beziehungen zu Israel zu verweigern, bis die Siedlungstätigkeit eingefroren ist,**
- den Import von Waren aus den Siedlungen zu unterbinden, weil dies im Widerspruch zu den europäischen Kennzeichnungspflichten stehe,**
- die Entsendung einer hochrangigen Delegation mit der Catherine Ashton an der Spitze nach Ost-Jerusalem, um dort die Erosion der palästinensischen Präsenz festzustellen und nach ihrer Rückkehr Vorschläge zu entwickeln, um die Verschlechterung der Lage von Grund auf umzukehren, weil**

Jerusalem der kritische Siedepunkt und die größte Bedrohung darstellen.

Schon der nächste EU-Gipfel am 16. Dezember müsse ihre Einstellung verlangen. Ihm wird empfohlen, für die Friedensgespräche eine Frist zu setzen. Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören die frühere EU-Außenkommissare Chris Patten, Javier Solana und Benita Ferrero-Waldner, der ehemalige Präsident der EU-Kommission und nachmalige italienische Ministerpräsident Romano Prodi, der ehemalige spanische Ministerpräsident Felipe Gonzales, der frühere niederländische Ministerpräsident Andreas van Agt, die ehemalige irische Staatspräsidentin Mary Robinson sowie Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt. Der Sprecher des Außenamts in Jerusalem, Yigal Palmor, bezeichnet den Brief als „extrem problematisch“. Das Dokument werde jenen Kräften in die Hände spielen, denen die europäischen Ziele verdächtig seien, und dafür sorgen, dass die Rolle der Europäischen Union bei der Suche nach Frieden in der Region weiter gering bleibe.

13.12.2010:

Die Knesset verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz, wonach dem früheren Abgeordneten Azmi Bishara („Nationaldemokratische Versammlung/Balad“) die Diäten und Anpassungsgelder gestrichen werden sollen. Seit seinem Ausscheiden aus dem Parlament 2006 habe er rund 500.000 Neue Shekel (~ 100.000 Euro) erhalten. Bishara war beschuldigt worden, während des zweiten Libanon-Krieges Informationen an die „Hisbollah“ geliefert zu haben, und war daraufhin ins Ausland ausgewichen, um nach eigenen Worten einem Schauprozess zu entgehen.

09.12.2010:

Nach Gesprächen mit Ägyptens Präsidenten Hosni Mubarak in Kairo bekräftigt Machmud Abbas seine Ablehnung, die Verhandlungen mit Israel wiederaufzunehmen, solange die Siedlungspolitik andauert. Von Washington erwarte er eine Erklärung, warum es nicht gelungen sei, die israelische Regierung zu einem Baustopp in der Westbank zu veranlassen. Im Vorfeld der für den 10. Dezember angekündigten Erklärung von US-Außenministerin Hillary Clinton vor dem „Saban Forum for Middle East Policy“ der „Brookings Institution“ reisen Israels Verteidigungsminister Ehud Barak, der palästinensische Ministerpräsident Salam Fayyad und sein Chefunterhändler Saeb Erakat nach Washington.

08.12.2010:

Das israelische Sicherheitskabinett genehmigt weitere Ausfuhren von Gütern und Waren aus dem Gazastreifen in die Westbank und ins Ausland. Es ist vorgesehen, dass Beamte der Palästinensischen Autonomieregierung in Ramallah am israelischen Grenzübergang Kerem Shalom für die Erhebung von Zöllen zuständig sind. Die Regierung in Jerusalem erwartet von ihrer Zusage, dass die internationale Staatengemeinschaft im Gegenzug am Boykott gegen „Hamas“ festhält. Am 13. Dezember berichtet der Israel-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Hans-Christian Rößler zusätzlich, dass in den kommenden Monaten 700 Tonnen Erdbeeren und weitere 30 Tonnen Nelken auf die europäischen Märkte geliefert werden sollen. Andere landwirtschaftliche Produkte sowie Möbel und Textilien sollen folgen. Vor Beginn der Blockade durch Israel 2007 hätten die Palästinenser mit dem Exportgeschäft jährlich mehr als 40 Millionen US-Dollar verdient, während heute 80 Prozent der Bewohner des Gazastreifens von ausländischer Hilfe abhängig seien. Alle Güter müssen, so Rößler, in Kerem Shalom werkstags bis zum frühen Nachmittag umständlich umgeladen werden. Internationale Hilfsprojekte, die auf Baumaterialien angewiesen sind, kämen nicht voran.

Israelische Medien berichten von Versuchen Benjamin Netanyahu, mit der Türkei zu einer Verständigung über die „Mavi Marmara“-Affäre Ende Mai zu kommen. Sein Außenminister Avigdor Lieberman spricht sich gegen eine von Ankara wegen des Todes von neun türkischstämmigen Besatzungsmitgliedern verlangte Entschuldigung Israels aus, weil sie einer Kapitulation vor dem Terror gleichkomme. Netanyahu verspricht sich von dem Einvernehmen die Rückkehr des türkischen Botschafters nach Israel und die Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Am 09. Dezember erklärt der türkische Außenminister Achmet Davutoglu auf einer Pressekonferenz mit seinem syrischen Amtskollegen Walid Muallem in Ankara, dass eine neue Ära in den Beziehungen seines Landes zu Israel begonnen habe. Dagegen weist der stellvertretende israelische Außenminister Danny Ayalon am 10. Dezember jeden Gedanken zurück, dass sich seine Regierung für den Tod der türkischen Besatzungsmitglieder entschuldigen werde. Die Verantwortung dafür liege allein bei der Türkei.

„Haaretz“ meldet, dass israelische Soldaten im November den Einsatz von verbotenen Granaten mit Tränengas wiederaufgenommen haben, um Demonstrationen in der Westbank aufzulösen. 2009 war es zu mehreren schweren Verletzungen gekommen, in einem Fall mit Todesfolge. Auf Anordnung des militärischen Generalstaatsanwalts waren die Granaten nach einer Intervention mehrerer Menschenrechtsorganisationen aus den Depots der Armee entfernt worden.

07.12.2010:

In Stockholm wird der diesjährige „Right Liferhood Award“ – auch als „Alternativer Nobelpreis“ bezeichnet – anteilig an die „Physicians for Human Rights Israel (PHRI)“ „für ihren unbezähmbaren Geist, mit dem sie [die Organisation] für das

Recht auf Gesundheit für alle Menschen in Israel und Palästina eintritt“.

Die US-Administration teilt mit, sie sei zu dem Schluss gekommen, dass eine Verlängerung des Siedlungsmoratoriums nicht die beste Grundlage für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Regierung in Jerusalem und der Palästinensischen Autonomieregierung sei. Die israelischen Erwartungen sind damit hinfällig, dass Washington eine Verlängerung des Siedlungsmoratoriums um neunzig Tage mit schriftlichen Hilfszusagen honorieren würde. US-Außenministerin Hillary Clinton werde, so heißt es, am 10. Dezember vor dem „Saban Forum for Middle East Policy“ in Washington das weitere Vorgehen erläutern. In einem Kommentar für die „New York Times“ am 08. Dezember schreibt ihr Korrespondent Ethan Bronner aus Jerusalem, dass die Ankündigung der Administration ein seltenes Eingeständnis des politischen Scheiterns gewesen sei. Am selben Tag beruhigt der Sprecher des State Department, Philip P. Crowley, die Kritiker, dass die Entscheidung eher taktischer als strategischer Natur sei. Am 09. Dezember berichtet die „Jerusalem Post“, die israelische Regierung sei zuversichtlich, dass Washington im UN-Sicherheitsrat die Anerkennung der Proklamation des Staates Palästina durch ein Veto blockieren werde.

Ein von 39 Rabbinern aus Israel und aus der Westbank getragener Aufruf fordert die israelisch-jüdischen Haus- und Wohnungseigentümer auf, ihre Liegenschaften nicht länger an Nichtjuden zu vermieten. Begründet wird der Appell mit der Sorge, durch das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden würden „Mischehen“ gefördert und jüdische Lebensstile gefährdet. Abgeordnete der Knesset, unter ihnen Nitzan Horowitz („Meretz“) und Orit Zuaretz („Kadima“), verurteilen den Aufruf als rassistisch. Der arabisch-palästinensische Abgeordnete Achmed Tibi von der „United Arab List/Tal“

empfiehlt den Autoren, dringend einen Lehrgang in jüdischer Geschichte zu besuchen, in der von der Liebe des Nächsten die Rede ist. Die vom Staat bezahlten Rabbiner würden zum Hass ermutigen und die Demokratie zerstören. Die Regierung solle eingreifen und gegen die Petenten eine Untersuchung einleiten, verlangen der für die Minoritäten zuständige Minister Avishai Braverman („Arbeitspartei“) und Menschenrechtsgruppen. Der Vorgang sei kein Randphänomen in der Gesellschaft Israels, notiert die Abgeordnete Hanin Zuabi („Nationaldemokratische Versammlung/Balad“). Rabbiner Yaacov Ariel aus Ramat Gan, als eine theologische Autorität anerkannt, antwortet seinen Amtskollegen, dass es kein religionsgesetzliches Verbot gebe, Eigentum an Nichtjuden nicht zu veräußern. In einem demokratischen Staat dürfe es keine Diskriminierung gegen Bürger geben. Die Angelegenheit werde im übrigen Juden in anderen Ländern schaden. Am 29. Dezember veröffentlicht „Haaretz“ eine Umfrage des „Palestinian Center for Policy and Survey Research“ (PSR) in Ramallah und des „Harry S. Truman Institute for the Advancement of Peace“ an der Hebräischen Universität in Jerusalem, wonach 44 Prozent der jüdischen Israelis den Appell der Rabbiner unterstützen, keine Wohnungen an Araber zu vermieten. 48 Prozent sprechen sich gegen den Aufruf aus.

Die für den Ben-Gurion-Flughafen bei Tel Aviv zuständige Behörde weist einen Antrag der israelisch-palästinensischen Gruppe „Artists Without Walls“ zurück, entsprechend der Genehmigung für die ultraorthodoxe „Chabad“-Bewegung⁵ einen Informationsstand zuzulassen.

Der frühere Generalstabschef und Verteidigungsminister Shaul Mofaz („Kadima“) tritt sein Amt als neuer Vorsitzender des Auswärtigen und Sicherheitsausschusses der Knesset an. Mofaz tritt die Nachfolge von Tsachi Hanegbi („Likud“) an, der

sein Parlamentsmandat aufgeben musste, nachdem er moralischer Verfehlungen beschuldigt worden war. In einem Interview mit „Haaretz“ kündigt Mofaz an, dass sein Hauptaugenmerk auf dem Friedensprozess und der Außenpolitik liegen werde, nachdem bisher vor allem militärische und sicherheitspolitische Angelegenheiten den Ausschuss beschäftigt haben. In den zwei Jahren seit Amtsantritt von Präsident Barack Obama sei im Friedensprozess ein Rückschlag zu verzeichnen. Mofaz macht dafür die israelische Regierung und die US-Administration verantwortlich. Die Zweistaatenlösung sei keinen Schritt vorangekommen. Für den Eintritt in die Koalition sieht Mofaz keinen Anlass. Stattdessen schlägt er eine Übergangvereinbarung mit den Palästinensern vor, wobei Grenzen und Sicherheit angesprochen werden müssten. Außerdem sollten sechzig Prozent der Westbank zwischen Jenin und Hebron, wo 99,2 Prozent der Palästinenser leben, Teil der Interimsvereinbarung sein. Den Palästinensern solle die Garantie gegeben werden, dass in einem Endstatus-Vertrag das Territorium ihres Staates denselben Umfang wie vor 1967 haben werde. Für eine solche Regelung erwartet Mofaz eine mindestens fünfzigprozentige Zustimmung der jüdischen Bevölkerung in der Westbank, wenn sie für ihren Abzug materiell entschädigt würden. Abschließend bekennt sich Mofaz dazu, dass ihm statt des Vorsitzes in diesem Ausschuss die Schaffung eines Wirtschaftsausschusses der Knesset lieber gewesen wäre.

Der frühere Direktor der internationalen Atomenergiebehörde in Wien, Mohammed El-Baradei, dem aus formalen Gründen die Kandidatur bei den Parlamentswahlen am 28. November und 05. Dezember versagt wurde, ruft in einer Videobotschaft die ägyptische Bevölkerung auf, die für Herbst 2011 angesetzte Präsidentschaftswahl zu boykottieren, bei der Hosni Mubarak nach

eigenen Worten erneut kandidieren will. Gleichzeitig lobt El-Baradei die Entscheidung mehrerer Parteien, die Beteiligung an den Parlamentswahlen zu verweigern. Ein ranghoher Mitarbeiter des „Al-Ahram Center for Strategic Studies“ kritisiert El-Baradei wegen seiner häufigen Auslandsreisen und seiner Ansprachen über YouTube. Die junge Generation des Landes brauche ihn längst nicht mehr als politische Galionsfigur.

05.12.2010:

Nach dem zweiten Durchgang der Wahlen in Ägypten wird die „Nationaldemokratische Partei“ (NDP) von Präsident Hosni Mubarak mit 420 der 508 Mandate – davon wurden vier Sitze von der Wahlkommission als ungültig erklärt – ins Parlament einziehen. Weitere siebenzig Sitze gehen an Kandidaten, die sich als Unabhängige beworben haben, aber nach bisherigen Erfahrungen werden die meisten Gelegenheiten nutzen, Anschluss an die NDP zu finden. Die bisher als ebenfalls Unabhängige auftretenden Moslembrüder erringen ebenso wie die „Demokratische Friedenspartei“ und der „Morgen (Al-Ghad)“ unter Leitung von Ayman Nour einen Sitz, während die Partei „Al-Wafd (Die Delegation)“ und die „Nationale Fortschrittliche Unionspartei“ (Tagamu)“ mit sechs bzw. fünf Mandaten vertreten sein werden. Da die Moslembruderschaft zum Boykott der Wahlen aufgerufen hat, dürfte der einzige Mandatsträger, Magdi Ashour aus Kairo, ohne deren Rückhalt ins Parlament einziehen. Ähnliches gilt für drei der sechs Mandatsträger von „Al-Wafd“. Die Wahlbeteiligung lag bei 27 Prozent. Der erste Wahlgang fand am 28. November statt. Am 12. Dezember, dem Vorabend der Konstituierung des Parlaments, protestieren fünfzehn Oppositionsgruppen in Kairo gegen die Wahlergebnisse unter dem Motto „Null und nichtig“. Das neue Parlament würde nicht den Willen des ägyptischen Volkes repräsentieren, erklärt George Ishak, führender Repräsentant der „National Association for Change“ und 2003 einer der Mitbegründer der Partei „Kifaya (Genug)“. Sprecher fordern vor den vielen hundert

Demonstranten, unter ihnen viele Moslembrüder, die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen unter demokratischen Bedingungen. Am 20. Dezember wird der NDP-Abgeordnete Fathi Sorour zum 21. Mal zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Im Libanon brechen an einigen Stellen Waldbrände aus. Die Regierung in Beirut bittet um internationale Hilfe.

03.12.2010:

Angesichts des fortgesetzten Baus neuer Wohneinheiten in Ost-Jerusalem erklärt der palästinensische Chefdiplomat Saeb Erakat den „Friedensprozess“ für gescheitert. Israel habe sich für die Siedlungen und gegen den Frieden entschieden. Es sei an der Zeit, dass die US-Regierung der Welt sagen, dass die Verantwortung für seinen Zusammenbruch bei Israel liege, begründet Erakat die Absage. Wenn Washington die Zweistaatenlösung retten wolle, solle es schnell den Staat Palästina mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anerkennen. Machmud Abbas fügt hinzu, dass Israel nicht für die Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sei.

Bei einem Treffen mit dem Machmud Abbas in Jordanien warnt Bundesaußenminister Guido Westerwelle gemeinsam mit dem palästinensischen Präsidenten vor einem Stillstand im nahöstlichen Friedensprozess.

02.12.2010:

Aufgrund der monatelangen Hitze brechen am Nachmittag im Großraum Haifa um den Carmel verheerende Wald- und Buschbrände aus, bei denen 42 Menschen ihre Leben lassen, darunter Haifas Polizeichefin Ahuva Tomer. Mehr als 17.000 Menschen werden evakuiert. Da das Feuer an drei Stellen

gleichzeitig ausbricht, wird zunächst Brandstiftung, später Fahrlässigkeit vermutet. Zwei Verdächtige werden vorübergehend festgenommen. Mehr als 30 Feuerlöschflugzeuge und schweres Gerät aus Zypern, der Türkei, Griechenland, den USA, Großbritannien, Bulgarien, Jordanien, Ägypten, der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Westbank und Russland werden eingesetzt. Auch die deutsche Bundesregierung verspricht Hilfe mit Hubschraubern, die am 05. Dezember eintreffen sollen. Am Abend des 05. Dezember beruhigt sich die Lage. In den israelischen Medien wird die Frage nach der politischen Verantwortung immer lauter gestellt. Der Wasserspiegel des Sees Genezareth ist aufgrund der Trockenheit um 18 Zentimeter gefallen.

01.12.2010:

„Haaretz“ beruft sich auf ein Telegramm, das in den von „WikiLeaks“ veröffentlichten Dossiers enthalten sei, wonach der politische Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Christoph Heusgen, am 10. November 2009 den US-amerikanischen Botschafter in Berlin Philip Murphy und den Staatssekretär im State Department für europäische und euroasiatische Angelegenheiten Philip Gordon aufgefordert habe, die Ablehnung des „Goldstone Report“ im UN-Sicherheitsrat von der israelischen Ankündigung eines Siedlungsmoratoriums abhängig zu machen. Die anhaltende Zerstörung palästinensischer Häuser in Ost-Jerusalem, so Heusgen damals, laufe für Machmud Abbas auf politischen Selbstmord hinaus. Er könne sich nicht vorstellen, dass Benjamin Netanyahu dies nicht verstehe. An der Intervention des Bundeskanzleramts sei der damals geplante Besuch Netanyahus beinahe gescheitert, berichtet „Haaretz“. Tatsächlich jedoch wurde er mit der Begründung abgesagt, dass Netanyahu an einer Virusinfektion und leichtem Fieber erkrankt sei⁶. Aluf Benn fügt in einem Kommentar für „Haaretz“

hinzu, dass die Zeit vorüber sei, in der US-amerikanische Botschafter in den Hauptstädten der Welt als „Hochkommissare“ empfangen worden seien.

Nach der Ankündigung am 29. November kündigt die Jerusalemer Planungs- und Baubehörde jetzt den Bau von weiteren 625 Wohneinheiten in Pisgat Zeev an, nachdem die Genehmigung zwei Jahre lang aufgeschoben war.

In seinem Kommentar in „Haaretz“ beschwert sich Yehuda Ben Meir über die Kraftlosigkeit der US-Administration gegenüber der israelischen Politik. Sie könne kein Trost dafür sein, dass die Regierung in Jerusalem jeden Fehler Washingtons kopiere. Das Ausland fange an, Israel mehr und mehr als eine Schafherde ohne einen Hirten, ein Land ohne eine Führung zu sehen. Unter den wirtschaftlichen Gegebenheiten sei es weder möglich, noch sei es vernünftig, von den USA drei Milliarden US-Dollar für die Verlängerung des Siedlungsmoratoriums um weitere neunzig Tage zu bekommen. Andere Kommentatoren bezeichnen den Betrag als Bestechung. Sie würde darauf hinauslaufen, die Siedlungspolitik zu legitimieren.

Nach gleichlautenden israelischen und arabischen Medienberichten hat der „ Hamas“-Ministerpräsident im Gazastreifen, Ismail Haniyeh, erklärt, dass er ein positives palästinensisches Referendum über einen Friedensvertrag mit Israel akzeptieren würde. Auf einer Pressekonferenz habe Haniyeh erklärt: „Wir akzeptieren einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt, der Freilassung der palästinensischen Gefangenen und *einer* Lösung der Flüchtlingsfrage.“ „ Hamas“ werde ein Referendum respektieren, gleichgültig ob sein Ergebnis von ihrer Ideologie und ihren Prinzipien abweiche. Damit schwenkt Haniyeh auf den Kurs von Machmud Abbas ein und erkennt im Widerspruch zu

früheren Äußerungen die Führungsrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde bei den Verhandlungen um eine Zweistaatenregelung an, deren Ergebnisse auch Abbas einem Referendum unterziehen will. Im Gespräch mit „Haaretz“ am 07. Dezember bestätigt der norwegische Botschafter in Israel Svein Sevje, dass er aus Gesprächen mit „Hamas“ bereit ist, Israel in den Grenzen vor dem Junikrieg de facto anzuerkennen. Nach seiner Auffassung schade der internationale Boykott dem Status der Islamischen Widerstandsbewegung nicht.

November 2010

30.11.2010:

Der Londoner „Guardian“ berichtet, dass 21 internationale Organisationen wie „amnesty international“, „Oxfam“, „Save the Children“, „Christian Aid“ und „Medical Relief for Palestinians“ in einem Memorandum mit dem Titel „Vernichtete Hoffnungen“ darüber Klage führen, dass Israel weiterhin die Lieferung von Gütern und Waren in den Gazastreifen behindert; die Lockerung des Embargo habe das schwere Los der palästinensischen Bevölkerung wenig erleichtert. Am Wochenende habe auch Tony Blair als Sondergesandter des Nahost-„Quartetts“ die Regierung in Jerusalem aufgefordert, schneller zu handeln.

Da die Bemühungen Washingtons um die erfolgreiche Wiederaufnahme von Verhandlungen ausbleiben, schlägt der an der Hebräischen Universität in Jerusalem lehrende liberal-konservative Historiker Shlomo Avineri der israelischen Politik einen einseitigen Plan B mit sechs Punkten vor:

- Israel gibt die Blockade des Gazastreifens auf, weil sie ihr erklärtes Ziel nicht erreicht habe, „Hamas“ zu stürzen und den

im Juni 2006 entführten israelischen Gefreiten Gilad Shalit zu befreien.

- Israel erklärt die Übergabe der Kontrolle der Zone C in der Westbank – sie macht sechzig Prozent des Gesamtterritoriums aus – an die Palästinenser und setzt die Erleichterungen an den Checkpoints fort.
- Israel erlaubt den kontrollierten Transfer palästinensischer Güter in israelische Häfen.
- Israel löst weiterhin illegale Checkpoints in der Westbank auf.
- Ein großzügiges Kompensationsprogramm für Siedler wird aufgelegt, die aus der Westbank nach Israel zurückkehren wollen.

Avineri erwartet im Gegenzug von den Palästinensern Zugeständnisse in der Rhetorik zum Rückkehrrecht der Flüchtlinge und zu Änderungen in palästinensischen Schulbüchern, die das Existenzrecht Israels ignorieren. Überlegungen zur politischen Zukunft Jerusalems finden sich in den Vorschlägen des Autors nicht.

Am selben Tag präsentiert das Internet-Portal „Jews who speak out“ ein Papier des Direktors des „Israeli Committee Against House Demolition (ICAHD)“ Jeff Halper. Der Autor bezeichnet den israelisch-palästinensischen Konflikt angesichts der weltpolitischen Herausforderungen als absolut überflüssig und beschuldigt die Regierung in Jerusalem, an der vollständigen Kontrolle zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan festhalten zu wollen. „Es wird keinen ausgehandelten Vertrag geben, Punkt“, schreibt er. Ohne sich auf alternative staatspolitische Optionen einzulassen, zählt Halper sechs unverzichtbare

Voraussetzungen für einen gerechten, umsetzbaren und dauerhaften Frieden auf:

- die Anerkennung der nationalen Selbstdefinition beider Völker, die über eine demokratische Formel auf der Grundlage „one person one vote“ hinausgeht;**
- die wirtschaftliche Lebensfähigkeit aller Parteien;**
- die Achtung der Menschenrechte, des internationalen Rechts und von UN-Resolutionen;**
- die angemessene Berücksichtigung der Flüchtlingsfrage auf der Grundlage des Rechts auf Rückkehr;**
- die Einbeziehung der Region in einen israelisch-palästinensischen Frieden;**
- die Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse aller Parteien und Länder in der Region.**

Ohne Einbeziehung dieser Punkte werde jede Regelung scheitern, so Halper, für den sich danach die Frage ihrer Umsetzung stellt. Obwohl weder von der israelischen Politik ein freiwilliges Ende der Besatzung zu erwarten sei und obwohl die internationale Gemeinschaft angesichts der Mehrheitsverhältnisse im US-Kongress keine Regelung durchsetzen könne, sei er optimistisch, dass 2011 ein Durchbruch kommen werde. Die Palästinensische Autonomiebehörde habe angekündigt, im Sommer des kommenden Jahres den Staat Palästina auszurufen, was auch zögerliche Staaten wie die USA, Großbritannien, Deutschland und andere in eine schwierige, wenn nicht unmögliche Lage bringen werde, sich diesem Schritt zu verweigern. Bleibe er aus,

werde die Autonomiebehörde entweder zurücktreten oder zusammenbrechen und damit die Verantwortung erneut Israel aufbürden. Die Rückgabe mit allen Konsequenzen würde die moslemische Welt empören und weltweite Proteste auslösen. Aktivistische und zivilgesellschaftliche Gruppen im Ausland sollten ihre palästinensischen und israelischen politischen Freunde nach Einschätzungen dieser Szenarien fragen und um Vorschläge bitten, was im Falle des Zusammenbruchs der Autonomiebehörde und des „Friedensprozesses“ zu tun sei.

Der Israel-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Hans-Christian Rößler berichtet, dass trotz rekordverdächtiger 3200 Sonnenstunden pro Jahr weniger als ein Prozent der israelischen Stromerzeugung aus Solarenergie gewonnen wird. In zehn Jahren sollen nach dem Willen der Regierung zehn Prozent aus erneuerbaren Quellen stammen, zum größten Teil aus Solarenergie. Im Kibbuz „Ketura“ nördlich von Eilat würden israelische, palästinensische und jordanische Forscher zusammenarbeiten. Die Überwindung der bürokratischen und politischen Hürden ist nach den Worten des Präsidenten der „Arava Power Company“ höchst aufreibend und kompliziert gewesen. Rößler fügt an, dass ein Großteil des Negevs der Armee gehört. Am Aufbau von Trägersystemen ist die Firma Siemens mit vierzig Prozent an der „Arava Power Company“ beteiligt. Außerdem hat Siemens nach den Worten seines Vorstandsvorsitzenden Peter Löscher für 418 Millionen US-Dollar das Unternehmen „Solel“ erworben. Bundespräsident Christian Wulff bezeichnet bei seinem Besuch das Werk als „eine wirkliche Investition in die Zukunft“⁷.

Außenminister Avigdor Lieberman fordert die Sicherheitsdienste am Flughafen Ben-Gurion bei Tel Aviv auf, in Zukunft respektvoller Touristen und offizielle Gäste zu behandeln.

29.11.2010:

Die israelischen Behörden genehmigen den Bau von 130 Wohneinheiten in der zu Jerusalem gerechneten Stadtsiedlung Gilo. Der Bau muss noch von der Bezirksregierung bestätigt werden. Die Genehmigung fällt in den Besuch von Bundespräsident Christian Wulff in Israel.

Israelische Medien berichten, dass die Regierung in Jerusalem über die Veröffentlichung von Dokumenten und Gesprächen mit der US-Administration durch „WikiLeaks“ nicht beunruhigt sei. Zwischen öffentlichen Erklärungen gegenüber Washington und für den heimischen Markt bestimmten Argumenten gebe es keine große Kluft. Bereits am 28. November meldet „Haaretz“, dass die damalige israelische Regierung mit Ministerpräsident Ehud Olmert und Verteidigungsminister Ehud Barak an der Spitze im Vorfeld des Gaza-Krieges (Dezember 2008/Januar 2009) vergeblich versucht habe, die Palästinensische Autonomieregierung und die Regierung in Kairo zu ermutigen, mit israelischer Hilfe die Kontrolle über den Gazastreifen zurückzugewinnen. Die israelische Regierung fühlt sich in ihrer Warnung vor dem Iran bestätigt, weil gemäß „WikiLeaks“ die Emirate, Saudi-Arabien und Jordanien sich vor dem nuklearen Anreicherungsprogramm bedroht fühlen. Dagegen dürften die türkisch-amerikanischen Beziehungen vor einer neuen Belastungsprobe stehen, weil in Depeschen der amerikanischen Botschaft in Ankara an das State Department Ministerpräsident Tayyip Erdogan als ein sturer anatolischer Volkstribun bezeichnet wird.

Yossi Melman berichtet in „Haaretz“, dass die US-Administration zwischen 1993 und 1996 die Telefonate der israelischen Botschaft in Washington insgeheim abgehört habe; davon seien auch kodierte Nachrichten betroffen gewesen. Der Vorgang sei von dem

damaligen israelischen Botschafter Itamar Rabinovich aufgedeckt worden, die dieser im Interview mit „Galei Zahal“ – dem Armeerundfunk – bestätigt habe.

Die „New York Times“ berichtet, dass seit dem Streit um die in Kürze vorgesehene Anklageerhebung gegen Angehörige der „Hisbollah“ wegen ihrer angeblichen Beteiligung an der Ermordung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri Mitte Februar 2005 die Waffenlieferungen an die „Partei Gottes“ aus Syrien und Iran zugenommen hätten. Als Gegengewicht hätten die USA seit der Präsidentschaft George W. Bushs 670 Millionen US-Dollar an die Regierung in Beirut überwiesen, um die libanesisch Armee in den Stand zu setzen, die Kontrolle über den von der „Hisbollah“ kontrollierten Süden des Landes zu gewinnen. Ministerpräsident Saad Hariri kann sich gegenwärtig auf 71 der 128 Parlamentarier sowie auf 16 der 30 Minister stützen.

28.11.2010:

Israels Außenminister Avigdor Lieberman verlangt von den Botschaften des Landes bis zum 16. Januar 2011 die Vorlage einer Liste mit mindestens tausend „Alliierten“, die künftig regelmäßig mit Informationsmaterial versorgt werden sollen, um künftig der Regierungspolitik weltweit größeres Ansehen zu verschaffen. Dabei hat Lieberman nach einem Bericht in „Haaretz“ Mitglieder der jüdischen Gemeinden, christliche Organisationen, Journalisten, Politiker, Intellektuelle, Akademiker und aktive Studenten im Blick.

Bei den Parlamentswahlen in Ägypten gewinnt die „Nationaldemokratische Partei (NDP)“ Hosni Mubaraks erwartungsgemäß die meisten Stimmen, während die als Unabhängige auftretenden Moslembrüder alle ihrer bislang 88 Mandate verlieren. Sie setzen zunächst ihre Hoffnungen in 27

Wahlkreisen auf die Stichwahlen am kommenden Sonntag, den 05. Dezember. In der Zeitung „The Daily News Egypt“ macht der Autor Khalil Al-Anani zwei Gruppen von Wählern der Moslebrüder aus: 1) die politisch und religiös Überzeugten; 2) die Nutznießer und Empfänger von Sozialleistungen der Moslebrüder; 3) die Gegner der herrschenden NPD. Nur rund ein Viertel der etwa 41 Millionen Wahlberechtigten ließ sich in die Wählerlisten einschreiben. Nach Angaben aus Oppositionskreisen dürften sich nur 15 Prozent um die Registrierung bemüht haben, die die Teilnahme an den Wahlen voraussetzt; nach offiziellen Angaben waren es 25 Prozent. Aufgrund einer Initiative der Regierung zugunsten eines festgesetzten Quorums stieg die Zahl der weiblichen Abgeordneten auf 64. Unter den 800 Kandidaten der NPD, die mit 217 Sitzen – darunter neun Minister, dazu der Parlamentspräsident Fathi Surour und der Chef des Präsidentenstabes Zakaria Azmi sowie mehrere Großindustrielle – neunzig statt bisher achtzig Prozent der ausgezählten Stimmen auf sich vereinigt, befinden sich zehn Kopten. Der wochenlange Auslandsaufenthalt von Oppositionsführer Mohammed El-Baradei findet unter seinen politischen Anhängern ein zunehmend kritisches Echo⁸. Außerdem beklagen sie und Menschenrechtsgruppen in den Wahllokalen Unregelmäßigkeiten, Manipulationen und Betrug bis hin zu Stimmenkauf und physischer Gewalt. Bei Unruhen kommen vier Menschen ums Leben. Die Moslebruderschaft und die Partei „Wafd (Delegation)“ – sie erringt zwei Mandate – kündigen am 01. Dezember fast gleichzeitig ihren Boykott für den zweiten Wahlgang an, wo 283 Sitze zu vergeben sind. Am 29. November fällt das Ägyptische Pfund (EL) gegenüber dem US-Dollar auf seinen tiefsten Stand seit Juli 2005. Im Dezember fällt es weiter, am 20. Dezember wird der Wechselkurs zu einem US-Dollar mit 5,806 EL gehandelt.

27.11.2010:

Am Abend bricht Bundespräsident Christian Wulff mit einer großen Delegation, zu welcher der Staatsminister im

Auswärtigen Amt Werner Hoyer, Bundestagsabgeordnete der Union und von „Bündnis 90/Die Grünen“ – Jerzy Montag aus München –, der neu gewählte Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Reinhold Robbe, Repräsentanten der jüdischen Gemeinden, Journalisten und Studenten gehören, zu einem viertägigen offiziellen Besuch nach Israel auf, der jedoch nicht den Charakter eines Staatsbesuchs haben soll. In Jerusalem sind Gespräche mit Staatspräsident Shimon Peres, Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, Außenminister Avigdor Lieberman und Oppositionsführerin Tsipi Livni geplant. Dabei fordert Wulff seine Gesprächspartner zu mehr Flexibilität in der Siedlungsfrage auf. In seiner Begrüßung betont Netanyahu, dass die Bundesrepublik der größte Handelspartner Israels in Europa und „eine Bastion der Stabilität und Freundschaft“ sei. Die Bundesregierung könne Israel dabei helfen, seine riesigen Herausforderungen zu meistern, zu denen Netanyahu die Bedrohung durch den Iran zählt, und den Frieden mit den Palästinensern fördern. Am 29. November besucht Wulff die Familie des im Juni 2006 von „Hamass“ im Gazastreifen entführten israelischen Gefreiten Gilad Shalit. Am 30. November will Wulff den palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas treffen. Indem die Begegnung nicht in Ramallah, sondern in Bethlehem stattfindet, will die deutsche Politik einen diplomatischen Eklat vermeiden: Wulffs Aufwartung am Regierungssitz der Palästinensischen Autonomieregierung in Ramallah wäre einem Staatsbesuch gleichgekommen. Abbas fordert den Bundespräsidenten auf, über die Forderung nach Freilassung Shalits die rund achttausend palästinensischen Häftlinge in israelischen Gefängnissen nicht zu vergessen. Zum Abschluss seiner Reise fordert Wulff die Parteien noch einmal auf, zum Verhandlungsweg mit dem Ziel der Zweistaatenlösung zurückzukehren.

In einer Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin wird berichtet, dass die Bundesregierung, vertreten durch den Leiter des Deutschen Vertretungsbüros in Ramallah, Götz Lingenthal, am Vortage gemeinsam mit dem palästinensischen Innenminister Said Abu Ali im Distrikt Jenin (Westbank) den Grundstein für den Bau von vier Polizeistationen gelegt habe, weil Polizeistationen „ein wichtiger Baustein zum Aufbau effektiver staatlicher Strukturen in den Palästinensischen Gebieten“ seien.

Aus London kommend trifft ein Konvoi unter dem Namen „Road to Hope“ mit Hilfsgütern über den Grenzübergang Rafah im Gazastreifen ein.

26.11.2010:

Im Londoner „Guardian“ weist der Kommentator Khaled Diab darauf hin, dass die Europäische Union mit rund zwanzig Milliarden Euro der größte Handelspartner Israels sei. Schon früher habe der damalige EU-Außenkommissar Javier Solana gesagt, dass Israel ein Mitglied der Europäischen Union sei, ohne ein Mitglied seiner Institutionen zu sein. Nach Ermittlungen des in Brüssel arbeitenden Journalisten David Cronin würden geschätzte 45 Prozent der europäischen Hilfen für die Palästinenser in der israelischen Wirtschaft landen. Diab zitiert den palästinensischen Politiker Mustafa Barghouti mit der rhetorischen Frage, ob die europäischen Steuerzahler wirklich glücklich darüber seien, dass sie den Wiederaufbau der Zerstörungen finanzieren, die von den an Israel gelieferten US-amerikanischen Waffenarsenalen angerichtet worden seien. In einem Beitrag am 19. November für den „Middle East Report“ resümiert der palästinensische Geschäftsmann Sam Bahour, dass Israels seit 1967 damit Erfolg gehabt habe, der einheimischen palästinensischen Wirtschaft ihre Abhängigkeit von Landwirtschaft und Tourismus zu nehmen und sie

stattdessen an die öffentlichen Dienstleistungen und den guten Willen Israels zu binden. Der Autor nennt als Beispiele die israelische Kontrolle der Zugänge in die Westbank für Waren und Personen, die Nutzung ihrer Ressourcen, die Vergabe von Genehmigungen an palästinensische Unternehmen, ihnen auferlegte höhere Steuern sowie die Nutzung billiger palästinensischer Arbeitskräfte in den Siedlungen⁹.

Der Sohn des 1995 ermordeten Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin, Yuval Rabin, und der israelische Geschäftsmann Koby Huberman fordern im Internet-Portal „bitterlemons“ die Regierung in Jerusalem auf, zur Arabischen Friedensinitiative von 2002 ja zu sagen, und schlagen dafür eine eigene „Israelische Friedensinitiative (IPI)“ mit folgenden sechs Elementen vor: 1) ein lebensfähiger palästinensischer Staat in den Grenzen vor dem Junikrieg 1967 mit der Möglichkeit des Gebietsaustausches; 2) Jerusalem als Hauptstadt zweier Staaten mit einem Spezialarrangement für das „Heilige Bassin“ – Altstadt, Zionsberg, Ölberg und Garten Gethsemane; 3) eine vereinbarte Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge im Rahmen des Staates Palästina; 4) gegenseitige Anerkennung der nationalen Identitäten beider Staaten als Ergebnis der Verhandlungen und nicht als Vorbedingung; 5) Wiederholung der Prinzipien aus der israelischen Unabhängigkeitserklärung 1948 mit ihren Ausführungen zur bürgerlichen Gleichberechtigung der arabischen Bevölkerung; 6) langfristig angelegte Sicherheitsvereinbarungen mit internationalen Komponenten.

Achtzehn Mitgliedern des Europa-Parlaments sowie eine Delegation der Organisation Islamischer Konferenz (OIC) treffen über den Grenzübergang Rafah auf Einladung des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen (UNRWA) zu Gesprächen und Besichtigungen im Gazastreifen ein.

In einem Kommentar für „Haaretz“ verwehrt sich der israelische Schriftsteller A.B. Yehoshua dagegen, den Zionismus als eine in sich

geschlossene Kombination von Ideen, Sichtweisen, Prinzipien und Imperativen zu bezeichnen. Vielmehr sei er die gemeinsame Plattform für verschiedene und teilweise sich widersprechende soziale und politische Weltanschauungen und Interessen. Der Zionismus habe lediglich einen nationalen Rahmen erstrebt, um den Antisemitismus zu überwinden. Was in dem Staat geschehen und welches seine Regierungsform sein solle, wo die Grenzen gezogen würden, welches seine gesellschaftlichen Werte sein würden und wie er sein Verhältnis zu nationalen Minderheiten (sic!) gestalten solle, sei von Anbeginn vielen Dutzend Auslegungen und Haltungen unterworfen. Nach Gründung des Staates Israel sei als einziges Prinzip das Rückkehrgesetz übriggeblieben.

24.11.2010:

In seiner Rede vor dem Bundestag während der Haushaltsdebatte betont Bundesaußenminister Guido Westerwelle, dass sich der Nahe Osten in einer sehr wichtigen und sehr schwierigen Entscheidungsphase befinde, was die wiederaufgenommenen direkten Friedensgespräche (sic!) angehe. „Die Bundesregierung appelliert an alle Beteiligten, alles zu unterlassen, was diese ohnehin schwierigen Friedensgespräche gefährden könnte. Wir setzen darauf, dass eine Zweistaatenlösung von allen Beteiligten forciert wird und dass in diese Richtung verhandelt wird. Israels Sicherheit ist für uns nicht verhandelbar. Aber auch die Palästinenser haben ein Recht darauf, in einem eigenen Staat selbstbewusst leben zu können“, fährt Westerwelle fort. Der Gazastreifen sei Teil einer Zweistaatenlösung.

Auch wenn er sich gegen die israelischen und die westlichen Desinformationskampagnen verwahrt, räumt der stellvertretende Außenminister und frühere politische Berater des „Hamis“-Regierungschefs Ismail Haniyeh, Achmed Yousef, in einem Beitrag für das Internet-Portal „PalestineChronicle“ ein, dass einzelne religiös übereifrige Elemente in der

Regierung dafür verantwortlich seien, dass „ Hamas“ als eine fundamentalistische und extremistische Bewegung international in Verruf gekommen sei. Haniyeh habe mehrfach erklärt, dass im Gazastreifen kein islamisches Emirat entstehen solle und dass es keinen palästinensischen Staat ohne den Gazastreifen geben könne. „Wir sind wahre Moslems, aber wir werden die Entscheidung unseres Volkes respektieren. Wenn das Volk einen islamischen Staat haben will, werden wir dafür sorgen, und wenn nicht, verstehen und respektieren wir auch dies“, habe der Regierungschef erklärt.

22.11.2010:

Mit der Mehrheit von 65 Stimmen billigt die Knesset ein Gesetz, wonach jede Rückzugsentscheidung aus Ost-Jerusalem und von den Golanhöhen einem Referendum unterworfen werden oder im Parlament die Zwei-Drittel-Hürde überwinden muss. Ausgeschlossen werden soll auch ein Gebietstausch. Im entschiedenen Widerspruch zu Stimmen aus dem Lager der Opposition behauptet Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, dass das angestrebte Referendum die Regierung mit starker öffentlicher Unterstützung für eine Vereinbarung mit den Palästinensern ausstatte, die den nationalen Interessen Israels Rechnung trage. Beobachter machen darauf aufmerksam, dass das Gesetz parlamentarische Entscheidungen aushebeln würde.

In einem Kommentar weist Jon B. Alterman im Informationsdienst des „Center for Strategic & International Studies (CSIS)“ – einem führenden parteiunabhängigen „Think Tank“ – darauf hin, dass das Ansehen der USA im Nahen Osten wie sonst nirgends auf der Welt leide. Arabische Führer würden befürchten, dass die Vereinigten Staaten ihren eigenen Interessen schaden, weil sie nicht energisch handeln würden.

19.-21.11.2010:

Auf ihrer 32. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz in Freiburg/Br. werden „Grundlinien grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina“ verabschiedet. Darin wird die Besorgnis geäußert, dass die Zeit für eine Zwei-Staaten-Regelung schon abgelaufen ist. Denn ein friedenspolitisches Konzept der israelischen Regierung, das über die Gewährung eines „ökonomischen Friedens“ hinausgeht, sei nicht erkennbar. Die in den Osloer Vereinbarungen („Agreements“) von 1993 und 1995 niedergelegte Teilautonomie für die palästinensischen Gebiete habe die tatsächlichen Besatzungsverhältnisse verschleiert. Die Spannungen zwischen dem jüdischen und dem arabischen Bevölkerungsteil in Israel würden stetig zunehmen, die Arbeit von NGO's aus dem Friedenlager sei zunehmend behindert. Die Delegierten bedauern, dass die politische Spaltung zwischen „Fatah“ und „Hamass“ eine Friedensregelung zusätzlich erschwere. Beide Parteien seien an der Konsolidierung ihrer Macht stärker interessiert als an einer Wiederherstellung der nationalen Einheit. Der für die Staatsgründung Palästinas im Sommer 2011 unerlässliche Sicherheitsapparat lasse oft Willkür walten und halte sich nicht immer an rechtsstaatliche Vorgaben. Kritisch vermerken die Delegierten, dass die internationale Gemeinschaft den Nahostkonflikt sträflich vernachlässigt habe. Bis heute verfüge die Europäische Union über keine gemeinsame Strategie. Zu den Grundlinien Grüner Politik werden die Arabische Friedensinitiative vom März 2002 und die „Genfer Initiative“ Yossi Beilins und Yasser Abed Rabbos vom Dezember 2003 gerechnet: Sie würden wichtige Impulse liefern. Abschließend fordert die Konferenz die Bundesregierung auf,

– eine baldige palästinensische Staatswerdung zu unterstützen,

- die Bemühungen von US-Präsident Barack Obama nachdrücklich zu unterstützen,
- in Kooperation mit dem Nahost-„Quartett“, der Arabischen Liga und anderen Staaten friedenspolitische Anreize zu entwickeln,
- eine Regelung des Flüchtlingsproblems zu erleichtern,
- die nachhaltige Entwicklung in der Region zu fördern,
- den Sicherheitsbedürfnissen der Israelis und Palästinenser nach einem Friedensschluss beider Parteien Rechnung zu tragen,
- eine angedachte Vertiefung der Beziehungen der EU mit Israel an Fortschritte im Friedensprozess und an die Einhaltung von Menschenrechtsstandards zu knüpfen,
- gegenüber Syrien die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren,
- die Verständigung zwischen „Fatah“ und „ Hamas“ zu unterstützen,
- den europäischen Verhaltenskodex für Rüstungsexporte einzuhalten sowie
- die Menschenrechtsbindung der deutschen Außenpolitik gegenüber Israel und Palästina ernst zu nehmen und gemäß den EU-Assoziierungsabkommen Menschenrechtsverletzungen gegenüber beiden Seiten zu thematisieren.

Abschließend vertreten die Delegierten die Auffassung, dass für die Verständigung und Versöhnung im Nahen Osten auch Anstöße seitens zivilgesellschaftlicher Initiativen und Gruppen in Deutschland nötig sind¹⁰.

19.11.2010:

In einem Interview mit der „Jerusalem Post“ gibt der Präsident der Knesset, Reuven („Ruby“) Rivlin („Likud“) seinen Eindruck wieder, dass die USA nicht länger Israel als einen strategischen Gewinn für sich und die freie Welt sehen. Heute sehe sich Israel einer Administration gegenüber, „die die zionistische Idee unterstützt, dass die Juden Israels hier leben, aber keine moralische Verantwortung für Israels Existenz sieht“. Jerusalem sei ein Mikrokosmos der Lage. „Ich weiß, dass jede künstliche Trennungslösung nicht funktionieren wird, weil wir alle zusammenleben. Wir sind aneinander gebunden. Es gibt kein Ost- oder West-Jerusalem – es gibt nur ein Jerusalem. Denn in Ost-Jerusalem gibt es mehr als eine Viertelmillion jüdische Bewohner¹¹.

15.11.2010:

Das Rektorat der Universität Haifa verbietet den Auftritt der Knesset-Abgeordneten Hanin Zuabi auf ihrem Gelände. Frau Zuabi gehörte zu der Besatzung der Friedensflottille „Mavi Marmara (Blaues Mittelmeer)“ Ende Mai¹².

Der Londoner „Guardian“ berichtet von einem Programm des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen, der „United Nations Restitution and Works Agency (UNRWA)“, das unter dem Titel „Frieden beginnt hier“ 500.000 Schulkinder im Gazastreifen, in der Westbank, in Jordanien, im Libanon und in Syrien in den Bereichen „Menschenrechte“ und „Konfliktlösung“ auf eine friedliche und dauerhafte Zukunft in Würde vorbereiten soll.

14.11.2010:

In der wöchentlichen Kabinettsitzung legt Benjamin Netanyahu Pläne vor, dem US-amerikanischen Drängen nach einem weiteren dreimonatigen Siedlungsbaumoratorium nachgeben zu wollen und Israel dafür mit der Lieferung von Tarnkappenbomben und F-15-Kampffjets zu kompensieren. Außerdem soll Washington zugesagt haben, sein Veto im UN-Sicherheitsrat im Falle der einseitigen Proklamation des Staates Palästina im Sommer 2011 einzulegen. Die Minister von „Shas“ enthalten sich zunächst der Stimme und wollen das Votum ihres Mentors Rabbiner Ovadia Yosef abwarten, während Außenminister Avigdor Lieberman („Israel Beiteinu – Unser Haus Israel“) erklärt, nicht einen einzigen Tag lang auf den Siedlungsbau zu verzichten. Israels stellvertretender Ministerpräsident Moshe Yaalon verwahrt sich gegen die amerikanische „Honigfalle“. Im ähnlichen Sinne äußert sich der Minister ohne Geschäftsbereich Benny Begin. Der palästinensische Präsident Machmud Abbas und sein Chefunterhändler Saeb Erakat betonen, dass sie aus Washington bislang keine Informationen über die Pläne erhalten haben. Am 21. November mahnt Netanyahu eine schriftliche Zusage Washingtons an, ohne die er die Forderung nach einer Verlängerung des Siedlungsmoratoriums um neunzig Tage nicht ins Kabinett einbringen werde.

13.11.2010:

Eine Gruppe israelischer Film- und Fernsehschauspieler lässt nach einem Bericht von „Haaretz“ eine Petition kursieren, in der sie ihre Ablehnung begründen, in dem vor kurzem eröffneten Kulturzentrum in der städtischen Siedlung Ariel aufzutreten¹³. Die Entscheidung sei ein demokratisches Recht, weil Ariel nicht der israelischen Souveränität unterliege. Es sei unbegreiflich, dass der Widerstand gegen das Siedlungsunternehmen, der von

einem beträchtlichen Teil der israelischen Öffentlichkeit geteilt werde, als eine illegitime Einstellung hingestellt werde.

Der ehemalige Stabschef Barack Obamas, Rahm Emanuel, verkündet seine Kandidatur für das Amt des Oberbürgermeisters von Chicago¹⁴.

12.11.2010:

„Haaretz“ meldet, der frühere Generalstaatsanwalt Michael Ben-Yair wolle dafür sorgen, dass von jüdischen Siedlern unter Leitung des US-amerikanischen Millionärs Irwin Moskowitz enteignete Häuser im Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrach an ihre palästinensischen Eigentümer rückerstattet werden. Ben-Yair, der selbst in Sheikh Jarrach geboren worden ist, verweist darauf, dass alle Juden, die 1948 ihre Grundstücke und ihr sonstiges Eigentum zurücklassen mussten, in West-Jerusalem entschädigt worden sind. Die Behauptung der Siedler, dass es sich in Sheikh Jarrach um unveräußerliches jüdisches Eigentum handele, sei also Unsinn.

11.11.2010:

„Hamas“ verhindert im Gazastreifen Gedenkfeiern anlässlich des sechsten Todestages von Yasser Arafat. Bei einer Veranstaltung in Ramallah hingegen würdigt Machmud Abbas seinen Vorgänger im Amt. Nasser al-Qidwa, ein Neffe Arafats, langjähriger PLO-Repräsentant bei den Vereinten Nationen in New York und danach kurzzeitiger palästinensischer Außenminister, wiederholt bei dieser Gelegenheit die Behauptung, sein Onkel sei von Israel vergiftet worden.

Im New Yorker „Regency Hotel“ treffen Barack Obama und Benjamin Netanyahu zu einem zweistündigen Gespräch zusammen. Im Anschluss beraten Arbeitsgruppen weitere fünf Stunden. Die

Gespräche sollen „sehr ernst“ gewesen sein, alles sei auf den Tisch gekommen. Ergebnisse bleiben aus.

Mit achtmonatiger Verspätung wird in Bagdad die neue Regierung unter dem bisherigen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki vereidigt; sein Konkurrent Iyad Alawi, der im März mit seiner Partei „Iraqiyeh“ die meisten Stimmen bei der Wahl auf sich vereinigte und jetzt Vorsitzender des neu geschaffenen Rats für Sicherheit wird, stellt seine Ansprüche auf das höchste Amt zurück. Aufgrund der desolaten Wirtschafts- und Sicherheitslage im Lande, dem parlamentarischen Streit und wegen der persönlichen Rivalitäten wird dem Koalitionskabinett keine lange Lebensdauer zugemessen.

10.10.2010:

Im Internet-Portal „Arab Reform Bulletin“ verweist Mahmoud Jaraba, Autor des Buches „Tentative March Toward Peace“ (Ramallah 2010) darauf, dass 67 Prozent der „ Hamas“-Anhänger und 96 Prozent der „Fatah“-Anhänger für die Errichtung des Staates Palästina in den von Israel 1967 besetzten Gebieten mit Jerusalem als Hauptstadt sind.

Zum dritten Mal wird die Konferenz der Mittelmeerunion am 21. November in Barcelona, zu der rund fünfzig Regierungschefs und Außenminister erwartet wurden, nach Absagen der arabischen Staaten verschoben. Sie begründen ihre Entscheidung mit der fortgesetzten Siedlungspolitik Israels in Ost-Jerusalem. Die Mittelmeerunion wurde im Juli 2008 begründet, die deutsche Bundesregierung äußerte damals Zweifel an dem französischen Vorstoß¹⁵.

09.11.2010:

Angesichts der fortgesetzten Bautätigkeit in der Westbank und in Ost-Jerusalem verlangt der palästinensische Präsident Machmud Abbas eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates.

„Spiegel-online“ berichtet, dass sich die Bevölkerung im Gazastreifen „in Scharen“ von „Hamis“ wegen ihres rigiden Kurses abwendet¹⁶.

Die US-amerikanische Friedensorganisation „J-Street“¹⁷ kündigt die Eröffnung einer Zweigstelle in Jerusalem an, um vor allem Studenten an den Universitäten mit Studienbegleitprogrammen anzusprechen.

Von den 2.373.579 Wahlberechtigten beteiligen sich knapp 53 Prozent – in den Ballungszentren nur 34 Prozent – an den Wahlen zum 15. Parlament in Jordanien. Beim letzten Urnengang 2007 waren es noch fast 59 Prozent. Der politische Arm der Moslebrüder, die „Islamische Aktionsfront (IAF)“ als einzige Partei mit breiter Basis in der Bevölkerung unter Führung von Zaki Ben Rshaid, boykottiert die Wahlen zur 120köpfigen zweiten Kammer (zwölf Sitze sind die Frauen, neun Sitze für Christen und ein Sitz für die Tscherkessen reserviert) mit der Begründung, dass die neue Wahlrechtsreform, welche die Zahl der Abgeordneten in den Ballungszentren – dort hat die IAF ihren stärksten Rückhalt – verminderte, obwohl dort achtzig Prozent der Bevölkerung leben sollen, und sie in den ländlichen Gebieten mit den königstreuen Beduinen erhöhte, die Chancengleichheit beeinträchtigt. Dass nur 34 Abgeordnete wiedergewählt worden sind, wird als Zeichen der Unzufriedenheit in der Bevölkerung gewertet. In einem Bericht macht Michele Dunne als Beobachterin der Wahlen im Internet-Portal „Carnegie Endowment for International Peace“ am 17. November darauf aufmerksam, dass die Wahlrechtsreform trotz erkennbarer technisch-organisatorischer Verbesserungen nicht die chronische Unterrepräsentation der städtischen Bevölkerung und die allgemeine Machtlosigkeit des Parlaments aufgehoben habe. Nach wie vor gebe es keine unabhängige Wahlkommission, sondern die Wahlen

würden unter Leitung des Innenministeriums und des Ministeriums für politische Entwicklung abgehalten. Um für Ruhe zu sorgen, sind 40.000 Polizisten und Sicherheitskräfte eingesetzt worden. Dennoch kam bei Schießereien zwischen Anhängern rivalisierender Kandidaten im Süden Jordaniens ein Mensch ums Leben. Das 2007 gewählte Parlament war, weil es sich durch ein unverantwortliches Gebahren hervorgetan hatte, zwei Jahre später von König Abdullah II. aufgelöst worden. In seiner Eröffnungsansprache zur neuen Legislaturperiode am 20. November fordert der König in Anwesenheit des Kabinetts mit Ministerpräsident Samir Rifai an der Spitze beide Häuser des Parlaments auf, künftig besser zusammenzuarbeiten. Es seien bindende Prinzipien in Vorbereitung, die auch die Interaktion der Regierung mit dem Parlament verbessern solle. Die demokratische Entwicklung Jordaniens brauche die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und den Aufbau politischer Parteien – womit Abdullah II. erhebliche Defizite einräumt – sowie freie und unabhängige Medien (erst vor kurzem war die Pressefreiheit eingeschränkt worden). Abschließend wiederholt der König, dass Jordanien auch künftig die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten mit dem Ziel eines unabhängigen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt gemäß der Arabischen Friedensinitiative von 2002 und dem internationalen Recht unterstützen werde.

In der Frankfurter Paulskirche fragt der desiginierte Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Dieter Graumann, der in Kürze Charlotte Knobloch ablösen wird, in seiner temperamentvollen Ansprache aus Anlass der Gedenkstunde zum 09. November 1938, der eine heftige Kontroverse um die Ansprache des französischen Politologen Alfred Grosser vorausging: „Wir müssen uns auch selbstkritisch fragen, ob wir denn wirklich immerzu in der Rolle des chronischen Kritikers verbleiben wollen. Denn: Wer trotzig in der Mauer-Mecker-Ecke hockt, hat noch selten eine besonders glückliche Figur

abgegeben. Das jüdische Dauer-Abonnement von Warnen und Mahnen und Tadeln und Rügen und Missbilligen müssen wir daher selbst nicht endlos verlängern. Mehr Kreativität, mehr Phantasie – statt Empörungsrituale. Muntere Impulsgeber, quicklebendiger Antreiber – statt dröger Dauer-Mahner. Muss es denn wirklich und unbedingt für alle Zeit zwangsläufig das jüdische Mahnwesen, den jüdischen Mahnsinn geben in Deutschland? Mauern wir uns so denn nicht selbst letztlich ein in einer Ecke, aus der wir kaum noch herauskommen? Wir dürfen doch ganz bestimmt nicht nur deshalb Juden sein, weil es Antisemiten gibt. Und wir müssen auch feststellen: Juden werden viel zu oft leider nur wahrgenommen entweder als traurige Opfer von früher oder als lästige Dauermahner von heute. Das kann doch bestimmt nicht in unserem Interesse sein. ... Wir wollen dem Judentum in Deutschland eine frische Perspektive und eine starke, neue Zukunft geben. Und bei aller Erinnerungsarbeit, die uns weiter und immer natürlich am Herzen liegen wird, bei allem Engagement, das wir auch weiterhin ohne Zweifel leidenschaftlich zeigen werden: Wir wollen statt überkommener Klischees auch ein neues, ein frisches und modernes Bild vom Judentum vermitteln. Judentum bedeutet eben nicht nur immer Verfolgung und Elend und Katastrophen, sondern auch Tiefe, Substanz, Sinn, Wissen, Werte, Wärme, Herzlichkeit, Temperament, Leidenschaft, Lebendigkeit, Lebenslust und eine munter und modern ausgelebte Tradition – und das alles immerhin schon seit mehr als hundert Generationen. Mit Verlaub: Wer kann das denn schon von sich behaupten? Das Judentum vor allem auch über seine vielen positiven Inhalte zu definieren und zu präsentieren, die Schätze des Judentums zu hegen und zu pflegen, sie weiterzutragen, sie mit Leben, Kraft, mit Herz und Seele und Inhalt und Substanz und mit Zukunft zu füllen – das ist eine gewaltige Herausforderung. Aber auch: Was für eine großartige, grandiose Chance!“

08.11.2010:

Von der Ankündigung des Baus von 1300 neuen Wohneinheiten in Ost-Jerusalem und 800 Wohneinheiten in der städtische Siedlung Ariel in der Westbank während des Aufenthalts von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu vor der „Jewish Federation of North America“ in New Orleans und später Washington zeigt sich der Sprecher des State Department Philip J. Crowley „tief enttäuscht“. Der Bau sei für die US-Bemühungen um die Wiederaufnahme direkter Gespräche mit den Palästinensern „kontraproduktiv“. Die Sprecherin der israelisch-palästinensischen Initiative „Ir Amim (Stadt der Völker)“ Orly Noy erklärt: „Israel diktiert weiter Zentimeter für Zentimeter eine dramatische Realität in Jerusalem, die jede Friedenslösung in Zukunft erheblich beschädigt.“ Am 09. November erklärt das Büro Netanyahus, Jerusalem sei keine Siedlung, Jerusalem sei die Hauptstadt des Staates Israel, und Israel habe es nie akzeptiert, sich irgendwelcher Zurückhaltung beim Bau in Jerusalem aufzuerlegen. Bei der Begegnung mit US-Vizepräsident John R. Biden betont Netanyahu, dass die Bauvorhaben in Ost-Jerusalem privat finanziert würden. Am 10. November kündigt der palästinensische Präsident Machmud Abbas an, dass er sich um die Einberufung des UN-Sicherheitsrates bemühen werde. Im Beisein von Ministerpräsident Salam Fayyad kündigt US-Außenministerin Hillary Clinton am selben Tag in Washington an, dass weitere 75 Millionen US-Dollar der Autonomieregierung zur Verfügung gestellt würden, um die Haushaltssorgen in Ramallah zu dämpfen. Damit belaufe sich die bereitgestellte Summe seit 2009 auf 225 Millionen US-Dollar. In seiner Entgegnung betont Fayyad, dass die USA seit 1994 rund 3,5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung gestellt haben. Es gebe in Palästina kaum einen Hinweis auf Fortschritte, an dem Washington nicht beteiligt sei.

Die Armut zwischen 2007 und 2009 habe um ein Drittel abgenommen, auch wenn besonders unter der Jugend die Arbeitslosigkeit noch hoch sei.

07.11.2010:

Das Oberste Gericht Israels unter Vorsitz seiner Präsidentin Dorit Beinisch bestätigt den Bau von drei Wohneinheiten in Jaffa, die jüdischen Bewohnern vorbehalten bleiben sollen. Zur Begründung führt das Gericht aus, dass die Gesellschaft „Be’Emunah (Im Glauben)“ eine Ausschreibung gewonnen habe, für religiöse Zionisten Wohnraum zu schaffen. Gegen diese Bevorzugung hatten mehreren israelische NGO’s Einspruch erhoben¹⁸.

06.11.2010:

Vor seiner Abreise in den Nahen Osten am 07. November gewährt Außenminister Guido Westerwelle der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Interview¹⁹. Darin äußert er die Überzeugung, dass „ein Einfrieren der Siedlungsaktivitäten die richtige Entscheidung wäre“. Außerdem erwartet Westerwelle von der US-Administration nach der schweren Niederlage Barack Obamas bei den Zwischenwahlen am 02. November im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt außenpolitische Kontinuität. Beide Aussagen deuten nicht auf ein verstärktes deutsches diplomatisches Engagement hin. Während seines zweitägigen Aufenthalts wird Westerwelle mit Staatspräsident Shimon Peres und seinem Amtskollegen Avigdor Lieberman – mit dem er am 13. Oktober in Berlin zusammentraf – sowie mit dem palästinensischen Chefunterhändler Saeb Erakat Gespräche führen, letzteres kommt jedoch nicht zustande. Im Gazastreifen ist der Besuch des Klärwerkes Sheikh Adjlin geplant, das mit Hilfe der Deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau mit zwanzig Millionen Euro in der Nähe von Gaza-Stadt erweitert wird²⁰. Beim dortigen Besuch bezeichnet Westerwelle die Blockade des Gazastreifens als „nicht akzeptabel“. Gespräche mit der „Hamas“-Regierung finden nicht

statt. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes hat Westerwelle im Vorfeld seines Besuchs unter anderen mit Präsident Machmud Abbas telefoniert.

04.11.2010:

Trotz der schweren Niederlage bei den Zwischenwahlen zum Kongress am 02. November kündigt Außenministerin Hillary Clinton an, dass sie in der kommenden Woche in den USA mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu zusammentreffen werde. „Wir arbeiten auf einer Non-Stopp-Grundlage mit unseren israelischen und palästinensischen Freunden an einem Design nach vor“, erklärt Clinton während ihres Aufenthalts in Neuseeland.

Bei seinem ersten Besuch in Israel nach der Amtsübernahme fordert der britische Außenminister William Hague die Regierung in Jerusalem dringend auf, das Siedlungsbaumoratorium für die Westbank unbegrenzt zu verlängern, weil ansonsten die Zweistaatenlösung nicht erreichbar sei. Im Vorfeld seines Besuchs hatte es Verstimmungen gegeben, weil gemäß der internationalen Rechtsprechung die Möglichkeit von Strafbefehlen auf britischem Boden nicht aufgehoben worden sind. Im Dezember 2009 hatte die Oppositionsführerin Tsipi Livni eine Reise nach London abgesagt, weil sie in ihrer Zeit als Außenministerin den Gaza-Krieg Ende 2008/Anfang 2009 nicht verhindert hatte und deshalb ihre Festnahme befürchtete.

In einer Pressemeldung des Deutschen Bundestages beklagen die acht Mitglieder des Menschenrechtsausschusses nach ihrer viertägigen Delegationsreise durch Ägypten schwere Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung und ihre Sicherheitskräfte. „Unsere Gesprächspartner berichten, dass vor den Wahlen die Repression erheblich zugenommen hat und die politischen Spielräume für regierungskritisches Verhalten eingeschränkt wurden.“ Die Polizei nehme nicht nur

Oppositionelle willkürlich fest und foltere sie, und die Regierung gehe auch nicht gegen willkürliche Festnahmen und Folterungen einfacher Bürger vor. Vielmehr würden Übergriffe als Mittel der Einschüchterung eingesetzt. Zu der Delegation gehörten Sibylle Pfeiffer, Ute Granold und Egon Jüttner (alle CDU/CSU), Angelika Graf und Wolfgang Gunkel (beide SPD), Serkan Tören (FDP), Annette Groth (DIE LINKE) und Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen). Die Abgeordnete Groth gehörte Ende Mai zu den Passagieren der Friedensflottille „Mavi Marmara (Blaues Mittelmeer)“.

03.11.2010:

Das Internet-Portal des „Hamburger Abendblatts“ meldet, dass die „Friends of the Earth Middle East (FoEME)“ am 17. November im Hamburger Rathaus die mit 250.000 Euro dotierte Auszeichnung der Alexander-Onassis-Stiftung erhalten werden. Die Organisation von Israelis, Palästinensern und Jordanern versucht, durch Umweltschutzmaßnahmen den Jordan vor dem Austrocknen zu bewahren. „Mit großem Respekt vor der Leistung der Friends of the Earth Middle East hat sich die Jury einstimmig für diese wichtige und wegweisende Umweltorganisation entschieden. FoEME verbindet in herausragender Weise Umweltschutz mit dem Engagement für ein friedliches Miteinander in der Region“, hat die Hamburger Umweltsenatorin Anja Hajduk die Auszeichnung begründet. Nach Angaben von FoEME hat sich die Wassermenge, die jährlich das Tote Meer erreicht, aufgrund der großen Entnahmen durch die Landwirtschaft in Syrien, Israel und Jordanien in den vergangenen fünfzig Jahren von mehr als 1,3 Milliarden Kubikmetern auf weniger als dreißig Millionen Kubikmeter reduziert. Ironischerweise sei es das Abwasser, das den Fluss noch am Leben erhält, schreiben die Umweltschützer, die die Hoffnung haben, dass die Problematik durch die Preisverleihung mehr internationale Aufmerksamkeit

erfährt. Die Stiftung ist im Andenken an den Reeder Aristoteles Onassis von dessen Sohn Alexander gegründet worden.

02.11.2010:

Die israelischen Behörden verweigern dem palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad die Teilnahme an der Eröffnung zweier Schulen in Ost-Jerusalem. Beim Besuch einer anderen Schule außerhalb der Stadtgrenzen, in Dahiat al-Barid, erklärt Fayyad daraufhin, dass eines Tages Ost-Jerusalem die ewige Hauptstadt des Staates Palästina sein werde.

Bei den Zwischenwahlen in den USA für das Repräsentantenhaus und ein Drittel der Senatoren stimmen zwei Drittel der jüdischen Wähler für die Demokratische Partei. Nach Umfragen standen auf Israel bezogene Fragen bei ihrer Entscheidung nur auf dem achten Platz.

Rainer Hermann berichtet in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dass die internationalen Sanktionen gegen Iran ihre Wirkungen zeigen und die verfehlte Wirtschaftspolitik von Präsident Machmud Achmadinedjad unterstreichen würden. Die Inflation liege nach amtlichen Angaben bei 15 Prozent, nach Medienberichten sei sie jedoch doppelt so hoch. Den Abbau von Subventionen, deren Volumen die Einnahmen aus den Ölexporten übertreffen, würden von der Regierung hinausgeschoben werden. So solle der Preis für einen Liter Benzin von 0,10 US-Dollar auf 0,80 US-Dollar erhöht werden. Die iranischen Banken könnten keine Transaktionen vornehmen, und in den Basaren sei eine Verknappung des US-Dollars spürbar. Der Wert eines US-Dollars sei auf 10.000 Rial festgeschrieben.

01.11.2010:

Der diplomatische Korrespondent von „Haaretz“, Barak Ravid, berichtet, dass Benjamin Netanyahu eine von Schweden ausgehende und von Großbritannien, Irland, Belgien und einigen anderen Staaten getragene Initiative verhindern will, Jerusalem zu teilen und als Hauptstadt des Staates Israel und des Staates Palästina anzuerkennen. Über sie soll am kommenden Sonntag, den 07. November, beim Treffen der EU-Außenminister in Brüssel abgestimmt werden. Die französische Regierung wolle hingegen eine formale Teilung der Stadt verhindern. Schweden übernimmt am 01.01.2011 die EU-Ratspräsidentschaft.

Rund zehntausend Studenten aus dem ganzen Land demonstrieren in Jerusalem gegen ein Gesetz, dass die verheirateten ultraorthodoxen Vollzeit-Studenten an Talmud-Torah-Schulen („Yeshivot“) bei der Vergabe von Stipendien privilegiert. Nach einem Bericht von Stefanie Neumeister in der Dezember-Ausgabe der in Berlin erscheinenden „Jüdischen Zeitung“ tragen die Demonstranten Schilder mit der Aufschrift „Wir fürchten um die Zukunft des Staates“ und „Wir sind keine Blutsauger“ mit sich. Als die Stipendien in den 1980er Jahren eingeführt wurden, seien gerade einmal zwanzig Prozent der ultraorthodoxen Männer in „Yeshivot“ registriert worden, heute seien es 65 Prozent. Interessanterweise verfügt der Präsident der Hebräischen Universität und Islam-Historikers Menachem Ben-Sasson die Aussetzung aller Lehrveranstaltungen an diesem Tag, um den Studenten die Möglichkeit zu bieten, sich dem Demonstrationzug anzuschließen. Ben-Sasson selbst gehört zur modernen Orthodoxie.

Oktober 2010

31.10.2010:

In ihrer hebräischsprachigen Internetausgabe berichtet „Haaretz“ von einem schweren Verwürfnis zwischen Nicolas Sarkozy und Benjamin Netanyahu. In einem Telefonat vor zehn Tagen habe Sarkozy seinen Gesprächspartner zur Verlängerung des Siedlungsbaumoratoriums vergeblich aufgefordert, um die neuen Chancen für den Friedensprozess nicht zu zerstören. Im Gegenzug habe Netanyahu die Teilnahme an zwei hochrangigen Tagungen in Paris und Barcelona unter Beteiligung von Machmud Abbas, Hosni Mubarak und Hillary Clinton abgesagt, weil sie nicht zum richtigen Moment stattfinden würden.

In Münster wird der diesjährige Preis des Westfälischen Friedens an den Dirigenten Daniel Barenboim und posthum an den 2003 verstorbenen palästinensisch-amerikanischen Literaturwissenschaftler Edward Said verliehen. Beide hatten das „West-East Divan Orchestra“ mit arabischen, palästinensischen und israelischen Musikern begründet. In seiner Dankesrede wies Barenboim darauf hin, dass es für eine Lösung des Nahostkonflikts nur noch eine „letzte Chance“ gebe: „Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern 30 Sekunden vor zwölf.“ Dazu müsse Israel den Palästinensern mit Respekt und einem Gefühl für Gerechtigkeit begegnen. Bundesaußenminister Guido Westerwelle hält die Laudatio.

In der chaldäisch-katholischen Bischofskirche „Maria Erlöserin“ in Bagdad werden von Terroristen, die „al-Qaida“ nahestehen sollen, 68 irakische Christen ermordet. Es wird die Befürchtung geäußert, dass der Anschlag die Abwanderung christlicher Iraker beschleunigen wird. Seit 2003 sank die Zahl der irakischen Christen von 800.000 auf 400.000 Personen. Rund 100.000 christliche Flüchtlinge leben mittlerweile in arabischen Nachbarstaaten. Medien berichten, dass auch Moslems für die Verletzten Blut gespendet haben. Am 02. November lassen die

Terroristen zwölf Sprengsätze in Bagdad explodieren, die zahlreiche Menschen in den Tod reißen.

29.10.2010:

Nach einem Treffen mit Benjamin Netanyahu in Jerusalem sowie mit Machmud Abbas und Salam Fayyad in Ramallah, bei denen es um die Fortsetzung des Siedlungsbaumoratoriums geht, stellt die „New York Times“ ihren Leitartikel, an die Adresse Netanyahus gerichtet, unter die Überschrift „Genug der Spielchen“. Die Siedlungen seien unrechtmäßig und die Wiederaufnahme des Siedlungsmoratoriums würde keineswegs die israelischen Interessen verletzen. Schreiben die Autoren.

„Hisbollah“-Generalsekretär Hassan Nasrallah fordert die Bevölkerung des Libanons auf, das Sondertribunal zur Aufklärung des Mordes an dem früheren Ministerpräsidenten Rafik Hariri am 14. Februar 2005 zu boykottieren. Wer mit ihm zusammenarbeite, entehre das Land und verrate gegen den Widerstand gegen Israel.

Zwischen dem 07. und 27. Oktober haben wir uns zu Gesprächen in Kairo aufgehalten, so dass die Chronologie nur eingeschränkt fortgeführt werden konnte.

25.10.2010:

Gegen die grassierende Korruption, die Bestechung und den Nepotismus richtet die palästinensische Autonomieregierung einen unabhängigen Gerichtshof unter Leitung von Rafik Natsheh ein. Niemand werde von der Anklageerhebung verschont werden, erklärt der Jurist.

Der Reporter Uri Blau, der für „Haaretz“ mehr als 1500 Dokumente ausgewertet hat, die ihm von einer früheren israelischen Soldatin über schwere Menschenrechtsverletzungen während des Gaza-Krieges Ende 2008 / Anfang 2009 zugespielt wurden²¹, ist nach einem fast einjährigen Aufenthalt im Ausland nach Israel zurückgekehrt und wird sofort von den Behörden verhört.

24.10.2010:

Aus der Meinungsumfrage des in Ramallah ansässigen „Palestinian Center for Policy and Research“ unter Leitung von Khalil Shikaki zwischen dem 30. September und dem 02. Oktober geht hervor, dass in der palästinensischen Bevölkerung in beiden Teilen Palästinas die Popularität von Präsident Machmud Abbas gegenüber dem Regierungschef Ismail Haniyeh im Gazastreifen weiter gestiegen ist.

Bischöfe mittelöstlicher Kirchen fordern zum Abschluss ihrer zwei Wochen langen Synode in Rom die internationale Gemeinschaft in einer gemeinsamen Erklärung dazu auf, die notwendigen Schritte zur Beendigung der israelischen Besatzung aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Trennungsmauer niedergerissen, die palästinensischen politischen Gefangenen freigelassen und das Wirtschaftsleben der Palästinenser erleichtert wird. Zur Begründung ihres Unrechts dürfe sich die israelische Politik nicht auf die Bibel berufen.

23.10.2010:

Ein Sprecher von „al-Qaida“ ruft in einem 48 Minuten langen Video die Muslime in den USA und in Europa zum Kampf gegen die „Zio-Kreuzzügler“ auf.

17.10.2010:

Nach Medienberichten planen die israelischen Behörden den Bau von weiteren 238 Wohneinheiten in Ost-Jerusalem. Nach Angaben der Organisation „Frieden Jetzt“ seien damit seit März erstmals solche Absichten bekannt geworden, als US-Vizepräsident John R. Biden Israel besuchte²².

16.10.2010:

Eine Delegation früherer Regierungschefs und Diplomaten unter Leitung der ehemaligen irischen Ministerpräsidentin Mary Robinson besucht Ägypten, den Gazastreifen sowie Syrien und erklärt, dass die Aufhebung der israelischen und internationalen Blockade nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine politische Aufgabe sei. Außerdem ruft die Delegation, vor drei Jahren von Nelson Mandela unter dem Namen „The Elders“ ins Leben gerufen wurde und zu der neben Robinson noch der frühere algerische Außenminister Lakhdar Brahimi, Jimmy Carter und aus Indien Ela Bhatt angehören, zur Überwindung der innerpalästinensischen Spaltung auf.

11.10.2010:

Benjamin Netanyahu bietet die beschränkte Verlängerung des Siedlungsbaumoratoriums an, wenn die Palästinensische Autonomiebehörde „Israel den Nationalstaat des jüdischen Volkes“ anerkennt. Nach offiziellen israelischen Angaben wuchs die jüdische Bevölkerung in der Westbank im ersten Halbjahr 2010 um achttausend Personen und lag damit ein Drittel höher als in Israel.

10.10.2010:

Aus der Meinungsumfrage des in Ramallah ansässigen „Palestinian Center for Policy and Research“ unter Leitung von Khalil Shikaki zwischen dem 16. und 30. Juli unter den in Ost-Jerusalem wohnenden Palästinensern ergibt sich, dass sich nur sechs Prozent

bereit zeigen, im Zuge einer Endstatus-Regelung die israelische Souveränität hinzunehmen. Die überwältigende Mehrheit weigert sich, an palästinensischen oder israelischen Wahlen teilzunehmen, selbst wenn die Autonomiebehörde sie dazu auffordern würde, und bevorzugt eine palästinensische oder internationale Souveränität über die Stadt. Außerdem glaubt eine Mehrheit, dass es das Ziel Israels sei, Ost-Jerusalem und die Westbank zu annektieren und ihre Bewohner zu vertreiben oder ihnen ihre Rechte zu nehmen.

06.10.2010:

Am späten Abend berichten israelische Medien, dass Ministerpräsident Benjamin Netanyahu die Vorstellungen seines Außenministers Avigdor Lieberman aufgegriffen habe, von den nichtjüdischen Staatsbürgern eine Loyalitätserklärung zugunsten „des jüdischen und demokratischen Staates Israel“ abzufordern. Im Gegenzug sei Lieberman bereit, eine Verlängerung des Siedlungsbaumoratoriums im Parlament passieren zu lassen.

In einem Interview mit dem türkischen Fernsehen zeigt sich der syrische Staatspräsident Bashar Assad bereit, den Gesprächsfaden mit Israel wiederaufzunehmen, wobei er darauf bestehe, dass die gesamten Golanhöhen zurückgegeben werden. Noch sei nichts entschieden, doch werde unter türkischer Vermittlung gegenwärtig versucht, die Voraussetzungen für Gespräche zu ergründen.

04.10.2010:

Der israelische Tourismusminister Stas Misezhnikow („Shas“) teilt mit, dass Spanien und Großbritannien nicht an der alle zwei Jahre stattfindenden Tourismuskonferenz vom 20. bis 22. Oktober in Jerusalem teilnehmen werden, weil sich die israelische Regierung geweigert habe, die Delegierten nicht in

den Osten der Stadt zu führen oder die Konferenz in Tel Aviv stattfinden zu lassen. Die nachdrücklichen Bemühungen seiner Regierung, den Boykott abzuwenden, seien vergeblich gewesen, betont der Minister. Zu den in Jerusalem erwarteten offiziellen Delegationen gehört auch die aus der Bundesrepublik Deutschland. Am 06. Oktober berichtet „Haaretz“, dass nach Angaben arabischer Medien der Präsident der „Union of European Football Associations (UEFA)“ Michel Platini gedroht habe, Israel aus dem Verband auszuschließen, wenn es palästinensischen Spielern aus „Sicherheitsgründen“ die Bewegungsfreiheit einschränke. Auch der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees Jacques Rogge verwahrt sich dagegen, dass Israel palästinensische Athleten an der Teilnahme bei Wettbewerben hindere.

03.10.2010:

Israelische Siedler legen Feuer an eine Moschee in dem palästinensischen Dorf Beit Fajar südlich Bethlehems. Der Anschlag wird allgemein als eine Warnung gegen einen Baustopp in den jüdischen Siedlungen verstanden. Am 04. Oktober melden die israelischen Behörden die Festnahme von Verdächtigen.

02.10.2010:

Das Exekutivkomitee der PLO beschließt, die Verhandlungen mit Israel solange auszusetzen, bis ein Baustopp in der Westbank angeordnet worden sei. Zur selben Zeit berichten internationale Medien, dass Ministerpräsident Benjamin Netanyahu einem Siedlungsstopp für sechzig Tage zugestimmt habe. Vorher habe ihm US-Präsident Barack Obama Zusicherungen erhalten, die Israels Sicherheit besonders im Jordantal zugute kommen sollen. Auf der Kabinettsitzung am 03. Oktober in Jerusalem bestätigt Netanyahu indirekt die Berichte zum vorübergehenden Siedlungsstopp, indem

er darauf hinweist, dass die Beziehungen zu den USA für Israel lebenswichtig seien.

September 2010

30.09.2010:

Der Sprecher des State Department, Philipp J. Crowley, erinnert in einer Erklärung an die Rede von US-Präsident Barack Obama am 23. September, in dem dieser die Rolle der Zivilgesellschaften auch für die Beilegung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern hervorhob. Deshalb würden sich die USA, so Crowley, besorgt zeigen über die jüngste Absage einer internationalen Konferenz zur Versammlungsfreiheit in Kairo. Sie würden erwarten, dass die Konferenz frühestmöglich stattfinden könne. Außerdem äußert sich Crowley im Namen der US-Administration besorgt, dass die ägyptischen Sicherheitskräfte Zivilisten schlagen und festnehmen würden, die in der vergangenen Woche an öffentlichen Demonstrationen teilnahmen. Washington erwarte von der Regierung in Kairo, dass die einheimische Zivilgesellschaft frei und offen arbeiten könne sowie die Freiheit der Versammlung und der Meinungsäußerung gemäß internationalen Verpflichtungen gewährleistet werde.

28.09.2010:

Der israelische Außenminister Avigdor Lieberman trägt vor der UN-Vollversammlung das Programm seiner Partei „Israel Beiteinu (Unser Haus Israel)“ vor, im Zuge einer interimistischen Zweistaatenregelung einen Territoriaustausch vorzunehmen: Arabisch bewohnte Gebiete Israels – hier kann nur das „Kleine Dreieck“ zwischen Hadera und Afula gemeint sein – gehen an den Staat Palästina über, während jüdische Siedlungsblocks in der Westbank an Israel

fallen sollen. Die Verhandlungen mit den Palästinensern könnten noch Jahrzehnte andauern, erklärt Lieberman und konterkariert damit Absichten, einen Rahmenvertrag zu allen zentralen Konfliktthemen innerhalb eines Jahres zu erreichen. Das Amt von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu enthält sich einer Kritik an Liebrmans Rede, weist aber darauf hin, dass politische Entscheidungen am Kabinetttisch fallen. Der ehemalige Präsident der „Conference of Presidents of Major Jewish Organizations“ in den USA, Seymour Reich, fordert den Rücktritt des Außenministers.

In der Wochenzeitung des israelischen Militärs „baMachane (Im Lager)“ wird eine Statistik veröffentlicht, wonach insgesamt dreizehn Prozent der aktiven Kommandeure aus den jüdischen Siedlungen kommen. Das Bild in allen Teilstreitkräften fällt mit Spitzenwerten bis zu zwanzig Prozent unterschiedlich aus.

Im Iran wird den zwei wichtigsten Oppositionsparteien endgültig jegliche politische Betätigung verboten. Die „Islamische Beteiligungsfront“ und die „Mudjahedin der Islamischen Revolution“ gehörten zu den Kräften, die nach den Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 die öffentlichen Proteste gegen das Regime angeführt hatten²³.

27.09.2010:

Nach israelischen Pressemeldungen soll Machmud Abbas bei seinen Gesprächen in Paris am gestrigen Tage, dem 26. September, gesagt haben, dass die Palästinensische Autonomiebehörde auf die Forderung nach vollständigem Einfrieren der Siedlungstätigkeit verzichten würde, sollte Benjamin Netanyahu zu einer öffentlichen Erklärung bereit sein, die Verhandlungen auf der Grundlage der Grenzen vor dem Junikrieg 1967 fortzuführen.

26.09.2010:

Die Internetausgabe von „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ berichtet exklusiv aus New York, dass Verteidigungsminister Ehud Barak seinen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu auffordern werde, das heute auslaufende Siedlungsbaumoratorium um zwei oder drei Monate zu verlängern. Die Palästinenser könnten von Israel nicht mehr verlangen als die Vereinigten Staaten, Europa und das Nahost-„Quartett“ – ihm gehören zusätzlich Russland und das UN-Generalsekretariat an –, zitiert das Blatt israelische Quellen, die mit den Gesprächen vertraut sind. Auf der Sitzung des „Inneren Kabinetts“ am 05. Oktober, das üblicherweise über sicherheitspolitische Fragen debattiert, steht die Verlängerung des Moratoriums nicht auf der Tagesordnung. Der Israel-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Hans-Christian Rößler, schreibt: „Alle Welt redet über die Bauaktivität in den Siedlungen im Westjordanland, nur die israelischen Minister nicht²⁴.“

Israelische Medien berichten, dass viele tausend Siedler mit Unterstützung von Knessetabgeordneten am Nachmittag mit Traktoren und Bulldozern die Wiederaufnahme der Siedlungstätigkeit feiern wollen. Der zur „Likud“-Fraktion gehörende Danny Danon organisiert am Nachmittag unter Beteiligung von 2500 Menschen die symbolische Wiederaufnahme der Bautätigkeit in der Siedlung Revava bei Ariel – begleitet von vielen christlichen „Israel-Freunden“. Für Machmud Abbas werde die Frage entscheidend sein, so ein hoher Vertreter gegenüber „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“, ob in Ost-Jerusalem weitergebaut werde oder nicht. Das Amt von Benjamin Netanyahu soll seine Minister aufgefordert haben, keine öffentlichen Stellungnahmen abzugeben oder sich in Interviews zu äußern. Als erster hält sich Transportminister Israel Katz nicht an diese Aufforderung. Bei jeder künftigen Regelung müsse sichergestellt sein, dass

Israel an den jüdischen Siedlungen in Judäa und Samaria festhalte, erklärt Katz bei einer Feier zum Sukkot-Fest in seinem Moshav Kfar Achim. Erste Arbeiten beginnen in den Siedlungen Shavei Shomron, Adam, Oranit, Shaarei Tiqva, Yakir, Kochav haShahar, K'dumim (90 Wohneinheiten) und Karnei Tsur. Am 28. September soll ein neuer Grundstein in Bet Hagai gelegt werden, gleiches gilt für 34 Wohneinheiten in Kiryat Arba. Gleichwohl vertritt der der „Hügel-Jugend“ – sie bildet den harten Kern der Siedler durch die Anlage von Außenlagern („outposts“) – in der Westbank nahestehende Meir Bartal am 27. September in „Haaretz“ die Auffassung, dass die Führungen der Siedlerbewegung die Zeichen der Zeit erkannt hätten und zu Rückzügen bereit seien. In der derselben Ausgabe der Zeitung wird der stellvertretende Ministerpräsident Dan Meridor mit den Worten zitiert, dass ein Staat, der nicht der Staat aller seiner Bürger sei, kein demokratischer Staat sei. Am 28. September rechnet Dror Etkes in „Haaretz“ vor, dass Ende 2009, als das Baumoratorium von Netanyahu verkündet wurde, 2955 Wohneinheiten in allen Teilen der Westbank gebaut wurden, im März 2010 seien es noch 2517 gewesen, also ein Rückgang 438 Einheiten.

Nachdem bereits drei palästinensische Familien zum Verlassen ihrer Häuser im Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrach gezwungen worden sind, entscheidet das Oberste Gericht, dass weiteren 25 Familien die Enteignung droht und dass nunmehr jüdische Eigentumsansprüche geltend gemacht werden können.

Vom zyprischen Hafen Famagusta aus startet unter britischer Flagge das Schiff „Irene (Frieden)“ mit Hilfsgütern und neun Besatzungsmitgliedern aus Israel, den USA, Großbritannien und Deutschland an Bord in Richtung Gazastreifen. Ein Sprecher der Gruppe, Richard Kuper aus London, erklärt, dass sich die Besatzung nicht wehren werde, sollte das Schiff von der israelischen Marine wie

am 31. Mai geentert werden. Am späten Vormittag des 28. Septembers wird das Schiff gekapert, ohne dass die Besatzung Widerstand leistet. Das Schiff soll in den Hafen Ashdod geschleppt werden. Am 05. Oktober weisen die israelischen Behörden die nordirische Friedensnobelpreisträgerin von 1976 Mairead Maguire aus. Maguire hatte im Juni mit einem Schiff auf den Namen „Rachel Corrie“ die israelische Gaza-Blockade durchbrechen wollen und war jetzt zu Gesprächen mit israelischen und palästinensischen Friedensgruppen auf dem Weg nach Israel festgehalten worden.

In Frankfurt am Main wird die Gruppe „JCall-Deutschland“ gegründet. In Anlehnung an die am 03. Mai in Paris konstituierte Gruppe „JCall – European Jews for Reason / Appell an die Vernunft“ unter Leitung von David Chemla²⁵ soll es Zweck des Vereins sein, „eine vernunftgeleitete, dem Gedanken der Völkerverständigung, des Friedens und demokratischen Werten verbundenen Analyse des Nahostkonflikts sowie eine diesen Anforderungen entsprechende innerjüdische und gesamtgesellschaftliche Diskussionskultur zu fördern und damit zugleich einen Beitrag zur Zurückweisung antisemitischer, rassistischer und dem Gedanken interkultureller Toleranz widersprechenden Tendenzen in der Meinungsbildung entgegenzutreten“. Den Vorsitz der Gruppe übernimmt der in Berlin amtierende Rabbiner Tuvia Ben-Chorin, sein Stellvertreter ist der Frankfurter Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik. Zum weiteren Vorstand gehören Hans Jakob Ginsburg und Judith Bernstein²⁶. Die Gruppe strebt die Eintragung ins Vereinsregister an und wirbt um Mitglieder.

Nach einem Bericht der „Washington Times“, aus dem „Haaretz“ zitiert, hat der aus Ungarn gebürtige Milliardär George Soros in den vergangenen drei Jahren 750.000 US-Dollar der liberalen jüdischen Lobbygruppe „J-Street“ gespendet. Diese Zuwendung, so das Blatt, mache ein Drittel aller Einnahmen von „J-Street“ aus. Allein ein

Spender aus Hongkong habe fünfzig Prozent zum Budget beigetragen. Gegenüber „Haaretz“ erklärt die Sprecherin der Gruppe, dass „J-Street“ in den vergangenen zweieinhalb Jahren von mehr als zehntausend Spendern insgesamt 11,2 Millionen US-Dollar erhalten habe. „J-Street“ versteht sich als Gegengewicht zum „American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)“.

25.09.2010:

In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung klagt der palästinensische Präsident Machmud Abbas Israel einer „Mentalität des Expansionismus und der Dominanz“ an und fordert seine Regierung zur Entscheidung zwischen Frieden und Siedlungen auf. Außerdem verlangt Abbas die sofortige und vollständige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens. Die in Israel einsitzenden palästinensischen Gefangenen bezeichnet er als Freiheitskämpfer und fordert Israel auf, sie freizulassen, um eine Atmosphäre für Friedensverhandlungen zu schaffen. Die Bedingung für den Frieden sei der vollständige Rückzug Israels auf die Grenzen vor 1967 einschließlich Jerusalems. Außerdem begrüßt Abbas die Ergebnisse der dreiköpfigen Expertengruppe des UN-Menschenrechtsrats zur Untersuchung der Vorfälle um die „Mavi Marmara“ am 31. Mai²⁷ und bittet UN-Generalsekretär Ban ki-Moon, den Bericht dem Sicherheitsrat zuzuleiten. Nach seiner Ansprache trifft Abbas mit Sonderbotschafter George Mitchell zusammen. Von New York aus fliegt Abbas nach Paris und von dort aus zu einer Sitzung seiner Partei „Fatah“ und des Exekutivausschusses der PLO in Ramallah, bevor er am 04. Oktober die Außenminister der Arabischen Liga in Kairo trifft.

24.09.2010:

In einem Gastbeitrag für die „Jerusalem Post“ schlägt der frühere Ministerpräsident Ehud Olmert vor, dass sich Israel mit einem internationalen Treuhand-Regime über das Heilige Bassin in Jerusalem – Altstadt, Zionsberg, Ölberg und Garten Gethsemane – einverstanden erklärt, ohne dass beide Staaten dort Souveränitätsansprüche erheben, dass Israel die nichtjüdischen Wohnviertel als Hauptstadt des Staates Palästina anerkennt und der Regelung des palästinensischen Flüchtlingsproblems auf der Grundlage der Arabischen Friedensinitiative von 2002 zustimmt. Olmert kritisiert, dass sich die gegenwärtige Aufmerksamkeit auf die Verlängerung des Siedlungsbaumoratoriums konzentrierte, statt die zentralen Konfliktherde anzugehen.

Um das Scheitern der israelisch-palästinensischen Verhandlungen zu verhindern, treffen Hillary Clinton und Machmud Abbas in New York am Rande der UN-Vollversammlung zu einem Gespräch zusammen. Für Jeff Feltman, dem engen Mitarbeiter Clintons im State Department, muss Syrien in den Friedensprozess einbezogen werden, erklärt er am selben Tag.

87 Senatoren des US-Kongresses ermutigen in einem Schreiben Präsident Barack Obama, die Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern in den kommenden Monaten zu erleichtern, begrüßen, dass die US-Administration den Konfliktparteien keinen Vertrag aufzwingen wolle, und würdigen die besonderen israelisch-amerikanischen Beziehungen vor allem durch die „robuste Hilfe für Israels Sicherheitsbedürfnisse“. Gleichzeitig beschuldigen die Senatoren „Hamas“, „Hisbollah“ und Iran, einen politischen Erfolg hintertreiben zu wollen. Ein Hinweis auf die stillschweigende Verlängerung des am 26. September zu Ende gehenden Siedlungsbaumoratoriums findet sich in dem Schreiben nicht.

Zwei Tage vor Ablauf des Siedlungsbaumoratoriums berichtet „Haaretz“ aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts von Mina Zemach, dass 52 Prozent der (jüdischen) Israelis gegen die Fortsetzung des Moratoriums sind, 62 Prozent unterstützen ein „teilweises Einfrieren“ der Siedlungstätigkeit, während sich 32 Prozent gegen diese Option aussprechen.

23.09.2010:

In seiner Ansprache vor der UN-Vollversammlung betont US-Präsident Barack Obama, dass Israelis und Palästinenser selbst Frieden schließen müssen, und fährt fort: „Wenn wir im nächsten Jahr hier [in der Vollversammlung der Vereinten Nationen] wieder zusammenkommen, können wir schon ein Abkommen haben, das uns zu einem neuen UN-Mitglied führt: einen unabhängigen, souveränen Staat Palästina, der in Frieden mit Israel lebt.“ Palästina wäre das 193. Mitglied der Vereinten Nationen. Israelische Parlamentarier weisen die Ankündigung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels zurück – und bestätigen damit erneut, dass der nach 1967 von Völkerrechtlern entwickelte nationale Souveränitätsvorbehalt Israels über die palästinensischen Gebiete die politische Agenda bestimmt.

Nach Medienberichten wird der Stabschef von US-Präsident Barack Obama, Rahm Emanuel, das Weiße Haus verlassen, um sich auf die Wahl als Bürgermeister von Chicago im Frühjahr 2011 vorzubereiten. Auch Obamas Chefberater David Axelrod wird seine Tätigkeit aufgeben. Wie es heißt, soll er die Leitung des Teams zur Wiederwahl des Präsidenten 2012 übernehmen. Am 22. September hatte Obamas Wirtschaftsberater Larry Summers mitgeteilt, dass er an die Harvard University zurückkehren werde.

Während der Ansprache des iranischen Staatspräsidenten Machmud Achmadinedjad verlassen die Repräsentanten von 33 Staaten das Plenum der UN-Vollversammlung in New York, darunter die der USA, sämtlicher EU-Mitgliedstaaten sowie Australiens, Neuseelands und Costa Ricas. Anlass des Auszugs ist die Behauptung Achmadinedjads, dass die Terrorgruppe des 11. September 2001 von der Regierung in Washington Unterstützung erfahren habe, um den Niedergang der amerikanischen Wirtschaft im Nahen und Mittleren Osten aufzuhalten. Während der Ansprache demonstrieren mehrere tausend Exil-Iraner vor dem UN-Gebäude gegen die Unterdrückung und die Todesstraße durch Steinigung in ihrer Heimat.

22.09.2010:

Nach dem Tod des 32 Jahre alten Palästinensers Samer Sirchan durch Angehörige eines privaten Sicherheitsdienstes im Jerusalemer Stadtteil Silwan kommt es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Sie greifen auf den „Haram al-Sharif“ („Tempelberg“) über. Am Abend kehrt trügerische Ruhe ein.

Eine dreiköpfige Expertengruppe des UN-Menschenrechtsrats legt die Ergebnisse ihrer Untersuchung der Vorfälle um die „Mavi Marmara (Blaues Marmara-Meer)“ am 31. Mai vor und kommt zum Ergebnis, dass der militärische Einsatz Israels brutal und unverhältnismäßig gewesen sei.

21.10.2010:

Der Verbindungsausschuss des Nahost-„Quartetts“ betont die energische Unterstützung der laufenden israelisch-palästinensischen Verhandlungen, die alle Endstatus-Themen innerhalb eines Jahres mit dem Ziel klären könnten, einen unabhängigen, demokratischen, zusammenhängenden und

lebensfähigen palästinensischen Staat an der Seite Israels zu schaffen. Das „Quartett“ verlangt die Verlängerung des Siedlungsmoratoriums und betont, dass alle einseitigen Aktionen, einschließlich der Siedlungstätigkeit, das Ergebnis der Verhandlungen nicht vorwegnehmen könnten und von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt würden. Ferner bestätigt das „Quartett“ seine Unterstützung des Plans der Palästinensischen Autonomieregierung vom August 2009, innerhalb von zwei Jahren die Institutionen für einen palästinensischen Staat aufzubauen²⁸. Die aktuelle Situation in Gaza liege weder im Interesse der Palästinenser noch der Israelis. Schließlich verurteilt die Erklärung scharf die fortgesetzte Gewalt gegen israelische und palästinensische Zivilisten²⁹.

Das Treffen der israelischen und palästinensischen Delegationsmitglieder unter Beteiligung von Ministerpräsident Salam Fayyad und dem stellvertretenden Außenminister Danny Ayalon zur Vorbereitung substantieller Verhandlungen endet in New York ohne Ergebnis.

In einer Telefonkonferenz mit führenden Mitgliedern der US-amerikanisch-jüdischen Organisationen betont Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, dass Israel den Frieden wolle und Vorbedingungen für die laufenden Verhandlungen ablehne. Er wiederholt, dass die Palästinenser das Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung in ihrer historischen Heimat anerkennen müssten, so wie er – Netanyahu – den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung und Souveränität zuerkenne und ihrem Staat die Entscheidung überlasse, allen Palästinensern in der Welt das Bürgerrecht zu verleihen. Den palästinensischen Staatsbürgern Israels stünden gleiche Rechte zu, nicht jedoch der Status einer nationalen Minderheit. Netanyahu kritisiert, dass ein palästinensisches Gericht am Vortage alle mit der Todesstrafe

bedroht habe, die Böden an Israelis verkaufen. Nicht noch einmal würde sich Israel aus dem Süden Libanons (Ende Mai 2000) und aus dem Gazastreifen (Sommer 2005) zurückziehen und dennoch mit Raketen beschossen werden. Aus Gründen der nationalen Sicherheit müsse Israel auf der östlichen Seite des palästinensischen Staates, im Jordantal, präsent bleiben. Die Stationierung einer internationalen Truppe aus Sicherheitsgründen lehnt Netanyahu aufgrund der Erfahrungen im Gazastreifen ab.

„Haaretz“ berichtet, dass eine für das nationale Busunternehmen „Eged“ arbeitende Werbeagentur eine Anzeigenkampagne von „Ir Amim (Stadt der Völker)“ auf ihren Bussen zurückgewiesen habe, auf der für „ein gerechtes und solides Jerusalem auf der Grundlage einer vereinbarten politischen Zukunft“ geworben werden sollte. Nach den Worten der geschäftsführenden Vorsitzenden von „Ir Amim“ Judith Oppenheimer solle die Aktion deutlich machen, dass Israel im Osten Jerusalems nichts zu suchen habe. Die Werbeagentur begründet ihre Absage mit der Sensitivität des Themas und mit der Furcht vor Vandalismus gegen ihre Fahrzeuge.

20.09.2010:

Nach Auskunft europäischer Diplomaten hat sich der US-amerikanische Botschafter in Israel, James Cunningham, pessimistisch über die Fortdauer der israelisch-palästinensischen Verhandlungen geäußert. Sie könnten schon am kommenden Wochenende zusammenbrechen. Abbas könne von Benjamin Netanyahu keine Dinge verlangen, die dieser aus politischen Gründen nicht liefern könne.

Israels Präsident Shimon Peres trifft am Rande der UN-Vollversammlung in New York den palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas und fordert ihn auf, trotz des Stillstands in den Gesprächen über das am 26. September um Mitternacht endende Siedlungsbaumoratorium in der Westbank die Verhandlungen nicht

zu verlassen. Verteidigungsminister Ehud Barak trifft US-Außenministerin Hillary Clinton zu Gesprächen in Washington, DC. Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül lehnt ein Gespräch mit Peres ab, solange sich die israelische Regierung nicht für den Tod von neun türkischen Passagieren der „Friedensflottille“ am 31. Mai entschuldigt hat³⁰.

19.10.2010:

Auf der Konferenz „Israel and the Palestinians – Decision Time“ der „Genfer Initiative“ im „Israel Museum“ in Ramat Aviv, an der Diplomaten, Abgeordnete und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnehmen, berichtet der frühere Ministerpräsident Ehud Olmert, dass US-Präsident George W. Bush die sofortige Aufnahme von 100.000 palästinensischen Flüchtlingen angeboten habe, wenn Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde zu einem Friedensvertrag gelangen sollten. Jede israelische Regierung, fährt Olmert fort, müsse akzeptieren, dass die Schaffung eines palästinensischen Staates jenseits der einstigen „Grünen Linie“ erfolgen werde. In seiner politischen Autobiographie, von der Auszüge in der Wochenendausgabe von „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ am 17. September veröffentlicht wurden, bezeichnet Olmert Verteidigungsminister Ehud Barak als einen „Serientäter“. So habe dieser im Gaza-Krieg (Dezember 2007 – Januar 2009) mit auswärtigen Regierungen über einen Waffenstillstand verhandelt. In einem Bericht erinnert sich Yoel Marcus, Chefkomentator von „Haaretz“, am 21. September, dass Barak alle Untergebenen im Generalstab sowie seine politischen Freunde und Kabinettskollegen systematisch gedemütigt oder links liegengelassen habe, wenn sie ihm nicht nützlich gewesen oder gar Kritik an ihm geübt hätten. Am 27. September bemerkt der Schriftsteller Yitzhak Laor in „Haaretz“, dass der Auftritt Olmerts auf der Konferenz nicht seine Rolle im

Libanon-Krieg 2006 und im Gaza-Krieg 2008/09 vergessen machen könne. Laor nimmt die Gelegenheit der Missbilligung der Einladung Olmerts zu einer vernichtenden Kritik an der politischen Linken wahr, der er großartige Reden bei schlecht besuchten Kundgebungen und keinerlei politischen Einfluss auf die Regierung vorwirft. Anfang Dezember hatte der Washingtoner Korrespondent von „Haaretz“, David Makovsky, vorhergesagt, dass Barack Obama auf die israelische Opposition angewiesen sei, wenn er die Regierung in Jerusalem zum Umsteuern zwingen wolle³¹. Vordatiert auf den 02. Oktober versandte Uri Avneri einen bitterbösen Kommentar zu Olmerts Auftritt bei der „Genfer Initiative“³².

Vor Beginn der wöchentlichen Kabinettsitzung verlangt Außenminister Avigdor Lieberman, die Geltung der Staatsbürgerschaft bei israelischen Palästinensern an deren Anerkennung Israels als jüdischen Staat zu binden. Die Knesset-Abgeordnete Hanin Zuabi³³ solle sich gefälligst in Gaza um einen Parlamentssitz bemühen.

Die Vereinigung holländischer Bürgermeister hat auf Empfehlung des Außenministeriums in Den Haag die Einladung an dreißig Amtskollegen aus Israel zurückgezogen, weil vier von ihnen in Siedlungen der Westbank – Efrat, Oranit, Bet Arie und Har Adar – amtieren.

17.09.2010:

Nach Informationen von „Haaretz“ lässt Verteidigungsminister Ehud Barak in seinem Ministerium die Frage erörtern, ob Baumaßnahmen des Militärs in der Westbank im Umfang von zweitausend Wohneinheiten ohne förmliche Anordnung eingefroren werden sollen. Da das Militär die faktische Oberhoheit besitzt, käme der Baustopp internationalen Forderungen entgegen.

Deutsche Medien berichten, dass Bundesaußenminister Guido Westerwelle in einem Brief an seinen israelischen Amtskollegen Avigdor Lieberman auf die Verlängerung des Siedlungsbaumoratoriums über den 26. September hinaus gedrungen habe. Außerdem habe er zwar die Lockerung der Blockade zum Gazastreifen begrüßt, sie jedoch als noch nicht ausreichend bemängelt.

16.09.2010:

Bei der Begrüßung von US-Außenministerin Hillary Clinton in Amman dankt ihr jordanischer Amtskollege Nasser Judeh der Administration in Washington für ihre ausschlaggebende Rolle, betont aber, dass am Ende nur „die Parteien“ selbst – Israelis und Palästinenser – einen Vertrag abschließen könnten. Clinton verkündet, dass die „Millenium Challenge Corporation (MCC)“ am Tage zuvor entschieden habe, über fünf Jahre 275,1 Millionen US-Dollar in Jordanien zur Überwindung von Armut durch wirtschaftliche Entwicklung zu investieren. Die MCC berichtet ihrerseits, dass 57 Prozent des Trinkwassers im jordanischen Regierungsbezirk Zarqa mit seinen ärmsten und dichtest bevölkerten Regionen durch Verluste im Leitungs- und Verteilungsnetz verloren gehen³⁴. MCC ist im Januar 2004 vom US-Kongress eingerichtet worden. Clinton kündigt an, dass US-Sonderbotschafter George Mitchell auf dem Wege nach Damaskus und Beirut sei.

Israelische Medien berichten, dass die Präsenz der Palästinensischen Autonomiebehörde am Grenzübergang Kerem Shalom zum Gazastreifen verstärkt werden soll, um ihren Einfluss für die Entwicklung in diesem Territorium zu erweitern. Dazu würde auf der Gaza-Seite eine Infrastruktur aufgebaut.

14.09.2010:

Nach den Worten von US-Sonderbotschafter George Mitchell haben sich beim hundert Minuten langen Treffen zwischen Benjamin Netanyahu, Machmud Abbas und Hillary Clinton in Sharm el-Sheikh auf die Ausarbeitung eines Rahmenabkommens verständigt, in dem die zentralen Konfliktpunkte angesprochen werden sollen. Außerdem habe Clinton bilaterale Gespräche mit Netanyahu und Abbas geführt. Gemeinsames Ziel, das innerhalb eines Jahres erreicht werden solle, aller seien die zwei Staaten für die zwei Völker. Die Verhandlungen darüber sollen „strikt vertraulich und mit größter Sensibilität“ stattfinden. Mitchell wiederholt die Aufforderung von Clinton, dass Abbas Schritte unternehmen solle, die den Verhandlungsprozess ermutigen und erleichtern³⁵. Am 17. September bestätigt Yoel Marcus in „Haaretz“, dass von den Gesprächen kaum etwas nach draußen gedrungen sei, so dass es nur Mutmaßungen gebe. Wenn es Netanyahu gelinge, die Verlängerung des zehnmonatigen Baustopps im Kabinett durchzusetzen, könne ihm alles gelingen, vermutet der Kommentator.

Nach Medienberichten hat das israelische Innenministerium im vergangenen Jahr 2,5 Milliarden Neue Shekel (~ 500 Millionen Euro) an materiellen Zusatzleistungen ausgezahlt. Davon seien 265 Millionen Neue Shekel (~ 53 Millionen Euro) an Siedlungen in der Westbank überwiesen worden, um deren defizitäre Haushalte auszugleichen.

In einem Appell von „Meretz USA“ werden alle Friedenskräfte weltweit aufgefordert, zwischen der Legitimität Israels in den Grenzen von 1967 und der Illegitimität der jüdischen Siedlungen in der Westbank zu unterscheiden. Kein Verteidiger der Palästinenser müsse ein Feind Israels sein, heißt es weiter.

13.09.2010:

Auf ihrem Flug nach Ägypten zur Teilnahme an der zweiten Verhandlungsrunde am 14. September in Sharm el-Sheikh verlangt US-Außenministerin Hillary Clinton, dass die israelische Politik das teilweise Siedlungsmoratorium – es gilt nicht für bereits im Bau befindlichen Häuser – über den 26. September hinaus verlängert. Gleichzeitig fordert sie die Palästinensische Autonomiebehörde dazu auf, Israel diese Entscheidung zu erleichtern. Vorschläge dazu bleiben von ihr zwar aus, doch durch die Bemerkung „Keine Verhandlungen, keine Sicherheit, kein Staat“ dürfte sie die palästinensische Delegation davor warnen, Sharm el-Sheikh zu verlassen, sollte die Regierung in Jerusalem keinen vollständigen Siedlungsstopp anbieten. Israelische Medien berichten, dass Benjamin Netanyahu auf die palästinensische Zustimmung hinarbeite, wonach der Baustopp nicht für die drei Siedlungsblöcke Ariel, Maale Adumim und Gush Etzion gelten solle. Bei der Begrüßung von Clinton in Ramallah am 16. September beherzigt Abbas ihre Bemerkung und sagt zu, dass es keine Alternative zu Verhandlungen über den Frieden gebe.

„Haaretz“ meldet, dass der Jerusalemer Planungs- und Bauausschuss am 07. Oktober über die Errichtung von mehr als 1300 Wohneinheiten im Stadtteil Givat haMatos beraten wolle. Nach einem Rundfunkbericht wolle das Innenministerium darauf hinwirken, dass der Tagesordnungspunkt am 07. Oktober gestrichen werde.

12.09.2010:

Nach einem Bericht des Statistischen Zentralamts bezeichnen sich nurmehr 42 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels über 20 Jahr als säkular. Demgegenüber erklären 25 Prozent, dass sie traditionalistisch, aber „nicht sehr religiös“ seien, während 13 Prozent sich zum traditionalistisch-religiösen Lager rechnen sowie 12 Prozent religiös und 8 Prozent ultraorthodox sind. Unter den traditionalistischen und säkularen Juden zünden zwar 52 Prozent die

Shabbat-Kerzen an, doch nur 11 Prozent von ihnen verzichten am Shabbat aufs Autofahren.

11.09.2010:

Die israelische Regierung lehnt das geplante Treffen mit den fünf europäischen Außenministern am kommenden Donnerstag, den 14. September, mit der Begründung ab, der Termin liege zu nahe am „Yom Kippur“, der am Donnerstag Abend beginnt. Inoffiziell heißt es, dass die Regierung in Jerusalem den europäischen Druck fürchte, das am 26. September auslaufende Siedlungsbaumoratorium für die Westbank zu verlängern³⁶. Zwei Tage später, am 13. September, fordert Außenminister Avigdor Lieberman die Europäische Union auf, die Beziehungen zu Israel aufzuwerten, da seine Regierung nunmehr mit der Palästinensischen Autonomiebehörde in Verhandlungen eingetreten sei. Nach einem Beschluss im Dezember 2008 hatte die EU die Aufwertung beschlossen, ihn jedoch im April 2009 unter dem Eindruck der fortgesetzten israelischen Siedlungspolitik aufgehoben.

06.09.2010:

Nach Angaben des Statistischen Zentralamts beläuft sich die israelische Bevölkerung gegenwärtig auf 7.645.500 Personen, davon sind rund 5.770.900 Juden, 1.559.100 Araber, während sich weitere 315.500 keiner der beiden genannten Gruppen zuordnen lassen. Gegenüber dem Vorjahr wuchs die jüdische Bevölkerung um 1,7 und die arabische um 2,4 Prozent. Die Zahl der Einwanderer belief sich auf 14.572 Personen, davon kamen 3.245 aus Russland, 1.474 aus den USA, 1.602 aus der Ukraine, 1.558 aus Frankreich und 708 aus Großbritannien.

03.08.2010:

Nach einer Meldung des israelischen Rundfunks erwägt Ministerpräsident Benjamin Netanyahu ein Referendum über einen möglichen Friedensvertrag mit den Palästinensern.

02.09.2010:

In der Pressekonferenz des State Department berichtet der Nahostbeauftragte des „Quartetts“ Robert Mitchell am frühen Nachmittag über die erste Runde des Gipfeltreffens in Washington, DC., unter Beteiligung der israelischen (darunter Sicherheitsberater Uzi Arad und Rechtsberater Yitzhak Molcho), der palästinensischen (darunter Chefdiplomat Saeb Erakat und Yasser Abed Rabbo, als einer der wichtigsten Berater von Machmud Abbas) und der US-amerikanischen Delegation, der sich eine kleine Runde mit US-Außenministerin Hillary Clinton, ihm – Mitchell –, Benjamin Netanyahu und Abbas angeschlossen habe. Danach hätten sich Abbas und Netanyahu zu einem gesonderten Treffen zurückgezogen. Beide hätten alle Formen der Gewalt gegen unschuldige Zivilisten verurteilt und sich zur Zusammenarbeit verpflichtet, um die Sicherheit zu gewährleisten. Außerdem hätten sie ihr gemeinsames Ziel der zwei Staaten für zwei Völker und der Lösung des Konflikts in allen Bereichen wiederholt. Dazu hätten Abbas und Netanyahu darin übereingestimmt, diese Verhandlungen innerhalb eines Jahres abzuschließen. Die Parteien, so Mitchell weiter, stimmten darin überein, dass ein nächster logischer Schritt der Beginn der Arbeit an einer Rahmenvereinbarung für den Endstatus sei. Ihr Ziel sei es, die grundlegenden Kompromisse zu erreichen, die notwendig seien, damit er vollständiger und umfassender Vertrag gestaltet werden könne, um das Ende des Konflikts und die Schaffung eines dauerhaften Friedens zwischen Israel und den Palästinensern herbeizuführen. Dazu hätten sich die Parteien verabredet, am 14./15. September und

anschließend alle zwei Wochen in der Region zusammenzukommen. Bis dahin würden im State Department trilaterale Vorbereitungsgespräche stattfinden. An dem Treffen am 14./15. September würden Frau Clinton und er – Mitchell – teilnehmen³⁷.

Einer der meinungsstärksten Kommentatoren Israels, Ari Shavit, bezeichnet in „Haaretz“ Yossi Beilin als den Gründungsvater der Formel „Voller Frieden, endgültiger Frieden, Frieden jetzt“. Vom Scheitern des Gipfeltreffens in Camp David im Juli 2000 zwischen Ehud Barak und Yasser Arafat habe er sich nicht abschrecken lassen, sondern die „**Genfer Initiative**“ produziert, die zwar für die internationale Friedensgemeinschaft *das* Orakel gewesen sei, aber – so Shavit irrtümlich – von der palästinensischen Führung abgelehnt worden sei. Gleichwohl hätten die bisherigen Fehlschläge diesen Ansatz nicht in Vergessenheit geraten lassen, führt der Autor im Blick auf die heute in Washington, DC, beginnenden Verhandlungen aus.

Der Präsident der „Bank of Israel“, Stanley Fischer, prophezeit vor den Gouverneuren des „World Jewish Congress“ in Jerusalem, dass die israelische Wirtschaft durch einen Friedensschluss mit den Palästinensern einen Bruttosozialproduktzuwachs zwischen fünf oder sechs Prozent haben könnte.

01.09.2010:

Der Militärkorrespondent von „Haaretz“, Reuven Pedatzur, widerspricht der gängigen Auffassung, dass Benjamin Netanyahu ein schwacher Ministerpräsident sei, der von seiner Koalitionsregierung oder von der Linken getrieben werde. Pedatzur betont, dass allein Netanyahu die politischen Entscheidungen treffe. Das gelte auch für das am 02. September in Washington, DC, beginnende Gipfeltreffen, bei dem niemand im Kabinett wisse, welche

Vorschläge Netanyahu mitbringe. Nirgendwo anders in der demokratischen Welt sei die Macht bei einem Premier so gebündelt.

Nach seinem Treffen mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 31. August erklärt Verteidigungsminister Ehud Barak gegenüber „Haaretz“, dass es sein Ziel sei, auf einen demilitarisierten Staat Palästina hinzuarbeiten, der politisch, wirtschaftlich und territorial lebensfähig sei. Dabei würden die drei Siedlungsblöcke Ariel – das nach Medienberichten die größten Wasservorräten in der Region besitzt –, Maale Adumim und Gush Etzion bei Israel bleiben, die anderen Siedlungen in der Westbank aufgelöst, die Flüchtlingsfrage im Staat Palästina mit internationaler Hilfe gelöst, Sicherheitsangelegenheiten geregelt sowie eine Lösung für Jerusalem gefunden werden. Zwölf jüdische Wohnviertel in Ost-Jerusalem mit 200.000 Bewohnern würden bei Israel bleiben – das wären reichlich 35 Prozent der jüdischen Bevölkerung im ehemaligen Ostteil der Stadt. Nach 1967 wurden 28 Stadtteile und zwölf Dörfer im Norden, Osten und Süden ins neue „Metropolitan Jerusalem“ eingemeindet. Es ist schwer vorstellbar, dass die palästinensische Führung die Vorstellungen Baraks akzeptiert.

Unter Berufung auf die israelische Menschenrechtsorganisation „HaMoked (Der Brennpunkt)“ berichtet FAZ-Korrespondent Hans-Christian Rößler aus Israel, dass seit 1967 das israelische Innenministerium 13.005 palästinensischen Bürgern Jerusalems das Wohn- und Aufenthaltsrecht entzogen hat, weil sie mehr als sieben Jahre im Ausland gelebt hätten. Allein 4.577 Palästinensern sei seit 2008 das Wohnrecht entzogen worden.

August 2010

31.08.2010:

Bei der Begegnung mit US-Außenministerin Hillary Clinton in Washington, DC, im Vorfeld des am 02. September beginnenden Gipfeltreffens betont Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, dass das zehntonatige Siedlungsmoratorium für die Westbank, das am 26. September ausläuft, nicht verlängert werde.

Von einem Versteck aus werden am Abend vier Israelis, zwei Frauen und zwei Männer, aus der Siedlung Bet Hagai in ihrem Auto kurz vor der Siedlerstadt Kiryat Arba (bei Hebron) durch Schüsse getötet. „ Hamas“ bekennt sich per SMS zu dem Terroranschlag. Der „Siedlerrat für Judäa und Samaria“ erklärt am 01. September, dass es ab sofort das regierungsamtliche Moratorium eines Baustopps in allen Teilen der Westbank umgehen werde; die Polizeikräfte greifen beim Beginn der Arbeiten nicht ein. Die Sicherheitskräfte der Autonomiebehörde nehmen mehrere hundert Verdächtige fest, die zu „ Hamas“ gehören sollen, obwohl die Attentäter bislang nicht gefunden worden seien. In der gemeinsamen Pressekonferenz mit US-Außenministerin Hillary Clinton droht Benjamin Netanyahu damit, dass „das Blut israelischer Zivilisten nicht ungesühnt“ bleiben und dass Israel die Mörder finden werde. Israel werde „den Terror nicht darüber entscheiden lassen, wo Israelis wohnen oder wo die endgültigen Grenzen verlaufen“.

US-Präsident Barack Obama verkündet den offiziellen Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak. Die USA hinterlassen ein zutiefst gespaltenes Land, das überdies seit Monaten in Rivalitäten um die Bildung einer neuen Regierung verstrickt ist. Zurück bleiben rund 50.000 amerikanische bewaffnete Berater und Logistiksoldaten ohne Kampfauftrag. In seiner „Botschaft an die Nation“ bedauert Obama am 01. September, dass der Krieg im Irak über 4.400 US-amerikanischen Soldaten das Leben gekostet habe.

Fritjof von Nordenskjöld, Geschäftsführender stellvertretender Präsident der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik (DGAP), gibt sein Amt aus Altersgründen an seinen Nachfolger Paul Freiherr

von Mahlzahn ab; Präsident bleibt weiterhin der Unternehmer Arendt Oetker. Nordenskjöld leitete die Gesellschaft seit 2004 und war zuvor deutscher Botschafter in Rom und Paris. Sein Nachfolger von Malzahn arbeitete als Gesandter und Botschafter in den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in Djakarta, Teheran, Kairo und Bagdad. Die GDAP, die überwiegend von privaten Spenden lebt und mit einem kleinen Forschungsinstitut die Zeitschrift „Internationale Politik“ herausgibt, gilt in Berlin ein wichtiges Diskussionsforum und ist eine interessante Anlaufstelle für ausländische Besucher.

30.08.2010:

In einer großangelegten Video-Kampagne des israelischen Büros der „Genfer Initiative“ werben die palästinensischen Spitzenpolitiker Machmud Abbas („Abu Mazen“), Salam Fayyad, Saeb Erakat, Yasser Abed Rabbo, Djibril Radjub, Riad el-Malki und Sufyan Abu Zaidah um das Vertrauen der israelischen Öffentlichkeit zugunsten der Zweistaatenlösung. Die knappen Ansprachen der Kampagne, die von der regierungseigenen „United States Agency for International Development (USAID)“ finanziert wird, stehen unter dem Leitmotto „Ich bin eurer Partner. Seid ihr meine?“ und lösen in Israel ein lebhaftes Medienecho aus. Weitere Kampagnen sollen folgen.

Der israelische Sozialminister Yitzhak Herzog (Arbeitspartei) trifft in Amman mit dem jordanischen Ministerpräsidenten Samir Rifai zusammen.

Yossi Alpher, Koredakteur (neben Ghassan Khatib) des Internet-Portals „bitterlemons“ und früherer Chef des „Jaffee Center for Strategic Studies“ an der Universität Tel Aviv, bricht eine argumentative Lanze für die Zweistaatenlösung. Wenn auch von politisch rechter Seite in Israel die Idee einer gemeinsamen jüdisch-

arabischen Entität in Palästina ins Spiel gebracht werde, dann – so Alpher – sei sie aus der Panik geboren, die Westbank zu verlieren. Khatib, Direktor des Medienzentrums der Autonomieregierung, macht darauf aufmerksam, dass sie unter den Palästinensern nach wie vor nur von einer Minderheit befürwortet werde, die jedoch langsam, aber stetig wachse, wenn sie auf einen säkularen, demokratischen Staat mit gleichen Stimmrechten hinauslaufe.

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur „Reuters“, die sich auf bisher unveröffentlichte Daten des Statistischen Bundesamtes beruft, sind die deutschen Exporte in den Iran im ersten Halbjahr 2010 um mehr als vierzehn Prozent gestiegen und hätten einen Wert von 1,85 Milliarden Euro erreicht. Die iranischen Importe in die Bundesrepublik stiegen sogar um 88 Prozent im Wert von 280 Millionen Euro. Es wird vermutet, dass die Sanktionen des UN-Sicherheitsrates vom 09. Juni gegen den Iran für den deutschen Export zu spät gekommen sind, um sich auf ihn auszuwirken, auch wenn die Bundesregierung die deutsche Industrie verschiedentlich zu großer Vorsicht ermahnt hat.

29.08.2010:

Israels Verteidigungsminister Ehud Barak trifft in Amman mit König Abdullah II. und mit dem palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas zusammen.

Der frühere Generaldirektor im Auswärtigen Amt zwischen 2000 und 2001 und zuvor Botschafter in der Türkei und in Südafrika, Alon Liel, fordert in einem Gastbeitrag für „Haaretz“ die israelische Außenpolitik zu einer fundamentalen Umkehr auf. Wo sind die palästinensischen Kampfflugzeuge, fragt Liel ironisch, wo die U-Boote, wo der Nuklearreaktor Dimona, wo die Spezialeinheiten für Sondereinsätze? Es könne keinen Frieden und keine Versöhnung geben, nachdem der Starke den Schwachen besiegt habe. „Je mehr Gewalt wir bei Einsätzen

brauchen, desto größer werden unsere Verluste sein“, schreibt der Diplomat, der sich zuletzt um eine Annäherung seiner Regierung zu Syrien bemüht hatte, im Blick auf den Kampf gegen die internationale Friedensflottille Ende Mai. Wenn Israel keine grundlegende Wende vollziehe, würden die Palästinenser zwar ohne eigenen Staat bleiben, doch wir Israelis würden den einzigen Staat verlieren, den wir haben, appelliert Liel abschließend an die Adresse Benjamin Netanyahus³⁸.

In der wöchentlichen Kabinettsitzung erklärt Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, dass Israelis und Palästinenser eine stabile Abmachung erreichen könnten, die über eine taktische Waffenruhe zwischen Kriegen hinausgehe, wenn die Autonomiebehörde so ernsthaft in die bevorstehenden Verhandlungen gehen würden wie die israelische Regierung. *Den Souveränitätsvorbehalt über die Westbank bestätigend*³⁹, klagt der Ministerpräsident darüber, dass die Palästinenser dort eine ganze Stadt (in der Nachbarschaft Ramallahs) neu bauen, während sie „mit uns um jedes Haus in Judäa und Samaria“ streiten. Vor Beginn der Sitzung hatte Netanyahu die Idee seines Stellvertreters im Amt Dan Meridor zurückgewiesen, den Palästinensern als Kompromiss das Ende der Siedlungstätigkeit jenseits der drei Siedlungsblöcke Ariel, Maale Adumim und Gush Etzion anzubieten.

Mehrere israelische Frauenorganisationen verlangen in einem Brief an Benjamin Netanyahu, dafür zu sorgen, dass eine Frau in die Turkel-Kommission zur Untersuchung der Angriffe auf die internationale Friedensflotte Ende Mai berufen werde und damit die gesetzlichen Vorgaben zur angemessenen Vertretung von Frauen in Regierungsausschüssen erfülle.

28.08.2010:

In seiner Predigt fordert der vor fast neunzig Jahren in Bagdad geborene frühere sefardische Oberrabbiner und geistliche Mentor der Partei der Sefardischen Torahwächter (Akronym „Shas“) Ovadia Yosef, dass die Palästinenser als Feinde Israels ausgelöscht werden sollten. „Gott möge sie mit einer Plage bestrafen, sie und alle diese Palästinenser“, erklärt er unter Verweis auch auf Präsident Machmud Abbas und die palästinensische Führung. Chefunterhändler Saeb Erakat verlangt daraufhin von der israelischen Regierung eine eindeutige Distanzierung. Seien solche Bemerkungen die Vorbereitungen Israel auf das Gipfeltreffen am 02. September in Washington, DC?, fragt Erakat. Der Vorsitzende der arabischen „Nationaldemokratischen Liste (Balad)“ in der Knesset Djamal Zachalka fordert den Generalstaatsanwalt Yehuda Weinstein zu einer Untersuchung auf und Yosef vor Gericht zu ziehen. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu beschränkt sich auf die Erklärung, dass „die Worte des Rabbis nicht meine Auffassungen und die Position der israelischen Regierung zum Ausdruck bringen“. Der Vorsitzende von „Shas“, Innenminister Eli Yishai, verbietet Mitgliedern seiner Partei eine öffentliche Stellungnahme zu der Predigt, nachdem der „Shas“-Abgeordnete Nissim Zeev den Rabbiner als einen „Mann des Friedens“ bezeichnet hat. Dagegen bedauert und verurteilt das State Department in Washington, DC., die „aufhetzenden Erklärungen“ Josefs.

26.08.2010:

Nach einer Meldung von „Haaretz“ plant das Transportministerium unter Führung von Israel Katz den Bau einer Bahnlinie zwischen dem Ort Rosh ha-Ain im Zentrum Israels (östlich von Petach Tiqva) über die Siedlungen Barkan und Ariel nach Nablus in der Westbank.

Auf eine entsprechende Anfrage des Vorsitzenden der Deutsch-Jordanischen Gesellschaft, Helmut Henseler (Ingolstadt), an Bundeskanzlerin Angela Merkel antwortet das Bundespresseamt, dass sich die Bundesregierung gegenwärtig darum bemühe, die Nutzung des Nahal-Raba-Steinbruchs in der Westbank durch eine israelische Tochterfirma der deutschen HeidelbergCement GmbH zu klären.

25.08.2010:

Zwei Schauspieler des „Habima“-Theaters in Tel Aviv. Josef Sweid und Rami Heuberger, haben angekündigt, dass sie nicht mehr in jüdischen Siedlungen, so in dem mit zehn Millionen US-Dollar erbauten Kulturzentrum in der 20.000 Einwohner zählenden Siedlerstadt Ariel, auftreten würden, sollte ihr Haus dort zu Gastspielen eingeladen werden. Einen Tag später melden israelische Medien, dass unter 53 Schauspielern, Autoren und Direktoren Savyon Liebrecht, Yehoshua Sobol, Yossi Pollak, Doron Tabori und andere entsprechenden Einladungen zu Lesungen und Auftritten nicht folgen würden. Die Schauspielerin Gila Almagor betont, dass sie aus eigenem Antrieb nicht in den palästinensischen Gebieten spielen würde, aber sich als Angehörige des „Habima“-Ensembles dessen Entscheidungen beugen würde. Am 28. August erklärt eine Sprecherin der Stätten „Habima“, „Beit Lessin“ und des Theaters in Beersheva, dass auch künftig dort Aufführungen stattfinden würden, wo israelische Staatsbürger wohnen. Am Abend demonstrieren rund dreihundert Personen vor der „Habima“ aus Solidarität mit den Schauspielern. Kultur- und Sportministerin Limor Livnat („Likud“) verwahrt sich dagegen, dass Kultur mit Politik vermischt werden sollen; auf diese Weise werde Israel in Stücke gerissen. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu wirft den Schauspielern am 29. August vor, dass sie sich der internationalen Kampagne zur Delegitimierung

Israels anschließen, und kündigt die Streichung von Subventionen an. Am 31. August melden israelischen Medien, dass sich dem Aufruf der Schauspieler und Autoren 150 an den Universitäten arbeitenden Wissenschaftler angeschlossen haben. Zu ihnen gehören Zeev und Yael Sternhell (HU-Jerusalem), Nissim Calderon (Universität Tel Aviv), Anat Biletzki (Universität Tel Aviv), Ziva Ben-Porat (Universität Tel Aviv), Yaron Ezrachi (HU-Jerusalem), Eyal Gross (Universität Tel Aviv), Shlomo Sand (Universität Tel Aviv), Dani Rabinowitz (Universität Tel Aviv), Neve Gordon (Universität Beersheva) und Oren Yiftachel (Universität Beersheva). David Grossman, Amos Oz, A.B. Yehoshua, die Verlegerin und Autorin Ilana Hammerman, der Bildhauer Dani Caravan, der Dichter Dori Manor, der Filmemacher Hagai Levi, die Schauspielerin Orly Silbersatz und die Filmemacherin Ibtisam Maraana kündigen für die kommenden Tage einen Offenen Brief zur Unterstützung der Kampagne an.

Israelische Medien berichten, dass im Juli die Zahl der israelischen Touristen in der Türkei gegenüber dem Vergleichsmonat 2008 um mehr als neunzig Prozent gesunken ist. Besuchten damals 78.000 Israelis die Türkei, waren es im Juli 2010 nur 4.500.

24.08.2010:

„Haaretz“ berichtet, dass nach Plänen des Erziehungsministeriums ab der fünften Klasse zunächst in 179 Grundschulen im Norden Israels Arabisch in zwei Stunden pro Woche als zweite Landessprache obligatorisch gelehrt werden soll. Statt Arabisch konnten die Schüler ab der siebten Klasse bisher Russisch, Französisch oder Amharisch wählen. „Der Staat erstrebt die Gleichberechtigung aller seiner Bürger, und wir beschäftigen uns nicht mit Konflikten auf dem Hintergrund der kulturellen Identität“, erklärt der zuständige Verantwortliche

im Ministerium, Shlomo Alon. Der Kommentator von „Haaretz“ begrüßt am 27. August die Entscheidung und schreibt, damit werde anerkannt, das Israel Teil des Nahen Ostens sei.

Die Außenminister Italiens, Frankreichs, Großbritanniens, Spaniens und Deutschland verschieben die für den 02. September angekündigte Reise nach Israel, in die Westbank und in den Gazastreifen. Begründet wird die Verschiebung mit dem vorgesehenen Verhandlungsbeginn in Washington, DC, zwischen der israelischen und der palästinensischen Autonomieregierung. Es ist vorgesehen, dass die Außenminister nach den jüdischen Feiertagen im September nunmehr getrennt in den Nahen Osten reisen⁴⁰.

Die Mitarbeitervertretung im Auswärtigen Amt in Jerusalem weist die Diplomaten in der israelischen Botschaft in Washington, DC, an, Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und seiner Entourage beim bevorstehenden Besuch keine technische Hilfestellung zu gewähren. Mit dem Boykott will die Mitarbeitervertretung ihren Forderungen nach Aufstiegschancen und Gehaltserhöhungen erneut Nachdruck verleihen.

23.08.2010:

Die Palästinensische Autonomiebehörde legt einen Bericht vor, wonach in den vergangenen zwölf Monaten in der Westbank 34 Schulen neu gebaut und 23 erweitert worden seien. Außerdem seien elf neue Kliniken eröffnet und weitere dreißig erweitert worden. Außerdem seien 44 neue Wohnbauprojekte in Angriff, sechzehn neue Straßen angelegt und vierzig Straßen ausgebaut worden. Schließlich seien 370.000 Bäume gepflanzt worden.

Die größte US-amerikanische Hilfsorganisation, die „Christlichen Zionisten“ unter Leitung von Pastor John Hagee, kündigt die Streichung ihrer Überweisungen für die

rechtsextreme israelische Gruppe „Im Tirtzu (Wenn ihr wollt)“ – eine Anspielung auf Theodor Herzls berühmtes Motto für die zionistische Bewegung – an. Als Begründung nennt Hagee die Angriffe von „Im Tirtzu“ auf Naomi Chazan, die Präsidentin des „New Israel Fund“. Im Jahr 2009 spendeten die „John Hagee Ministries“ nicht weniger als 100.000 US-Dollar für diese Gruppe, hinzu kamen weitere 100.000 US-Dollar für die Ben-Gurion University in Beersheva, deren Leitung sich Angriffen auf Wissenschaftler im eigenen Haus und auf Chazan angeschlossen hatte. Nach Auskunft des Sprechers der „Christians United for Israel“ haben die „John Hagee Ministries“ im Jahr 2009 rund zehn Millionen US-Dollar für Projekte innerhalb der Grünen Linie – der Waffenstillstandsgrenze Israels zu Jordanien – ausgegeben⁴¹.

Der frühere Präsident des Europäischen Parlaments und heutiger Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung Hans-Georg Pöttering ermahnt gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ die israelische Regierung, die Chance der bevorstehenden Verhandlungen in Washington, DC., nicht verstreichen zu lassen. „Israel wird auf Seiten der palästinensischen Autonomiebehörde nie wieder so friedfertige Verhandlungspartner bekommen wie Präsident Mahmud Abbas und Regierungschef Salam Fajjad“, erklärt Pöttering. Das Gebiet des künftigen Staates Palästina dürfe nicht zerstückelt werden, Ost-Jerusalem sei völkerrechtlich kein Bestandteil Israels. Gleichzeitig spricht sich Pöttering dafür aus, dass eine UN-Truppe unter EU-Beteiligung darüber wachen solle, dass keine Waffen mehr für „ Hamas“ in den Gazastreifen eingeschmuggelt werden können.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat sich der norwegische Staatsfonds, der mit einem Marktwert von 353 Milliarden Euro als fünftgrößter der Welt gelte, von seinen Anteilen an zwei israelischen Immobilienunternehmen im Wert von 7,2 Milliarden Kronen (~ 880 Millionen Euro) getrennt. Die Firmen

würden nach Ansicht des Finanzministeriums in Oslo die Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten verletzen.

22.08.2010:

Nach einer wochenlangen Schlammschlacht mit gefälschten Dokumenten im militärischen Establishment nominiert Verteidigungsminister Ehud Barak den bisherigen Befehlshaber im Zentralabschnitt, Yoav Galant, zum Nachfolger von Gabi Ashkenazi als Generalstabschef. Der 52jährige Generalmajor Galant, dem ein hartes Vorgehen gegen die Palästinenser bescheinigt wird, soll sein Amt im Februar 2011 antreten.

Die „New York Times“ berichtet von der kürzlichen Eröffnung einer Einkaufsmeile in Gaza-Stadt. Die Armut in dem Küstenstreifen sei nicht vergleichbar mit der in Haiti oder Somalia, sondern sei auf die Abhängigkeit von Israel, auf die mangelnde Mobilität der Menschen und auf die Hoffnungslosigkeit zurückzuführen.

20.08.2010:

US-Außenministerin Hillary Clinton spricht die erwartete Einladung an Israelis und Palästinenser zur Aufnahme direkter Verhandlungen am 02. September in Washington aus⁴², ohne dass die palästinensischen Vorbedingungen – Ende der israelischen Siedlungstätigkeit und Anerkennung der künftigen Staatsgrenzen auf der Grundlage von 1967 – erfüllt sind. Auf Einladung von US-Präsident Barack Obama werden bei einem Abendessen am 01. September neben Benjamin Netanyahu und Machmud Abbas auch Jordaniens König Abdullah II. und der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak sowie der Nahostbeauftragte des Nahost-„Quartetts“ Tony Blair erwartet. Die beiden Parteien sollen nach dem Willen Obamas, der sich damit persönlich unter immensen politischen Druck setzt,

innerhalb eines Jahres auf ein Friedensabkommen zusteuern. Hauptstreitpunkte sind die Siedlungspolitik und der Status Jerusalems. Nach dem Willen Netanyahus soll jedoch zunächst über die israelischen Sicherheitsbelange gesprochen werden. Der Kommentator von „Haaretz“, Aluf Benn, fügt am 22. August hinzu, dass der Ministerpräsident außerdem darauf dringe, dass die Palästinenser Israel „als Staat des jüdischen Volkes“ anerkennen“ – ein interessanter und bedeutsamer Unterschied zur bisherigen Formel von „Israel als jüdischem Staat“. Nach anderen Medienberichten sei Abbas zu dem Gipfeltreffen in Washington aus der Sorge heraus gezwungen vor, dass die US-Administration ansonsten die dringende Finanzhilfe an die Autonomiebehörde einstellen würde, um die Gehälter an 148.000 Angestellten – davon 67.000 im Gazastreifen – auszuzahlen, nachdem Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga ihren Zusagen nicht nachgekommen sind. Nach einer Meldung des Internet-Portal von „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ vom 19. August, die sich auf die Nachrichtenagentur „Reuters“ und die UNO beruft, seien im Haushaltsjahr 2010 bisher 583,5 Millionen US-Dollar an die Autonomiebehörde ausgezahlt worden, 22 Prozent davon von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. EU-Diplomaten würden sich über die ausgebliebenen Überweisungen verärgert zeigen. Im PLO-Exekutivkomitee endet die stürmische Diskussion am 21. August ohne formelle Abstimmung, obwohl Abbas betont, dass die Verhandlungen mit Israel sofort abgebrochen würden, sollte der Siedlungsstopp nicht über den 26. September hinaus verlängert werden. Yossi Beilin gibt den bevorstehenden Verhandlungen keine Chance, stattdessen befürchtet er neue Feindschaft und Gewalt. Um palästinensische Befürchtungen zu zerstreuen, soll nach Aussage von Philip J. Crowley, dem Sprecher des State Department, am 23. August, über den Siedlungsbau bei den anstehenden Verhandlungen gesprochen werden. Am selben Tag lehnt der Chef der „ Hamas“-Regierung

im Gazastreifen, Ismail Haniyeh, die Verhandlungen ab, weil sie ergebnislos bleiben würden. Nur Gott sei der Verbündete der Palästinenser. Zuvor berichtete die palästinensische Nachrichtenagentur „Maan“, dass „ Hamas“ ein vereinbartes Versöhnungsgespräch mit „Fatah“ abgesagt hat. Am 24. August warnt der Sondergesandte des Nahost-„Quartetts“ George Mitchell den israelischen Ministerpräsidenten davor, die direkten Verhandlungen zu stören. Die US-Administration würde sehr darauf achten, dass sie nicht enden würden, wenn sie einmal in Gang gekommen seien, wird ein hochrangiger Repräsentant zitiert. Am 25. August erinnert Akiva Eldar in „Haaretz“ daran, dass das israelisch-palästinensische Gipfeltreffen in Camp David im Juli 2000 an der Uneinigkeit über die Teilung der Souveränität in Jerusalem gescheitert sei, und drückt die Sorge aus, dass dieses Thema erneut die Verhandlungen zu Erliegen bringen könnte. Bei einer Verständigung indessen, so Eldar, würden die Sonderrechte, die Israel dem Haschemitischen Königreich im Friedensvertrag von 1995 über die heiligen moslemischen Stätten in Ost-Jerusalem einräumte, im Zuge der Entstehung des Staates Palästina an diesen übergehen. Eine solche Übertragung würde vermutlich aufgrund der erblichen Herleitung der Haschemiten vom Propheten Mohammed neue Probleme schaffen⁴³. Einen Tag früher, am 24. August, hatte sich der frühere jordanische Außenminister Marwan Muasher⁴⁴ ähnlich geäußert: Nachdem die Zweistaatenlösung selbst für ihre glühendsten Verfechter auf dem Totenbett liege, könne nur eine umfassende Vereinbarung zwischen Israel und der gesamten arabischen Welt auf der Grundlage der Arabischen Friedensinitiative von 2002 zum Durchbruch führen, wobei die arabischen Staaten nicht umhin kämen, wegen des Einflusses von „Hisbollah“ und „ Hamas“ ihre Beziehungen zur politischen Führung Irans zu regeln⁴⁵. Der französische Außenminister Bernard Kouchner bedauert am 28. August, dass die Europäer als Teil des Nahost-

„Quartetts“ nicht in die bevorstehenden Verhandlungen einbezogen seien, obwohl sie ihre diplomatischen Anstrengungen im Nahen Osten verstärkt hätten. Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, lehnt eine Einladung der US-Administration ab, zur Teilnahme am Abendessen der Gipfelteilnehmer am 01. September nach Washington zu reisen. Am selben Tag, dem 01. September, warnt der Kommentator der „Jordan Times“ in Amman davor, über das Baumoratorium die bestehenden Siedlungen zu vergessen: Sie seien – neben dem Flüchtlingsproblem – seit 1967 das eigentliche Hindernis für den Frieden mit den Palästinensern.

Nach einem Bericht von „Haaretz“ hat die Betreibergesellschaft von „CityPass“ – der Schnellbahnlinie zwischen Tel Aviv und Jerusalem – eine Umfrage unter Jerusalemer Bürgern in die Wege geleitet, ob und wie die neue Linie genutzt wird; sie soll in einem Jahr ihren Betrieb aufnehmen. Da sie an drei Stellen in Ost-Jerusalem – in Shuafat, Sheikh Jarrach und an der Altstadtmauer – einen Zwischenhalt einlegen wird, ist der Fragebogen an drei Antworten auf einer Skala zwischen 1 und 5 interessiert: ob dies für potentielle Nutzer ein Problem darstelle, und ob „alle Passagiere, Juden und Araber, den Zug frei und ohne Kontrolle des Fahrers besteigen“ sollten. Die Schwägerin von Sarah Netanyahu, der Gattin des Ministerpräsidenten, Ofra Ben-Artzi habe dazu die kritische Frage gestellt, ob solche Fragen in London oder New York möglich seien, ohne den Verdacht des Rassismus zu wecken. Dagegen hätten Verantwortliche von „CityPass“ darauf aufmerksam gemacht, dass die Gefahr von Terroranschlägen gering sei, weil Juden und Araber die Bahn benutzen würden.

In einem Gastbeitrag für den Londoner „Guardian“ verwarft sich der israelische Botschafter in Großbritannien Ron Prosor gegen Überlegungen des Nahost-„Quartetts“, „ Hamas“ in die künftigen

israelisch-palästinensischen Verhandlungen einbeziehen zu wollen. Die Islamische Widerstandsbewegung habe bislang keine der drei bekannten Forderungen erfüllt: den Verzicht auf Terror, die Anerkennung Israels und die Akzeptanz früherer Vereinbarungen.

19.08.2010:

Nach einem Bericht in „Haaretz“ hat eine Meinungsumfrage in den USA unter Leitung von Stan Greenberg ergeben, dass 54 Prozent der US-Bürger im Juli davon überzeugt waren, dass Benjamin Netanyahu auf einen Friedensschluss mit den Palästinensern zusteueere, während 39 Prozent dieser Auffassung widersprachen. Damit sank seit der Annapolis-Konferenz im November 2008 der Prozentsatz derer, die am Friedenswillen des Ministerpräsidenten glaubten, um dreizehn Prozent. Ebenfalls im Juli sprachen sich nur noch 51 Prozent der US-Amerikaner dafür aus, dass die USA Israel unterstützen sollten. Unter den Befragten in Deutschland sprachen sich nur 19 Prozent für warme oder sehr warme Beziehungen zu Israel aus, 26 Prozent fühlten sich den Palästinensern verbunden, 39 Prozent nicht. Die Ergebnisse der Untersuchung seien kürzlich der israelischen Regierung übermittelt worden. In einem Bericht der US-amerikanisch-jüdischen Blattes „Forward“ am 18. August über das diplomatische Auftreten des israelischen Botschafters in Washington Michael Oren wird dessen politischer und persönlicher Freund, der Publizist Yossi Klein Halevi, mit den Worten zitiert, dass es für Oren „schmerzlich und enttäuschend“ sei, wie sehr „viele amerikanische Juden vergessen haben, wie sie den Staat Israel mit Respekt behandeln“. Das sei vor dreißig Jahren anders gewesen (Oren ist in den USA aufgewachsen). Das Blatt weist insbesondere auf die Tätigkeit von „J Call“ als gewichtige Alternative zum „American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)“ hin. Nach den Worten eines Vorgängers von Oren in Washington, des

nachmaligen Rektors der Universität Tel Aviv Itamar Rabinovich, habe er – Rabinovich – davon profitiert, dass ihm damals Ministerpräsident Yitzhak Rabin die Rolle zugewiesen habe, der Kanal zwischen der US-Administration und seiner Regierung zu sein. Das habe ihm die Arbeit erleichtert. Rabinovich spielt darauf an, dass Oren nicht zum inneren Zirkel Netanyahus gehört.

In seinem jüngsten Bericht stellt das von Jerusalem aus arbeitende „United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)“ aufgrund neuer Daten und Interviews fest, dass die Fischer des Gazastreifens entgegen den Osloer Vereinbarungen von 1995 („Oslo II“) keinen Zugang zu 85 Prozent des vor der Küste liegenden Meeresstreifens haben und dass die israelischen Streitkräfte den Zugang zu 17 Prozent des Territoriums des Gazastreifens unter Schusswaffen-Einsatz unterbinden. Seit dem Ende des Gaza-Krieges „Gegossenes Blei“ Mitte Januar 2009 seien dadurch 22 Palästinenser getötet und 146 verletzt worden. Von der Meeres- und Landsperre seien nicht weniger als 178.000 Palästinenser betroffen.

Der Leiter des Beirut Büros des „Carnegie Endowment for International Peace, Paul Salem, warnt die US-Administration davor, ihre Militärhilfe für die libanesische Armee zu kürzen. Solche Überlegungen würden die Regierung schwächen, die „Hisbollah“ festigen und den Einfluss Syriens und des Iran im Libanon stärken. Bleibe die Hilfe aus, sei die Regierung gezwungen, sie sich in Damaskus und in Teheran zu besorgen. Seit fünf Jahren hat die libanesische Armee mehr als 700 Millionen US-Dollar erhalten.

17.08.2010:

Im Libanon stimmt das Parlament über ein Gesetz ab, das den palästinensischen Flüchtlingen Bürgerrechte verleihen soll. Die „Süddeutsche Zeitung“ zitiert in ihrem Bericht den Publizisten

Boutros Labaki mit den Worten: „Die Libanesen sind sich eigentlich nur in zwei Belangen einig: in ihrem Hass auf Israel und in ihrer Abneigung gegen die Palästinenser.“ Schließlich einigt sich das Parlament darauf, die Palästinenser in den zwölf Lagern des Landes den anderen ausländischen Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt gleichzustellen.

Der Wirtschaftsredakteur von „Haaretz“ Nehemia Strasler berichtet, dass die staatliche Rüstungsindustrie auch 2009 einen Verlust von 140 Millionen Neue Shekel (rund 30 Millionen Euro) erlitten habe, obwohl der Staat ihr in den vergangenen 23 Jahren nicht weniger als 7 Millionen Neue Shekel zur Verfügung gestellt habe.

Der Schriftsteller Amos Oz stattet dem beduinischen Dorf Al-Araqib im Negev einen Solidaritätsbesuch ab, weil dort israelische Einsatzkräfte zum vierten Mal in den vergangenen Tagen Häuser niederreißen, weil das Dorf keine Genehmigung besitze.

19.08.2010:

Als Akt der Beruhigung teilt die US-Administration der israelischen Regierung mit, dass der Iran frühestens in einem Jahr im Besitz waffenfähiger nuklearer Kapazitäten sein werde.

16.08.2010:

Israels Medien berichten, dass das Nahost-„Quartett“ heute eine Erklärung abgeben werde, die Israel zur vollständigen Einstellung der Bautätigkeit in der Westbank und in Ost-Jerusalem auffordere. Der Staat Palästina solle innerhalb eines Jahres errichtet werden, um die Besatzung seit 1967 zu beenden. Bereits am 15. August weist das innere Kabinett der israelischen Regierung diese Aufforderung mit Nachdruck zurück. Wenn es zu direkten Gesprächen mit den

Palästinensern komme, solle der Repräsentant des Außenministeriums in Jerusalem die israelische Delegation leiten. Bereits am 15. August sei der Entwurf der „Quartett“-Erklärung vom Stellvertreter des US-amerikanischen Sonderbotschafters George Mitchell dem palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas übergeben worden. Wie die Medien weiter berichten, wolle die Administration in Washington noch in dieser Woche eine eigene Erklärung abgeben. Sie ziele darauf ab, zwischen der israelischen und der palästinensischen Position zu vermitteln. Nach Angaben des Sprechers des State Department, Philip J. Crowley, am 19. August seien Israelis und Palästinenser „sehr, sehr nahe“ an der Entscheidung seien, in direkte Gespräche einzutreten. Außenministerin Hillary Clinton habe am 18. August mit dem palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad sowie einen Tag später mit ihrem jordanischen Amtskollegen Nasser Judeh und mit dem Nahost-Beauftragten des „Quartetts“ Tony Blair telefoniert. Am 20. August berichtet die Nachrichtenagentur „Reuters“, dass das Nahost-Quartett beide Parteien eine Einladung nach Washington für den 02. September aussprechen werde. US-Präsident Barack Obama werde am Beginn der Tagung teilnehmen.

Nach einem israelischen Untersuchungsbericht waren Ende 2009 nur 6,6 Prozent der arabischen Bevölkerung Israels im öffentlichen Dienst tätig. Zieht man die Beschäftigten im Gesundheitswesen ab, fiel der Anteil auf 5,2 Prozent, meldet „Haaretz“. Nur acht Personen seien in höhere Regierungspositionen aufgestiegen.

15.08.2010:

Unter dem Titel „Ein neuer Zwangsdienst für die Siedler“ berichtet „Haaretz“, dass 22.000 Palästinenser in den jüdischen Siedlungen der Westbank arbeiten, davon elftausend im Bauhandwerk,

achttausend in Industriebetrieben und dreitausend in der Landwirtschaft.

13.08.2010:

Nach israelischen Medienberichten sollen am 15. August die Abrissarbeiten für den östlichen Mauerteil zwischen dem jüdischen Jerusalemer Vorort Gilo und der palästinensischen Kleinstadt Bet Jala beginnen. Begründet werde die Entscheidung damit, heißt es, dass seit langem keine Angriffe aus Bet Jala erfolgt seien.

12.08.2010:

Catherine Ashton, Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, veröffentlicht einen Brief, in dem sie die grundsätzliche Bereitschaft des palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas andeutet, noch im August direkte Gespräche mit der israelischen Regierung aufzunehmen, wenn sie auf der Basis der Erklärung des Nahost-„Quartetts“ vom 19. März stattfinden. In der Erklärung waren beide Parteien aufgefordert worden, innerhalb von 24 Monaten einen Friedensvertrag abzuschließen⁴⁶.

10.08.2010:

Das „Wall Street Journal“ meldet den beabsichtigten Verkauf von 84 Kampfflugzeugen vom Typ F-15 im Gesamtwert von dreißig Milliarden US-Dollar der USA an Saudi-Arabien. Die israelische Regierung meldet Bedenken an. Am 15. August teilt das Verteidigungsministerium in Tel Aviv mit, dass Israel in den USA zwanzig Tarnkappenbomber vom Typ F-351 im Wert von 2,75 Milliarden US-Dollar bestellen wolle, die vom gegnerischen Radar nicht entdeckt werden können.

08.08.2010:

Der im Juli gewählte neue Leiter der Syrischen Moslebruderschaft Mohammad Riyadh al-Shaqfi, der Im Jemen im Exil lebt, bestätigt in seinem ersten Interview mit der saudischen Zeitung „Al-Sharq al-Awsat (Der Nahe Osten)“ am 08. August den seit 1996 anhaltenden Kurs der Mäßigung gegenüber der Regierung in Damaskus. Seine Bewegung lehne Gewalt ab und sei bereit, den Charakter einer politischen Partei anzunehmen, wenn das syrische Regime politische Freiheiten gewährleiste. Shaqfihs Vorgänger Ali al-Bayanoun hatte von London aus 2004 ein politisches Programm vorgelegt, wonach die Moslebruderschaft einen „modernen Bürgerstaat“ anstrebe.

06.08.2010:

In New York stirbt nach langer Krankheit Tony Judt. Er fiel einer selten auftretenden Rückenmarksparalyse unter dem Namen „Lou-Gehrig-Krankheit“ zum Opfer. Judt wurde am 02. Januar 1948 in London in eine dem „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland“ – gegründet 1897 in Wilna – verbundene Familie geboren, die Eltern der Mutter stammten aus Osteuropa, während die väterlichere Linie in Belgien auf eine litauische Rabbinerfamilie zurückführt. Nach dem Studium an der „Ecole Normale Supérieure“ in Paris und am „King’s College“ und in Oxford (Promotion 1972) lehrte er dort, in Cambridge und in Berkeley. 1995 wurde er Gründungsdirektor des „Remarque Institute for European Studies“ an der New York University. 2006 erschien in Deutsch seine „Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart“ (Englisch „Postwar: A History of Europe Since 1945“). Judt war in zweiter Ehe seit 1993 mit der Tänzerin Jennifer Homans verheiratet, mit der er zwei Söhne hatte. Seine Essays und Kommentare zur israelischen Politik wurden weltweit beachtet. Im Herbst 2003 schrieb er in einem Beitrag für die „New York Review of Books“: „Der nahöstliche Friedensprozess ist

erledigt. Er starb nicht: Er wurde getötet. Machmud Abbas wurde vom Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde [Arafat] unterlaufen und vom Ministerpräsidenten Israels [Sharon] gedemütigt.“ Zu seinen politischen Glaubenssätzen gehörte die Überzeugung „Jede schlechte Idee endet im Blutvergießen, doch es ist immer das Blut der anderen.“

04.08.2010:

Auf den iranischen Präsidenten Machmud Achmadinedjad soll ein Anschlag verübt worden sein. Die Führung weist diese Meldung arabischer und anderer Medien zurück. Der Präsident selbst warnt zwei Tage zuvor vor einer „israelischen Verschwörung“, die seinem Leben gelte.

Der Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, verwarft sich in einem Schreiben an die außenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag Kerstin Müller – mit Kopie an die übrigen Fraktionen – gegen den seiner Auffassung erkennbaren grundsätzlichen Positionswechsel der Partei anlässlich der Nahost-Debatte im Bundestag am 01. Juli. Der Zentralrat befürchte nach dem von allen Fraktionen gebilligten *Antrag „Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen“* „auf breiter politischer Ebene ein(en) Paradigmenwechsel in der Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Staat Israel und in letzter Konsequenz gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland“. Kramer bemängelt, dass der gemeinsame Antrag ohne hinreichende Faktenkenntnisse formuliert und verabschiedet worden sei. Müller habe es versäumt, „mit der Formulierung dieses interfraktionellen Antrags auch diesbezüglich die Chance versäumt, ein klares positives Signal der Freundschaft und Solidarität mit dem israelischen Staat in die Öffentlichkeit zu senden. Insofern bedeute der Antrag „die

unterschwellige Aufforderung..., die Solidarität zu Israel und seinen Menschen aufzukündigen. Zugleich sehen wir uns als Juden in Deutschland zunehmend einem politischen Druck ausgesetzt, uns öffentlich von Israel zu distanzieren sowie einseitige Kritik an der israelischen Politik widerspruchslos hinzunehmen.“ Warum Kramer ausdrücklich Müller als Hauptadressatin seines Protestes gewählt hat, bleibt unklar⁴⁷.

Die US-Regierung verschärft ihre Sanktionen gegen den Iran. Danach sollen Geschäfte mit 21 iranischen Unternehmen untersagt werden, von denen einige auch in Deutschland tätig sind.

03.08.2010:

Bei einem Feuergefecht an der israelisch-libanesischen Grenze entlang der „Blauen Linie“ – der internationalen Grenze zwischen beiden Staaten – sterben ein israelischer Offizier und drei Libanesen, darunter ein TV-Journalist aus Beirut. Der Vorfall geht auf den Versuch der Israelis zurück, einen Baum zu entfernen, der ihnen die Sicht in den Libanon hinein versperre. Der UN-Sicherheitsrat ruft beide Seiten zu größtmöglicher Zurückhaltung auf. Zum Vorgang selbst werden voneinander abweichende Darstellungen verbreitet. So berichten die Verantwortlichen der „UN Interim Force in Lebanon (UNIFIL)“, die mit zwölftausend Soldaten – darunter auch aus der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Marinekontingent – einen Puffer bilden soll, dass die israelischen Soldaten sich eindeutig auf eigenem Territorium aufgehalten hätten, während vom Libanon aus auf sie geschossen worden sei. Für den „Hisbollah“-Chef Hassan Nasrallah hat es sich um einen „heroischen Kampf“ gehandelt, obwohl die Miliz an dem Schusswechsel nicht beteiligt war.

02.08.2010:

Die israelische Regierung stimmt einem vierköpfigen internationalen Untersuchungsausschuss im Auftrag der UNO zum Tod der neun türkischen Mitglieder der „Gaza-Flottille“ am 31. Mai zu. Die Regierung in Ankara besteht nach wie vor auf einer Entschuldigung Israels. Der Ausschuss soll unter der Leitung des früheren neuseeländischen Ministerpräsidenten Geoffrey Palmer und des scheidenden venezolanischen Präsidenten Alvaro Uribe stehen und am 10. August seine Arbeit aufnehmen. Außerdem sollen ihm ein Türke und ein Israeli angehören. Kommentatoren vermuten, dass das israelische Einlenken darauf abzielen soll, das gespannte Verhältnis zur Regierung in Ankara zu entlasten. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu verbindet seine Zustimmung mit der Ankündigung, dass der Ausschuss keine israelischen Zeugen vernehmen darf. Dagegen spricht sich die Oppositionsführerin Tsipi Livni („Kadima“) gegen den Untersuchungsausschuss aus. Am 09. August verteidigt Netanyahu den Militäreinsatz gegen die „Mavi Marmara“ vor der von der Regierung eingesetzten Kommission unter Leitung des ehemaligen Mitglieds am Obersten Gerichtshof Yaacov Turkel. Einen Tag später, am 10. August, ermüdet Verteidigungsminister Ehud Barak die Kommission fast zwei Stunden mit länglichen Details über die Gefahren des internationalen Terrorismus und des iranischen Atomanreicherungsprogramms. Die Kommission beschwert sich, dass sie erst wenige Stunden vor der Aussage Baraks aus dem Ministerium die erforderlichen Unterlagen zu den Vorgängen am 31. Mai erhalten habe.

Bei einem Raketenangriff stirbt in der jordanischen Hafenstadt Aqaba ein Taxifahrer vor dem Hotel „Intercontinental“. Eine zweite Grat-Rakete schlägt in der benachbarten Stadt Eilat ein, ohne Schaden anzurichten, eine dritte stürzt ins Rote Meer. Während israelische Sicherheitskreise vermuten, dass die Raketen von der ägyptischen Sinai-Halbinsel abgefeuert wurden, weisen die

Behörden in Kairo diese Angaben zurück. In ägyptischen Medienberichten wird „ Hamas“ für die Anschläge verantwortlich gemacht, ein Sprecher der „Islamischen Widerstandsbewegung“ weist dies zurück.

01.08.2010:

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak fordert seinen Amtskollegen Shimon Peres bei dessen Besuch in Kairo dazu auf, die israelische Regierung zur Verlängerung des Siedlungsstopps über den beabsichtigten 26. September hinaus zu drängen.

Juli 2010

27.07.2010:

Vor den Staatschefs der Arabischen Liga in Kairo verwehrt sich Machmud Abbas gegen Forderungen, direkte Verhandlungen ohne einen Zeitrahmen mit Israel aufzunehmen. Stattdessen fordert er von Israel die Verlängerung des Siedlungsstopps über den 26. September hinaus, die Einbeziehung Ost-Jerusalems sowie die Wiederaufnahme der Gespräche an dem Punkt, an dem sie Ende 2008 mit dem früheren Ministerpräsidenten Ehud Olmert geendet hätten und die Anerkennung der Waffenstillstandsgrenze vor 1967 als künftige israelisch-palästinensische Staatsgrenze einschließt; damals soll Olmert 94 Prozent der Westbank und vier Prozent des israelischen Territoriums sowie Jerusalem als Doppelhauptstadt angeboten haben. Auch der spanische Außenminister Miguel Moratinos kann Abbas bei der Begegnung am 26. Juli in Ramallah nicht umstimmen. Dieselbe Zurückhaltung ernten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy in Telefonaten mit Abbas. US-Präsident Barack Obama brauche

einen Durchbruch, um bei den Zwischenwahlen im Kongress am 02. November zu bestehen. Es wird gemutmaßt, dass der anhaltende Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen die Absicht verfolgt, die Aufnahme von israelisch-palästinensischen Gesprächen zu verhindern.

Benjamin Netanyahu trifft zu einem überraschenden Besuch in Amman zu Gesprächen mit König Abdullah II. ein.

Der greise saudische König Abdullah bricht zu Besuchen in Ägypten, Jordanien, Syrien und Libanon auf.

Der britische Premierminister David Cameron setzt sich vor dem türkischen Parlament für die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union ein. Er begründet sie mit dem politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsgewicht des Landes für Europa. Kein Land mit einer moslemischen Mehrheit nehme an den internationalen Bemühungen in Afghanistan teil und verstehe, dass es in dem Kampf nicht gegen den Islam, sondern gegen den Terrorismus gehe, und dass mit Israel seit langem Beziehungen unterhalte und gleichzeitig die Rechte der Palästinenser betone. Die Türkei könne sich darauf verlassen, dass er – Cameron – der stärkste Fürsprecher des Beitritts in die EU sei. Das Land gehöre dazu und dürfe nicht nur im Zelt sitzen. Außerdem könne die Türkei dabei behilflich sein, den Iran von der Atombombe fernzuhalten. Warum, fragt der Premier, verweigere Teheran die Inspektion seiner Anreicherungsanlagen durch die Internationale Atomenergiebehörde, wenn es friedliche Absichten verfolge? Warum bedrohe es ständig Israel mit der Auslöschung⁴⁸?

26.07.2010:

Die Europäische Union fasst im Zuge des Lissabon-Vertrages den formellen Beschluss zur Gründung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Er soll das diplomatische Gewicht Europas in der

Weltpolitik stärken. Ungeklärt sind freilich noch die Verteilung der finanziellen Lasten, die Besetzung der Spitzenpositionen, die Übertragung von konsularischen Aufgaben sowie die Zuständigkeiten. So beharrt die Kommission auf der haushaltspolitisch intensiven Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik. Der EAD soll im Endstadium seiner Funktionstüchtigkeit in drei bis vier Jahren 5400 Mitarbeiter umfassen.

25.07.2010:

Die Versammlung des Lutherischen Weltbundes wählt in Stuttgart den Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land Munib Younan zu ihrem neuen Präsidenten. Der am 08. September 1950 geborene Younan repräsentiert die siebzig Millionen lutherischen Christen weltweit und vertritt eine entschiedene Haltung gegenüber der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern. Die Zahl der evangelisch-lutherischen Araber in seiner Diözese soll lediglich dreitausend betragen.

23.07.2010:

Nach einem Bericht des Israel-Korrespondenten der „Süddeutschen Zeitung“ Peter Münch zieht die Bundesregierung ihre Zusage zurück, Israel ein sechstes U-Boot der „Dolphin“-Klasse zu liefern – die mit atomar bestückten Marschflugkörpern ausgestattet werden können – und dafür einen erheblichen Teil der Kosten zu übernehmen; israelische Zeitungen hatten vor einigen Tagen eine entsprechende Anfrage aus Jerusalem gemeldet. Die Bundesregierung habe dementiert, berichtet Münch, dass es keine Verhandlungen dazu gebe. Deshalb habe es zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 21. Juli ein Telefongespräch gegeben, zitiert der

Korrespondent einen israelischen Sprecher, der auf die Bedeutung der strategischen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten verwiesen habe. Zwei bereits vereinbarte U-Boote sollen 2012 ausgeliefert werden, wofür die Bundesregierung mit 330 Millionen Euro ein Drittel der Kosten übernehmen will.

Der UN-Menschenrechtsrat in Genf teilt mit, dass er unabhängige Experten – Desmond de Silva (Großbritannien), Mary Shanti Dairiam (Malaysia) und Karl Hudson-Phillips (Trinidad) – mit der Untersuchung des Gaza-Krieges im Dezember 2008 / Januar 2009 beauftragt hat.

22.07.2010:

Machmud Abbas fordert als Vorsitzender von „Fatah“, der führenden Kraft innerhalb der PLO, dazu auf, die internen Defizite zu beheben, die zur Verschiebung der Parlamentswahlen im Juli geführt haben. Ansonsten habe „Fatah“ keine Zukunft. Es bestehe die Gefahr, dass sie von „ Hamas“ überspielt werde.

Der alle zwei Jahre vergebene „Siegfried Unseld-Preis“ wird nach einer Mitteilung der Jury am 28. September in Berlin zu gleichen Teilen an Sari Nusseibeh und Amos Oz für ihren Einsatz zugunsten einer dauerhaften friedlichen Koexistenz zwischen Israelis und Palästinensern vergeben. Der Preis ist mit insgesamt 50.000 Euro dotiert.

21.07.2010:

Die spanische EU-Ratspräsidentschaft teilt in Madrid mit, dass der Besuch europäischer Spitzenpolitiker im Gazastreifen auf den September verschoben werde⁴⁹.

Im Interview mit der Deutschen Welle fordert der frühere Präsident des Europäischen Parlaments und heutige Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Hans-Gert Pöttering die Europäische Union auf, zur Überwindung des israelisch-palästinensischen Konflikts „ein starker Motor (zu) sein. Sie muss die Beteiligten drängen, nicht nachzulassen, weiter am Frieden zu arbeiten und diesen im Nahen Osten zu suchen.“ Europa müsse „über die humanitäre Hilfe hinauskommen“. Auch wenn sich „ Hamas“ noch zum Terror bekenne und Israel nicht anerkennen wolle, dürfe man sie „nicht links liegenlassen. Deswegen führen andere, also nicht die Europäische Union, Gespräche mit der Hamas – mit dem Einverständnis Israels.“

Nach einem Bericht der russischen Nachrichtenagentur „Novosti“ sind der Palästinensischen Autonomieregierung fünfzig Schützenpanzerwagen vom Typ BTR-70 mit abmontierten Waffen zur Verstärkung der palästinensischen Sicherheitskräfte kostenlos von Jordanien aus überreicht worden. „Novosti“ beruft sich auf eine Mitteilung des Moskauer Außenministeriums. Am 23. Juli genehmigt die israelische Regierung die Transaktion.

20.07.2010:

In einem Gastbeitrag für das Internet-Portal der „Brookings Institution“ schreibt der frühere US-amerikanische Botschafter in Tel Aviv, Martin Indyk, dass Israel darüber nachdenke, ob die Abhängigkeit von der militärischen Abschreckung und der eigenen Stärke ausreichend sei, um die Zukunft zu gewinnen. Vielleicht müsse Ministerpräsident Benjamin Netanyahu die Initiative ergreifen?, fragt Indyk.

Im Interview mit dem Internet-Portal „Middle East Progress“ vermutet Robert Wexler, Präsident des kürzlich gegründeten „S. Daniel Center for Middle East Peace“ und früherer Abgeordneter im US-

Repräsentantenhaus (D-Florida), dass der israelisch-palästinensische Konflikt bei den Zwischenwahlen am 02. November keine entscheidende Rolle bei den Wählern spielen werde.

Das State Department wertet die Mission der PLO in Washington auf. Von nun an hat sie den Status einer Generaldelegation wie in der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten Europas. Die Generaldelegation wird wie die Mission von Maen Rashid Erakat geleitet. Er und seine Mitarbeiter genießen von nun an diplomatische Immunität.

19.07.2010:

Lady Catherine Ashton, zuständig für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, besucht im Gazastreifen mehrere Einrichtungen, die durch internationale Hilfsprogramme unterstützt werden, und fordert die israelische Regierung auf, die Grenzen für Waren und Personen zu öffnen. Über den Inhalt des anschließenden Gesprächs mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu wird Stillschweigen vereinbart. Eine Begegnung mit Präsident Machmud Abbas kommt nicht zustande, hingegen mit Ministerpräsident Salam Fayyad. Dass Frau Ashton den israelischen Kontrollposten Erez – der dortige Industriepark, der 20.000 Arbeitsplätze für Palästinenser schaffen sollte, wurde 2004 von Israel aus Sicherheitsgründen geschlossen – in Richtung Gazastreifen passieren kann, was dem deutschen Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel verwehrt worden war⁵⁰, unterstreicht die geringe politische Bedeutung, die der EU in israelischen Augen zukommt.

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak trifft in Kairo Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und den US-Sondergesandten George Mitchell zu getrennten Gesprächen.

18.07.2010:

Die syrische Regierung verbietet Frauen das Tragen des Gesichtsvollschleiers („Niqab“) an den Universitäten. Das Kopftuch („Hidjab“) bleibt weiterhin erlaubt.

17.07.2010:

Gemäß der Entscheidung der Palästinensischen Autonomieregierung in Ramallah am 10. Juni finden die für heute geplanten Kommunalwahlen nicht statt.

Der palästinensische Präsident Machmud Abbas erklärt, Israel müsse vor Beginn direkter Verhandlungen seine Bereitschaft erklären, dass eine dritte Partei die künftigen Grenzen des Staates Palästinas schützt und dass es auf der Grundlage der Grenzlinien vor 1967 einem gleichgewichtigen Gebietsaustausch für Landstriche zustimmt, die es annektieren wolle.

16.07.2010:

David Landau, zwischen 2004 und 2008 Chefredakteur von „Haaretz“, ruft zum Boykott der Knesset auf. Nachdem die Abgeordneten Zeev Elkin (Likud“), Dalia Itzik („Kadima“) und Aryeh Eldad (Nationale Union) in das Parlament einen Antrag eingebracht haben, wonach jeder Israeli bestraft werden solle, der zu einem Boykott eines anderen Israeli oder einer israelischen Einrichtung aufruft, verlangt Landau den Boykott des gesamten Parlaments, wenn es den Antrag zulässt. Gleichzeitig verwahrt sich Landau gegen einen Boykott der israelischen Universitäten, wenn der Aufruf von Wissenschaftlern kommt, die dort arbeiten. Das Weingut Barkan habe sein Unternehmen mittlerweile nach Israel verlegt.

Die israelische Tageszeitung „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ meldet, dass Außenminister Avigdor Lieberman den

Plan ventiliere, den Gazastreifen an die „ Hamas“ abzugeben und eine internationale Schutztruppe für die Bewachung der Grenzübergänge nach Israel und Ägypten zu gewinnen sowie für die Aushebung der Schmuggeltunnel in den Sinai zu sorgen. Danach würde Israel den Gazastreifen vollständig abriegeln. Am Rande der OSZE-Außenministerkonferenz im kasachischen Almaty weist Außenminister Guido Westerwelle am 17. Juli den Vorschlag mit der Begründung zurück, dass eine „Politik, die das palästinensische Staatsgebiet aufteilt in verschiedene Staatsstrukturen“, dem Ziel der Zweistaatenlösung widersprechen würde. Auch Präsident Machmud Abbas und Ägyptens Präsident Hosni Mubarak äußern sich ablehnend zum Vorschlag Liebermans, der nach israelischen Medienberichten mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu nicht abgesprochen sein soll.

Das State Department teilt mit, dass die USA im Haushaltsjahr 2010/11 Israel für Ausbildungs- und Ausrüstungszwecke Mittel in Höhe von 2,775 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen werden, um den qualitativen Rüstungsvorsprung Israels gegenüber den Bedrohungen Irans sicherzustellen.

15.07.2010:

„Haaretz“ übermittelt aus einem Gespräch zwischen dem Präsidenten der Knesset Reuven Rivlin und dem griechischen Botschafter in Israel vor zwei Monaten das Urteil Rivlins, dass das Land Palästina nicht teilbar sei. Wer von einer „demographischen Gefahr“ spreche, behaupte, „dass die Araber eine Gefahr sind“. Er habe sich in der Begegnung dafür ausgesprochen, dass die palästinensische Bevölkerung in „Judäa und Samaria“ Staatsbürger „in diesem Land“ werden sollten. Einen „Staat aller seiner Bürger“ habe er abgelehnt. Stattdessen glaube er an die Möglichkeit eines gemeinsamen

Souveränitätsarrangements in Judäa und Samaria innerhalb eines jüdischen Staates[†].

Im Interview mit „Haaretz“ hält Yossi Beilin die Zweistaatenlösung für nicht erledigt, auch wenn Benjamin Netanyahu weit davon entfernt sei, die Vorschläge von Machmud Abbas aufzunehmen, die der „**Genfer Initiative**“ sehr nahekämen. In dem Moment, in dem eine israelische Regierung palästinensisches Gebiet formell annektiere, würde ein Apartheid-Regime entstehen. Dann solle man auch gleich einen Hafen wie Ashdod schließen, der das Tor zur Welt sei. In einem solchen Staat wolle er, Beilin, nicht leben.

14.07.2010:

Das unter moldawischer Flagge fahrende Schiff „Amalthea“ der „Internationalen Hilfsorganisation Ghaddafi“ mit zwölf Besatzungsmitgliedern und fünfzehn Friedensaktivisten aus verschiedenen arabischen Ländern läuft unter der Eskorte von acht israelischen Kriegsbooten in den Hafen el-Arish auf der Sinai-Halbinsel ein. Die „Amalthea“ führt Hilfsgüter für den Gazastreifen mit sich, die nunmehr auf dem Landweg in den Küstenstreifen transportiert werden sollen.

13.07.2010:

Akiva Eldar berichtet in „Haaretz“ über den bevorstehenden Besuch von fünf europäischen Außenministern – William Hague (Großbritannien), Bernard Kouchner (Frankreich), Guido Westerwelle (Deutschland), Miguel Moratinos (Spanien) und Franco Frattini (Italien) – im Gazastreifen. Sie würden sich nicht nur für die Ausfuhr von Erdbeeren in die Westbank und nach Europa sowie für den Import von Rohstoffen einsetzen, prophezeit Eldar, sondern auch die israelische Regierung

[†] Noam Sheizaf: The land is not divisible, in „Haaretz“ 15.07.2010.

auffordern, europäische Inspektoren an Israels Grenze zum Gazastreifen postieren zu können. Um die Versöhnung zwischen der Autonomiebehörde und der „ Hamas“-Regierung zu fördern, würden sie Machmud Abbas auffordern, sie zu begleiten. Die Einholung der Genehmigung aus Jerusalem wäre erneut ein Beleg dafür, dass die Europäische Union den israelischen Souveränitätsvorbehalt über den Gazastreifen respektiert, denn unzweifelhaft würden die Inspektoren nur auf palästinensischem Gebiet tätig werden. Am 19. Juli räumt der emeritierte Politologe Shlomo Avineri in einem Gastbeitrag für „Haaretz“ ein, dass es Israel offensichtlich schwerfalle, seine Herrschaft und seine Autorität über den Gazastreifen aufzugeben. Zwar habe es seit 2005 keine Kontrolle mehr über den Küstenstreifen, doch betrachte es sich verantwortlich für ihn.

12.07.2010:

Die israelische Expertenkommission unter Leitung von Reservegeneral Giora Eiland legt seinen Bericht über den Einsatz der Marineeinheit gegen die internationale „Freiheitsflotte“ am 31. Mai vor. Darin wird vor allem die unzureichende Abstimmung zwischen dem Militär und dem Auslandsgeheimdienst („Mossad“) kritisiert. Konsequenzen für die Offiziere, die den Einsatz geleitet haben, werden nicht erwartet.

11.07.2010:

„Haaretz“ berichtet von der Ankündigung des irischen Außenministers Dermott Ahern, in der Europäischen Union dafür sorgen zu wollen, dass Zukunft keine Personendaten europäischer Bürger mehr an Israel geliefert werden. Gemäß europäisch-israelischen Planungen sollen vor allem Kundendaten zwischen

Wirtschaftsunternehmen ausgetauscht werden können. Anlass der jetzigen Initiative sei der Missbrauch irischer Pässe bei der Tötung des Gründers der „Izzedin-Brigaden“ von „Hamis“ Machmud Mabchuch in Dubai, so Ahern⁵¹.

08.07.2010:

In einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ fordert David Grossman seine Regierung zur Aufnahme von Gesprächen mit „Hamis“ auf. Sie solle sich „von den üblichen Vorbedingungen (...) lösen und selbst die Initiative (...) ergreifen (Initiative – ein längst vergessenes Wort)“. Grossman fährt fort: „Warum besteht man seit Jahrzehnten darauf, über Details zu verhandeln, die zwar wichtig, aber nicht entscheidend sind, statt dass man versuchte, im Großen einen fundamentalen Wandel herbeizuführen? Der traditionelle Hang israelischer Führer, nach Gründen und Entschuldigungen für Tatenlosigkeit zu suchen, und ihr Unvermögen, zwischen realen und eingebildeten Gefahren zu unterscheiden, veranlassen Israel, ein absolutes und grundsätzliches Nein zur Realität und zu den kleinsten Chancen zu sagen, die sich gelegentlich ergeben⁵².“

07.07.2010:

Der frühere Kartograph der „**Genfer Initiative**“, Shaul Arieli, übermittelt eine Landkarte für die Westbank mit Daten zum Verlauf der „Trennungsmauern. Danach sind 415 Kilometer fertiggestellt, 73 Kilometer im Bau, 146 Kilometer in Planung, 71 Kilometer im Stadium der Planung, bei 19 Kilometern ist der Abbau in Planung, 5 Kilometer umgeleitet und 48 Kilometer abgebaut. Östlich der „Trennungsmauern“ gibt es 74 jüdische Siedlungen mit 69.000 Bewohnern, östlich der „Trennungsmauern“ – also gegenüber der „Grünen Linie“ – 66 jüdische Siedlungen leben 412.000 Juden und 240.000 Palästinenser unter israelischer Souveränität.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Berlin, dass im Zuge der Konsolidierung des Bundeshaushaltes auch im Auswärtigen Amt Einsparungen geplant sind. Sie würden sich vor allem in der Kulturpolitik und bei Maßnahmen der Krisenprävention niederschlagen. Davon würden auch die Hilfen für die palästinensische Polizeiausbildung in der Westbank nicht verschont bleiben. Noch bei den deutsch-palästinensischen Regierungskonsultationen im Mai war Ministerpräsident Salam Fayyad von Außenminister Guido Westerwelle zugesichert worden, Berlin würde den Aufbau staatlicher Institutionen auch finanziell unterstützen⁵³.

06.07.2010:

Während Ministerpräsident Benjamin Netanyahu zu Gesprächen mit Präsident Barack Obama in Washington eintrifft, kündigt die israelische Kultur- und Sportministerin Limor Livnat an, dass die Regierung nach Ablauf des Siedlungsmoratoriums die Siedlungstätigkeit in der Westbank am 26. September wiederaufnehmen wolle. Nach dem Gespräch im Weißen Haus bestätigt Obama seinem Gast, dass er ernsthaft an politischen Fortschritten interessiert sei und zugesagt habe, die Verantwortung der palästinensischen Sicherheitsdienste in der Westbank zu erweitern. Netanyahu erklärt, dass sichergestellt werden müsse, dass ein israelischer Gebietsverzicht nicht dazu führen dürfe, dass Irans Gefolgsleute dort die Macht übernehmen. Gegenüber Repräsentanten jüdischer Organisationen am 07. Juli kündigt Netanyahu an, das es bald zu „sehr, sehr harten Verhandlungen“ mit der Autonomiebehörde kommen werde. Auf dem Rückflug nach Israel beabsichtigt er einen Krankenbesuch bei Mubarak in Paris.

Nach Berichten von „Haaretz“ und der „Jerusalem Post“ sind in den vergangenen zehn Jahren von vermutlich vierzig Gruppen schätzungsweise 200 Millionen US-Dollar über steuerabzugsfähige Spenden aus den USA über Wohltätigkeitsfonds in „Außenposten (outposts)“ der Siedlungen, in Religionsschulen und in paramilitärische Ausbildungsprogramme in den palästinensischen Gebieten geflossen, nachdem die US-Administration die Verwendung ihrer offiziellen Überweisungen in die Gebiete untersagt hat. Gegenüber der „New York Times“ habe der ehemalige US-Botschafter in Tel Aviv, Daniel C. Kurtzer, erklärt, dass die Überweisungen amerikanische Diplomaten „verrückt machen“ würden.

05.07.2010:

Im Rahmen der indirekten Gespräche („proximity talks“) kommt es erstmals zum ersten Spitzentreffen – zwischen Israels Verteidigungsminister Ehud Barak und dem palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad. Fayyad fordert Barak auf, den palästinensischen Sicherheitskräften mehr Befugnisse in der Westbank einzuräumen.

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak trifft in Paris mit Staatspräsident Nicolas Sarkozy und dem libanesischen Ministerpräsidenten Saad Hariri zusammen. Außerdem unterzieht er sich einer Gesundheitskontrolle. Vermutet wird, dass Mubarak an einer fortgeschrittenen Krebserkrankung leidet.

04.07.2010:

Großayatollah Mohammad Hussein Fadlallah, spiritueller Führer der „Hisbollah“ und vermeintlicher Vertrauter des iranischen Regimes im Libanon, stirbt im Alter von 74 Jahren in Beirut.

03.07.2010:

Mehrere arabische Zeitungen berichten, dass Machmud Abbas bereit sei, im Zuge eines Friedensvertrages mit Israel auf die palästinensische Souveränität über das Jüdische Viertel und die Westmauer des Zweiten Tempels („Klagemauer“) zu verzichten.

01.07.2010:

Israels Außenminister Avigdor Lieberman beschwert sich, dass das Amt des Ministerpräsidenten nicht ihn, sondern Industrie- und Handelsminister Benjamin („Fuad“) Ben-Eliezer nach Zürich entsandt hat, um in Gesprächen mit dem türkischen Außenminister Achmet Davutoglu die krisenhaften Zuspitzungen zur Regierung in Ankara zu bereinigen.

Der Bundestag verabschiedet einen interfraktionellen Antrag „Ereignisse um die Gaza-Flottille aufklären – Lage der Menschen in Gaza verbessern – Nahost-Friedensprozess unterstützen“⁵⁴. Die Partei DIE LINKE bringt einen eigenen Antrag ein, schließt sich aber in der Schlussabstimmung dem Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Guy Rolnik fragt in „Haaretz“, warum es in Israel keinen Juristen wie den US-amerikanischen Rechtsanwalt, Mitglied des „Supreme Court“ und Mäzen Louis Dembitz Brandeis (1856 – 1941) gebe, der den zehn mächtigsten Familien im Lande, welche die Wirtschaft des Landes beherrschen würden, das Handwerk lege.

Juni 2010

30.06.2010:

Eine der bedeutendsten Juristen des Landes, Ruth Gavison, schlägt nach einem Bericht der „Jerusalem Post“ vor, die Verleihung der israelischen Staatsbürgerschaft in Zukunft an bestimmte Voraussetzungen zu knüpfen und damit das „Recht auf Rückkehr“ zu erweitern, dass jedem Juden generell die Staatsbürgerschaft anbietet, wenn er / sie nach Israel einwandert. Zu ihren Vorschlägen zählt Gavison die Bereitschaft, auf Dauer in Israel zu leben, die hebräische Sprache zu erlernen und eine nationale Loyalitätserklärung abzugeben. Hintergrund ihrer Überlegungen ist nach ihren Worten „die wachsende Neigung unter Israelis und Juden weltweit, die Legitimität des jüdischen Nationalismus in Frage zu stellen und seine Kompatibilität mit universalen Werten“ zu überprüfen, erklärt sie gegenüber dem Blatt⁵⁵.

Machmud Abbas empfängt in seinem Amtssitz in Ramallah sechs israelische Journalisten und stellt ihnen seine „Popular Peace Campaign“ vor, mit denen er die israelische Öffentlichkeit gewinnen wolle. Dabei wiederholt der Präsident die Vereinbarungen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ehud Olmert im Herbst 2008, wonach beide sich auf die Grenzen von 1967 einschließlich Jerusalems sowie auf einen Gebietsaustausch in der Größenordnung 1 zu 1 verständigt hätten. Bei einer Podiumsdiskussion am 25. Juni im New Yorker „Trygve Lie Center for Peace“ unter Leitung von Terje Rød-Larsen – als norwegischer Diplomat spielte er eine hervorragende Rolle bei der Vorbereitung der Prinzipienklärung vom September 1993 – zwischen dem palästinensischen Chefunterhändler Saeb Erakat und dem stellvertretenden israelischen Ministerpräsidenten Dan Meridor bestätigt Erakat, dass Olmert damals Abbas eine Karte vorgelegt habe, wonach Israel 6,5 Prozent der Westbank annektieren wolle und dafür 4,8 Prozent des israelischen Staatsterritoriums sowie 0,7 Prozent für den Korridor zwischen der Westbank und dem Gazastreifen erhalten solle. Erakat lässt offen, warum Abbas damals

die Offerte nicht akzeptiert hat, und fragt Meridor, ob Benjamin Netanyahu sie heute wiederholen würde. Meridor geht auf die Frage nicht ein⁵⁶.

Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit US-Sonderbotschafter George Mitchell fordert Ministerpräsident Benjamin Netanyahu die Palästinensische Autonomieregierung zu „formellen direkten Gesprächen“ ohne Vorbedingungen auf. Mitchell seinerseits kündigt an, dass er weiterhin daran arbeite, „Bedingungen zu schaffen“, unter denen „direkte Verhandlungen“ zum Vorteil des israelischen und des palästinensischen Volkes möglich werden.

Der an der Universität Tel Aviv lehrende Historiker Moshe Zuckermann befasst sich mit Phantasien westlicher Intellektueller zur Überwindung der bislang gescheiterten Zweistaatenlösung durch einen gemeinsamen Staat für Juden und Araber in Palästina. Sosehr Zuckermann aus der Perspektive der Globalisierung des Kapitalismus und der Unfähigkeit, gravierende Probleme allein auf nationaler Ebene bewältigen zu können, einer solchen Vorstellung Nachdenkenswertes abgewinnen will, so sehr befürchtet er in Israel „nicht nur einen tiefen Riss innerhalb der jüdischen Bevölkerung“, sondern sieht die Gefahr vorher, „dass dieser Riss in bürgerkriegsähnliche Situationen ausarten könnte, vielleicht sogar in einen ausgewachsenen Bürgerkrieg. Denn es bedarf kaum mehr als eines harten, fanatisch-konsequenten Kerns von einigen Hunderten oder Tausenden Siedlern in der Westbank, welche dem Staat Israel ohnehin ständig jegliches Recht absprechen, die von ihnen als ‚gottverheißenes Land der Urväter‘ begriffenen Gebiete abzugeben, messianisch getriebener Ideologen also, die sich – vom Pathos des Glaubenssatzes ‚eher sterben, als dies zuzulassen‘ (jehareg u’wal ja’avor) beseelt – in ihren Siedlungen verkarradiieren und den Staat zwingen würden, sein Gewaltmonopol gegen sie

anzuwenden...“ Die Konflikte um den Rückzug aus dem Gazastreifen im Sommer 2005 unter Führung von Ariel Sharon waren für Zuckermann dagegen wie ein Kinderspiel. „Gerade Linke sollten nie vergessen“, schreibt Zuckermann zu den Perspektiven einer Lösung, „was es nach Marx an historischer Heranreifung bedarf, damit sich eine wirkliche revolutionäre Situation geschichtlich ausbildet, und was tragischerweise geschah, als man den Sozialismus voreilig in einer historisch, materiell wie strukturell unreifen Konstellation errichtet zu haben wähnte.“ Die von ihm befürwortete Zweistaatenlösung lasse sich nur durch eine rigorose israelische Politik durchsetzen. Das bedinge freilich eine israelische Bevölkerung, die sich dieser Herausforderung stelle⁵⁷.

29.06.2010:

Vor Beginn der fünften Runde der indirekten Gespräche („proximity talks“) zwischen der israelischen Regierung und der Palästinensischen Autonomieregierung in Ramallah führt US-Sonderbotschafter George Mitchell Beschwerde über israelische Taktiken, den Beginn der Gespräche über die zentralen Konfliktthemen hinauszuzögern. Zur selben Zeit erklärt Außenminister Avigdor Lieberman in Jerusalem gegenüber seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow, dass die Bildung eines palästinensischen Staates vor 2012 chancenlos sei, und beschwert sich über russische Bemühungen, „ Hamas“ in den politischen Prozess einbeziehen zu wollen.

28.06.2010:

Akiva Eldar beklagt ironisch in einem Kommentar in „Haaretz“, dass auf die Araber wieder einmal kein Verlass gewesen sei, als sie im März 2002 ihre Friedensinitiative beschlossen und damit ihre drei „Neins“ von Khartum Ende August 1967 – „keine

Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel, kein Frieden mit Israel“ – zurückgezogen hätten.

Die Regierung in Ankara verfügt die Sperrung des türkischen Luftraums für israelische Militärflugzeuge. Ein Transporter mit israelischen Offizieren an Bord auf dem Weg in die Gedenkstätte Auschwitz wird gezwungen, den türkischen Luftraum zu meiden. Ausnahmen vom Verbot bedürfen der Sondergenehmigung. Am 05. Juli verschärft die Türkei das Verbot noch einmal und droht mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, falls eine offizielle Entschuldigung der israelischen Regierung für den Tod der neun Türken auf der „Mavi Marmara“ am 31. Mai ausbleiben sollte; zuvor hatte Benjamin Netanyahu eine Entschuldigung ebenso ausgeschlossen wie die Zahlung von Entschädigungen. Am 12. Juli verbietet Bundesinnenminister Thomas de Maizière den in Frankfurt am Main ansässigen Verein „Internationale Humanitäre Hilfsorganisation (IHH)“, weil er bewusst und gezielt Organisationen unterstütze, die der „ Hamas“ zuzurechnen seien, und „dadurch gegen den Gedanken der Völkerverständigung nach Artikel 9 Abs. 2 GG / § 3 Abs. 1 VereinsG“ verstoße.

Israelische Medien berichten von neuen Planungen der Jerusalemer Stadtverwaltung, für den einstigen Ostteil einen Generalplan für die Erweiterung der jüdischen Wohnviertel und für den Bau von 13.500 Wohneinheiten für Palästinenser vorzulegen; letztere würden jedoch nicht deren Bedürfnissen gerecht werden. Einwände können innerhalb der nächsten sechzig Tage vorgetragen werden.

Militante Palästinenser greifen im Gazastreifen erneut ein Sommerlager des UN-Flüchtlingswerks UNRWA für Kinder an und stecken Teile in Brand.

27.06.2010:

Der britische „Guardian“ berichtet aus Jerusalem, dass der seit Mai 2009 in Washington tätige israelische Botschafter Michael Oren bei einem Treffen mit israelischen Diplomaten vor der Ankunft von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 6. Juli in Washington erklärt habe, dass die Differenzen zwischen beiden Staaten längst kein „Krise“ mehr seien, sondern den Zustand eines „tektonischen Risses“ erreicht hätten, der immer größer werde wie nie zuvor in den vergangenen 35 Jahren. Oren spielt damit auf die Einschätzungen Itzhak Rabins, des damaligen Botschafters in Washington, 1973 an, der seine Sorgen über Spekulationen nicht verhehlt hatte, die USA könnten ihre Beziehungen zu Israel einer Neubewertung („reassessment“) unterziehen.

25.06.2010:

Nach einem in „Haaretz“ hat Ministerpräsident Benjamin Netanyahu gegenüber seinem Gast, dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann, ausweichend geantwortet, ob seine Regierung das zunächst auf neun Monate befristete Siedlungsmoratorium für die Westbank über den 26. September hinaus verlängern werde⁵⁸. In Ramallah trifft Faymann mit Ministerpräsident Salam Fayyad zusammen, der den Vorschlag Netanyahus an diesen zurückspielt, die indirekten in direkte Gespräche umzuwandeln, und die Regierung in Wien bittet, gegenüber der Europäischen Union für mehr politischen Druck auf Israel zu sorgen. Österreich unterstützt 2010 die Autonomiebehörde mit 3,1 Millionen Euro.

24.06.2010:

„Haaretz“ berichtet von einem neuen Phänomen unter den Demonstranten gegen die Enteignung von einigen Dutzend palästinensischen Hauseigentümern im Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrach⁵⁹: Unter Führung von Hillel Ben-Sasson – Sohn des

gegenwärtigen Präsidenten der Hebräischen Universität und Islam-Historikers Menachem Ben-Sasson – befinden sich unter den Demonstranten zunehmend religiöse Juden. Hintergrund der Proteste bildet das israelische Gesetz, wonach Juden Eigentumstitel geltend machen können, auch wenn diese hundert Jahre zurückliegen, während Palästinensern, die während des israelischen Unabhängigkeitskrieges ihre Häuser verlassen mussten, dieses Recht nicht zusteht.

Nach israelischen Medienberichten beabsichtigt Außenminister Avigdor Lieberman einen Kurswechsel: Er habe beim Besuch in Rom seinen italienischen Amtskollegen Franco Frattini und führende europäische Diplomaten zu einem Besuch in den Gazastreifen eingeladen, damit sie sich dort ein eigenes Bild von der Lage verschaffen. Außerdem wolle Lieberman Europa zu größeren Infrastrukturhilfen für diesen Küstenstreifen ermutigen. Der Kurswechsel belegt einmal mehr, dass die israelische Politik nicht nur gegenüber der Westbank und Ost-Jerusalem, sondern gegenüber dem Gazastreifen auch nach dem Rückzug im Sommer 2005 ihren Souveränitätsvorbehalt nicht aufgegeben hat: Nach wie vor behält sich die Regierung in Jerusalem die Entscheidung darüber vor, wer in den Gazastreifen einreisen darf. Am 25. Juni bestätigt Bundesaußenminister Guido Westerwelle nach einem Telefonat mit Frattini seine Teilnahme an der Reise an. Auch die britischen und der französischen Amtskollegen Bernard Kouchner und William Hague sollen dem Vernehmen an in den Gazastreifen mitkommen. Wie es heißt, soll die israelische Regierung darauf dringen, dass die Außenminister keine Kontakte zu „ Hamas“ aufnehmen. Am 05. Juli danken die drei genannten Außenminister sowie ihr spanischer Amtskollege Miguel Moratinos schriftlich Lieberman für die Einladung zum Besuch des Gazastreifens. Man werde das Angebot gern annehmen, heißt es in dem gemeinsamen Brief, und hoffe, dass

die von der israelischen Regierung angekündigten Maßnahmen im Bezug auf Gaza bald umgesetzt würden. Von der Umsetzung würden sich die Außenminister vor Ort ein eigenes Bild verschaffen. Außerdem kündigen sie Gespräche mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, nicht aber mit Vertretern von „ Hamas“ an.

23.06.2010:

In einem Gastbeitrag für die „Jerusalem Post“ schlägt Außenminister Avigdor Lieberman im Zuge eines Vertrages mit den Palästinensern erneut einen Bevölkerungsaustausch und die Festlegung neuer Grenzen vor. Danach sollen die arabischen Staatsbürger Israels ausgebürgert und Siedler der Westbank in Israel aufgenommen werden, um die ethnische Homogenität in beiden Gesellschaften zu gewährleisten. Führende Repräsentanten der Arbeitspartei – Koalitionspartner in der Regierung – und von „Kadima“ verwahren sich gegen Liebermans Vorstellungen.

22.06.2010:

Nach einer Studie an der Universität Haifa, aus der „Haaretz“ zitiert, haben nur 36 Prozent der israelischen Bevölkerung – nicht mitgerechnet orthodoxe Juden und Siedler – großes Vertrauen in die Justiz; im Jahr 2000 waren es noch 80 Prozent. Unter den Orthodoxen sind es neun Prozent (im Jahr 2000 waren es 15 Prozent), bei den Siedlern 20 Prozent (2000: 46 Prozent). Dagegen vertrauen 56 Prozent der israelischen Bevölkerung – wiederum ohne orthodoxe Juden und Siedler – dem Obersten Gerichtshof; unter den orthodoxen Juden gilt dies für neun Prozent, bei den Siedlern für 25 Prozent. Dazu berichtet Avirama Golan am 23. Juni in „Haaretz“, dass der Vorsitzende des Erziehungsausschusses der Knesset Zevulun Hammer von der Partei „Das jüdische Haus“ darauf aus sei, den

Ausschuss als Tribunal zur Untersuchung politisch unliebsamer Lerninhalte einzurichten: Statt den Schülern die Liebe zum Zionismus und zum Staat Israel als jüdischem Staat zu vermitteln, würden linke, liberale und universalistische Werte wie die der Demokratie und der Menschenrechte gelehrt. Manche Lehrer und Professoren würden eine „Herrschaft des linken akademischen Terrors“ etablieren.

20.06.2010:

Das Weiße Haus gibt bekannt, dass Präsident Barack Obama die Lage im Gazastreifen als „unhaltbar“ bezeichnet und eine „fundamentale Änderung“ verlangt. Gleichzeitig begrüßt Washington die „neue Politik“ der israelischen Regierung, die Grenze zum Gazastreifen für mehr Waren und Güter zu öffnen. Gemeinsam mit der Palästinensischen Autonomiebehörde, dem Nahost-„Quartett“ und anderen internationalen Partnern wolle die Administration so schnell und so wirkungsvoll wie möglich für die Implementierung dieser Vorkehrungen sorgen. Dazu sollen auch die größere Bewegungsfreiheit und der Handel zwischen dem Gazastreifen und der Westbank gehören. Darüber werde Obama mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am 06. Juli in Washington sprechen.

Nach einer Meldung der russischen Nachrichtenagentur „Novosti“ begrüßt das Nahost-„Quartett“ auf seiner Sitzung in Moskau die Entscheidung der israelischen Regierung, die Blockade des Gazastreifens zu lockern. In der Erklärung heißt es: „Die Bekanntgabe der neuen israelischen Politik gegenüber dem Gaza-Streifen ist ein Ereignis, das zu billigen ist. Das „Quartett“ verweist darauf, dass die Präzisierung der weiteren Details und der Modalitäten ihrer Erfüllung für die Sicherung der Effektivität der neuen Politik wichtig sein wird. Ihre volle und effektive Realisierung wird eine wesentliche Änderung der Strategie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung im Gazastreifen an humanitärer Hilfe und Gütern, dem Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur und an der

legitimen Wirtschaftstätigkeit bedeuten sowie den Interessen der Sicherheit Israels entsprechen.“ Weiter wird betont, dass das „Quartett“ die Arbeit mit Israel, der Palästinensischen Autonomiebehörde und anderen interessierten Seiten fortsetzen und die sorgfältige Überprüfung der Erfüllung der neuen Politik in all ihren Aspekten vornehmen wird. In der Erklärung wird eingeräumt, dass Israel legitime Befürchtungen um seine Sicherheit habe. In diesem Zusammenhang verpflichtet sich das „Quartett“, mit Israel und der Weltgemeinschaft zur Verhinderung der illegalen Lieferungen von Waffen und Munition in den Gaza-Streifen zusammenzuarbeiten.

19.06.2010:

Die israelische Regierung verweigert dem deutschen Entwicklungshilfe-Minister Dirk Niebel die Einreise in den Gazastreifen. Niebel – Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft – kritisiert die Entscheidung als schweren außenpolitischen Fehler Israels gegenüber Deutschland als einem der letzten politischen Freunde Israels. Der Antrag zur Gaza-Blockade von Union, SPD und Bündnis 90/DieGrünen, der am 01. Juli (nach der Aktuellen Stunde am 10. Juni) den Bundestag beschäftigen wird, habe seine „volle Unterstützung“, betont Niebel⁶⁰. Der Sprecher der Bundesregierung sieht die Beziehungen zu Israel durch den Vorgang nicht belastet; Bundeskanzlerin Angela Merkel gehe davon aus, dass Niebel den Besuch nachholen könne. Andreas Peschke, Sprecher des Auswärtigen Amtes, erklärt, dass Außenminister Guido Westerwelle die israelische Begründung „zur Kenntnis“ nehme. Es wäre freilich wünschenswert gewesen, dass sich Niebel als zuständiger Minister vor Ort ein Bild von der Lage hätte machen können. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, bezeichnet gegenüber der „Neuen Ruhr/Neuen Rhein-Zeitung“ die Kritik Niebels als „kindisch und zynisch angesichts der israelischen Opfer in

Sderot und andernorts durch Raketenangriffe aus dem Gazastreifen“. Am 22. Juni wirft der ehemalige Bundesaußenminister und heutige Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag Frank-Walter Steinmeier im „Hamburger Abendblatt“ dem Entwicklungshilfe-Minister „Hemdsärmlichkeit und vordergründige Inszenierungen“ vor: „So untergräbt die Bundesregierung das Vertrauen, das wir uns in vielen Jahrzehnten bei allen Konfliktparteien erworben haben.“ Dagegen hält Gernot Eler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, die israelische „Verweigerungshaltung“ für „nicht nachvollziehbar“, während die israelische Ablehnung nach Auffassung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Ruprecht Polenz (CDU) „unklug“ sei. Die frühere Staatsministerin im Auswärtigen Amt Kerstin Müller bezeichnet sie als „völlig inakzeptabel“.

18.06.2010:

US-Außenministerin Hillary Clinton kündigt weitere 60,3 Millionen US-Dollar für das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) als Hilfen in den Bereichen Gesundheit, Wiederaufbau und Rehabilitation für die Westbank, den Gazastreifen, Libanon, Syrien und Jordanien an. Damit steige die Finanzierungshilfe Washingtons im Jahr 2010 für die UNRWA auf 161 Millionen US-Dollar.

17.06.2010:

Der Bundestag verlängert den deutschen Bundeswehr-Einsatz im Rahmen der UNIFIL-Mission vor der Küste Libanons um ein Jahr.

In Jerusalem protestieren mehr als hunderttausend ultraorthodoxe Juden im „Russischen Gelände“ („Russian Compound“) gegen die zweiwöchige Haftstrafe für 35 Männer, die gegen die schulische Koedukation von Mädchen in der Westbank-Siedlung Immanuel

während der Entscheidungsfindung des Obersten Gerichts lauthals Einspruch erhoben. Manche Demonstranten trugen Plakate mit dem Aufdruck „Pharao, Antiochus, Zar Nikolaus, Oberster Gerichtshof“.

16.06.2010:

Der Vorsitzende der Arbeitspartei, Verteidigungsminister Ehud Barak, hat die Regierung aufgefordert, eine „wagemutige und energische Initiative“ zu ergreifen, um der internationalen Isolierung Israels gegenzusteuern. Dafür, dass die USA im UN-Sicherheitsrat gegen eine internationale Untersuchung der „Operation Himmelwinde“ Ende Mai gestimmt hätten, würde Washington einen politischen Preis verlangen, um die eigene Position weltweit nicht zu untergraben.

15.06.2010:

In Jerusalem beginnt der diesjährige Zionistische Weltkongress – erstmals unter Beteiligung der „Sefardischen Torahwächter (Shas)“ – mit mehr als vierhundert Delegierten. Die Partei, die der Koalitionsregierung Benjamin Netanyahu angehört, hat mehrere Entschließungsanträge eingebracht. So will sie die Formulierung vom „gegenseitigen Respekt im vielgestaltigen jüdischen Volk“ durch „die Liebe zum jüdischen Volk“ sowie die Zusage „einer exemplarischen Gesellschaft, die in der Vision der Propheten verwurzelt“ sei, durch das Bekenntnis zur „Torah Israels“ ersetzen. Außerdem soll nach ihrem Willen die Zahl der Mitglieder besonders in den USA durch israelische Repräsentanten vermindert werden. Kritiker der Entschließungsanträge befürchten, dass das Konzept von Israel als jüdischem, demokratischem und liberalem Staat der Vergangenheit angehören soll. Zum Abschluss der Tagung wird Hadar Susskind, Vizepräsident von „J Call“ für Politik und Strategie, zum Leiter des Komitees gewählt, das sich mit der

israelischen Siedlungspolitik beschäftigt. Zum Abschluss der Tagung verabschiedet der Kongress mit Dreiviertelmehrheit eine Resolution mit folgendem Wortlaut:

„The Zionist Congress resolves:

- To call upon the Government of Israel to stabilize the relationship with the American Government;*
- The Zionist Congress calls upon the Government of Israel to act in the spirit of the Bar Ilan Speech – in which Prime Minister Netanyahu called for to states for two peoples – in order to maintain the democratic and Zionist character of the State of Israel;*
- To support the Prime Minister in his decision to freeze construction in the Territories;*
- The Zionist Congress calls upon the Prime Minister to continue his activity of this nature.”*

Zuvor hatte der Präsident der US-amerikanischen Friedenorganisation „J Street“ Jeremy Ben-Ami in seiner Ansprache vor dem Kongress bedauert, dass der Zionismus von heute mit Okkupation und Militarismus assoziiert werde und einen so peinlichen Eindruck hinterlasse, dass junge liberale Juden verunsichert seien und sich von Israel abwenden würden. Ben-Ami ruft die Delegierten auf, den Zionismus zu erneuern. Es sei die gemeinsame Aufgabe, der Welt zu zeigen, dass jene Gruppen, die die Okkupation sowie Diskriminierung und Rassismus unterstützen, keine Zionisten seien. Anschließend legt Ben-Ami in Abstimmung mit „Meretz USA“ dem Kongress einen Resolutionsantrag mit folgendem Wortlaut vor:

Whereas *human rights, equality, democracy, and freedom of expression are core values of the Zionist movement as envisioned by Benjamin Ze'ev Herzl and the founders of the Zionist movement, and*

***Whereas** the values of freedom, justice and peace as envisaged by the prophets of Israel are enshrined in the Declaration of Independence of the State of Israel, and*

***Whereas**, morally and in its spirit, the founders of the State of Israel declared that it will ensure complete equality of social and political rights to all its inhabitants irrespective of religion, race or sex; it will guarantee freedom of religion, conscience, language, education and culture, and*

***Whereas** the ancient Jewish principles and values of Tikkun Olam, [Repairing, Improving the World] the repairing of the world, compel every Jew to do his/her utmost to seek peace, justice and respect for human rights of every person:*

THEREFORE, BE IT RESOLVED THAT:

- 1. Any group of movement that are currently members of the World Zionist Organization or any of its affiliated federations shall not promote via the means at its disposal any principles or actions that directly or indirectly promote discrimination or the curtailing of freedom of expression.*
- 2. After due process to be determined by the Zionist executive, any group or movement that is determined to promote via its means any principles or actions that directly or indirectly promote discrimination or the curtailing of freedom of expression, shall not be able to continue its membership and/or participation in the World Zionist Organization or any of its affiliated federations.*

Eine Untersuchungskommission legt in Jerusalem ihren Bericht über die soziale Lage der neuntausend Siedler vor, die 2005 im Zuge des israelischen Rückzugs aus dem Gazastreifen evakuiert wurden. Sie seien zu „Flüchtlingen in der Heimat“ geworden, heißt es in dem Bericht. Viele von ihnen würden noch heute in Notunterkünften leben und litten unter der Arbeitslosigkeit. Bisher seien für die Evakuierung und die Wiedereingliederung der ehemaligen Siedler rund sieben Milliarden Neue Shekel (gegenwärtig rund 1,5 Milliarden Euro) aufgewendet worden.

Zum 75. Jahrestag der Gründung der „Gesellschaft der Einwanderer aus Mitteleuropa“, an deren Spitze Dvora Haberfeld steht, hält der deutsche Botschafter in Israel Harald Kindermann seine Ansprache in Deutsch. Seinem Auftritt vorausgegangen war ein Streit in der Gesellschaft, ob mit Deutsch ein Teil der Mitglieder überfordert sei. In seinem Amt als juristischer Berater wird der heute 83jährige Gabriel Bach wiedergewählt. Bach war früher Generalstaatsanwalt, bevor er Mitglied des Obersten Gerichts wurde.

Der libanesischer Drusenführer Walid Djumblat schlägt vor, den auf 350.000 Personen geschätzten palästinensischen Flüchtlingen soziale und ökonomische Rechte zu geben. Beobachter vermuten dass eine solche Initiative nicht ohne Absprache mit der Regierung in Damaskus erfolgt sein könne. Die „Sozialistische Fortschrittspartei“ Djumblats ist seit den Wahlen im Juni 2009 im 30-köpfigen Kabinett mit drei Ministern und im Parlament mit zehn der 128 Sitze vertreten⁶¹.

13.06.2010:

Die israelische Regierung beschließt die Einberufung einer Untersuchungskommission unter Leitung des im Ruhestand befindlichen Richters am Obersten Gericht, Yaacov Turkel, zu den juristischen Aspekten der Zwischenfälle mit der internationalen „Freiheitsflotte“ am 31. Mai vor der israelischen Küste. Der Kommission sollen auch zwei ausländische Beobachter ohne Stimmrecht angehören. Am 15. Mai kündigt der Staatskontrolleur Micha Lindenstrauß an, dass er die Rechtmäßigkeit des politischen Entscheidungsprozesses der Regierung überprüfen wolle. Das Amt des Staatskontrolleurs entspricht etwa dem deutschen Bundesrechnungshof, dem jedoch ein politisches Mandat fehlt.

Der Vorsitzende des „Likud“-Bezirksverbands Kfar Saba Shlomo Madmon wird abgewählt, nachdem er zwei Wochen zuvor eine

öffentliche Veranstaltung der „**Genfer Initiative**“ mit Yossi Beilin und dem Kartographen dieses Friedensvertragsentwurfs Shaul Arieli organisiert hatte. Im Mai hatten mehrere „Likud“-Repräsentanten in der Zeitungsanzeige die Losung „Ja zu einem Vertrag“ der „Genfer Initiative“ unterschrieben.

Der saudische Botschafter in London, Prinz Mohammed Bin Nawaf, dementiert einen Bericht der Londoner „Times“, wonach sein Land Stillschweigen bewahren würde, würde die israelische Luftwaffe saudischen Luftraum für Angriffe auf nukleare Anreicherungsanlagen im Iran nutzen wollen.

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, fordert während des Besuchs im Gazastreifen die „sofortige Beendigung der Blockade“ durch Israel.

Israels Verteidigungsminister Ehud Barak sagt seine Reise nach Paris ab, weil er pro-palästinensische Proteste in der französischen Hauptstadt erwarte. Barak wollte an einer internationalen Ausstellung teilnehmen.

10.06.2010:

Die Palästinensische Autonomieregierung in Ramallah sagt die für den 17. Juli geplanten Kommunalwahlen mit der Begründung ab, zunächst müsse die Belagerung des Gazastreifens beendet und die palästinensische Einheit wiederhergestellt werden.

In einer einstimmig verabschiedeten Erklärung fordert der Deutsche Bundestag die israelische Regierung auf, die Blockade des Gazastreifens umgehend aufzuheben und eine internationale Untersuchung zum Tod der neun Türken auf der „Friedensflottille“ am 31. Mai zuzulassen⁶².

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels gibt bekannt, dass ihr diesjähriger Friedenspreis an den israelischen Schriftsteller David Grossman für seine Bemühungen um die Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinenser vergeben wird. Die Übergabe des Preises findet am 10. Oktober in der Frankfurter Paulskirche statt.

US-Präsident Barack Obama empfängt im Weißen Haus Machmud Abbas. Dabei sagt Obama dem palästinensischen Präsidenten Hilfgelder im Umfang von 400 Millionen US-Dollar für den Gazastreifen zu. Im Gegenzug soll Abbas den Präsidenten gebeten haben, auf Israel einzuwirken, die Seeblockade des Gazastreifens nicht aufzuheben, weil die Beendigung „ Hamas“ helfen würde. Abbas' Sprecher dementiert die Meldung am 13. Juni.

09.06.2010:

Die israelische Regierung lockert ihr Embargo für bestimmte Lebensmittel und Getränke, die für den Gazastreifen bestimmt sind.

In einem Kommentar beschuldigt Amira Hass in „Haaretz“ die Verantwortlichen der „Freiheitsflottille“, dass sie durch ihre für den Gazastreifen bestimmten Warenlieferungen die Spaltung des palästinensischen Volkes und die Abtrennung von der Westbank und Ost-Jerusalem begünstigt haben – eine Tendenz, die der israelischen Politik zugute komme.

Gegen die Stimmen der Türkei und Brasiliens und bei Enthaltung Libanons – alle nichtständige Mitglieder ohne Vetorecht – verabschiedet der UN-Sicherheitsrat mit zwölf Stimmen eine Resolution mit Sanktionen gegen den Iran wegen seines vermuteten Atomwaffenprogramms. Die Resolution fordert zu Maßnahmen gegen iranische Banken im Ausland auf, plädiert für ein

Waffenembargo und setzt drei Gesellschaften auf die Schwarze Liste, die auf See unter iranischer Flagge fahren.

07.06.2010:

Ägypten will den Grenzübergang zum Gazastreifen als eine humanitäre Geste zeitlich unbegrenzt offenhalten, behält sich jedoch das Recht vor, Personen und Güter zu kontrollieren.

Der französische Außenminister Bernard Kouchner bietet nach einem Gespräch mit seinem britischen Amtskollegen William Hague in Paris im Namen der Europäischen Union an, Schiffsladungen mit Waren für den Gazastreifen zu kontrollieren. Voraussetzung sei jedoch das Ende der israelischen Blockade.

Der Innenausschuss der Knesset empfiehlt nach einer turbulenten Sitzung dem Plenum, der arabischen Abgeordneten Haneen Zuabi aufgrund ihrer Teilnahme an der „Freiheitsflottille“⁶³ drei Privilegien zu streichen: eine Reise ins Ausland anzutreten, ihr einen Diplomatenpass auszustellen, der ihr Immunität verleiht, und ihr das Recht zu entziehen, dass im Falle eines Rechtsstreites der Staat die Kosten übernimmt. Nur der Abgeordnete Ilan Gilon („Meretz“) spricht sich gegen diese Empfehlung aus. Parlamentspräsident Reuven Rivlin („Likud“) ist um Beruhigung bemüht und kündigt an, eine Entscheidung im Plenum um mindestens eine Woche aufzuschieben. Am 14. Juli wird Frau Zuabi der diplomatische Reisepass entzogen und das Budget für einen Rechtsbeistand im Falle einer strafrechtlichen Verfolgung gestrichen. Nach Initiativen in der Knesset, Frau Zuabi die Staatsbürgerschaft zu entziehen, schreibt der Chefredakteur der in Tamra (Israel) erscheinenden arabischen Zeitung „Ma-Elchadad“, Zuhir Andreus, am 18. August: „Die Palästinenser in Israel haben Israel als jüdischen Staat nicht anerkannt. Die Palästinenser, authentische Herren

auf ihrem Grund und Boden hier, sind kein getrennter Teil der arabischen Nation. Sie waren schon vor Israel hier, sie sind keine Gäste auf Zeit und gewiss keine Gäste in ihrer Heimat.“
Der Autor schließt seine Warnung mit dem Satz: „Wir senden an euch [Abgeordnete der Knesset] die unmissverständliche Botschaft: Wir alle sind Zuabi⁶⁴.“

Von einem Schiff aus erschießen israelische Soldaten sechs Palästinenser, weil sie sich von der Küste aus auf einen Anschlag vorbereitet hätten.

05.06.2010:

Ohne Widerstand zu leisten, haben sich die 19 Aktivisten und Besatzungsmitglieder des irischen Frachtschiffes „Rachel Corrie“ – benannt nach einer jungen US-amerikanischen Frau, die 2003 im Gazastreifen von einem israelischen Panzer zerquetscht wurde –, das von Malta Hilfsgüter für die Bevölkerung in den Gazastreifen bringen wollte, von der israelischen Marine in den Hafen Ashdod manövrieren lassen. Die „ Hamas“-Regierung verweigert auch diesmal die Annahme der Ladungen und begründet ihre Ablehnung damit, Israel sei in die Zulieferung eingeschaltet. Zuvor, am 04. Juni, bittet das Berliner Auswärtige Amt „Pax Christi“ und andere an der „Freiheitsflotte“ beteiligten deutschen Organisationen, „eine weitere oder neuerliche Eskalation zu vermeiden“. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erklärt am 05. Juni, dass seine Regierung nicht zulassen werde, dass Gaza ein iranischer Hafen werde. Die Kritik an der „Operation himmlische Winde“ der israelischen Marine führt zu einem Ringen in der Regierung. Dabei werden Vorwürfe laut, dass die Sicherheitsapparate versagt hätten, und das „Forum der Sieben“ – das innere Kabinett – überfahren worden sei. Die von „Peace Now“ organisierte Demonstration in Tel Aviv mit mehr als

sechstausend Teilnehmern verläuft enttäuschend. Der 86jährige Uri Avnery, der den „Friedensblock (Gush Shalom)“ leitet, wird dabei von rechtsextremistischen Rowdys körperlich attackiert.

04.06.2010:

Die türkische Regierung kündigt die Überprüfung aller Kooperationsprojekte mit Israel an. Am 07. Juni erklärt das türkische Außenministerium, dass eine Normalisierung der Beziehungen erst dann in Frage komme, wenn Israel einer unabhängigen Untersuchung über den Tod der neu türkischen Passagiere auf der „Mavi Marmara (Blaues Mittelmeer)“ zustimme.

03.06.2010:

Der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz in der Türkei, Luigi Pavodese, wird von seinem Fahrer in Iskenderun ermordet. Der 2004 von Papst Johannes Paul II. zum Apostolischen Vikar von Anatolien ernannte Pavodese gehörte dem Franziskanerorden an.

02./03.06.2010:

In Bethlehem tagt die „Palestine Investment Conference“ unter Beteiligung der USA, Frankreichs und Italiens. Diese Staaten stellen 655 Millionen US-Dollar für die Entwicklung der palästinensischen Privatwirtschaft zur Verfügung. Dabei geht es vor allem um den Informationssektor, um die Kommunikationstechnologie, den Wohnungsbau und den Tourismus. In der Presseerklärung des State Department wird als Ziel der Finanzhilfe die Gründung eines künftigen Staates Palästina genannt.

01.06.2010:

Eine Gruppe jordanischer Offiziere im Ruhestand kritisiert die Entscheidung König Husseins im Juli 1988, auf die Souveränität über die Westbank zu verzichten.

Der Vorsitzende der LINKS-Fraktion im Bundestag, Gregor Gysi, trifft mit dem israelischen Botschafter in Deutschland Yoram Ben-Zeev zusammen. Nach den Worten Gysis hat die Kaperung der „Freiheitsflottille“ durch die israelische Marine als ein „völkerrechtswidriger Akt“ dem Ansehen Israels schwer geschadet, weil die Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes nicht gewahrt worden sei. Außerdem kritisiert Gysi die Blockade des Gazastreifens.

Mai 2010

31.05.2010:

Bei einer gewaltsamen Kaperung durch die Eliteeinheit „Shayetet 13“ der israelischen Marine gegen die Passagiere der internationalen „Freiheitsflottille“, die Hälfte davon Türken, in sechs Schiffen mit Hilfsgütern für die Bevölkerung des Gazastreifens vor der Küste Israels in internationalen Gewässern – für die palästinensischen Fischer gilt die Dreimeilenzone – werden mindestens neun Personen getötet, überwiegend Türken. Die israelische Regierung begründet den Einsatz damit, dass die Hilfsgüter bei der von ihr als terroristisch eingestuften „ Hamas“ Verwendung finden könnten. Auf dem Schiff sind fünf arabische Israelis: Hanin Zuabi („Balad“-Partei); Sheikh Raed Salah (Vorstand des Nordflügels der Islamischen Bewegung); Sheikh Hamad Abu Daabas (Vorstand des Südflügels der Islamischen Bewegung); Mohamed Zidan (Vorsitzender des „High Follow-Up Committee for Arab Citizens“) und Lubna Musarwa („Free Gaza

Movement“). Die von der Regierung eingesetzte Turkel-Kommission befindet auf der Grundlage von IDF-Geheimdienstinformationen, dass die Aktivisten auf dem Schiff keine Kampfwaffen besessen und keinen gewalttätigen Widerstand geplant hätten. Der palästinensische Präsident Machmud Abbas spricht von einem Massaker und ordnet drei Trauertage an. Der Regierungschef im Gazastreifen Ismail Haniyeh fordert die Einberufung des UN-Sicherheitsrates. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan bricht seine Südamerika-Reise ab. Die Regierung in Ankara zieht ihren Botschafter aus Tel Aviv ab. In Istanbul versucht eine aufgebrachte Menge, das israelische Generalkonsulat zu stürmen. Von Warschau aus verurteilt die Hohe Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Lady Catherine Ashton, die Operation in einem Telefonat mit Außenminister Avigdor Lieberman. Spanien als gegenwärtige EU-Ratspräsidentschaft bezeichnet das Vorgehen des israelischen Militärs als „völlig unangemessen“. Der Präsident des Europaparlaments Jerzy Buzek spricht von einem „ungerechtfertigten Angriff“. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy fordert eine glaubwürdige Untersuchung. Bundesaußenminister Guido Westerwelle zeigt sich „zutiefst“ bestürzt und fordert das sofortige Ende der Blockade des Gazastreifens. Bundeskanzlerin Angela Merkel rügt die Unverhältnismäßigkeit des israelischen Gewalteinsetzes und verlangt am 03. Juni eine umfassende und transparente Untersuchung unter Beteiligung des Nahost-„Quartetts“. Das State Department in Washington kritisiert die Aktion. Die Botschafter der EU-Staaten in Brüssel verlangen eine „sofortige, vollständige und unparteiische“ Untersuchung der Vorfälle. Die Europäische Union „akzeptiert die fortwährende Abriegelung nicht“, heißt es in der Erklärung. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu sagt seine Begegnung mit US-Präsident Barack Obama am 01. Juni ab und fliegt von seinem Besuch in

Toronto aus, wo er die Operation „ganz und gar“ gutheißt, nach Israel zurück. Es wird vermutet, dass Obama kein Interesse verspürte, sich nach dem Vorgang im östlichen Mittelmeer mit Netanyahu öffentlich zu präsentieren. Der Kolumnist Bradley Burston klagt in „Haaretz“, dass Israel sich nicht mehr sich, sondern die Besatzung verteidige. Das „Higher Arab Monitoring Committee“ als Vertreterin der israelischen Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit ruft einen Generalstreik aus; er verläuft ohne gewaltsame Zwischenfälle. Der UN-Sicherheitsrat fordert nach einer turbulenten Sitzung Israel in einer Erklärung von Generalsekretär Ban ki-Moon in einer Dringlichkeitssitzung auf, für eine unabhängige Untersuchung zu sorgen. Am 02. Juni entwickelt sich in der Knesset eine heftige Kontroverse, als die arabische Abgeordnete Haneen Zuabi von der „Nationaldemokratischen Liste (Balad)“, die auf einem der Schiffe mitgereist war, eine persönliche Erklärung abgeben wollte und die israelisch Intervention als eine „militärische Piraten-Operation“ kritisierte. Die dem „Likud“ angehörende Abgeordnete Miri Regev – 2005 vom damaligen Generalstabschef Dan Halutz als Armeesprecherin geholt – forderte sie darauf auf „Geh nach Gaza, du Verräterin“. Auch andere arabische Abgeordnete verurteilen die Operation scharf und kritisieren, dass Netanyahu und Verteidigungsminister Ehud Barak während der Debatte nicht anwesend sind. 14 Abgeordnete werden von der weiteren Sitzung ausgeschlossen. Ebenfalls am 02. Juni verlangt NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen nach einer Sondersitzung des NATO-Rates eine Untersuchung der Vorfälle. Am selben Tag verlangt das israelische Massenblatt „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ den Rücktritt von Barak. Der frühere Ministerpräsident Ehud Olmert ruft die Regierung dazu auf, besonders die Beziehungen zur Türkei zu reparieren, verteidigt aber die Angehörigen der Eliteeinheit. Am 03. Juni bittet Innenminister Eli Yishai („Shas“) die Generalstaatsanwaltschaft

um Hilfe, der Abgeordneten Zuabi die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Der Knesset wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, wonach ein Mitglied des Parlaments, das an „Aktionen eines Feindeslandes oder an der Aufstachelung gegen den Staat Israel beteiligt“ sei, ausgeschlossen werden soll. Ebenfalls am 02. Juni verurteilt ein Repräsentant der UN im Gazastreifen in scharfen Worten mehrere Übergriffe durch „Hamas“-Angehörige auf internationale Hilfsorganisationen. Am 19. August meldet der israelische Rundfunk, dass mehrere Soldaten festgenommen unter dem Verdacht worden seien, Wertsachen auf den Schiffen entwendet und teilweise verkauft zu haben.

Nach israelischen Medienberichten hat das Außenministerium in Jerusalem seine Botschaften in Europa aufgefordert, ihm Namen und Adressen wichtiger Multiplikatoren – Staatenlenker, Präsidenten, Ministerpräsidenten, deren Mitarbeiter, Parlamentspräsidenten und Parlamentarier – zur Verfügung zu stellen. Sinn der Aktion sei die „Aufklärung (hasbara)“ über die israelische Außenpolitik.

30.05.2010:

Nach einem Bericht von „Haaretz“, der sich auf die „Jewish Telegraphic Agency“ stützt, hat die Deutsche Bank ihre Anteile an der israelischen Rüstungsfirma „Elbit“ verkauft. Die Entscheidung soll auf Drängen der „Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg“ und „Pax Christi“ erfolgt sein.

Eine der bedeutendsten Repräsentanten der Arbeitspartei, Arie „Lova“ Eliav, stirbt im Alter von 89 Jahren in Tel Aviv. Eliav, 1903 in Moskau geboren und seit 1906 im Lande, war zwischen 1965 und 1975 Generalsekretär der Partei und wurde von Ministerpräsidentin Golda Meir aufgrund seiner friedenspolitischen Überzeugungen entlassen. Zwischen 1958 und 1960 vertrat er Israel als Botschafter in der Sowjetunion. Im deutschsprachigen Raum ist Eliav besonders

durch sein Buch „*The Land of the Hart. Israelis, Arabs, the territories and a vision of the future*“ (Philadelphia 1974) bekannt geworden.

28.05.2010:

Im Interview mit „Haaretz“ beklagt der französisch-jüdische Philosoph Bernard-Henry Lévi, der zu den Erstunterzeichnern des „Appells an die Vernunft“ gehörte⁶⁵, dass in der Diaspora nur diejenigen Juden wahrgenommen würden, die der israelischen Regierung zustimmen. Er glaube nicht, dass die Freunde Israels vor allem in den USA darauf warten sollten, bis der amerikanische Präsident Barack Obama schließlich und letzten Endes ein politisches Mandat [für den Nahostkonflikt] hat, um sich dann erst der Frage des Friedens zuzuwenden. Wer Israel liebe, müsse verstehen, dass seine Existenz gefährdet ist – unter anderem wegen der fortgesetzten Siedlungspolitik auch in Ost-Jerusalem. Die Palästinenser, die 1948 ihre Häuser in Yaffa und Haifa verlassen haben, müssten einsehen, dass der Schlüssel, den sie ungeduldig aufbewahren, nicht die Tür ihrer Häuser öffnen werde. Im Gegenzug müsse Israel Jericho, Nablus und Hebron aufgeben sowie über Jerusalem in Verhandlungen eintreten. Vielleicht wachse auch Benjamin Netanyahu wie seine Vorgänger Menachem Begin und Ariel Sharon in eine Rolle hinein, die auf den Rückzug aus den palästinensischen Gebieten hinauslaufe. Netanyahu habe letztlich keine andere Wahl, doch bis dahin sei er ein „kleiner Politiker“, fügt Lévi hinzu. Im Ausland sei der Hass auf Israel zum Hass auf die Juden geworden, beklagt er⁶⁶.

Die 189 Staaten des Atomwaffensperrvertrages fordern Israel in einer UN-Konferenz in New York auf, sein Nuklearprogramm offenzulegen und den Vertrag zu unterschreiben, um auf einen atomwaffenfreien Nahen Osten hinzuarbeiten. Die USA, die die Erklärung mit Vorbehalt mittragen, und Israel, das der Konferenz

fernbleibt, verwehren sich dagegen, dass Israel in der Entscheidung genannt wird, während der Iran nicht namentlich angesprochen wird. Darüber hinaus wehren sich die fünf Veto-Mächte des UN-Sicherheitsrates erfolgreich gegen einen Zeitplan, um ihr eigenes Abrüstungsprogramm umzusetzen. Bundesaußenminister Guido Westerwelle begrüßt das Dokument und bezeichnet es als historischen Erfolg.

26.05.2010:

In ihrem 430 Seiten umfassenden Jahresbericht für 2009 beschuldigt „amnesty international“ in ihrem Nahostteil Israel der schweren Menschenrechtsverletzungen während des Gaza-Krieges im Dezember 2008/Januar 2009 und kritisiert die Absperrung des Gazastreifens als illegal. Gleichzeitig beschuldigt die Organisation „Hammas“ der Praxis, dass sie Menschen entführt, andere gefoltert und mehr als dreißig getötet habe.

25.05.2010:

Der Knesset wird eine Langzeitstudie vorgelegt, die unter Leitung des in Haifa lehrenden Soziologen Samy Smooha entstanden ist, wonach 48 Prozent der israelischen Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit mit ihrem Leben in Israel unzufrieden sind. Nur noch 65 Prozent glauben an die Zweistaatenlösung. 62 Prozent fürchten ihren erzwungenen Transfer in einem künftigen palästinensischen Staat, während 24 Prozent diesen Schritt im Falle seines Entstehens freiwillig in Angriff nehmen würden. Gleichzeitig halten nach Erkenntnissen der Studie vier von fünf jüdischen Israelis den Anspruch der arabischen Staatsbürger für gerechtfertigt, als Minderheit voll gleichberechtigt in Israel zu leben⁶⁷.

In Begleitung einer ranghohen Wirtschaftsdelegation bricht Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einer viertägigen Reise nach Qatar, in die Vereinigten Arabischen Emirate, nach Saudi-Arabien und Bahrein auf. Auch der Nahostkonflikt und der Atomstreit mit dem Iran sollen „ganz oben auf der Tagesordnung“ stehen. Während nach Zeitungsberichten Merkel auch für die konstruktive deutsche Nahostpolitik gelobt wird, erklärt sie am 26. Mai nach dem Gespräch mit dem saudischen König Abdullah, dass dieser vom Einsatz der Europäer bisher sehr enttäuscht sei.

23.05.2010:

Israel genehmigt nachträglich 1611 palästinensische Häuser, die in den vergangenen Jahren in allen Teilen der Westbank ohne israelische Bewilligungen gebaut wurden.

Rund dreißig maskierte Palästinenser greifen ein Sommerlager für Kinder am Strand von Gaza-Stadt an und legen an einigen Zelten Feuer. Das Lager wird vom Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNRWA) geleitet. Am 24. Mai verbietet die „ Hamas“-Regierung eine Solidaritätskundgebung, nachdem sie kritisiert hatte, dass in dem Lager Jungen und Mädchen gemeinsam aufgenommen werden.

Der Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und frühere Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering hält in Jerusalem ein Vortrag zu den Außenbeziehungen der Europäischen Union. Dabei erklärt er: „Die Europäische Union wird das Existenzrecht des Staates Israel innerhalb sicherer Grenzen stets verteidigen. Wir werden immer an Israels Seite stehen, wenn seine Sicherheit im Kern bedroht ist. Dabei kann Israel umso mehr sicher sein, Freunde an seiner Seite zu haben, wenn es selbst Zeichen des Friedens setzt, zum Beispiel dadurch, dass es den Ausbau von Siedlungen, sei es in der Westbank oder in Ost-Jerusalem, dauerhaft beendet.“

22.05.2010:

Von Griechenland und der Türkei aus brechen drei Frachtschiffe und sechs weitere Schiffe der „Freiheitsflottille“ mit über 700 Aktivisten aus 22 Ländern (darunter der Völkerrechtler, Norman Paech, die Abgeordnete der LINKEN Annette Groth und Ingrid Höger sowie der schwedische Schriftsteller Henning Mankell) sowie etwa 10.000 Tonnen Ladung (Baumaterialien, Rollstühle, Krankenhausbetten, Wasseraufbereitungsanlagen, Schulmaterialien, Spielzeug, Medikamente, Verbandsstoffe, medizinische Geräte) in Richtung Gaza auf. Am 26. Mai schlagen einige israelische Kabinettsmitglieder vor, das Schiff in den Hafen Ashdod umzudirigieren. Am 27. Mai führt die politisch rechtslastige „Independent Media Review Analysis“ mit der Rechtsberaterin im Auswärtigen Amt in Jerusalem, Sarah Weiss Maudi, ein Interview zur bevorstehenden Blockade des Schiffes. Darin begründet Weiss Maudi die Maßnahme damit, dass sich Israel im Kriegszustand mit „ Hamas“ befinde und deshalb nicht dulden könne, dass selbst zivile Schiffe die Blockade in der von Israel beanspruchten 20-Meilen-Zone durchbrechen; gemäß dem internationalen Recht sei dies erlaubt. Zur Absperrung des Gazastreifens führt die Rechtsberaterin ebenfalls unter Verweis auf das internationale Recht aus, dass es sich bei ihr nicht um eine Kollektivbestrafung der palästinensischen Bevölkerung handele, sondern damit erreicht werden solle, dass vom Gazastreifen aus der Beschuss israelischer Bürger beendet werde; solche Sanktionen seien immer wieder verhängt worden, im übrigen auch von den USA gegenüber Syrien und Libyen. Nichtsdestoweniger halte sich Israel an humanitäre Verpflichtungen und lasse lebenswichtige Güter in den Gazastreifen passieren. Dazu gehörten jedoch keine Waren, die für „ Hamas“ von militärischer und wirtschaftlicher Bedeutung

seien, so auch Zement, das für den Bau von Abschussrampen für Raketen benutzt werden könne⁶⁸.

21.05.2010:

Bundesaußenminister Guido Westerwelle bricht zu einer auf drei Tage verkürzten Tour in den Nahen Osten auf. Auf dem Besuchsprogramm stehen der Libanon, Ägypten, Jordanien und Syrien. Ziel der Reise soll es sein, sich mit der „regionalen Dimension des Nahostkonflikts“ vertraut zu machen. Nach seinem Gespräch mit Westerwelle am Vormittag des 22. Mai bricht der libanesischer Ministerpräsident Saad Hariri nach Kairo auf, um sich dort mit Präsident Hosni Mubarak vor seinem ersten offiziellen Besuch in Washington zu beraten. Nach dem Gespräch mit Mubarak fordert Hariri die internationale Staatengemeinschaft zu mehr Verantwortung für den Frieden zwischen Israel und den Palästinensern auf. Als nicht-ständiges Mitglied hat Libanon gegenwärtig im UN-Sicherheitsrat den Vorsitz inne.

Nach einem Bericht des „Wall Street Journal“ hat der palästinensische Präsident Machmud Abbas vor dem Beginn der indirekten Gespräche Israel im Rahmen eines Friedensvertrages einen Gebietsaustausch von 3,8 Prozent vorgeschlagen. Chefunterhändler Saeb Erakat dementiert den Bericht.

Die spanische EU-Ratspräsidentschaft verkündet die Verschiebung der für den 07. Juni in Barcelona geplanten Mittelmeerkonferenz, nachdem die arabischen Staaten ihrer Teilnahme eine Absage erteilt haben, sollte Israels Außenminister Avigdor Lieberman dabei sein. Offiziell wird die Verschiebung damit begründet, Israel und der Palästinensischen Autonomieregierung mehr Zeit für ihre indirekten Gespräche zu geben. Die Konferenz solle Ende November 2010 nachgeholt werden, heißt es. Zur Mittelmeerunion gehören neben den 27 EU-Staaten Ägypten, Albanien, Algerien, Bosnien-Herzegowina, Israel, Jordanien, Kroatien, Libanon, Marokko,

Mauretanien, Montenegro, Palästina, Syrien, Tunesien und die Türkei. Aus Protest gegen die Beteiligung Israels hat sich Libyen der Mittelmeerunion nicht angeschlossen. Frankreich und Ägypten haben gemeinsam die Präsidentschaft inne.

19.05.2010:

In ihrem Leitkommentar geht die „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ auf die Aufnahme der indirekten Gespräche zwischen der israelischen und der palästinensischen Regierung ein. Dabei betont ihr Israel-Korrespondent Hans-Christian Rößler, dass seit Beginn der 1990er Jahre zahllose Vermittler gekommen und gegangen sind und die Vorarbeiten für einen Frieden längst erledigt haben. Auch an detaillierten Lösungsansätzen herrsche kein Mangel. Dabei weist Rößler auf die „**Genfer Initiative**“ hin, die nach dem Scheitern des Dreiergipfels in Camp David (Juli 2000) die in Taba formulierten „Überbrückungshilfen“ (Januar 2001) weiterentwickelt habe⁶⁹.

Die US-Regierung und die syrische Regierung verständigen sich darauf, dass sich Washington am Bau eines Gemeindezentrums für die 144.000 palästinensischen Flüchtlinge im Flüchtlingslager Yarmouk bei Damaskus über die „UN Reliefs and Works Agency (UNRWA)“ mit 1,4 Millionen US-Dollar beteiligt.

18.05.2010:

Unter Leitung von Salam Fayyad sind im Berliner Auswärtigen Amt mehrere Minister der Palästinensischen Autonomieregierung zur ersten Sitzung des „Deutsch-Palästinensischen Lenkungsausschusses“ eingetroffen. Da die Palästinenser keinen eigenen Staat besitzen, muss für die Gespräche ein eigener Name gefunden werden, der von der Bezeichnung „Deutsch-Israelische Regierungskonsultationen“ abweicht. Ziel der Gespräche, die unter dem Motto „Zukunft für

Palästina“ steht, soll die Unterstützung der Pläne Fayyads sein, nach dem Aufbau und der Fortentwicklung der notwendigen Institutionen im August 2011 den Staat Palästina auszurufen. Fayyad bezeichnet nach dem Ende der Gespräche die Einrichtung des Forums, das „wenn möglich“ einmal pro Jahr wiederholt werden soll, als „einen historischen Tag für Palästina“. Die Bundesregierung sagt zwanzig Millionen Euro für die Energieversorgung im Gazastreifen sowie weitere zwei Millionen Euro an humanitärer Hilfe zu. Für die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit soll in Ramallah eine deutsche Anlaufstelle installiert werden. In einem Gespräch mit der palästinensischen Tageszeitung „al-Quds (Jerusalem)“ wiederholt Außenminister Guido Westerwelle, dass „(n)ur eine Zwei-Staaten-Lösung mit Israel und einem lebensfähigen palästinensischen Staat Seite an Seite in sicheren und anerkannten Grenzen (...) einen dauerhaft en Frieden im Nahen Osten möglich (macht)“. Am 19. Mai wird Fayyad zu einem Höflichkeitsbesuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel empfangen.

Die israelische Regierung hat die Anfrage aus Qatar zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen, die während des Krieges im Gazastreifen 2008/2009 abgebrochen worden waren, mit der Begründung zurückgewiesen, dass das Emirat Projekte des Wiederaufbaus im Gazastreifen ausführen und das notwendige Baumaterial zur Verfügung stellen wolle. Die Zurückweisung des Angebots aus Qatar soll auf Wunsch Kairo zustande gekommen sein.

17.05.2010:

Nach einem Bericht von „Haaretz“, der sich auf das Statistische Zentralamt und eine Umfrage 2009 beruft, bezeichnen sich 42 Prozent der jüdischen Israelis als säkular, acht Prozent als

ultraorthodox und zwölf Prozent als allgemein religiös, während 25 Prozent an religiösen Bräuchen festhalten, ohne religiös fest verankert zu sein. Im arabischen Bevölkerungsteil würden sich acht Prozent als sehr religiös, 47 Prozent als religiös, 27 Prozent als nicht sehr religiös und 18 Prozent als nicht religiös bezeichnen.

Gal Beckerman berichtet in „Haaretz“ von der 26.

Jahreskonferenz der „Association for Israel Studies“ in Toronto (Kanada), bei der es zu einer heftigen Kontroverse zwischen Gerald Steinberg und Naomi Chazan gekommen sei. Während Steinberg die NGO's als „Supermächte“ mit dubiosen Finanzquellen bezeichnet, zu deren Motiven die „zynische Ausbeutung“ der Menschenrechte gehöre, habe Chazan nachdrücklich Israels demokratische Werte verteidigt, die unter hässlichen und schwerwiegenden Angriffen stehe. „Wir sind in den Fängen einer wachsenden Paranoia, die nicht zwischen tatsächlichen Existenzbedrohungen und eingebildeten Bedrohungen unterscheidet“, führt Chazan aus. Ein anderer Teilnehmer der Konferenz richtet an Steinberg die Frage, warum er die anonymen Finanzleistungen für die Siedlerbewegung von seiner Kritik ausnehme⁷⁰.

16.05.2010:

Aus Amman kommend, wird dem US-amerikanischen Linguisten Noam Chomsky von den israelischen Behörden an der Allenby-Bridge die Einreise in die Westbank verweigert. Er wird nach Amman zurückgeschickt.

15.05.2010:

Als größte Demonstration in den letzten zehn Jahren finden sich in Jerusalem am Abend vierhunderttausend Anhänger von „Frieden Jetzt“, der „Genfer Initiative“ und der „Nationalen

Linken“ zusammen, um gegen die israelische Besatzungspolitik zu demonstrieren. Gadi Taub betont als einer ihrer Sprecher, dass die Demonstranten nicht an palästinensischem Grund und Boden, sondern an der Befreiung der Menschen interessiert seien. Es gebe nur die Alternative zwischen einem Staat ohne Siedlungen oder Siedlungen ohne einen Staat, führt Taub aus. Vom Zionsplatz aus ziehen die Teilnehmenden weiter nach Sheikh Jarrach, um dort gegen die neue jüdische Ansiedlung zu protestieren. Jeder vernünftige israelische Führer verstehe, dass die Auflösung der Siedlungen nicht das Problem von Barack Obama oder Bill Clinton sei, sondern das Interesse Israels, erklärt Yariv Oppenheimer, der Generalsekretär von „Frieden Jetzt“. Zvia Greenfeld von „Meretz“ fügt hinzu, dass der Zionismus nicht auf der Herrschaft über die Schwachen errichtet sein dürfe.

Der Führer der sudanesischen „Popular Congress Party“ Hassan al-Turabi wird in Khartum festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht. Nach den Parlamentswahlen im April hatte Turabi eine Regierungsbeteiligung abgelehnt, weil sie gefälscht worden seien. Schon Anfang 2010 hatte er zweieinhalb Monate im Gefängnis verbringen müssen, weil er den Krieg in Darfur als unverantwortlich bezeichnet hatte.

14.05.2010:

In Aufnahme des Appells von inzwischen weit mehr als fünftausend europäischen Juden, die sich Anfang Mai 2010 in Brüssel unter dem Namen „JCall“ für das Ende der israelischen Besatzungspolitik zu Wort meldeten, haben über 5200 US-amerikanisch-jüdische Staatsbürger – unter ihnen Rabbiner, Juristen, Autoren, Professoren, Akademiker und Philanthropen – am 14. Mai 2010 eine Online-Petition „Um Zions Willen“ auf den Weg gebracht. Darin erkennen sie Israels existentielle

Bedrohung durch seine Feinde an, weisen aber die Ansicht zurück, dass sie Israels unabänderliches Schicksal sei. Die Unterzeichner – unter ihnen David Biale, Steven M. Cohen, Leonard Fein, M.J. Rosenberg und Michael Walzer – befürchten im Ausland eine Delegitimierung Israels durch die fortgesetzte Besatzungspolitik und distanzieren sich aus moralischen und politischen Gründen nachdrücklich von der Siedlungspolitik in der Westbank und in Ost-Jerusalem⁷¹. Am 13. Juni berichtet „Haaretz“, dass Michael Walzer bei einer Konferenz an der Bar Ilan-Universität beklagt habe, dass die Distanz zwischen ihm und der israelischen Politik immer größer geworden sei. Das gelte auch für seine Freunde in Israel, die leider nur einen „recht beschränkten Teil der Bevölkerung ausmachen“ würden. Dort herrsche das überwältigende Gefühl vor, dass Israel keine Einbildungskraft, keine Kreativität und keine flexible politische Führung besitze. Eine Haltung wie die, dass „die ganze Welt gegen uns ist“, könne kein Standpunkt der Bürger eines souveränen Staates sein, sondern sei die Mentalität der Galut (Diaspora). Denn Israel habe strategische Alliierte und nicht nur einfach Freunde. Weiter heißt es in dem Bericht, dass Walzer auf die wachsende Entfremdung unter den Liberalen und Konservativen in der jüdischen Gemeinschaft der USA gegenüber Israel hingewiesen habe. Diese Entfremdung habe etwas damit zu tun, dass es in den USA keine Institutionen gebe, die das politischen Zentrum und die politische Linke Israels repräsentiere⁷².

13.05.2010:

US-Präsident Barack Obama leitet dem Kongress eine Vorlage zu, wonach Israel ein weiteres Raketenabwehrsystem unter der Bezeichnung „Iron Dome“ im Wert von 205 Millionen US-Dollar bekommen soll, um das Land vor Angriffen aus dem Gazastreifen und dem Libanon zu schützen. Einen Tag später meldet eine

russische Nachrichtenagentur, dass Russland an Syrien Mig-29-Kampffjets, Luftabwehrsysteme und Panzerabwehrwaffen liefern wolle.

Die UN-Vollversammlung wählt vierzehn neue Mitglieder in seinen Menschenrechtsrat in Genf, der 47 Staaten umfasst. Gegen die heftigen Proteste von Menschenrechtsorganisationen gehört nunmehr auch Libyen dazu, das von ihnen als „eine der brutalsten und langlebigsten Tyrannen“ bezeichnet wird. Nach den Statuten des Menschenrechtsrates müssen seine Mitglieder die höchsten Standards erfüllen. Libyen wurde von der afrikanischen Staatengruppe nominiert.

12.05.2010:

Ohne die Annexion Ost-Jerusalems im Sommer 1980 in Frage zu stellen, beklagt der Sprecher der Knesset Reuven Rivlin in seiner Ansprache zum „Jerusalem Tag“, dass die „Wiedervereinigung“ beider Stadtteile unter der „schweren Diskriminierung“ des palästinensischen Bevölkerungsteils leide. Zehntausend Menschen finden sich in der Stadt zu einer Demonstration für die „Vereinigung Jerusalems“ zusammen.

Die US-amerikanische Botschafterin im Libanon, Michele Sison, kündigt an, dass die USA für Wiederaufbauarbeiten im Flüchtlingslager Nahr al-Barad über die „United Nations Relief and Works Agency (UNRWA)“ 20 Millionen US-Dollar zur Verfügung stellen wollen. Das Lager mit 30.000 Bewohnern war 2007 bei Kämpfen zwischen rivalisierenden Milizen und der libanesischen Armee erheblich zerstört worden. Im Jahr 2009 haben die USA nicht weniger als 267 Millionen US-Dollar der UNRWA zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2010 sind speziell für die Westbank und den Gazastreifen 35 Millionen US-Dollar vorgesehen, außerdem Allgemeinmittel in Höhe von 4,7

Millionen US-Dollar für die Flüchtlinge in der Westbank, im Gazastreifen, in Jordanien, Syrien und im Libanon.

11.05.2010:

Nach einem Bericht der „Jerusalem Post“, der sich auf Angaben von „Peace Now“ stützt, ist in Ras al-Amud mit dem Bau von vierzehn Wohneinheiten begonnen worden. Das Viertel soll zur größten jüdischen Wohnanlage in Ost-Jerusalem ausgebaut werden.

Die ägyptische Regierung verlängert die seit den 1950er Jahren geltende Notstandsgesetzgebung.

10.05.2010:

Nach einer dreijährigen Vorlaufzeit nimmt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Slowenien, Estland und Israel einstimmig in den Kreis ihres nunmehr auf 34 Mitglieder angestiegenen Gefüges auf; auch die Bundesrepublik Deutschland schließt sich diesem Votum an. Zuvor hatten die Schweiz, Großbritannien und Norwegen Bedenken gegen die Mitgliedschaft Israels geäußert, weil die Siedlungen in den palästinensischen Gebieten nicht als getrennte Wirtschafts- und Entwicklungseinheiten behandelt würden. Außenminister Avigdor Lieberman begrüßt die OECD-Entscheidung und kritisiert „antiisraelische Elemente“, Israel den Zugang verweigern zu wollen. Am 27. Mai wird Israel in die OECD aufgenommen. Die Organisation stellt klar, dass die palästinensischen Gebiete nicht zum Einzugsbereich Israels gehören.

Vor dem Außen- und Sicherheitsausschuss der Knesset verlangt Verteidigungsminister Ehud Barak (Arbeitspartei) von seiner Regierung einen „ernsthaften Friedensplan mit den Palästinensern“,

um die Beziehungen zu den USA nicht weiter zu beschädigen. „Die fortgesetzte Besetzung eines anderen Volkes ist nicht weniger gefährlich als eine [militärische] Verwicklung mit unseren schlimmsten Feinden“, erklärt Barak im Blick auf den Iran. Sein Amtsvorgänger Amir Peretz verlangt daraufhin von seiner Partei einen angemessenen Plan für die bevorstehenden Gespräche mit der Palästinensischen Autonomieregierung.

09.05.2010:

In Teheran werden fünf Männer, darunter vier Kurden, gehängt, denen vorgeworfen wurde, als Mitglieder der Untergrundorganisation PJAK im Iran zahlreiche Terroranschläge verübt zu haben. In der Berufungsinstanz ist ihnen der rechtliche Beistand verwehrt worden.

08.05.2010:

In einer dreistündigen Sitzung in Ramallah billigt das Exekutivkomitee der PLO die bevorstehenden indirekten Gespräche mit Israel. Der Sprecher von Machmud Abbas, Nabil Abu Rudeineh, wiederholt die palästinensische Forderung, dass alle zentralen Probleme auf die Tagesordnung gesetzt werden. US-Sonderbotschafter George Mitchell soll in den kommenden vier Wochen zwischen Jerusalem und Ramallah pendeln, um die jeweiligen Vorschläge zu übermitteln. Ein ähnliches Verfahren war dem damaligen US-Präsidenten Bill Clinton beim Dreiergipfel im Juli 2000 in Camp David zugefallen – mit dem bekannten Ergebnis des Scheiterns der Verhandlungen. Damals waren sich Ehud Barak und Yasser Arafat lediglich einmal beim Mittagessen bei Außenministerin Madeleine Albright begegnet. Er wird erwartet, dass Israel im Vorfeld der Gespräche als Gesten des guten Willens mehrere hundert palästinensische Gefangene freilässt, weitere Checkpoints abbaut und der Autonomieregierung in einigen Bezirken der Westbank die

Sicherheitsbelange überträgt – Israel kontrolliert gegenwärtig rund sechzig Prozent der Westbank. Wenige Stunden nach der Ankündigung der PLO landen Raketen vom Gazastreifen aus am Strand von Ashkelon, ohne Schäden anzurichten. „ Hamas“ und andere Widerstandsgruppen im Gazastreifen verurteilen die Entscheidung des PLO-Exekutivkomitees. In einer Erklärung betont der Sprecher des State Department am 9. Mai, dass Israel zugesagt habe, die Bauvorbereitungen im Jerusalemer Viertel Ramat Shlomo einzustellen, während die Palästinenser bereit seien, alle Ausschreitungen zu unterbinden. Beide Seiten, so der Sprecher, würden verantwortlich gemacht werden, sollten sie das mühsam hergestellte Vertrauen untergraben.

07.05.2010:

Israelische Diplomaten zeigen sich erleichtert darüber, dass bei den britischen Unterhauswahlen am 06. Mai die Liberalen schlechter als erwartet abgeschnitten haben. Ihr Vorsitzender Nick Clegg hatte im Wahlkampf für den Fall einer Regierungsbeteiligung Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern angekündigt. In der Koalition mit den Konservativen übernimmt Clegg das Amt des stellvertretenden Premiers neben David Cameron. Neuer Außenminister der Konservative William Hague, der den israelischen Militäreinsatz im Krieg gegen den Libanon 2006 als „unverhältnismäßig“ bezeichnet hatte. Nach Auffassung britischer Analysten wird der Nahe Osten bei der neuen Regierung keine besondere Aufmerksamkeit gewinnen.

06.05.2010:

Die Zahl der Mitglieder der israelischen Arbeitspartei ist seit den Knessetwahlen 2006 von 120.000 auf 30.000 gesunken, berichtet Mazal Mualem in „Haaretz“, als Ehud Barak den Vorsitz übernahm und die Partei in die Regierung mit Benjamin Netanyahu führte. In

seinem Kommentar „Zwillinge unter Belagerung“ schreibt Ari Shavit am 17. Juni in „Haaretz“, dass es ohne Barak für Netanyahu keine politische Zukunft gebe, und das gelte auch umgekehrt.

Die Oppositionsführerin Tsipi Livni fordert ihre „Kadima (Vorwärts)“ und den „Likud“ als die beiden großen zionistischen Parteien zur politischen Zusammenarbeit auf. Sie beschuldigt Benjamin Netanyahu, den Beistand der jüdischen Ultraorthodoxie zu erkaufen und ihr auf vielen Feldern des sozialen Lebens eine Monopolstellung zu überlassen.

05.05.2010:

Der Leiter der UN-Untersuchungskommission zum Gaza-Krieg, Richard Goldstone, bestätigt indirekt Medienberichte, dass er an der Verhängung von Todesurteilen gegen Schwarze in Südafrika während des Apartheid-Regimes beteiligt war. Als Richter habe er keine andere Wahl gehabt, begründet er seine damaligen Urteile. Am 07. Mai legt der stellvertretende Außenminister Israelis Danny Ayalon nach und beschuldigt Goldstone, dass dieser sein schlechtes Gewissen mit der Kritik an der israelischen Kriegsführung in Gaza habe beruhigen wollen.

04.05.2010:

In einem Brief an den US-Kongress teilt Präsident Barack Obama mit, dass er die Sanktionen gegen Syrien um ein Jahr verlängert habe. Da Syrien terroristische Organisationen unterstütze und nach Massenvernichtungswaffen und Raketenprogrammen strebe, stelle es eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA dar. Im Rahmen der Sanktionsmechanismen sind die Landung syrischer Flugzeuge sowie der Export syrischer Güter in die USA untersagt.

03.05.2010:

Im ägyptischen Badeort Sharm el-Sheikh treffen Präsident Hosni Mubarak und Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu zusammen. Nach dem Eindruck Netanyahus verlaufen die Gespräche zwischen beiden Seiten produktiv.

Akiva Eldar betont in „Haaretz“, dass Israel seit dem Junikrieg 35 Prozent (24 qkm) der Fläche Ost-Jerusalems enteignet hat, auf denen rund 50.000 Wohneinheiten für Juden errichtet wurden. Vor dreißig Jahren seien zum letzten Mal Genehmigungen für 600 Wohneinheiten für arabische Einwohner erteilt worden. Damit widerspricht Eldar den Bemerkungen Benjamin Netanyahus gegenüber dem Fernsehsender ABC Mitte April, dass die Forderung von Barack Obama, den Siedlungsbau im Ostteil der Stadt einzustellen, inakzeptabel sei. Würde eine solche Forderung in New York oder in Paris erhoben werden, würde alle Welt empört aufschreien, hatte Netanyahu erklärt.

02.05.2010:

In einer Petition, die am 03. Mai im Europäischen Parlament übergeben wird, fordern dreitausend europäische Juden das Ende der israelischen Siedlungspolitik in Ost-Jerusalem und in der Westbank. Zu den Unterzeichnern des Briefes von „JCall“ – in Anlehnung an die US-amerikanische Friedensorganisation „J Street“ – gehören Bernard-Henri Levy, Alain Finkielkraut und Daniel Cohn-Bendit. Die Siedlungspolitik sei moralisch und politisch falsch und fördere den Prozess der Delegitimierung Israels in der Welt, heißt es in der Petition. Die neue Bewegung gehöre keiner Partei an. Ihr Ziel sei die Sicherung der Existenz Israels als jüdischer und demokratischer Staat. Das werde aber nur dann geschehen, wenn ein souveräner und lebensfähiger palästinensischer Staat entstehe⁷³. Am Abend des 03. Mai übereichten Vertreter von „JCall“ ihre Petition im Europäischen Parlament. Evelyn Gordon kritisiert am 05. Mai diese Institution

als virulent „unanständig antiisraelisch“, auch weil es im April den Goldstone-Bericht unterstützt hat. Dagegen sieht der an der Tel Aviver Universität lehrende Politologe Carlo Strenger in einem Beitrag für „Haaretz“ am 03. Mai voraus, dass die neuen liberalen Stimmen in der jüdischen Diaspora die Oberhand im politischen Diskurs gewinnen werden. Er fordert die liberalen Kräfte in Israel auf, dass auch sie ihre Stimme erheben, statt einen der undemokratischsten Minister, Avigdor Lieberman, das Feld zu überlassen⁷⁴. In einem Gastbeitrag für „Haaretz“ setzt sich der emeritierte Politologe an der Hebräischen Universität in Jerusalem Shlomo Avineri am 10. Mai mit „J Street“ und „JCall“ auseinander. Während er der US-amerikanischen Friedenorganisation vorwirft, ein Sammelsurium von Antizionisten und Sympathisanten Israels zu sein, die sich mit der Ideologie der linken „Meretz“-Partei identifizieren würden, unterstellt er den Unterzeichnern von „JCall“ Motive der politischen Sorge angesichts von Aussagen, die vor allem von Lieberman stammen. Avineri fordert deshalb Präsident Shimon Peres auf, dem er moralisches Gewicht attestiert, in Jerusalem einen Runden Tisch mit den „JCall“-Unterzeichnern einzurichten⁷⁵.

Im israelischen Ministerausschuss scheitert ein Gesetzentwurf der Koalitionspartei „Israel Beiteinu (Unser Haus Israel)“, Staatsbürgern das Wahlrecht zu entziehen, die wegen Mordes verurteilt sind, einen Mord an Unschuldigen begangen und den Versuch unternommen haben, die demokratischen Grundlagen des Staates zu beschädigen.

01.05.2010:

Nach der Zustimmung der Arabischen Liga zu indirekten Gesprächen kündigt der palästinensische Chefunterhändler Saeb

Erakat an, dass sie sofort abgebrochen würden, wenn Israel ein einziges Haus in der Westbank baue.

Mai/Juni 2010:

In ihrer Ausgabe für die Monate Mai und Juni 2010 fragt die US-amerikanische Zeitschrift „Foreign Policy“ prominente Amerikaner, Palästinenser und Israelis nach ihren Einschätzungen der Politik Washingtons im Nahen Osten. Für den Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, muss Präsident Barack Obama viererlei verdeutlichen: kein Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge nach Israel; Jerusalem als Doppelhauptstadt für Israel und Palästina, Grenzziehungen auf der Linie von 1967 mit Gebietsaustausch und ein im wesentlichen demilitarisierter Staat Palästina mit US- oder Nato-Soldaten westlich des Jordans. Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erakat macht die israelische Besatzungspolitik und das Schweigen von „dritten Parteien“ für das Ausbleiben einer Friedenslösung verantwortlich. Für den früheren US-Botschafter in Kairo und Tel Aviv, Daniel Kurtzer, schließt der israelisch-palästinensische Konflikt die Dimensionen „Territorium“, „Sicherheit“, „historische Rechte“ und „Religion“ ein. Für die USA sei die Zeit gekommen, wie eine Großmacht einen der gefährlichsten Konflikte der Welt zu lösen. Yossi Beilin, der Leiter des israelischen Teams der „**Genfer Initiative**“, macht vor allem Israelis und Palästinenser dafür verantwortlich, dass sie sich nicht auf den Moment der Wahrheit hin zu bewegt und stattdessen auf den nächsten US-Präsidenten gewartet haben.

April 2010

30.04.2010:

Im Londoner „Guardian“ beruft sich Jonathan Spyer auf einen hohen Gewährsmann von „Hammas“ und dessen Aussage, dass die ägyptischen Bemühungen um eine innerpalästinensische Versöhnung „eingefroren“ seien; die Kommunikation zwischen „Hammas“ und Kairo seien beendet und würden sich auf Dinge wie den Austausch von Patienten und aus der Behandlung Entlassenen beschränken. Der Leiter des Politischen Büros von „Hammas“ in Damaskus, Khaled Meshal, habe diese Aussage in einer Rede bestätigt und hinzugefügt, dass seine Organisation die arabische Aufforderung zurückgewiesen habe, die drei Bedingungen des Nahost-„Quartetts“ – Ende der Gewalt, Anerkennung Israels und Anerkennung von bisherigen Vereinbarungen – zu akzeptieren, die das „Quartett“ zuletzt am 26. Juni 2009 wiederholt hatte. Im Gegenzug würden Änderungen in die Versöhnungsvereinbarung Ägyptens vorgenommen werden. „Wir werden keinen politischen Preis bezahlen, wie lange auch die Blockade [des Gazastreifens] anhält. Gott ist mit uns, und er wird uns den Sieg bringen“, schließt Meshal. Gleichzeitig weist Spyer darauf hin, dass die Popularität von „Fatah“ in der Westbank aufgrund von Fraktionierungen und Korruption gesunken sei. Wenn die von US-Generalleutnant Keith Dayton in seiner fünfjährigen Amtszeit als Chef des „U.S. Security Coordinator“-Teams aufgebauten Sicherheitskräfte nicht in der Westbank stationiert wären, würde sie in die Hände von „Hammas“ fallen.

29.04.2010:

US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton wiederholt vor dem „American Jewish Committee“ in Washington, D.C., ihre Bemerkungen vor dem „Daniel Abraham Center for Middle East Peace“ am 15. April, dass die USA unverbrüchlich zur Sicherheit Israels in Wort und Tat stehen; kein Blatt Papier passe dazwischen. Gleichzeitig verweist Clinton auf die Herausforderungen, vor denen Israel angesichts der Dynamik von Ideologien, Technologien und demographischen

Veränderungen in der Region stehe. Sie würden den Kampf um den Frieden dringlich machen. Ohne einen umfassenden regionalen Frieden, in dem der Nahe Osten sein volles Potential entfalten könne, werde Israel nie wahrhaft sicher sein. So wie Israel das Recht auf Existenz habe, so unzweifelhaft brauchten die Palästinenser ihren eigenen Staat, in dem sie in Würde leben könnten, auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit einem Gebietsaustausch, der Israels Sicherheitsbedürfnissen gerecht werde. Amerika könne nicht erwarten, dass die arabischen Staaten in einem Vakuum agieren, solange Israel die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes nicht respektiere, die Siedlungstätigkeit nicht beende, die humanitären Bedürfnisse im Gazastreifen nicht anspreche und die Bemühungen der Palästinensischen Autonomiebehörde bei Aufbau von Institutionen nicht unterstütze. Ihr Zweijahresplan, einen palästinensischen Staat zu errichten, der für Sicherheit, gutes Regieren und wirtschaftlichen Wohlstand Sorge, sei eine wesentliche Investition in die Zukunft und eine wichtige Grundlage für Frieden und Sicherheit⁷⁶.

Nach einer Information des Londoner „Guardian“ hat die US-Administration dem palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas im Gegenzug für die Teilnahme an den indirekten Gesprächen mit Israel die mündliche Zusicherung gegeben, dass sie dem UN-Sicherheitsrat etwa erlauben werde, eine erhebliche neue Siedlungstätigkeit Israels zu verurteilen. Der Chefunterhändler Saeb Erakat habe dieses Versprechen verneint und betont, dass die Autonomieregierung mit Washington noch im Gespräch sei. Allerdings sei, so der „Guardian“-Korrespondent in Jerusalem Rory McCarthy, vor einigen Tagen ein Meinungsbeitrag in der „New York Times“ erschienen, wonach eine entsprechende Zusage erteilt worden sei. Inzwischen wird aus Jerusalem gemeldet, dass die Siedlungstätigkeit im Osten der Stadt praktisch zum Erliegen gekommen sei.

28.04.2010:

Ein ägyptisches Militärgericht verurteilt 26 Palästinenser, Libanesen, Ägypten und Sudanesen zur Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und lebenslänglich – darunter vier Angeklagte in Abwesenheit –, weil sie im Auftrag von „Hisbollah“ vom Sinai aus den palästinensischen Widerstand im Gazastreifen gegen Israel unterstützt haben sollen.

Der Politologen Gabriel Scheffer von der Hebräischen Universität in Jerusalem hält in einem Gastbeitrag für die „Jerusalem Post“ vor, dass Israel beim Blick in den Spiegel immer nur die anderen sehe und in ihr alle Probleme zum Schaden Israels entdecke⁷⁷.

26.04.2010:

Der palästinensische Präsident Machmud Abbas verwahrt sich in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen energisch gegen die Pläne seines Regierungschefs Salam Fayyad, im August 2011 den Staat Palästina zu erklären. Einseitige Schritte kämen nicht in Frage, sagt Abbas⁷⁸. Gleichzeitig setzt er ein Gesetz in Kraft, das den Verkauf von Waren aus den israelischen Siedlungen verbietet. In dem Interview kündigt Abbas ferner an, dass die Arabische Liga am 01. Mai ihre Zustimmung zu den indirekten israelisch-palästinensischen Gesprächen erteilen werde. Nach seiner Einschätzung ist eine einseitige Erklärung des Staates Palästina, wie von Fayyad vorgeschlagen, den palästinensischen Interessen nicht dienlich. Am 08. März hatte Leslie Susser in einem Beitrag für die „Jewish Telegraphic Agency“ berichtet, dass Fayyad von Präsident Shimon Peres mit David Ben-Gurion verglichen habe, weil beide den Staat von unten aufbauen wollten. Susser erinnerte daran, dass Fayyad in seiner Ansprache vor der

Herzliya-Konferenz am 03. Februar darauf hingewiesen habe, dass es nicht um die Ausrufung des Staates Palästina, sondern um die Vorbereitung auf ihn gehe. In einem Interview mit der saudi-arabischen Zeitung „Asharq al-Awsat (Der Mittlere Osten)“ am 08. April bestätigte Fayyad diese Absicht: Es komme darauf an, eine neue und positive Grundsituation zu schaffen, die zu einem großen Teil mit der Schaffung des Staates harmonisiere.

Staatssekretär Wolf-Ruthart Born antwortet auf die Anfrage von Petra Pau, der Bundestagsabgeordneten für die Partei „DIE LINKE“, ob die Bundesregierung Kenntnis „über einen von der israelischen Regierung unterstützten Gesetzentwurf (hat), der verlangt, dass sich alle israelischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Stiftungen, die finanzielle Unterstützung von ausländischen Einrichtungen erhalten, einer zusätzlichen Registrierung zu unterziehen haben, und welche Daten laut diesem Gesetzentwurf von diesen Einrichtungen erhoben werden (vgl. Jerusalem Post, 15. Februar 2010)?“ In einer weiteren Frage verlangt Pau Auskunft, welche Schlüsse „die Bundesregierung aus diesem Gesetzentwurf (zieht), und welche Auswirkungen (...) ein derartiges Gesetz auf die Tätigkeit der deutschen politischen Stiftungen in Israel haben (könnten).“ Darauf antwortet Born wie folgt: „Die Bundesregierung verfolgt die Beratungen über den angesprochenen Gesetzentwurf zur Regulierung von NGO („Transparenzgesetz“) von Beginn an mit großer Aufmerksamkeit. Der Entwurf befindet sich in der Anfangsphase des Gesetzgebungsverfahrens. In einem Vorverfahren nahm die Knesset den Entwurf im Februar 2010 zur weiteren Beratung an. Es steht derzeit nicht fest, wann die Beratungen in der Knesset fortgesetzt werden. Zu welchem Zeitpunkt und welchen Inhalts ein solches Gesetz letztendlich verabschiedet würde, ist offen. Damit können Reichweite und Auswirkungen der Gesetzesinitiative noch nicht abschließend beurteilt werden. Nach dem ersten Entwurf müssen sich NGO beim

Amt für politische Parteien registrieren lassen. Damit würden sie ihre Steuerbefreiung verlieren und auch Spenden müssten voll versteuert werden. Mit der Registrierung wären weitgehende Mitteilungspflichten verbunden. Die Organisationen müssten u.a. Angaben zum Ziel der Organisation machen und die Namen, Anschriften und Passnummern aller Mitglieder nennen. Bei allen öffentlichen Äußerungen wäre die Nennung ausländischer Finanzquellen obligatorisch. Bei Erhalt von Zuwendungen müssten die Identität des Spenders, die Höhe, der Zweck sowie schriftliche und mündliche Verpflichtungen des Empfängers gegenüber dem Zuwender offengelegt werden. Ein Verstoß wäre strafbewehrt und könnte mit Gefängnisstrafe geahndet werden.“ Weiter führt Born aus: „Nachdem sich der Entwurf noch in der Anfangsphase des Gesetzgebungsverfahrens befindet, können die Auswirkungen der Initiative noch nicht abschließend beurteilt werden. Die Bundesregierung nimmt die Möglichkeit negativer Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf Organisationen der Zivilgesellschaft und auf die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen in Israel aber bereits sehr ernst und ist entsprechend tätig geworden. Sie hat das Gesetzesvorhaben umgehend und hochrangig mit israelischen Gesprächspartnern aufgenommen und ihrer Sorge Ausdruck verliehen. Die deutsche Botschaft in Tel Aviv berief für den 16. April 2010 einen Runden Tisch mit Vertretern der in Israel tätigen politischen Stiftungen ein, in dessen Verlauf das weitere Vorgehen eng abgestimmt wurde. Zudem konsultiert sich die Bundesregierung zu diesem Thema eng mit ihren EU-Partnern. Die Bundesregierung wird die weitere Entwicklung des Gesetzentwurfs intensiv beobachten⁷⁹.“

Im Referat „A Critical Account of German and European Policies Towards the Middle East“ hatte ich vor einer “Meretz”-Delegation bereits am 09.12.2009 auf den Vorgang aufmerksam gemacht⁸⁰.

25.04.2010:

Der palästinensische Regierungschef Salam Fayyad kündigt für den 17. Juli Kommunalwahlen in der Westbank an.

Der Präsident der US-amerikanischen Friedensorganisation „J Street“⁸¹, Jeremy Ben-Ami, trifft mit einer rund dreißig Personen umfassenden Delegation in Israel ein. Im Gespräch mit „Haaretz“ weist Ben-Ami darauf hin, dass zu „J Street“ Intellektuelle, Schriftsteller, Professoren, Geschäftsleute, Angehöriger linker Organisationen sowie Abgeordnete und Senatoren gehören. Auch nichtjüdische Mitglieder seien willkommen. Wenn auch Angehörige der arabischen Gemeinschaft in den USA mitarbeiten wollten, wäre das sehr zu begrüßen. In den vergangenen sechs Monaten, so Ben-Ami, hätten sich die Beziehungen zu Israel erheblich verbessert, ohne dass Meinungsunterschiede eingeebnet worden seien. Statt sich in die innerisraelischen Angelegenheiten einzumischen, sehe „J Street“ ihre Aufgabe darin, die jüdische Gemeinschaft in den USA politisch zu erreichen und Mitglieder des Kongresses anzusprechen, von denen sehr wenige über die Lage im Nahen Osten informiert seien. Während des Aufenthalts in Israel seien Gespräche mit Präsident Shimon Peres sowie mit Mitgliedern aller in der Knesset vertretenen Parteien vorgesehen, so auch mit der Vorsitzenden von „Kadima (Vorwärts)“ Tsipi Livni. Ben-Ami fordert US-Präsident Barack Obama auf, nach Israel zu reisen, um seine politischen Vorstellungen der dortigen Öffentlichkeit zu präsentieren. Zusätzlich zu dem Besuch in Jerusalem trifft die Delegation am 02. Mai den jordanischen König Abdullah II.⁸²

US-Sonderbotschafter George Mitchell kehrt von seinen Gesprächen mit Benjamin Netanyahu und Machmud Abbas ohne greifbare Ergebnisse nach Washington zurück.

Gemäß der Entscheidung des Obersten Gerichts demonstrieren weniger als dreißig rechtsextreme Israelis im arabischen Jerusalemer Stadtteil Silwan, wo rund 30.000 Palästinenser leben, gegen die angeblich illegale Bautätigkeit unter ihren Bewohnern. Es kommt zu heftigen Zusammenstößen mit israelischen Sicherheitskräften. 88 arabische Häuser sollen zum Abriss bestimmt sein.

24.04.2010:

US-Präsident Barack Obama lädt den Präsidenten der Palästinensischen Autonomieregierung Machmud Abbas zu indirekten Gesprächen mit Israel ein, ohne dass er nach Medienberichten eine Verpflichtung Benjamin Netanyahus vorweisen kann, dass Israel seine Bautätigkeit in Ost-Jerusalem unterbricht. Washington werde jedoch darauf dringen, dass der israelische Ministerpräsident klar mache, was er mit seiner Ansprache an der Bar Ilan-Universität gemeint habe⁸³. Europäische Diplomaten erwarten von den indirekten Gesprächen keine Vereinbarung. Am 25. April teilt der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erakat mit, dass Abbas die Einladung Obamas angenommen habe.

22.04.2010:

Ein Sprecher von Benjamin Netanyahu bestätigt, der israelische Ministerpräsident habe Washington davon unterrichtet, dass ein Siedlungstopp in Ost-Jerusalem nicht in Frage komme. Nach einem Bericht des „Wall Street Journal“ habe Netanyahu aber zugesagt, dass im Ostteil der Stadt Institutionen der Autonomieregierung eingerichtet, dass weitere Teile der Westbank der palästinensischen Kontrolle übertragen würden und dass Israel bereit sei, in die indirekten Gespräche die zentralen Konfliktthema aufzunehmen.

21.04.2010:

In einem Interview mit dem israelischen Armeesender „Galei Zahal“ erklärt der frühere US-Botschafter in Tel Aviv Martin Indyk, wenn Israel sich als eine Supermacht verstehe, brauche es nicht die Hilfe der USA. Wenn Israel jedoch die USA brauche, müsse es die amerikanischen Interessen berücksichtigen. Zuvor hatte Indyk diese Auffassung am 19. April in einem Gastbeitrag für die „New York Times“ vertreten. Den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen, sei eine strategische Hauptaufgabe Washingtons, um die Stationierung von 200.000 Soldaten im Mittleren Osten (Irak und Afghanistan) sowie die Bemühungen von Präsident Barack Obama zu rechtfertigen, das iranische Nuklearprogramm zu blockieren. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu stehe vor der Wahl, sich entweder mit Obama oder mit der israelischen Rechten zu koordinieren. Wenn er jenen Ministern nachlaufe, die sich gegen den Frieden stellen, würde dies bittere Konsequenzen für die amerikanisch-israelischen Beziehungen haben, sagt Indyk voraus.

Nach Angaben des Statistischen Zentralamtes aus Anlass des 62. Unabhängigkeitstages beläuft sich die Zahl der Israelis auf 7,587 Millionen Menschen, von denen 75,5 Prozent Juden (5.726.000) und 20,4 Prozent Araber (1.548.000) seien. Gegenüber dem Vorjahr sei dies ein Bevölkerungszuwachs von 137.000 Menschen. Bei den übrigen 313.0000 Personen handele es sich um Einwanderer und ihre Kinder, die vom Innenministerium nicht als Juden eingetragen seien. Die Zahl der Einwanderer habe im vergangenen Berichtsjahr 16.000, die der Auswanderer 10.000 betragen. 80.000 Menschen würden sich mit einer Arbeitserlaubnis in Israel aufhalten, 17.000 um Asyl nachsuchen.

20.04.2010:

Die US-Administration weist brüsk Zeitungsanzeigen zurück, in denen führende US-amerikanische Juden, darunter der

Präsident des „World Jewish Congress“ Ronald Lauder⁸⁴ und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel, auf Veranlassung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu die Politik Washingtons gegenüber Israel kritisieren. In einer Anzeige besteht Wiesel darauf, dass über Jerusalem nicht verhandelt werden dürfe, weil die Stadt im Koran kein einziges Mal genannt werde. Am 22. April antworten der Politologe an der Hebräischen Universität Zeev Sternhell, der „Israel Preis“-Träger Avishai Margalit, der ehemalige Präsident der Knesset Avraham Burg und viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, dass Jerusalem so lange nicht heilig sein könne, solange die Besetzung anhalte⁸⁵. Gideon Levy stellt 5. Mai 10 seinen Kommentar zu Wiesel unter die Überschrift „Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde.“

Nach Aussage des Pentagon schließen die USA auf absehbare Zeit einen Militärschlag gegen den Iran aus und setzen auf Verhandlungen und UN-Sanktionen.

19.04.2010:

Nach scharfer Kritik in der Fraktion der Arbeitspartei, angeführt von den Ministerin Benjamin („Fuad“) Ben-Eliezer, Itzhak Herzog und Avishai Braverman, am 18. April erklärt ihr Vorsitzender, Verteidigungsminister Ehud Barak, am Vorabend des 62. Unabhängigkeitstages in einem Rundfunkinterview, dass die Welt Israels Herrschaft über ein anderes Volk weitere Jahrzehnte nicht akzeptieren werde. Nirgendwo sonst existiere eine solche Situation. Auch um die guten und freundlichen Beziehungen zu den USA zu wahren, müsse Israel darauf dringen, „die Dinge“ zu ändern. Baraks Äußerung wird als eine Reaktion auf die Aufforderung von US-Außenministerin Hillary Clinton in der vergangenen Woche verstanden, dass Israel konkrete Schritte auf den Frieden hin unternehmen müsse⁸⁶. In einem „Offenen Brief“ an Ministerpräsident Benjamin

Netanyahu schreibt **Ari Shavit** in „Haaretz“, dass Israel heute wie zu keiner anderen Zeit angesichts der Bedrohung durch Iran und der Abwendung des Westens am Scheideweg stehe. Die Korrektur des „kolossalen historischen Fehlers“ in der Westbank werde Israel stärken und seine Zukunft sichern, schreibt Shavit. Israel sei nach wie vor in dem giftigen Sumpf der Okkupation verfangen, in den es vor 43 Jahren versunken sei, und heute sei er, Netanyahu, dafür verantwortlich, dass Israel immer tiefer darin versinke. Obwohl sich die palästinensische Seite Verhandlungen mit dem Ziel eines wahren Friedens verweigere, habe Israel nicht das Recht, sich ebenso zu verhalten. Vielmehr müsse es den Ring um seinen Hals aufbrechen. Die Gnadenfrist für den jüdischen Staat nach Auschwitz und Treblinka sei vorüber. Die Generation, die den Holocaust kannte, habe die Bühne verlassen, die Generation, die sich an den Holocaust erinnere, verschwinde. Was das Bild Israels in der Welt heute präge, seien nicht die Krematorien, sondern die Checkpoints, nicht die Transportzüge, sondern die Siedlungen. Auch wo Israel recht habe, werde das nicht gehört. Der Wind blase ihm ins Gesicht. Deshalb stelle sich die dringende Frage, was sofort getan werden müsse, um Israels Position in der Welt zu ändern. Shavit rechnet dazu fünf Aufträge:

- Syrien im Austausch für das Ende der Allianz mit dem Iran die Golanhöhen zu offerieren;
- **Machmud Abbas** einen Staat in vorläufigen Grenzen anzubieten;
- Teile der Westbank aufzugeben,
- sie **Salam Fayyad** zu übergeben, damit ein gesunder palästinensischer Staat entstehen könne, und
- ein Vereinbarung mit der internationalen Gemeinschaft herbeizuführen, in der die Teilung des Landes in zwei Nationalstaaten beschrieben werde.

Die Welt sei nicht bereit, Israel als einen Besatzungsstaat hinzunehmen, schließt sich Shavit der Einschätzung Baraks an.

Deshalb müsse sofort gehandelt werden, um die Besatzung zu beenden⁸⁷.

Der neue deutsche Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen in der Nachfolge von Karsten D. Voigt, Hans Ulrich Klose, will sich nach eigenen Angaben „intensiv mit den jüdischen Gemeinschaften in den USA beschäftigen und diese schon möglichst bald in New York, Washington, Chicago, Los Angeles und anderen Städten besuchen. In diesen Communities wandelt sich im Moment die politische Stimmungslage, nicht zuletzt, weil sich auch in der großen Politik in Washington und in Israel etwas verändert“, erklärt Klose im Interview.

18.04.2010:

Israel sehe sich einer existentiellen Bedrohung von innen gegenüber, schreibt der Wirtschaftsredakteur von „Haaretz“ Nehemia Strasler. Der Unabhängigkeitskrieg von 1948 sei nicht vorbei, denn Israel habe weder Frieden noch Sicherheit noch Ruhe gefunden. Nach einer Studie des „Taub Center“ unter Leitung von Dan Ben-David seien nur 56 Prozent der israelischen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt eingegliedert. Während die Arbeitslosigkeit unter den ultra-orthodoxen Juden bei 65 Prozent liege, seien im arabischen Bevölkerungsteil 27 Prozent arbeitslos. Das Zentrum, so Strasler, führe die Dramatik auf die mangelnde Qualifizierung durch die Schulen und auf die geringe Berufsvorbereitung sowie die hohen Geburtenüberschüsse zurück. Wenn der Entwicklung nicht Einhalt geboten werde, würden diese beiden Gruppen im Jahr 2040 nicht weniger als 78 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen. Nicht einmal der stärkste Rücken eines Esels könne die Last „dieser Parasiten“ tragen. Strasler fordert als Konsequenz die Regierung auf, die Subsidien für die religiösen Hochschulen

(„Yeshivot“) zu kürzen und ihre Studenten generell zum Wehrdienst einzuziehen.

16.04.2010:

Der an der Hebräischen Universität in Jerusalem lehrende Zeev Sternhell greift im Blick auf alte jüdische Eigentumstitel in Ost-Jerusalem dieses Problem noch einmal auf und stellt die Frage, wie lange es möglich sein werde, auf einer Situation zu beharren, in der Juden das Recht auf den Anspruch auf jüdisches Eigentum auf der Ostseite der einstigen Grünen Linie reklamieren können, während es den Arabern verboten sei, Rechte auf ihr Eigentum geltend zu machen, das sie einst auf der westlichen Seite zurückgelassen haben. Gleiches gelte für die einst arabischen Viertel Talbieh, Alt-Katamon, Bakaa und anderswo in West-Jerusalem. Bei den palästinensischen Bewohnern von Sheikh Jarrach seien Flüchtlinge von 1948 und sollen jetzt erneut vertrieben werden⁸⁸.

15.04.2010:

Bei der Eröffnung des „S. Daniel Abraham Center for Middle East Peace“ äußert sich US-Außenminister Hillary Clinton trotz aller bisherigen Rückschläge positiv zu den Perspektiven eines israelisch-palästinensischen Friedens. Dieser sei auch für Amerikas strategische Interessen lebenswichtig, zumal da der Konflikt in ein globales geostrategisches Umfeld eingebunden sei. Ein Scheitern des Friedens bedrohe nicht nur die Sicherheit Israels, sondern auch die legitimen Bestrebungen des palästinensischen Volkes. Jetzt zu versagen, wo sich die Umstände verändern, würde alle Beteiligten an Fortschritten hindern. Präsident Barack Obama arbeite härter denn je für den Frieden, doch nur Israelis und Palästinenser könnten Entscheidungen treffen, auch wenn er nicht nur von unten, sondern auch von oben gefördert werden könne, merkt die

Außenministerin zur Politik Washingtons an. Nachdem der palästinensische Präsident Machmud Abbas und sein Ministerpräsident Salam Fayyad in relativ kurzer Zeit erhebliche Leistungen erbracht hätten und die PLO zu einem glaubwürdigen Partner für den Frieden aufgestiegen sei, liege es nun an Israel, mehr zur Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde zu tun. Dazu würden die Erleichterung des Zugangs und der Bewegungsfreiheit in der Westbank gehören, der Respekt für die legitimen Bestrebungen der Palästinenser, das Ende der Siedlungspolitik, die Befriedigung der humanitären Bedürfnisse im Gazastreifen sowie der Verzicht auf einseitige Erklärungen und Maßnahmen, die das Vertrauen unterminieren und das Ergebnis von Gesprächen antizipieren. Nehme Israels diese Erwartungen nicht ernst, gefährde es langfristig seine Zukunft als sicherer und demokratischer jüdischer Staat. Gleichzeitig ruft Clinton die Arabischen Staaten auf, ihre mehrfach bestätigte Friedensinitiative von 2002 in Handlungen umzusetzen und nicht in einer reinen Rhetorik zu verharren. Ziel müsse ein unabhängiger und lebensfähiger palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967 mit vereinbartem Gebietaustausch und einem jüdischen Staat mit sicheren und anerkannten Grenzen sein⁸⁹.

Der Präsident des „World Jewish Congress“ und Vorsitzende der Richard S. Lauder Stiftung, Ronald S. Lauder, schreibt in einem Brief als „stolzer Amerikaner und stolzer Jude“ an US-Präsident Barack Obama, dass er sehr besorgt sei über das iranische Nuklearprogramm und die „dramatische Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel“. Gleichzeitig rechtfertigt er die israelischen Baupläne in Ost-Jerusalem, an denen er lediglich den Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe als unglücklich kritisiert. Es seien die Palästinenser und nicht Israel, die Verhandlungen ablehnen würden, nachdem Israel [durch die Ankündigung Benjamin Netanyahus im November 2009]

„beispiellose Konzessionen“ mit einem neunmonatigen Siedlungsmoratorium in der Westbank erbracht habe; danach würde es am 26. September 2010 enden. Nicht die Siedlungspolitik, sondern die ausbleibende arabische Anerkennung Israels sei das zentrale Problem für einen Frieden⁹⁰.

Die „ Hamas“-Behörden im Gazastreifen richteten mit einem Erschießungskommando zwei Palästinenser hin, die der Kollaboration mit Israel beschuldigt wurden. Appelle internationaler Menschenrechtsorganisationen, auf die Todesstrafe zu verzichten, bleiben erfolglos.

Die Zionistische Organisation für Südafrika und ein Synagogen-Vorstand fordern Richard Goldstone auf, auf die Teilnahme an der Bar-Mitzva seines Enkels zu verzichten. Damit wollen sie auf den UN-Untersuchungsbericht zum Gaza-Krieg reagieren, den Goldstone im vergangenen Jahr leitete. Am 23. April ziehen beide Einrichtungen die Empfehlung zurück, so dass Goldstone an der Bar-Mitzva teilnehmen kann.

13.04.2010:

Nach einem Vorbericht von Amira Hass am 11. April in „Haaretz“ melden internationale Medien, dass das israelische Militär ab dem 13. April viele tausend Palästinenser aus der Westbank ausweisen kann. Grundlage ist eine Anordnung, wonach Palästinenser ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung, die ihren Wohnsitz im Ausland haben oder aus dem Gazastreifen übergewechselt sind – viele auf der Suche nach Arbeit –, mit ihren Familienangehörigen sowie Frauen betroffen sind, die mit Palästinensern verheiratet sind. Der Deportationsbefehl kann innerhalb von drei Tagen umgesetzt werden. Die Anrufung der Zivilgerichte ist nicht möglich. Zuständig ist allein die Militärgerichtsbarkeit, die sich auf

Belange der nationalen Sicherheit beruft. Zuvor hatten zehn israelische Menschenrechtsorganisationen vergebens bei Verteidigungsminister Ehud Barak gegen die Verfügung protestiert, weil sie den Betroffenen das Recht verweigere, in ihrem eigenen Land zu leben. Für den palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad ist sie bewusst so weit gefasst, dass ganze Landstriche entvölkert werden könnten. Auch Palästinenser, die sich in Ost-Jerusalem aufhalten, sind von der Anordnung betroffen. Am 14. April distanziert sich Israel zumindest teilweise von solchen Absichten. Die Regierung plane nicht, Bewohner des Gazastreifens zu belangen, die gegenwärtig in der Westbank leben.

Beim Versuch des „Islamischen Djiha“d, an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Israel eine Bombe zu platzieren, werden zwei Terroristen vom israelischen Militär getötet. Einmal mehr ist erkennbar, dass „ Hamas“ die Kontrolle über solche Vorfälle nicht gänzlich kontrollieren kann.

12.04.2010:

Der Wirtschaftsredakteur von „Haaretz“, Nehemia Strasler, der für seine kritischen Kommentare bekannt ist, plädiert am Holocaust-Gedenktag in Israel für die Einbeziehung der israelischen Soldaten in die Erinnerungskultur, die während des Krieges 1947/48 gefallen sind, und für die Stärke der israelischen Streitkräfte. Gleichzeitig warnt er vor der Illusion, dass der Staat Israel international in einem Vakuum lebt. Sechzig Jahre nach den Schrecken der Shoah würden immer mehr Stimmen in Europa sagen: Genug! Von nun an werden wir euch wie ein normales Land behandeln. Ihr werdet nach euren Taten beurteilt werden.

In einem Kommentar im Internet-Portal des „Shalom Hartman Institute Jerusalem“ beschäftigt sich Donniel Hartman mit den

politischen und ethischen Voraussetzungen, denen sich Israel gegenübersehe. Dazu reiche es nicht aus, die üblichen Agitationskampagnen zur Legitimierung der israelischen Politik in Gang zu setzen, die vor allem Juden unter 50 Jahre in der Diaspora schwerlich erreichen. Stattdessen schlägt Hartman die Schaffung eines neuen jüdischen Narrativs vor, das dazu helfen solle, Israel in eine moderne jüdische Identität zu integrieren. Dazu müssten wichtige Fragen beantwortet werden: Was sei die Rolle des „Volkstums (peoplehood)“ in einer modernen jüdischen Identität? Was sei die Bedeutung und das Ziel jüdischer Souveränität im Lande Israel für ein modernes jüdisches Leben? Was seien die Erfordernisse der Moralität im Krieg, und wie könne Israel seine Macht in einer Weise nutzen, die mit den höchsten Standards jüdischer Moralität und Werte übereinstimmt? Wie könne Israel sein legitimes Recht auf Selbstverteidigung mit den Rechten anderer ausbalancieren? Können sich ein jüdischer Staat mit den Werten des jüdischen Pluralismus und der Freiheit versöhnen? Würden die Intentionen eines jüdischen Staates Israel automatisch als einen rassistischen Apartheid-Staat definieren?

11.04.2010:

Die Abgeordnete der Arbeitspartei Yuli Tamir informiert das Präsidium der Knesset von ihrem Ausscheiden aus dem Parlament. Sie soll in Kürze die Präsidentschaft einer akademischen Einrichtung übernehmen. Mit ihrem Rücktritt entfällt die Geschäftsgrundlage, dass sich Gegner von Parteichef Ehud Barak als eigenständige Fraktion konstituieren⁹¹. In ihrer Funktion als stellvertretende Präsidentin der Knesset wird sie ersetzt durch den arabischen Abgeordneten Raleb Majadele (Arbeitspartei).

09.04.2010:

Der Ministerpräsident Benjamin Netanyahu zieht seine Teilnahme am Nukleargipfel („Nuclear Security Summit“) in der kommenden Woche in Washington, D.C., mit der Begründung zurück, Israel solle dort gezwungen werden, den Atomwaffen-Sperrvertrag zu unterzeichnen. An der Konferenz sollen die Führungen von 47 Staaten teilnehmen unter anderen auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die israelische Delegation soll nunmehr von dem für die Geheimdienste zuständige Minister Dan Meridor geleitet werden. In der israelische Presse wird die Absage Netanyahus zusätzlich damit begründet, dass er keinen Gesprächstermin bei US-Präsident Barack Obama erhalten habe, nachdem die Regierung in Jerusalem bislang die Forderung nach dem Ende des Siedlungsbaus besonders in Ost-Jerusalem nicht beantwortet hat.

Der libanesischer Ministerpräsident Saad Hariri ruft der Führer der Welt („World Leadership“) dazu auf, alle Anstrengungen zu Verhandlungen über den Nahostkonflikt zu mobilisieren.

08.04.2010:

Der britische „Guardian“ berichtet, dass „ Hamas“ damit begonnen habe, im Gazastreifen eine neue Steuer auf Schwarzhandels-Benzin, auf „Berufslizenzen“ und auf Schmuggelware zu erheben. Während viele Luxus-Limousinen auf den Straßen zu sehen seien, seien die Gehaltszahlungen für ihre rund 30.000 Angestellten in den letzten Monaten zumindest teilweise reduziert oder gar ausgesetzt worden. Aufgrund der internationalen Sanktionen habe „ Hamas“ sein Regime nur mit Hilfe der vielen hundert Tunnelanlagen in den Sinai hinein retten können. Im März hätten „ Hamas“-Angehörige eine Bank der rivalisierenden „ Fatah“ gestürmt und dabei 400.000 US-Dollar beschlagnahmt.

Israelische und internationale Medien berichten über den Hausarrest, der im Dezember 2009 über die 23jährige Anat Kam verhängt wurde. In ihrer Militärdienstzeit habe sie Geheimpapiere über Menschenrechtsverletzungen des Militärs einschließlich der gezielten Tötung von angeblichen palästinensischen Terroristen im Gazakrieg Ende 2008 / Anfang 2009 kopiert und an den für „Haaretz“ arbeitenden Korrespondenten Uri Blau weitergegeben. Kam bestreitet die gegen sie erhobenen Vorwürfe. Blau hält sich gegenwärtig in London auf und will nicht nach Israeli zurückkehren, weil er fürchtet, in Beugehaft genommen zu werden. In einem Kommentar am folgenden Tag, dem 09. April, weist „Haaretz“ darauf hingewiesen, dass alle in Frage kommenden Papiere vorher dem Militärzensor zur Genehmigung vorgelegt würden, so dass sich das Blatt nichts vorzuwerfen habe. Am selben Tag berichtet Akiva Eldar in der Zeitung, dass ihm von prominenten Politikern immer wieder Papiere zur Veröffentlichung angeboten worden seien, die sich heute gegen Kams angebliche Missetaten verwahren würden. Die Einordnung „Streng vertraulich“ bedeute nicht automatisch, dass es sich um Angelegenheiten der nationalen Sicherheit handele, die den Verdacht auf Spionage oder Verrat begründen könnten. In den meisten Fällen laufe sie darauf hinaus, dass die Akte nicht die Öffentlichkeit erreiche⁹². Am 12. April räumt Kam die Weitergabe der als vertraulich gekennzeichneten Materialien an Blau ein, nachdem sie es der Zeitung „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ angeboten habe. Vier Tage später, am 16. April, berichtet Akiva Eldar in „Haaretz“ von einem Gespräch mit dem 73jährigen US-amerikanisch-jüdische Anwalt Floyd Abrams, für den bewaffnete Streitkräfte für eine Nation wie Israel zwar notwendig seien. „Doch nicht weniger wichtig ist jene Sicherheit, die von einer informierten Gesellschaft kommt – einer Gesellschaft, die frei genug und kenntnisreich genug ist, die Verhaltensweisen ihrer eigenen Regierung nachzuprüfen. Demokratische Nationen wie Israel brauchen beide Arten des Schutzes und dürfen sie nicht gegeneinander ausspielen⁹³.“

07.04.2010:

Unter Berufung auf Quellen in der US-Administration berichten die „Washington Post“ und andere Blätter von US-amerikanischen Überlegungen, nach dem unzweifelhaften Scheitern der israelisch-palästinensischen „proximity talks“ die israelische Regierung im Herbst 2010 auf frühere Vereinbarungen zu den künftigen Grenzen, der Regelung des Flüchtlingsproblems und zur politischen Zukunft Jerusalems zu verpflichten. Dabei sollen, um den israelisch-palästinensischen Konflikt in den breiteren Kontext der US-Interessen zu stellen, auch Jordanien, Syrien und andere Länder in der Region einbezogen werden. Ziel sei es unter anderem, Iran die palästinensische Karte aus der Hand zu schlagen, nachdem sich das schrittweise Vorgehen – das von Sonderbotschafter George Mitchell favorisiert wurde – nicht bewährt habe. Damit hätten sich die Einsichten von Sicherheitsberater James L. Jones durchgesetzt. Die absoluten Erfordernisse der israelischen Sicherheit müssten mit den Erfordernissen der palästinensischen Souveränität in Einklang gebracht werden. Am 24. März sei US-Präsident Barack Obama mit den früheren Sicherheitsberatern Zbigniew Brzezinski, Brent Scowcroft, Samuel Berger, Colin L. Powell, Frank Carlucci und Robert C. McFarlane zu einem Strategiegelgespräch zusammengetroffen⁹⁴.

05.04.2010:

Im Interview mit dem „Wall Street Journal“ betont der jordanische König Abdullah II. gegenüber Jay Solomon, dass im Nahen Osten der Status quo inakzeptabel sei. Bislang sei für Lösungen zu viel Zeit verschwendet worden. Besonders Jerusalem sei eine Zeitbombe, die jeden Augenblick explodieren könne. Die arabische Welt müsse die Idee der Zweistaatenlösung retten, bis die USA ihr volles Gewicht

gegenüber den Israelis und den Palästinensern in die Waagschale werfen könnten, um den Friedensprozess wieder in Gang zu bringen. Als Benjamin Netanyahu vor zwölf Monaten hier in Amman gewesen sei, sei er, Abdullah, „extrem optimistisch“ über dessen Friedensvision gewesen, um jetzt „extrem skeptisch“ zu sein. Heute seien die jordanisch-israelischen Beziehungen auf dem Tiefpunkt angelangt. Auch weil die Palästinenser mit israelischer Staatsangehörigkeit in acht oder zehn Jahren fünfzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen würden, stehe Israel vor größten politischen Herausforderungen, wenn es seine Existenz wahren wolle. Deshalb sei es besser, heute mit der gesamten arabisch-islamischen Welt Frieden zu schließen. Der israelisch-palästinensische Konflikt werde von jedermann als Axt gegen den Westen missbraucht. Solange der Konflikt ungelöst sei, würden auch die nationalen Interessen der USA in der Region beeinträchtigt bleiben.

März 2010

Ende März 2010:

In der März-Ausgabe des „Palestine-Israel Journal“ ruft der an der Bar Ilan Universität lehrende Politologe Menachem Klein, der gegenwärtig ein Forschungssemester an der Europa-Universität in Florenz verbringt, dazu auf, dass Palästinenser, Israelis, Europäer und andere Strategien entwickeln mögen, um von dem ethnischen Konflikt zu Verhandlungen über Grenzen zurückzukommen. Dazu sollten die Lehren aus den Kriegen auf dem Balkan gezogen werden. Seine, Kleins, Schlussfolgerung sei, dass der israelisch-palästinensische Konflikt dem Balkan viel näher sei als das Apartheid-Regime Südafrikas. Der Autor war der Jerusalem-Experte im israelischen Team der „Genfer Initiative“ und diente während des Dreiergipfels in Camp David (Juli 2000) als externer Berater des damaligen Außenministers Shlomo Ben-Ami⁹⁵.

30.03.2010:

In der „Jerusalem Post“ weist der an der New York University Internationale Beziehungen lehrende Alon Ben-Meir darauf hin, dass die USA jetzt erkennen würden, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nicht nur mit den strategischen Interessen der USA untrennbar verbunden sei, sondern auch mit den komplexen Machtstrukturen im gesamten Mittleren Osten. Bislang hätten die USA ihre Verpflichtung gegenüber Israels nationaler Sicherheit über alle Maßen unter Beweis gestellt und darüber die Sorgen über die Natur des amerikanisch-israelischen Verhältnisses vernachlässigt⁹⁶.

29.03.2010:

Im Internet-Portal von „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ sieht der frühere Generalkonsul Israels in New York Pinkas Alon sein Land vor zwei strategischen Interessen: Wie lässt sich die Allianz mit den USA unter den Bedingungen der Anpassung an US-Interessen aufrechterhalten, und wie lässt sich der diplomatische Prozess mit den Palästinensern gestalten unabhängig davon, ob er sich in der Farbe der Falken oder der Tauben kleidet⁹⁷?

28.03.2010:

Im Interview mit „Haaretz“ bezichtigt der US-amerikanische Rechtslehrer Alan Dershowitz Präsident Barack Obama, dass er sich mit jüdischen Mentoren im Weißen Haus umgibt – gemeint sind vor allem Stabschef Rahm Emanuel und Chefberater David Axelrod –, um gegenüber der israelischen Politik hart auftreten zu können. Andererseits räumt Dershowitz ein, dass Israel ohne die klare Unterstützung der USA keinen Frieden machen könne – um

gleichzeitig die Interpretation vom „umstrittenen Gebiet“ („disputed territory“), die seit langem im Jerusalemer Außenministerium auf die Westbank angewendet wird, auch auf Ost-Jerusalem zu übertragen. Die US-amerikanische Friedensorganisation „J Street“⁹⁸ fordert Dershowitz auf, im Rahmen des „American Israel Public Committee (AIPAC)“ ihre Positionen zu vertreten.

27.03.2010:

In der „New York Times“ erkennt Thomas L. Friedman eine „tektonische Verschiebung“ unter der Oberfläche der israelisch-amerikanische Beziehungen. „Im letzten Jahrzehnt“, so der Autor“, ist für Israel der israelisch-palästinensische Friedensprozess von einer Notwendigkeit zu einem Hobby geworden. Und im letzten Jahrzehnt ist für Amerika der israelisch-palästinensische Friedensprozess von einem Hobby zu einer Notwendigkeit geworden. Hierin liegt das Problem“⁹⁹.

In der libyschen Küstenstadt Syrte – ursprünglich geplant war als Tagungsort Tripoli in Libanon¹⁰⁰ – beginnt die zweitägige Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga. Dabei soll die Fortgeltung der Arabischen Friedensinitiative vom 27./28. März 2002 entschieden werden. Der Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Moussa fordert die Mitgliedsstaaten auf, alternative Pläne für den Fall zu entwickeln, dass der Friedensprozess vollständig scheitern sollte. Es sei ein Fehler gewesen, einen „Prozess mit offenem Ende“ gutzuheißen, der es Israel erlaubt habe, Israels Festhalten an den arabischen Territorien zu konsolidieren. Der Präsident der Autonomie-Regierung Machmud Abbas wiederholt den palästinensischen Standpunkt, dass er zu keinen indirekten Gesprächen mit Israel bereit sei, solange die Bautätigkeit in Ost-Jerusalem andauere und Israel am Status quo festhalte. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bezeichnet die israelische Politik als „Wahnsinn“. Jerusalem sei der Augapfel jedes Muslims. Er, der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi und

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sind von den Gastgebern eingeladen. Während die Konferenz heiklen Themen wie innenpolitische Reformen, die sektiererischen Anschläge im Irak und das iranische Nuklearprogramm aus dem Wege geht, beschließt sie ein 500 Millionen-Dollar-Programm für die Palästinenser in Ost-Jerusalem, obwohl frühere Hilfszusagen nicht vollständig eingehalten worden sind.

26.03.2010:

Nach seiner Rückkehr aus Washington bekräftigt Benjamin Netanyahu, dass er aus eigener Überzeugung und nicht aufgrund seiner Koalitionspartner für Bautätigkeit im einstigen arabischen Ost-Jerusalem fortsetzen werde. Zuvor hatte die „Eretz israel Lobby“ in der Knesset in einem Brief an den Ministerpräsidenten „jede neue Geste an die Adresse der Palästinenser“ abgelehnt, wenn sie die Wiederaufnahme der Gespräche zur Bedingung mache. Zu der Lobby im Parlament gehören unter Führung von Benny Begin („Likud“), Moshe Yaalon („Likud“), Avigdor Lieberman („Israel Beiteinu/Unser Haus Israel“) und Eli Yishai („Sefardische Torahwächter [Shas]“ – mehrere Dutzend weitere Parlamentarier.

23.03.2010:

US-Präsident Barack Obama und Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu treffen am frühen Abend zu einem neunzig Minuten dauernden persönlichen Gespräch – also ohne Begleitung – im Weißen Haus zusammen. Im Anschluss finden weder ein Fototermin noch eine Pressekonferenz statt. Nach Beratungen mit Verteidigungsminister Ehud Barak bittet der Ministerpräsident noch einmal Obama um ein halbstündiges Gespräch, doch auch dieses endet ohne das übliche gemeinsame Kommuniqué. Daraufhin sagt Netanyahu für den 24. März vereinbarte Interviews ab. Die Israelische Botschaft in

Berlin bezeichnet die Begegnung zwischen beiden als „privat“. Im Internet-Portal des „Council of Foreign Relations“ schreibt Walter Russell Mead, Henry A. Kissinger Senior Fellow for U.S. Foreign Policy, ebenfalls am 23. März, dass Obama wieder im Fahrersitz Platz genommen habe. In derselben Stelle warnt der Historiker und Autor William B. Quandt, der zum Stab der Sicherheitsberater der Präsidenten Richard Nixon und Jimmy Carter gehörte, Israel davor, durch die Ablehnung eines Friedensvertrages mit den Palästinensern die Beziehungen zu den USA auszulaugen. Mit der Regierungsübernahme durch Netanyahu und seiner Koalition 2008 habe es Washington nicht mehr mit demselben Israel wie vordem zu tun. Wenn die israelische Regierung fortfahre wie bisher, werde die Konsequenz eine Art Staat sein, ohne dass jedoch die Palästinenser das Staatsbürgerrecht und die Gleichheit vor dem Gesetz erhalten würden. Die Zeit für ein ehrliches Gespräch zwischen Obama und Netanyahu sei also gekommen, betont Quandt im Interview mit Bernard Gwertzman. Am 03. Mai fügt der regelmäßig bestens mit Hintergrundinformationen versorgte Jackson Diehl in der „Washington Post“ hinzu, dass Obama beim Treffen mit Netanyahu am 23. März diesen vergeblich gedrängt habe, alle Siedlungsprojekte in Ost-Jerusalem einzustellen. Wie gegenüber Hamid Karzai in Afghanistan fordert Diehl als Konsequenz des bisherigen amerikanischen Scheiterns gegenüber Israel und Afghanistan eine „fachgerechte und subtile Diplomatie“. Dazu gehören für Diehl persönliche Chemie und Vertrauen“ sowie der Aufbau eines Bandes zwischen den Staatsleuten, die beide Alliierte dazu bewegen, Risiken auf sich zu nehmen. Von Obama verlangt der Autor „präsidientielles Engagement“.

Die Jerusalemer Stadtverwaltung gibt die endgültige Entscheidung über den Bau von zwanzig neuen Wohneinheiten im arabischen Wohnviertel Sheikh Jarrach bekannt.

Die Nachrichtenagentur „Reuters“ meldet, dass die israelische Regierung gegen den Widerstand der Koalitionspartei „Israel Beiteinu (Unser Haus Israel)“ beschlossen hat, in den kommenden fünf Jahren den arabischen Städten und Ortschaften Israels 214 Millionen US-Dollar zuzuweisen, um Arbeitsplätze zu schaffen sowie Wohnungs-, Verkehrs- und Sicherheitsprobleme zu überwinden. Der Vorstoß ist auf die Initiative von Minister Avishai Braverman (ehemals Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftswissenschaften an der Ben Gurion-Universität Beersheva) zurückzuführen, den sich manche Beobachter als den kommenden Vorsitzenden der Arbeitspartei an Stelle von Ehud Barak wünschen.

In „Haaretz“ fragt Aluf Benn am selben Tag die Minister der Arbeitspartei, was sie in der Regierung eigentlich tun würden, um den diplomatischen Prozess wieder in Gang zu bringen und die Krise in den internationalen Beziehungen zu beheben, in der die Regierung Benjamin Netanyahu Israel hineinmanövriert habe. „Warum schützt Ihr die Rechte vor sich selbst?“, fragt der Autor. Das Land der Rechten allein zu überlassen, sei verrückt und unverantwortlich. Der Moment der Wahrheit komme für die Arbeitspartei spätestens im September, wenn die Ankündigung Netanyahu vom November 2009 ausgelaufen sei, den Siedlungsbau für zehn Monate einzufrieren¹⁰¹.

In derselben Zeitung beruft sich Chaim Levinson auf eine Untersuchung des „Macro Center for Political Economics“, wonach Israels Infrastrukturentwicklung in der Westbank (Straßen, Häuser und Betriebe) den Staat bisher 17 Milliarden US-Dollar gekostet habe¹⁰².

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums kündigt an, dass London einen israelischen Diplomaten ausweisen werde, die in die Affäre gefälschter Pässe um die Ermordung des Gründers der

„Izzedin-Brigaden“ von „ Hamas“ Machmud Mabchuch in Dubai verwickeln sein sollen. Außenminister David Milliband zitiert dazu den israelischen Botschafter Ron Prozor ins Foreign Office¹⁰³.

22.03.2010:

In seinem Rückblick erinnert Jackson Diehl in der „Washington Post“ daran, dass die israelische Regierung im Dezember 2007 die Erweiterung der Siedlungstätigkeit im zu Jerusalem geschlagenen Ortsteil Har Homa ankündigte – zur Zeit von Außenministerin Condoleezza Rice –, als US-Diplomaten Israelis und Palästinenser zu Friedensverhandlungen überreden wollten, und kritisiert, dass die heutige Administration in bemerkenswerter Weise langsam lerne, wenn es um den Nahen Osten geht. Präsident Barack Obama habe in den vergangenen zehn Tagen lernen müssen, dass Provokationen, ob von israelischer oder palästinensischer Seite – Diehl verweist auf den Qassam-Raketen-Beschuss aus dem Gazastreifen –, regelmäßig Friedensgespräche zu torpedieren versucht haben. Daraus ergebe sich für Washington, seine Konzentration nicht auf solche Brückierungen zu verwenden, sondern auf dem Verhandlungsprozess zu bestehen. Rice habe damals gegenüber Ministerpräsident Ehud Olmert erklärt: „Mach das nicht noch einmal“, und gegenüber Autonomie-Präsident Machmud Abbas: „Du kannst über die Grenzen des palästinensischen Staates verhandeln, um die Siedlungen irrelevant zu machen, oder Du kannst die Verhandlungen boykottieren und die Bautätigkeit fortfahren lassen.“ Die Chefin des State Department habe gegenüber Abbas klargestellt: Jeder Siedlungsbau während der Gespräche würde von den USA nicht akzeptiert werden, wenn die Zeit für die Festlegung der endgültigen Grenzen Israels gekommen sei. Rice habe sich an eine Richtlinie gehalten, die sie den „Google Earth test“ nannte. Eine Siedlung, die sichtbar expandiere, sei ein Problem; eine

Ausweitung, die innerhalb der bestehenden territorialen Grenzlinien erfolge, sei keines. Deshalb sei es ihr gelungen, dass Olmert und Abbas nicht über die Siedlungen, sondern über den künftigen Staat Palästina gesprochen hätten: über die Grenzen, die Zukunft Jerusalems mit seinen Heiligen Stätten, über Angelegenheiten der Sicherheit und über die Millionen palästinensischen Flüchtlinge in Lagern. Am Ende habe Olmert einen Plan vorgelegt, der über das hinausgegangen sei, was Israel oder die Vereinigten Staaten je vorgelegt hätten, darunter einen Staat Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem und die Zusage der Rückkehr von 10.000 Flüchtlingen nach Israel. Doch die palästinensische Führung habe Schwierigkeiten, Ja zu sagen. Bei Olmerts Vorlage zuckte Abbas zurück und weigerte sich, ein eigenes Angebot vorzulegen. Heute werde Benjamin Netanyahu mit Sicherheit nichts akzeptieren, was Olmert damals vorgeschlagen habe. Der Autor schließt mit der Einschätzung, dass die gegenwärtige Administration darauf setze, die israelische Regierung zum Nachgeben zu zwingen oder ihren Willen zu brechen – beides werde scheitern¹⁰⁴.

Vor der Jahresversammlung des „American Israeli Public Affairs Committee (AIPAC)“ im „Washington Convention Center“ erklärt US-Außenministerin Hillary Clinton, dass die neue Bautätigkeit in Ost-Jerusalem das gegenseitige Vertrauen unterminiere und die indirekten Gespräche („proximity talks“) gefährde. „Der Status quo ist für alle Seiten unannehmbar“, führt Clinton aus. Sie warnt davor, dass die Differenzen zwischen den USA und Israel „anderen in der Region“ in die Hände spielen. Israel stehe vor schwierigen, aber notwendigen Alternativen. Nach Auffassung des geschäftsführenden Direktors des konservativen „Washington Institute for Near East Studies“, Robert Satloff, stehen die USA und Israel „vor einem sehr schwierigen Augenblick“. Wenn die Differenzen beigelegt seien, würden Wunden bleiben. Yossi Alpher schreibt dazu im Internet-Portal „bitterlemons“ ebenfalls am 22. März, dass die Krise

möglicherweise vorüber sei, doch sie öffne den Blick, was unter der Oberfläche in Washington köchele. Ghassan Khatib ergänzt an derselben Stelle, den USA dämmere es mittlerweile, dass die bisherige unkritische Unterstützung für Israel ein bedeutsamer Faktor im Niedergang der palästinensischen Beziehungen in den vergangenen zehn Jahren gewesen sei.

Ministerpräsident Benjamin Netanyahu nutzt den Auftritt bei AIPAC, um zu betonen, dass ungeachtet der US-Sicherheitsgarantien der Staat Israel „niemals von dem guten Willen selbst der bedeutendsten Männer der Welt“ – eine Anspielung auf Präsident Barack Obama – „abhängig sein“ dürfe. Obwohl im Osten Jerusalems mittlerweile eine Viertelmillion Juden wohnen, sei damit die Zweistaatenlösung nicht ausgeschlossen. Das Festhalten an der Souveränität über alle Teile der Stadt bedeutet nach Auffassung Netanyahus nicht, dass Israel über den palästinensischen Bevölkerungsteil regieren wolle. Aber ganz Jerusalem, das sei bekannt, werde in jeder Friedensvereinbarung Teil Israels sei. Unter Verweis auf die Tunnelanlagen an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten verlangt Netanyahu, dass Israel im Zuge einer Friedensvereinbarung an der Ostgrenze eines künftigen palästinensischen Staates präsent sein müsse¹⁰⁵.

Die US-amerikanische Friedensorganisation „J Street“ veröffentlicht ihre Umfrage unter amerikanischen Juden zwischen dem 17. und 19. März. Danach befürworteten 82 Prozent eine aktive Rolle Washingtons, die Parteien im Nahen Osten bei der Lösung des arabisch-israelischen Konflikts zu unterstützen. 73 Prozent vertreten die Auffassung, dass sie diese aktive Rolle auch dann befürworten, wenn die USA öffentlich ihr Missfallen über Israelis und Araber äußern; für 51 Prozent gilt dies auch, wenn die USA ihre Unzufriedenheit nur gegenüber Israel zum Ausdruck bringen. 71 Prozent unterstützen Washington im Falle von Druck auf die Parteien, um zu den notwendigen

Kompromissen zu gelangen. 62 Prozent der amerikanischen Juden halten an ihrer generellen Zustimmung für Präsident Barack Obama fest¹⁰⁶. Am 13. April wird eine Umfrage des „American Jewish Committee“ veröffentlicht, wonach 73 Prozent der US-amerikanischen Juden die Beziehungen zwischen den USA und Israel als „sehr positiv“ oder „positiv“ bezeichnen. 55 Prozent würden die Politik Obamas gegenüber Israel billigen. 72 Prozent würden sich über den Konflikt mit den Palästinensern pessimistisch äußern; und sogar 80 Prozent glauben, dass Frieden mit einer von „ Hamas“ geführten palästinensischen Regierung nicht erreichbar sei. 62 Prozent der Befragten würden eine militärische Aktion Israels gegen den Iran unterstützen.

Der für die Minderheiten zuständige israelische Minister Avishai Braverman (Arbeitspartei) kündigt ein 214 Millionen US-Dollar umfassendes Infrastrukturprogramm für den arabischen Sektor des Landes an. Mit dem Geld sollen Arbeitsplätze geschaffen, Wohnungen gebaut, sowie Verkehrs- und Sicherheitsprobleme gelöst werden. Im Kabinett stimmen die vier Minister der Partei „Israel Beiteinu (Unser Haus Israel)“ unter Führung von Avigdor Lieberman gegen das Projekt.

21.03.2010:

Vor seinem Abflug in die USA bestätigt Benjamin Netanyahu seinen Willen, am Bau der 1600 neuen Wohneinheiten in Ramat Shlomo festzuhalten. Die israelische Bautätigkeit in Jerusalem sei wie die Bautätigkeit in Tel Aviv, betont der Ministerpräsident. Gleichzeitig weist er Wohnungsbauminister Ariel Atias an, an der festlichen Grundsteinlegung für neue Wohneinheiten in Pisgat Zeev nicht teilzunehmen. Nach Medienberichten hat sich der Ministerpräsident gegenüber der US-Administration dazu bereit erklärt, in den geplanten indirekten Gesprächen mit der Autonomie-Regierung über

alle zentralen Konfliktthemen zu reden und einige hundert palästinensische Gefangene freizulassen. Außerdem soll Netanyahu zugesagt haben, dass die Vereinten Nationen Baumaterial in den Gazastreifen für den Bau einer Entwässerungsanlage bringen können. In der Begleitung Netanyahus zur AIPAC-Konferenz befinden sich Verteidigungsminister Ehud Barak, Infrastrukturminister Uzi Landau und die Vorsitzender der „Kadima“-Partei Tsipi Livni.

Barak Ravid berichtet in der hebräischen Ausgabe von „Haaretz“, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Telefonat mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu am Wochenende über die geplante Bautätigkeit in Ramat Shlomo ausgenutzt und in ihrem Vertrauen verletzt gezeigt habe. Die US-Administration habe sich mit Merkel in Verbindung gesetzt und sie gebeten, wegen Ramat Shlomo gegenüber Netanyahu zu unterstreichen, dass auch die Bundesregierung besorgt sei. Das Telefonat habe in einer drückenden Atmosphäre stattgefunden. Um die besonderen Beziehungen nicht zu belasten, sei keine öffentliche Mitteilung über das Gespräch erfolgt. Es sei das Büro Netanyahus gewesen, das darüber informiert habe. Kanzlerberater Christoph Heusgen habe sich über die Veröffentlichung schockiert gezeigt, und Merkel ihrerseits habe „gekocht“. In einer nachträglichen Erklärung beteuert Netanyahu, dass er die Veröffentlichung nicht veranlasst habe und dass Merkel weiterhin eine „große und wichtige Freundin des Staates Israel“ sei.

20.03.2010:

UN-Generalsekretär Ban ki-Moon lässt sich von einer Anhöhe in Ramallah aus von dem Autonomie-Ministerpräsidenten Salam Fayyad die israelische Bautätigkeit am Beispiel der 11.000

Einwohner zählenden Siedlung Pisgat Zeev vorführen. Am 21. März besucht Ban ki-Moon den Gazastreifen.

Der US-Sondergesandte George Mitchell soll Berichten zufolge am 21. März in Jerusalem eintreffen.

Das „Harry S. Truman Research Institute for the Advancement of Peace“ an der Hebräischen Universität und das „Palestinian Center for Policy and Survey Research“ (PSR) in Ramallah veröffentlichen die Ergebnisse ihrer jüngsten gemeinsamen Umfrage. Danach sprechen sich 71 Prozent der Israelis und 58 Prozent der Palästinenser für die Zweistaatenlösung aus. Dagegen befürworten 24 Prozent der Israelis und 29 Prozent der Palästinenser einen binationalen Staat in allen Teilen des historischen Palästina. 30 Prozent der Israelis und 26 Prozent der Palästinenser können sich vorstellen, dass die Zweistaatenlösung mit gemeinsamen politischen Institutionen in einer Konföderation zwischen beiden Staaten aufgeht.

19.03.2010:

In der Nacht zum 19. März telefoniert Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mit US-Außenministerin Hillary Clinton, um ihre Forderungen zu beantworten¹⁰⁷. Nach Medienberichten hat Netanyahu es abgelehnt, die Bautätigkeit zu beenden, aber zugesagt, dass Israel erst nach drei Jahren in Ramat Shlomo damit beginnen, aber davon Abstand nehmen werde, Bauplanungen öffentlich anzukündigen. Netanyahu habe, so Clinton, eine „nützliche und produktive“ Antwort gegeben. Das Pressebüro des State Department bestätigt in einer dürren Mitteilung das Telefonat. Am Nachmittag bestätigen beide Seiten, dass zwischen Netanyahu und Präsident Barack Obama am 23. März eine Begegnung in Washington, D.C., geplant sei. Anlass der Reise des Ministerpräsidenten in die USA ist seine Ansprache vor der

Jahresversammlung des „American Israeli Public Affairs Committee (AIPAC)“ am 22. März.

In Anwesenheit von US-Außenministerin Hillary Clinton verlangt das Nahost-„Quartett“ auf seiner Sitzung in Moskau, dass Israel alle Siedlungsaktivitäten einfrieren – die Frist läuft Ende September 2010 ab – sowie von Zerstörungen und Vertreibungen („demolitions and evictions“) Abstand nehmen solle. Weiter verurteilt das „Quartett“ Pläne für neue Wohnbauten in Ost-Jerusalem. Die Annexion Ost-Jerusalems sei von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt, ruft das „Quartett“ in Erinnerung. Es zeigt sich tief besorgt über den anhaltenden Niedergang im Gazastreifen einschließlich der humanitären und menschlichen Lage der Zivilbevölkerung. Die Zweistaatenlösung liege im fundamentalen Interesse der Konfliktparteien, der Staaten in der Region und der internationalen Gemeinschaft. Verhandlungen sollten innerhalb von 24 Monaten zur Beendigung der Besatzung seit 1967 führen und in der Schaffung eines unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staates münden, der in Frieden und Sicherheit an der Seite Israels und seiner anderen Nachbarn lebt¹⁰⁸. In einem Begleitkommentar schreibt Gershon Baskin, Co-Vorsitzender des „Israel-Palestine Center for Research and Information“, dass nach seinen Informationen Benjamin Netanyahu und seine Verbündeten im US-Kongress, mit dem „American Israeli Public Affairs Committee (AIPAC)“ und mit anderen jüdischen Organisationen in den USA davon ausgehen, dass Präsident Barack Obama nur vier Jahre im Amt bleiben werde. Um dies zu erreichen, würden sie ihn zu schwächen versuchen.

In einer Predigt („khutba“) vor Gläubigen spricht sich der palästinensische Minister für soziale Angelegenheiten Machmud Habash unter dem Eindruck der israelischen Bautätigkeit in

Jerusalem für den zivilen Widerstand gegen die Besatzung aus. Nach Auffassung des palästinensischen Journalisten Hossam Ezzedine im Internet-Portal „Arab Reform Bulletin“ entspricht diese Methode den Interessen der Autonomie-Regierung, die die tiefe Verstimmung zwischen Israel und den USA zugunsten der palästinensischen nationalen Interessen wirken lassen wolle und deshalb Bemühungen von „ Hamas“ mit aller Macht zu unterbinden bereit sei, in der Westbank eine dritte „Intifada“ auszulösen.

Nach einer von „Haaretz“ in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage, die am 17. und 18. März durchgeführt wurde, haben sich 48 Prozent der Israelis für die Fortsetzung der Bautätigkeit in Ost-Jerusalem und 41 Prozent dagegen ausgesprochen, solange die Verhandlungen mit den Palästinensern nicht abgeschlossen seien.

18.03.2010:

Vor dem US-Kongress erklärt der frühere Vorsitzende des „Central Command“ General David Petraeus: „Die fortwährenden Feindseligkeiten zwischen Israel und einigen seiner Nachbarn bilden außergewöhnliche Herausforderungen für unsere Fähigkeit, unsere Interessen zu fördern. Arabischer Zorn über die palästinensische Frage begrenzt die Stärke und Tiefe der US-Partnerschaft mit Regierungen und Völkern [im Nahen Osten] und schwächt die Legitimität gemäßiger Regie in der arabischen Welt.“

FAZ-Korrespondent Hans-Christian Rößler berichtet im Zusammenhang mit den Bauplänen in Ramat Shlomo im Osten Jerusalems, dass für die heute rund 270.000 palästinensischen Stadtbewohner seit 1967 wenig mehr als 600 Neubauten genehmigt worden seien. Erforderlich wären jedoch 40.000 neue Wohnungen. Aufgrund der ausgebliebenen Genehmigungen werde die Zahl der „illegalen“ Bauprojekte auf bis zu 20.000 geschätzt¹⁰⁹.

Beim Kurzbesuch im Gazastreifen informiert sich die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Lady Catherine Ashton über den Erfolg von PEGASE¹¹⁰. Zur selben Zeit geht im Süden Israels eine Rakete nieder, die einen thailändischen Landarbeiter tötet. Das israelische Militär kündigt Vergeltung an.

17.03.2010:

Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Lady Catherine Ashton trifft nach ihrer Station in Damaskus und Amman in Israel ein, wo Gespräche mit Außenminister Avigdor Lieberman anstehen. Anschließend fährt Ashton zu Gesprächen mit dem palästinensischen Autonomiepräsidenten Machmud Abbas nach Ramallah weiter. Bei der Begegnung mit Shimon Peres macht der israelische Staatspräsident klar, dass an einen Baustopp in Jerusalem wie in den vergangenen vierzig Jahren nicht zu denken ist.

Thomas L. Friedman fordert US-Präsident Barack Obama in der „New York Times“ auf, es nicht bei Protesten gegen die Siedlungspolitik zu belassen, sondern die Gelegenheit zu einer groß angelegten Strategie zur Stabilisierung des Nahen Ostens zu nutzen, welche die bisherige Außenpolitik versäumt habe.

16.03.2010:

Nach dem „Hamis“-Aufruf eines „Tages des Zorns“ aufgrund der Baupläne im Jerusalemer Ortsteil Ramat Shlomo und gegen die Einweihung der Hurva-Synagoge in der Altstadt protestieren viele hundert Palästinenser in verschiedenen Stadtteilen. Israelische Sicherheitskräfte gehen mit Tränengas, Gummimantelgeschossen – die tödliche Verletzungen auslösen können – und mit Blendgranaten gegen sie vor. Nach Medienberichten gibt es rund hundert Verletzte, sechzig Palästinenser seien festgenommen worden. Die Atmosphäre

bleibt angespannt. In der Nacht telefoniert Ministerpräsident Benjamin Netanyahu mit US-Vizepräsident John R. Biden, um die Spannungen auszuräumen. Greifbare Ergebnisse erbringt das Gespräch nicht. Beobachter weisen im Sommer 2010 darauf hin, dass Außenministerin Hillary Clinton anderthalb Jahre nach ihrem Amtsantritt habe verstreichen lassen, um den israelischen Botschafter in Washington Michael Oren zu empfangen. Oren habe nie zum inneren Kreis der Vertrauten Netanyahus gehört, sondern als Außenseiter von ihm im Mai 2009 ernannt worden.

Vor dem Streitkräfteausschuss des US-Senats betont General David Petraeus, dass die Unterstützung Israels im Konflikt mit den Palästinensern die Stärke und Tiefe der amerikanischen Partnerschaft mit den arabischen Regierungen und den arabischen Völkern beschädige. „The enduring hostilities between Israel and some of its neighbors present distinct challenges to our ability to advance our interests in the AOR [Area of Responsibility]. Israeli-Palestinian tensions often flare into violence and large-scale confrontations. The conflict foments anti-American sentiment, due to a perception of U.S. favoritism for Israel. Arab anger over the Palestinian question limits the strength and depth of U.S. partnership with governments and peoples in the AOR and weakens the legitimacy of moderate regimes in the Arab world. Meanwhile, al-Qaeda and other militant groups exploit that anger to mobilize support. The conflict also gives Iran influence in the Arab world through its clients, Lebanese Hizbollah und Hamas.“
Yossi Alpher legt im Internet-Portal „bitterlemons“ am 22. März Petraeus’ Ausführungen fast wörtlich in den Mund von John R. Biden in Jerusalem an die Adresse der israelischen Regierung: „Was Sie hier tun, untergräbt die Sicherheit unserer Truppen die im Irak, in Afghanistan und in Pakistan kämpfen¹¹¹.

Der brasilianische Präsident Lula da Silva, der sich zu einem Staatsbesuch in Israel aufhält, unterstreicht im Gespräch mit Yossi Beilin und Gadi Baltiansky die wegweisende Bedeutung der „**Genfer Initiative**“ auf dem Weg zur Zweistaatenlösung.

Im Interview mit dem Internet-Portal „Middle East Progress“ unterstützt das frühere Mitglied des US-Repräsentantenhauses Robert Wexler (D-Florida) – er leitet seit 2010 das „S. Daniel Abraham Center for Middle East Peace“ – die Antwort von US-Vizepräsident John R. Biden auf die Bekanntgabe von 1600 Neubauten im Jerusalemer Ostteil Ramat Shlomo. Sie sei angemessen und eine authentische Verurteilung einer politischen Ankündigung gewesen, die die Ziele von US-Präsident Barack Obama und des Nahost-„Quartetts“ unterminiert habe, indirekte Gespräche („proximity talks“) zwischen den Palästinensern und Israel zu beginnen. Man könne nicht wirkungsvoll und ernsthaft in einen Verhandlungsprozess eintreten, wenn eine Seite kontinuierlich der anderen ins Auge steche. Wexler betont, dass ein entmilitarisierter und wirtschaftlich lebensfähiger palästinensischer Staates geschaffen werden müsse, der prinzipiell die Grenzen von 1967 widerspiegele. Thomas L. Friedman bedauert in der „New York Times“, dass Biden nach dem Affront nicht seine Koffer gepackt und seinen israelischen Gastgebern gesagt habe: „Glauben Sie, dass Sie Ihren einzigen wahren Verbündeten in der Welt, um ein paar innenpolitische Bedürfnisse zu befriedigen, ohne Konsequenzen erzürnen können? Sie haben wohl den totalen Kontakt mit der Realität verloren!“

15.03.2010:

Barak Ravid berichtet für „Haaretz“ aus Washington, D.C., dass US-Außenministerin Hillary Clinton nach dem Telefonat mit Benjamin

Netanyahu am 12. März zumindest vier Maßnahmen ins Auge fassen, um das Vertrauen zu Israel wiederherzustellen:

1. Untersuchung des Prozesses, der zu der Ankündigung geführt hat, im Jerusalemer Stadtteil Ramat Shlomo weitere 1600 Wohneinheiten zu bauen. Die israelische Regierung hatte beim Besuch von US-Vizepräsident John R. Biden bedauert, dass die Entscheidung zum falschen Zeitpunkt erfolgt sei.
2. Widerruf der Entscheidung des Jerusalemer Planungs- und Baureferats.
3. Substantielle Geste Israels gegenüber den Palästinensern wie die Freilassung von einigen hundert Gefangenen, weiterer Rückzug des israelischen Militärs aus der Westbank und Übergabe an die Autonomiebehörde sowie Auflösung von Straßensperren.
4. Bereitschaft Israels, bei den bevorstehenden Gesprächen und Verhandlungen mit den Palästinensern alle zentralen Probleme anzugehen: Grenzen, Flüchtlinge, Jerusalem, Sicherheitsangelegenheiten, Wasser und Siedlungen¹¹².

Vor einer Versammlung seiner „Likud“-Partei bestätigt Benjamin Netanyahu am selben Tag, dass der jüdische Wohnungsbau in Ost-Jerusalem wie in den vergangenen 42 Jahren fortgesetzt werde. Dadurch komme kein Palästinenser zu Schaden.

Der US-Sonderbotschafter für den Nahen Osten George Mitchell sagt seine für den 16. März angekündigte Vermittlungsreise ab, solange die israelische Regierung Washingtons zentrale Forderungen nicht beantwortet habe.

Bei der Begegnung mit dem libanesischen Ministerpräsidenten Saad Hariri in Berlin kritisiert Bundeskanzlerin Angela Merkel in scharfer Form die israelische Politik: „Wir haben durch die Ankündigungen

des Baus neuer Wohnungen einen schweren Rückschlag erlitten in der Frage, ob es zu Annäherungsgesprächen zwischen Palästinensern und Israelis kommt.“ Sie drückt ihre Hoffnung aus, dass „die Signale aus Israel in Zukunft konstruktiv sind und nicht weiter so negativ“.

14.03.2010:

Im Vorfeld ihres Antrittsbesuchs im Nahen Osten hat die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik Lady Catherine Ashton angeregt, dass der Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Israel mit erkennbaren Fortschritten im Friedensprozess verknüpft werde¹¹³.

David Axelrod, politischer Chefberater von US-Präsident Barack Obama, erklärt, dass die Fortdauer des israelisch-palästinensischen Konflikts die Sicherheit der Vereinigten Staaten bedrohe. Die Behandlung von US-Vizepräsident John R. Biden in Jerusalem sei eine Beleidigung gewesen. Gerade weil die bilateralen Beziehungen stark seien, sei die Behandlung nicht akzeptabel.

Zvi Bar'el – im allgemeinen ein politischer Parteigänger des konservativen Lagers in Israel – berichtet in „Haaretz“, dass nach einer Umfrage der Universität Tel Aviv 56 Prozent der Gymnasiasten dafür plädieren, arabischen Staatsbürgern die Mitgliedschaft in der Knesset zu verweigern, bei den religiösen Jugendlichen belaufe sich der Prozentsatz auf 82. Ungefähr die Hälfte aller Hochschulwürde die Auffassung vertreten, dass arabischen Staatsbürgern nicht dieselben Rechte wie den jüdischen zugestanden werden sollten¹¹⁴.

Nach einer Mitteilung des in Stockholm ansässigen Friedensforschungsinstituts (Sipri) ist der deutsche Waffenexport zwischen 2006 und 2009 von sechs auf elf Prozent gestiegen. Hauptabnehmer seien die Türkei, Griechenland und Südafrika

gewesen. Nur die USA mit 30 und Russland mit 23 Prozent lägen höher als die Bundesrepublik.

13.03.2010:

In Ergänzung zum Telefonat Hillary Clintons mit Benjamin Netanyahu am 12. März verwarft sich US-Präsident Barack Obama gegen die „Demütigung“, die sein Vizepräsident Joe Biden in Jerusalem erfahren hat, und kündigt „besondere Maßnahmen“ für die Gestaltung der Beziehungen zu Israel an, um unter Beweis zu stellen, dass es die USA mit dem Friedensprozess ernst meinen. Israelische Kommentatoren vertreten die Auffassung, dass für Israel „die Stunde der Wahrheit“ geschlagen hat. Obama weist die halbe Entschuldigung zurück, mit der Netanyahu Washingtons Proteste gegen die Bebauungspläne in Ost-Jerusalem glaubte beruhigen zu können. Zu den ersten „Maßnahmen“ gehörte die Einbestellung des israelischen Botschafters Michael Oren ins State Department. Am 24. März erklärt Oren vor israelischen Generalkonsuln, dass die Beziehungen zu den USA seit den Truppenentflechtungsabkommen mit Ägypten und Syrien Mitte der 1970er Jahre in ihrer tiefsten Krise stecken würden. Am 16. März dementiert Oren, dass er das Wort „Krise“ benutzt habe. Auch wenn es in verschiedenen Punkten Meinungsunterschiede gäbe, würden die Diskussionen in einer Atmosphäre der Kooperation stattfinden.

12.03.2010:

Nach einem 43 Minuten dauernden Telefonat mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erklärt US-Außenministerin Hillary Clinton im Interview mit CNN, dass die Ankündigung neuer Wohnanlagen in Ost-Jerusalem die USA beleidigen würde. Auch das Nahost-„Quartett“ kritisiert die Pläne und betont in einer ersten

Stellungnahme: „Das Quartett verurteilt Israels Entscheidung, die Planung neuer Wohneinheiten in Ost-Jerusalem voranzutreiben“, und behalte sich zusätzliche Schritte vor. Bei seiner Sitzung am 19. März in Moskau werde sich das „Quartett“ eingehend mit der Lage vor Ort befassen.

Das israelische Verteidigungsministerium lässt die Westbank für zwei Tage vollständig abriegeln. Begründet wird die Anordnung mit der Einweihung der Hurvah-Synagoge in der Jerusalemer Altstadt und der Ankündigung radikaler Juden, am 16. März den Tempelberg zu „besuchen“. Die Hurvah-Synagoge des Rabbiners Yehuda heChassid war im Mai 1948 bei den israelisch-jordanischen Gefechten in der Altstadt zerstört worden[‡]. Am 14. März bis die Abriegelung bis zum 16. März verlängert. Von Plänen, gegen radikale Juden in der Altstadt vorzugehen, ist nichts bekannt.

11.03.2010:

Unter Berufung auf offizielle Kreise berichtet „Haaretz“, dass in Ost-Jerusalem rund 50.000 neue Wohneinheiten, darunter jene in Ramat Shlomo, in unterschiedlichen Planungsstadien seien. Die Baupläne in den kommenden Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten würden sich auf den Osten der Stadt konzentrieren, die meisten davon auf bereits existierende jüdische Wohnviertel. Die Sprecherin der Friedensgruppe „Ir Shalom (Stadt des Friedens)“, Orly Noy, erklärt dazu, dass die Baupläne darauf abzielen, für Jerusalem eine Vereinbarung mit den Palästinensern zu verhindern. Die Baupläne würden sich wie folgt verteilen: Gilo: 3000 Einheiten, Har Homa: 1500 Einheiten, Pisgat Zeev: 1500 Einheiten, Givat haMatos: 3500 Einheiten, Ramot: 1200 Einheiten, Armon haNatziv: 600 Einheiten und Neve Yaacov: 450 Einheiten. Weitere Pläne seien in fortgeschrittenem Stadium, so 1300 Einheiten im Süden

[‡] „Hurvah [Churvah]“ = Zerstörung.

Jerusalems. Pläne, Atarot im Norden der Stadt in ein ultraorthodoxes Viertel umzuwandeln, seien zugunsten eines Industriegebiets auf Eis gelegt worden¹¹⁵. Die Stadtverwaltung dementiert solch weitreichende Pläne.

10.03.2010:

Das Europäische Parlament fordert in einer Resolution die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit 335 gegen 287 Stimmen auf, die Vorwürfe des Goldstone-Berichts über israelische Verbrechen im Gazakrieg Dezember 2008 / Januar 2009 sorgfältig zu prüfen. Der ursprünglich schärfere Entwurf wurde umformuliert, nachdem der Präsident des „European Jewish Congress“, Moshe Kantor, damit gedroht hatte, eine solche Resolution würde die israelisch-europäischen Beziehungen belasten. Die Präsidentin des „New Israeli Fund“, die frühere Vizepräsidentin der Knesset, Noemi Chazan¹¹⁶, sei für eine Stellungnahme nicht zu erreichen gewesen, wird berichtet. In einer persönlichen Botschaft an mich distanziert sie sich von der Meldung und bezeichnet sie als „unverschämt“ („outrageous“).

09.03.2010:

Am Abend genehmigt die für den Distrikt Jerusalem zuständige Planungs- und Baubehörde den Bau von 1600 neuen Wohneinheiten in Ramat Shlomo, einem ultraorthodoxen Wohnviertel im Norden Jerusalems nahe dem palästinensischen Dorf Shuafat. Am 10. März bedauert Innenminister Eli Yishai (Vorsitzender von „Shas“), dass er mit der Bekanntgabe der Baupläne nicht eine Woche gewartet habe, bis Biden Israel den Nahen Osten verlassen habe. Dementsprechend betont die israelische Regierung, dass sie nicht die Absicht habe, den Plan aufzugeben. Netanyahu bedauert den „unglücklichen Zeitpunkt“ der

Bekanntgabe. Nach seinem Gespräch mit Präsident Machmud Abbas am 10. März in Ramallah erklärt der US-Vizepräsident, dass Neubauten in Ost-Jerusalem das Vertrauen in die bevorstehenden indirekten Gespräche erschüttern würden und dass die Palästinenser einen lebensfähigen und unabhängigen Staat verdienen. Die USA würden dafür eine aktive und nachhaltige Rolle spielen¹¹⁷. In einer Erklärung während seiner Besuchstour in Südamerika betont Bundesaußenminister Guido Westerwelle am 10. März, dass er die israelische Entscheidung mit großer Sorge sehe und die Bauankündigung „das falsche Signal zur falschen Zeit“ sei. Die Bundesregierung unterstütze zur Aufnahme der „geplanten indirekten Friedensgespräche ... alle Schritte in diese Richtung“. Am 11. März stellt Chefunterhändler Saeb Erakat klar, dass die „proximity talks“ ohne die Rücknahme der Baugenehmigung nicht beginnen würden. Am selben Tag erklärt Biden vor Studenten der Universität Tel Aviv, dass der Status quo keine Zukunft habe. Die Arabische Liga, die zu ihrer turnusmäßigen Jahrestagung Ende März im libanesischen Tripoli zusammenkommen wird, zieht ihre Empfehlung an die Autonomiebehörde zurück, mit Israel indirekte Gespräche aufzunehmen. Ebenfalls am 11. Mai bezeichnet der designierte Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, in einem Interview mit der Online-Ausgabe des in Düsseldorf erscheinenden „Handelsblatts“ das Bauvorhaben in Ramat Shlomo als „politisch wie perspektivisch zu bedauern“. Gleichzeitig betont Graumann, dass der „feste Wille zum Frieden (...) in Israel unstrittig und stark (ist)“¹¹⁸.

08.03.2010:

Im Vorfeld des Besuchs von US-Vizepräsident Joseph R. Biden Jr. in der Region billigt die israelische Regierung auf Antrag von Verteidigungsminister Ehud Barak den Bau von 112 neuen Wohneinheiten in der ultraorthodoxen Siedlung Beitar Illit in der Westbank. Am 10. März trifft Biden in Israel zu Gesprächen mit

Präsident Shimon Peres und Ministerpräsident Benjamin Netanyahu ein.

Die israelische Tageszeitung „Maariv (Abend)“ berichtet, dass die Regierung in Jerusalem mit teilweiser US-Unterstützung versucht habe, den palästinensischen Chefunterhändler Saeb Erakat zu entfernen. Erakat gilt als die mit allen Details vertraute Verhandlungspersönlichkeit. Niemand in der PA oder in Israel könne mit seiner Erfahrung Schritt halten, heißt es übereinstimmend auf beiden Seiten.

07.03.2010:

Das Exekutivkomitee der PLO fasst den Beschluss, der Palästinensischen Autonomiebehörde das Recht einzuräumen, indirekte Gespräche („proximity talks“) mit Israel zu beginnen, um die seit vierzehn Monaten andauernde Unterbrechung zu beenden.

Am Nachmittag trifft der US-Sondergesandte George Mitchell in Jerusalem mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu zusammen. Für den nächsten Tag sind Gespräche mit Präsident Machmud Abbas in Ramallah geplant.

06.03.2010:

Rund fünftausend Palästinenser und Israelis demonstrieren im Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrach friedlich gegen die Vertreibung von vier palästinensischen Familien aus ihrem Haus. Die Polizei drängt die meisten Demonstranten auf einen Fußballplatz ab, von wo aus sie das Haus nicht sehen können. Nur dreihundert von ihnen dürfen sich dem Haus nähern¹¹⁹. Das Internet-Portal der Tageszeitung „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ berichtet am 04. März, dass die Siedler in Sheikh Jarrah aus Anlass des Purim-Festes Lieder gesungen hätten, in denen Baruch Goldstein verherrlicht wird. Goldstein hatte am 25. Februar 1994 in Hebron 29

Palästinenser in der Ibrahim-Moschee ermordet, bevor er gelyncht wurde.

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak unterzieht sich im Heidelberger Klinikum einer Operation, bei der seine Gallenblase entfernt wird. Sein Gesundheitszustand gibt erneut Anlass in Ägypten zu Spekulationen über seine Amtsnachfolge.

05.03.2010:

Nach einem Bericht von „Haaretz“ hat die US-Administration in Beantwortung eines Schreibens der Palästinensischen Autonomiebehörde indirekt zugesagt, Israel für das Scheitern verantwortlich zu machen, sollten die bevorstehenden indirekten Verhandlungen zwischen beiden Seiten mit dem Ziel eines lebensfähigen, unabhängigen und souveränen palästinensischen Staates scheitern. „Wir erwarten“, heißt es in dem Schreiben, „dass beide Parteien ernsthaft und mit guten Absichten agieren. Sollte eine Seite nach unserem Urteil unseren Erwartungen nicht entsprechen, werden wir unsere Bedenken zum Ausdruck bringen und so handeln, dass die Hindernisse überwunden werden.“ Dagegen lässt das Außenministerium in Jerusalem an seine Botschaften einen Bericht verteilen, wonach sich die Präsident Barack Obama in den kommenden Monaten voll auf die Kongresswahlen im November 2010 konzentrieren und deshalb für den Nahen Osten wenig Energie aufbringen werde. Die Washingtoner Erklärungen zum israelisch-palästinensischen Konflikt seien nicht mehr als die Wiederholung altbekannter Worte, heißt es in dem Jerusalemer Bericht. Der Israel-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, Peter Münch, bestätigt am 08. März den diplomatischen Rückzieher der US-Administration und schreibt: „... der Visionär vom Dienst aus Washington hat längst andere Prioritäten. Obama hat dem Nahen Osten große

Fortschritte versprochen und große Enttäuschungen beschert. Er wird dort keinen Einsatz mehr zeigen, der das Risiko birgt, am Ende als Fehlinvestition abgebucht werden zu müssen. Dieses Feld ist verbrannt, wichtiger für ihn sind nun die Schauplätze Iran und Afghanistan – und innenpolitisch die Kongresswahlen im November. Der Nahost-Friedensprozess wird derweil in die Hinterzimmer der Macht verbannt¹²⁰.“ Als der Besuch von US-Vizepräsident Joseph R. Biden Jr. in Jerusalem durch die Ankündigung von 1600 neuen Wohneinheiten im Osten der Stadt belastet wird, schreibt Münch am 11. März in derselben Zeitung: „Obamas schwungvoller Aufbruch zu einem Frieden in Nahost ist von Netanyahu bis heute boykottiert worden. Die persönliche Beziehung der beiden Männer gilt als weitgehend zerrüttet. Erstaunlich ist allein, dass dies bis heute noch keinerlei Konsequenzen hatte. ...In Israel wartet kein Partner, sondern Benjamin Netanyahu, und was diesem Premier an Visionen fehlt, kompensiert er mit Finten und Finessen¹²¹.“

04.-06.03.2010:

Nach einer Umfrage des „Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR)“ in Ramallah zwischen dem 04. und 06. März in der Westbank und im Gazastreifen befürworten 54 Prozent der Befragten Kommunalwahlen ohne Rücksicht auf eine vorhergehende Versöhnung zwischen „Fatah“ und „ Hamas“, selbst wenn „ Hamas“ die Wahlen boykottieren sollte. Für 15 Prozent steht die Wiedervereinigung von Westbank und Gazastreifen an erster Stelle, dagegen halten 31 Prozent die Trennung für andauernd, und 47 Prozent glauben, dass die Wiedervereinigung noch lange auf sich warten lassen werde. Eine Mehrheit glaubt, dass die jüngsten Berichte über Korruption in der Autonomiebehörde den Tatsachen entsprechen, und 50 Prozent vertrauen nicht dem von Präsident Machmud Abbas zur Untersuchung eingerichteten Komitee. Wenn heute Wahlen stattfinden würden, bekäme Abbas trotzdem 50

Prozent der Stimmen, „ Hamas“-Ministerpräsident Ismail Haniyeh dagegen 40 Prozent. Bei einem Vergleich mit dem im israelischen Gefängnis einsitzenden Marwan Barghouti würde dieser 63 Prozent und Haniyeh 32 Prozent erhalten. Die Arbeit der „ Hamas“-Regierung finden 39 Prozent gut oder sehr gut, die von Salam Fayyad in der Westbank 42 Prozent. 47 Prozent sind mit der Arbeit von Abbas zufrieden, doch 50 Prozent nicht. Schließlich sprechen sich 73 Prozent der Befragten gegen die Beteiligung an indirekten Gesprächen mit Israel aus, solange die Siedlungspolitik anhält.

04.03.2010:

Der Vorsitzende des US-Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen John Kerry lädt zu einer Anhörung unter dem Titel „Grundwahrheiten, künftige Herausforderungen“ ein. An ihr nehmen teil der frühere Botschafter in Kairo und Tel Aviv Daniel Kurtzer, der Programmdirektor Naher Osten und Nordafrika bei der „International Crisis Group“ Robert Malley, der Präsident der „American Task Force on Palestine“ Ziad Asali und der Direktor des „Washington Institute for Near East Policy“ David Makovsky.

Februar 2010

Ende Februar 2010:

In seiner Monatsübersicht für Februar 2010 berichtet das „United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)“, dass die Zahl der in israelischen Gefängnissen und in Straflagern einsitzenden palästinensischen Kinder seit Januar 2010 von 318 auf 343 gestiegen sei; Mädchen seien nicht darunter. In der von Israel vollständig kontrollierten Zone C der Westbank würden 5,9 Prozent der Kinder an akuter Unterernährung, 15,3 Prozent an Untergewicht und 28,5 Prozent unter Beeinträchtigungen ihrer Entwicklung leiden. Im selben Berichtszeitraum seien in der Zone C elf palästinensische

Bauten zerstört, weil keine Genehmigungen erteilt wurden, darunter ein Haus, fünf Brunnen, drei Bauernhöfen, die saisonal genutzt würden, ein Stall und ein Lagerraum. Außerdem seien in der gemischt kontrollierten Zone B fünf Brunnen und Pumpen in der Nähe von Jenin ohne Vorankündigung zerstört worden. Für den Gazastreifen berichtet OCHA von der Fortsetzung der Blockade, der Krise in der Versorgung mit Elektrizität, dem leichten Anstieg bei der Einfuhr von Kochgas sowie der Einschränkung der Bewegungsfreiheit.

28.02.2010:

Im Interview mit „Haaretz“ äußert Ruth Dayan, die heute 93jährige Witwe Moshe Dayans, ihre Verzweiflung über die zerstörten Friedenshoffnungen. Nur der Dialog, nicht jedoch Trennungswandern, könne den Terrorismus beenden. Im Unabhängigkeitskrieg 1948 seien in ihrem Wohnort Nahalal westlich von Nazareth 17 Kinder getötet worden, so dass damals an nichts anderes zu denken gewesen sei.

27.02.2010:

Die israelische Polizei zerstreut mit einem Einsatz etwa zwanzig Palästinenser, die sich in der Al-Aqza-Moschee auf dem Jerusalemer „Haram al-Sharif (Nobles Heiligtum)“, dem jüdischen Tempelberg, verkarriadiert haben und Steine auf nicht-moslemische Besucher werfen. Auch danach bleibt die Stimmung in der Altstadt angespannt.

26.02.2010:

Israelische und palästinensische Medien berichten von einem 21 Seiten starken Papier des palästinensischen Chefunterhändlers Saeb Erakat vom Dezember 2009 unter dem Titel „The Political Situation in Light of Developments with the U.S. Administration and

Israeli Government and Hamas's Continued Coup d'état“. Darin habe Erakat mehrere gewaltlose Widerstandsformen vorgestellt, zu denen

- die Forderung nach Wiederaufnahme der israelisch-palästinensischen Verhandlungen auf der Basis der einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, der „Road Map“ und der Arabischen Friedensinitiative von 2002,
- die Auflösung der palästinensischen Sicherheitskräfte, die unter der Leitung des US-Generals Keith Dayton trainiert werden, was zur Stärkung von „Hamas“ in der Westbank führen werde,
- die vollständige Absage an die Osloer Vereinbarungen von 1993/95 unter Einschluss der Auflösung der Autonomiebehörde, die auf die erneute vollständige Kontrolle der Westbank durch das israelische Militär führen würde,
- sowie der Verzicht auf die Zwei-Staaten-Lösung zugunsten eines binationalen Staates.

Erakat fordere die Rückkehr Israels zu den Zwischenergebnissen der Gespräche zwischen Machmud Abbas und Ehud Olmert vom Dezember 2008. Darin eingeschlossen sei die israelische Bereitschaft, über einen zehnjährigen Zeitraum jeweils 15.000 palästinensische Flüchtlinge aufzunehmen.

25.02.2010:

Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass die Westbank nicht Teil Israels ist und dass deshalb israelische Waren aus diesem Gebiet bei Exporten nach Europa zollpflichtig sind. Das Gericht verweist in seinem Urteil auf die Verträge mit Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde aus der zweiten Hälfte der 1990er Jahre¹²². Auslöser ist eine Klage der in Hamburg ansässigen Brita GmbH gegen die Beschränkung von

Einführen der israelischen Firma „Soda-Club“, die in Mishor Adumim – einer der zehn israelischen Industriezonen in der Westbank – Sprudelgerätschaften und Säfte produziert.

In Hebron stoßen etwa dreihundert Palästinenser, die an das Massaker Baruch Goldsteins am 24. Februar 1994 dem Vorabend von Purim[§] –, bei dem 29 Palästinenser in der Ibrahim-Moschee getötet werden, mit israelischen Sicherheitskräften zusammen. Die Demonstranten werden von dem Knesset-Abgeordneten Mohammed Barekeh, dem Vorsitzenden der „Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (Hadash)“ begleitet.

Ari Shavit beschäftigt sich in „Haaretz“ mit Benjamin Netanyahu politischer Philosophie, wonach Israel eine Balance zwischen seinem Anspruch als technologisch führende Weltmacht und der Pflege des grundständigen zionistischen Erbes suchen müsse. Nicht zufällig habe der Ministerpräsident darin nicht das Grab der Patriarchen in Hebron, Rachels Grab in Bethlehem und die Siedler in Yitzhar und Itamar eingeschlossen. Wenn, so Shavit, Israel eine führende technologische Weltmacht auf der Grundlage seiner zionistischen Werte und der Position der Stärke sein wolle, müsse es schrittweise die palästinensischen Gebiete verlassen. Ansonsten werde seine Philosophie scheitern¹²³. Netanyahu hatte den „National Heritage Plan“ mit mehr als 150 Erinnerungsstätten zunächst auf der Herzliya-Konferenz am 03. Februar¹²⁴ vorgetragen und erst auf Betreiben der „Sefardischen Torah-Wächter (Shas)“ die beiden Stätten in der Westbank aufnehmen lassen. In einer Stellungnahme beschuldigt der Generalsekretär von „Peace Now“, Yariv Oppenheimer, den Ministerpräsidenten, damit die

[§] An Purim wird die Befreiung der persischen Juden durch Mordechai gefeiert. Mordechai rettet sie vor dem Anschlag Hamans, einem hohen Beamter am Hofe Ahasvers (Esther 9,20-28). Goldstein Mordtat hängt mit dieser Geschichte eng zusammen, indem er die Palästinenser mit Motiven Hamans verglich.

Zweistaatenlösung zu Grabe zu tragen, während der Vorsitzende des „Rates der Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza (YESHA)“, Dani Dayan, Netanyahu beglückwünscht und ihn auffordert, weitere Erinnerungsstätten in der Westbank in die Planungen aufzunehmen. Kabinettssekretär Zvi Hauser erklärt dazu, dass die Liste noch nicht abgeschlossen sei. Die Kosten für den „National Heritage Plan“, dessen Durchsetzung innerhalb von fünf Jahren erfolgen soll, belaufen sich auf 600 Millionen Neue Shekel (~ 110 Mio. Euro), davon sollen 400 Millionen aus dem Staatshaushalt stammen¹²⁵. Der Kabinettsbeschluss erfolgte am 21. Februar in Tel Hai (Ober-Galiläa) aus Anlass des 90. Todestages von Josef Trumpeldor¹²⁶.

In einem Gespräch mit dem Internet-Portal „Middle East Progress“ betont Shaul Arieli, der neben seiner Tätigkeit als Geograph des israelischen Teams der „**Genfer Initiative**“ heute auch zum „Council on Peace and Security“ gehört, dass 85 Prozent der geplanten Trennungsmauern und -zäune entlang der ehemaligen Grünen Linie fertiggestellt seien, während dies bei den Siedlungsblöcken Ariel-Kedumim, Maale Adumim und Gush Etzion erst zu fünfzig Prozent der Fall sei. Insgesamt würden damit 4,5 Prozent der Westbank an Israel fallen und könnten deshalb eher in einen Gebietsaustausch eingehen, als wenn es sich um einen größeren Anteil der Westbank handele. Zur Frage der Demilitarisierung des künftigen Staates Palästina verweist Arieli auf die mittlerweile vervollständigten Anhänge der „**Genfer Initiative**“¹²⁷. Der wichtigste Streitpunkt sei das „Heilige Bassin“ in Jerusalem – Altstadt, Zionsberg, Ölberg und Garten Gethsemane –, während die Flüchtlingsfrage kein wirkliches Problem sei.

22.02.2010:

Ohne Israel ausdrücklich zu nennen, verurteilen die EU-Außenminister in Brüssel den Mord an Machmud Mabchuch in Dubai¹²⁸. Er werfe „verstörende Fragen“ auf und sei für den Frieden nicht förderlich. „Die EU verurteilt aufs schärfste, dass diejenigen, die in diesen Vorgang verwickelt waren, falsche Pässe und Kreditkarten aus EU-Mitgliedsstaaten benutzt haben, die sie durch den Diebstahl der Identität von EU-Bürgern erlangt haben“, heißt es in der Erklärung. Der Staatsminister im Berliner Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, spricht von einer „irritierenden Situation“, will aber keine voreiligen Schlussfolgerungen ziehen, bevor die zuständige Staatsanwaltschaft Köln Ergebnisse vorlege.

21.02.1020:

Nach einem Bericht in „Haaretz“ bereitet der französische Außenminister Bernard Kouchner gemeinsam mit seinem spanischen Amtskollegen Miguel Moratinos eine Initiative vor, wonach die Europäische Union den Staat Palästina in achtzehn Monaten ankündigen werde, und zwar unabhängig von den israelisch-palästinensischen Verhandlungen. Die Absicht sei der israelischen Regierung vor einigen Wochen mitgeteilt worden¹²⁹. Am 22. Februar distanziert sich Staatspräsident Nicolas Sarkozy von seinem Außenminister und verweist auf den Verhandlungsweg: Er dann könne der palästinensische Staat gegründet werden, erklärt der Präsident nach einem Gespräch mit dem israelischen Außenminister Avigdor Lieberman in Paris.

In derselben Zeitung verwarft sich Sefi Rachlevsky – Autor der Bücher „Der Esel des Messias“ (Tel Aviv 1998, Hebr.) und „Keine Grenze“ (Kinneret 2008, Hebr.) – gegen die Pläne von Transportminister Yisrael Katz („Likud“), in Autobussen, die durch ultraorthodoxe Wohnviertel fahren, für getrennte Sitzreihen für Männer und Frauen zu sorgen. Israel werde zunehmend, befürchtet

Rachlevsky, ein Staat mit offener Segregation unter Verweis auf die religiösen und ultraorthodoxen Schulsysteme, die vom Staat subsidiert werden. Ein Staat, der seitens des Iran in seiner Existenz mit der Behauptung von Diskriminierung, Segregation, Rassismus und Messianismus bedroht werde, dürfe nicht selbst in diesen Abgrund fallen.

Das Kabinett in Jerusalem beschließt, das Patriarchengrab in Hebron und das Grabmal Rachels in Bethlehem auf die Liste von 150 israelischen Kulturstätten zu setzen und für ihre Erhaltung hundert Millionen Euro zu bewilligen. Am 26. Februar kritisiert die UNESCO die Entscheidung und verweist darauf, dass beide Standorte im palästinensischen Westjordanland auch Muslimen und Christen heilig seien. US-Außenministerin Hillary Clinton schließt sich der Kritik an.

19.02.2010:

Bei einer Demonstration gegen die Enteignung von Palästinensern im Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrach äußert sich der frühere Präsident der Knesset und der „Jewish Agency“, Avraham Burg, besorgt, dass die Demokratie in Israel im technischen Sinne funktioniere, aber wesentliche Freiheiten verlorengegangen seien¹³⁰.

Die US-amerikanische Gruppe „Media Matters Action Network“ berichtet, dass Adam Horowitz und Philip Weiss in der Wochenzeitschrift „The Nation“ im November 2009 darauf hingewiesen haben, dass sich unter den US-amerikanischen Juden eine dramatische Entwicklung zuungunsten der Unterstützung der israelischen Politik seit dem Gazakrieg und der Regierungsübernahme durch Benjamin Netanyahu vollziehe. Die Indifferenz sei besonders unter jungen Juden zu beobachten.

18.02.2010:

In seiner Wochenübersicht für den 10. bis 16. Februar berichtet das „United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)“, dass in der Westbank ein Palästinenser und ein israelischer Soldat getötet worden sind.

Der Kommentar der US-amerikanischen Gruppe „Media Matters Action Network“ befasst sich mit der anhaltenden Kritik der israelischen Regierung und ihrer Freunde in den USA an dem US-amerikanischen Friedensbündnis „J-Street“ und kommt zu dem Schluss, dass „J-Street“ deshalb so scharf kritisiert werde, weil man ihm keine antiisraelische Position vorwerfen könne. Denn „J-Street“ betone, dass es möglich sei, für Israel einzutreten und gleichzeitig die offizielle Politik Israels abzulehnen, weil diese dem Land schade.

17.02.2010:

Das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem berichtet, dass bei einer Begegnung am 1. Februar zwischen dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU), der israelische Schriftsteller David Grossman an Deutschlands moralische Verpflichtung appelliert und darum gebeten habe, dass die Deutschen aus diesem Grund eine aktivere und tragende Rolle in Nahost übernehmen sollten. Damit würden sie dem Sicherheitsbedürfnis Israels am besten gerecht. Dagegen bezweifelt der frühere Botschafter bei der Europäischen Union, Oded Eran, dass die israelische Führung ernsthaft daran interessiert sei, integraler Teil des EU-Projekts zu werden. Zwar wolle Israel eine Verstärkung seiner Beziehungen nach Europa, doch halte es die EU nicht für einen ehrlichen Vermittler im Nahostkonflikt. Andere Referenten der Tagung weisen darauf

hin, dass es in Israel nur sehr wenige Experten gebe, die sich mit den beiderseitigen Beziehungen befassen¹³¹.

Auf die wachsende Schere in der israelischen Gesellschaft weist Aluf Benn in „Haaretz“ hin. Gegenwärtig seien nach Angaben des Statistischen Jahrbuches 47,5 Prozent der Erstklässer ultraorthodoxe Juden („Charedim“¹³²) oder Araber, wobei die Wachstumsrate des ultraorthodoxen Schulsystems 39 Mal größer sei als das der staatlich-säkularen Schulen und 13 Mal größer als der arabischen Schulen. Damit sei Israel, so der Autor, in einem nie dagewesenen sozialen Wandel angekommen, der einen dreifachen Nationalstaat aus säkularen Juden, Charedim und Arabern entstehen lasse – mit Konsequenzen für den Militärdienst und die Wirtschaft. Benn zeigt sich davon überzeugt, dass die Zukunft Israels von der Integration Araber und Charedim abhängen.

Im Interview mit dem Wiener „Standard“ kritisiert Yossi Beilin als Vorsitzender der „**Genfer Initiative**“ US-Präsident Barack Obama dafür, dass Washington keine politischen Konsequenzen aus seiner Kritik an der israelischen Siedlungspolitik gezogen hat. „Das überfordert mein Verständnis. Wir sehen eine unerfahrene US-Administration, die einfach zu viele Fehler in ihrem ersten Jahr gemacht hat. Von einer großen Hoffnung hat sich das Ganze zu einer großen Frustration entwickelt“, zitiert ihn das Blatt. Die Ernennung von Sonderbotschafter George Mitchell sei ein Fehler gewesen, denn er „hat ein ganzes Jahr mit den Modalitäten eines Siedlungsstopps vertan, statt sofort in Verhandlungen einzusteigen. Er ist ein guter Mann, der viel geleistet hat, aber man wird nicht über Fortschritte berichten können, solange er in dieser Funktion ist¹³³.“

Das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem berichtet von einer Tagung an der Ben-Gurion University über fünfzig Jahre israelisch-europäische Beziehungen. Dabei habe der frühere israelische Botschafter bei der Europäischen Union, Oded Eran, die Auffassung vertreten, dass Israel den Ausbau

der Beziehungen zu Europa wünsche, nicht aber ein integraler Teil Europas sein wolle Heiligen Bassins“ in Jerusalem – Altstadt, Zionsberg, Ölberg und Garten Gethsemane – ¹³⁴.

Die US-Regierung gibt die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Syrien bekannt und benennt den bisherigen Gesandten im Irak, Robert Ford, zum Botschafter in Damaskus. Washington hatte die Beziehungen nach dem Mord an dem ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri Mitte Februar 2005 abgebrochen, mit dem der syrische Geheimdienst belastet wurde¹³⁵. Am 18. Februar begrüßt der für politische Fragen im State Department verantwortliche Staatssekretär William Burns im Gespräch mit Staatspräsident Bashar Assad die Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Mitte April ist Ford jedoch aufgrund der neuerlichen Spannungen um die syrische Unterstützung bei der Aufrüstung der libanesischen „Hisbollah“ mit ballistischen Raketen noch nicht in Damaskus eingetroffen.

16.02.2010:

Das Jerusalemer Außenministerium blockiert Gespräche einer Delegation von Mitgliedern des US-Repräsentantenhauses, zu der William Delahunt (D-Massachusetts), Donald Payne (D-New Jersey), Lois Capps (D-California), Bob Filner (D-California) und Mary Jo Kilroy (D-Ohio) gehören, ohne offizielle israelische Begleitung in Israel und in den palästinensischen Gebieten aufzutreten, weil dieses Interesse diplomatischen Gepflogenheiten widerspreche. Der auf fünf Tage angelegte Besuch wird von der Friedensorganisation „J Street“¹³⁶ und dem Verband „Churches for Middle East Peace“ in Washington, D.C. unterstützt. In einer Rede vor der „Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations“ in Jerusalem spricht der stellvertretende israelische Außenminister Danny Ayalon „J Street“ das Selbstverständnis als eine pro-israelische Organisation ab und kritisiert ihre differenzierte Beurteilung des „Goldstone-Report“ als gegen den Staat Israel gerichtet. Am 22. Februar kritisiert

Yehuda Ben Meir in der „Jerusalem Post“ die israelische Politik gegenüber „J Street“ als töricht. Die Organisation, so der Autor, der früher stellvertretende Vorsitzender der Nationalreligiösen Partei (Mafdal“) war, habe eine nicht unbeträchtliche Unterstützung unter den US-amerikanischen Juden und im Kongress, während der weit rechts stehende Einfluss in Israel und in den USA der Regierung Benjamin Netanyahus zugute kommen solle. Auch wenn für ihn, Ben Meir, manche Positionen von „J Street“ unakzeptabel seien, müsse der Dialog gesucht werden, statt die Mitglieder der Organisation der israelischen Politik völlig zu entfremden¹³⁷.

15.02.2010:

Der stellvertretende Außenminister Israels Danny Ayalon schlägt vor, dass im Zuge der Schaffung eines palästinensischen Staates arabisch bewohnte Regionen Israels an Palästina ausgetauscht werden, wenn Israel palästinensische Territorien annektiert. Jüdische und arabische Abgeordnete der Knesset weisen diesen Vorschlag mit der Begründung scharf zurück.

In einem Schreiben an die Sitzungswochen des UN-Menschenrechtsrats in Genf vom 01. bis 26. März erinnern die Menschenrechtsorganisation „Al-Haq (Wahrheit, Gerechtigkeit)“ und andere palästinensische Organisationen an den Gaza-Krieg im Dezember 2008 bis Januar 2009 mit seinen über 1400 Toten und den schweren Verletzungen menschlicher Würde und den massiven materiellen Verwüstungen an den UN-Bericht („UN Fact Finding Mission on the Gaza Conflict [Goldstone-Report]“) und beklagt die fortdauernde Missachtung der juristischen Verpflichtungen der Besatzungsmacht mit dem Ergebnis der schweren Verletzung palästinensischer Rechte sowie der Weigerung des Obersten Gerichts Israels, die Besatzungsmacht zur Achtung der Vierten Genfer Konvention anzuhalten. Das Gericht behauptete, dass „der Staat Israel nicht in der generellen Verpflichtung steht, für das Wohl der Bewohner des [Gaza-]Streifens gemäß dem internationalen

Besatzungsrecht zu sorgen“. Bislang sei lediglich ein einziger Soldat in Israel zu siebeneinhalb Monaten Gefängnis wegen des Diebstahls einer Kreditkarte verurteilt worden. Auch die Palästinensische Autonomiebehörde sei ihren Verpflichtungen gemäß dem Goldstone-Report nur unzureichend nachgekommen. Drittstaaten, so „Al-Haq“, seien gemäß dem internationalen Gewohnheitsrecht ebenfalls verpflichtet, Rechtsbrecher jeder Staatsangehörigkeit zur Verantwortung zu ziehen. Abschließend wird der UN-Generalsekretär aufgefordert, für die Implementierung des Goldstone-Report Sorge zu tragen¹³⁸.

US-Außenministerin Hillary Clinton wirbt in Riyad für die Erhöhung der saudischen Öllieferungen an China, um das „Land der Mitte“ von Iran unabhängiger werden zu lassen. Ihr Amtskollege Saud al-Faisal bezweifelt die Wirksamkeit langfristig angelegter Sanktionen und rät zu schnelleren Entscheidungen, ohne sie zu detaillieren. Bei der Begegnung Clintons mit König Abdullah sind sich beide einig, dass der sog. Friedensprozess wieder aufgenommen werden müsse, doch hält dies der König für die Palästinenser für unzumutbar, solange Israel immer neue Siedlungen baut. Nach Angaben des Arabien-Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Rainer Hermann, bezieht China gegenwärtig 430.000 Barrel Rohöl täglich aus dem Iran – 17 Prozent der gesamten iranischen Ölausfuhr –, während Japan mit 480.000 Barrel als größter Abnehmer auftritt.

14.02.2010:

Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der USA, Admiral Michael Mullen, warnt Israel auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv vor den Folgen eines Militärschlages gegen iranische Atomanlagen für den gesamten Nahen Osten. Gleichzeitig stellt Mullen klar, dass Iran keine Nuklearstreitmacht werden dürfe.

13./14.02.2010:

In der Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ berichtet Peter Münch aus Jerusalem, dass nach Angaben des Sprechers der Gruppe „Ateret Cohanim (Krone der Hohenpriester)“ heute 900 Juden im Moslemischen Viertel der Altstadt leben, vor 31 Jahren sei es eine einzige Familie gewesen. Bei einer Veranstaltung des palästinensischen Teams der „**Genfer Initiative**“ am 8. Februar im Grad Park Hotel in Ramallah hebt ihr Jerusalem-Experte Nazmi al-Jubeh hervor, dass auf dem einen Quadratkilometer großen Areal der Altstadt 39.000 Menschen – darunter dreitausend Israelis – leben

11.02.2010:

Bei den staatlichen organisierten Großkundgebungen in Teheran und anderen Städten Irans aus Anlass der 31. Wiederkehr der Islamischen Revolution setzen die staatlichen Sicherheitsbehörden ihre Verhaftungswelle gegen Demonstranten fort. Auf den Straßen kommt es zu Zusammenstößen. Für Vertreter ausländischer Medien bleibt die Berichterstattung höchst beschränkt, melden aber beispiellose Sicherheitsvorkehrungen. Die Botschafter Großbritanniens, Italiens, der Niederlande und Deutschlands nehmen an den staatlichen Feierlichkeiten nicht teil. Die Oppositionspolitiker Mohammad Chatami und Mehdi Karubi bleiben von den Angriffen der Schlägertrupps nicht verschont. Staatspräsident Machmud Achmadinedjad gibt bekannt, dass Iran mit der Übergabe von angereichertem Uran „durch die Gnade Gottes“ zum Atomstaat geworden sei. Vermutungen gehen dahin, dass es für medizinische Zwecke eingesetzt werden soll.

09.02.2010:

Im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ beklagt der soeben aus dem Amt geschiedene EU-Kommissar Günter Verheugen, dass die Rolle Europas im Nahostkonflikt „gleich null“ sei. Verheugen führt

den Status quo auf das Fehlen einer europäischen Sicherheitsarchitektur, einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik sowie auf den Mangel an entsprechenden „Machtinstrumenten“ zurück. Was er mit letzteren meint, führt Verheugen nicht aus¹³⁹.

08.02.2010:

Yossi Verter berichtet in „Haaretz“, dass der zum „Likud“ gehörende Minister Michael Eitan bei einer Veranstaltung der „**Genfer Initiative**“ am vergangenen Wochenende in Dimona und in Anwesenheit des Vorsitzenden der „Genfer Initiative“ Yossi Beilin scharf jenen Flügel in seiner Partei angegriffen habe, die noch immer der Idee eines „Ganz Israel“ in den Grenzen zwischen Mittelmeer und Jordan anhängt und sich kürzlich in der Knesset als Lobby überparteilich formell konstituiert hat.

Das Kabinett der Autonomiebehörde in Ramallah kündigt Kommunalwahlen in der Westbank und im Gazastreifen für den 17. Juli an. In einer Mitteilung des „Palestinian Center for Human Rights“ vom 22. Februar wird bezweifelt, dass Wahlen unter den obwaltenden Bedingungen – der Ablehnung seitens „ Hamas“ – unrealistisch seien und deshalb das Ergebnis voraussehbar sei. Dasselbe treffe zu, wenn „ Hamas“ Kommunalwahlen in eigener Verantwortung durchführen wolle.

In einem Gastbeitrag in der libanesischen Zeitung „Daily Star“ begrüßt der bei der „American Task Force for Palestine“ – einer Organisation US-amerikanischer Staatsbürger mit arabischen Wurzeln – tätige Wissenschaftler Hussein Ibish die Bereitschaft zahlreicher palästinensischer Führungspersonlichkeiten, jüdischen Siedlern nach Gründung des Staates Palästina die Möglichkeit einzuräumen, als Staatsbürger dort zu leben, und verweist auf das Vorbild der israelischen Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit.

Der Autor empfiehlt gleichzeitig den Aufbau eines säkularen Staatswesens¹⁴⁰.

07.02.2010:

Nach langem Zögern erklärt sich Machmud Abbas bereit, die Verhandlungen mit Israel, die seit der Regierungsübernahme Benjamin Netanyahus unterbrochen sind, auf indirektem Wege unter Einschaltung des US-amerikanischen Sonderbotschafters George J. Mitchell wieder aufzunehmen. Nach Medienberichten will sich Abbas mit arabischen Regierungen abstimmen, bevor er seine Zustimmung unter seiner Beteiligung erteilt.

06.02.2010:

In einem Memorandum an den Autonomie-Ministerpräsidenten Salam Fayyad macht der Generaldirektor der Menschenrechtsorganisation „Al-Haq (Wahrheit, Gerechtigkeit)“, Sha'awan Jabarin, bei Würdigung vieler Fortschritte bei der Überwindung von „Instabilität, des bewaffneten Chaos und anderer negativer Aspekte der Unsicherheit“ auf sieben Herausforderungen aufmerksam, die nach wie vor Risiken für Rechte und Freiheiten darstellen. Dazu rechnet die Organisation willkürliche Festnahmen aufgrund politischer Zugehörigkeit; Versäumnisse bei der Vorlage von Beweisen gegen Beschuldigte; Ausflüchte beim Vollzug von Entscheidungen des Obersten Justizgerichts, Gefangene freizulassen; Fortsetzung der Praxis der Militärgerichte, sich in Zivilprozesse einzumischen; Einmischung in die Arbeit von Wohlfahrts- und bürgerschaftlichen Organisationen; Folter und Missbrauch; Einstellung von Personen in den öffentlichen Dienst erst nach Überprüfung und auf Empfehlung seitens der Sicherheitsdienste aufgrund angeblicher politischer Beziehungen zu „ Hamas“ oder verwandten Bewegungen¹⁴¹.

05.02.2010:

Der Ko-Direktor der „Abraham Fund Initiative“ und frühere Knessetabgeordnete Mohammad Darawshe führt in „Haaretz“ aus, dass fünfzig Prozent der israelischen Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit unter der Armutsgrenze leben. Der Autor begründet den Befund unter anderen mit der geringen Zahl von erwerbstätigen Frauen, mit der industriellen Unterentwicklung arabischer Städte und Ortschaften, mit der hohen Arbeitslosigkeit unter arabischen Hochschulabgängern und mit der geringen Beschäftigung im öffentlichen Sektor „aus Sicherheitsgründen“. Das Potential der arabischen Bürger könne im übrigen als eine Brücke zwischen der Wirtschaft Israels und der arabischen Welt dienen, glaubt Darawshe¹⁴².

In einer Pressemitteilung berichtet das Bundesministerium für Bildung und Forschung, dass seine Amtschefin Annette Schavan in Jerusalem den „Stiftungsfonds Martin-Buber-Gesellschaft der Forschungsstipendiaten in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ mit einem Finanzvolumen von 20 Millionen Euro eröffnet hat. Mit dem Geld soll die Arbeit junger Geistes- und Sozialwissenschaftler in Israel gefördert werden. Außerdem weihte Schavan in der Dormitio-Abtei in Jerusalem den „Laurentius-Klein-Lehrstuhl für Biblische und Ökumenische Theologie“ an. Erste Lehrstuhlinhaberin iist Margareta Gruber von der Ordensgemeinschaft der Franziskanerinnen von Sießen. Zu ergänzen ist, dass die Stadt Jerusalem Martin Buber bislang keine Ehrung hat zuteil werden lassen. Die Straße in Talbiye, in der er bis zu seinem Tode 1965 lebte, trägt den Namen „Chowewei Zion (die „Zionsliebenden)“, einer präzionistischen Gruppe von Einwanderern aus Osteuropa in den 1870- und frühen 1880er Jahren. 1966 schrieb der an der Hebräischen Universität lehrende Erziehungswissenschaftler Ernst Akiva Simon: „Es gibt in Israel eine weitverbreitete Tendenz, die während Ben Gurions langer Regierung fast

offiziell war, Bubers Weltruhm zwar für das kollektive Prestige des Staates [im Ausland] auszunutzen, seinen Träger aber dadurch zu definieren, dass man seine politischen Ideen, Vorschläge und Forderungen in ein überirdisches Wolkenkuckucksheim abschob...^{143.}

04./05.02.2010:

Mehrere israelische und US-amerikanische Medien berichten von einem tätlichen Angriff auf die Naomi Chazan in New York. Die Politologin der Hebräischen Universität in Jerusalem, einer früheren Vizepräsidentin der Knesset und der heutigen Präsidentin des politisch progressiven „New Israel Fund (NIF)“ in den USA, fiel der Attacke nach einer propagandistischen Breitseite der rechtsextremen israelischen Bewegung „Im Tirtzu (Wenn ihr wollt)“ – eine Anspielung auf Theodor Herzl – zum Opfer, die den Rückzug aus den palästinensischen Gebieten strikt ablehnt. Die Bewegung hatte zuvor Chazan wegen ihrer angeblichen Verbindungen zur UN-Kommission unter Leitung von Richard Goldstone angegriffen und sie in einer Karikatur mit einem Horn auf der Stirn unter dem Namen „Naomi Goldstone Chazan“ vorgestellt. In einem Telefonat mit „Haaretz“ betont sie, dass sie stolz sei, ein Symbol der israelischen Demokratie mit ihren Werten für Gleichheit, Toleranz, soziale Gerechtigkeit und Redefreiheit zu sein, kritisiert aber methodologische Mängel des Berichts. Wie die Zeitung am 05. Februar weiter berichtet, habe die „Jerusalem Post“ es am 04. Februar abgelehnt, künftig von ihr Gastbeiträge zu übernehmen. Eine Distanzierung der israelischen Regierung von dem Anschlag ist nicht bekannt. Stattdessen richtet die Knesset einen Ausschuss mit dem Untersuchungsauftrag ein, wer von den israelischen NGO's der UN-Kommission Informationen über das israelische Militär im Gazakrieg geliefert habe, und stellt sich damit faktisch hinter die Kritik von „Im Tirtzu“. „Haaretz“

macht darauf aufmerksam, dass die Bewegung trotz ihrer Behauptung, zur politischen Mitte zu gehören, eindeutige rechtsextreme Positionen vertritt und Verbindungen zu den „Women in Green“ – dem organisatorischen Arm von Siedler-Frauen –, zu der Gruppe „Honenu (Wir wurden betrogen)“ und zum Leiter der evangelikalen US-„Christians United for Israel“, Pastor John Hagee, unterhalte. Die israelischen Partnergruppen würden sich von der Unterstützung durch Hagee auch nicht davon abhalten lassen, dass dieser 2008 verquer behauptete, Hitler – ein „Halbjude“ und Nachkomme Esaus – habe den Willen Gottes befolgt, weil sich die Juden gegen Ihn rebellisch gezeigt und dafür bestraft worden seien. „Honenu“ mit dem „Central Israel Fund“ im Hintergrund finanziere die Verteidigung von Personen, die aufgrund ihrer Mordtaten gegen Palästinenser und homosexuelle Israelis an den „jüdischen Untergrund“ der 1980er Jahre erinnere¹⁴⁴. Am 05. Februar zitiert die „Jerusalem Post“ in knappen Worten den Vorsitzenden der Partei „Meretz“, Chaim Oron, mit den Worten, dass ein Land nicht über Nacht von der Demokratie beim Faschismus lande. Dagegen zitiert das Blatt in langen Passagen den Minister für Diaspora-Angelegenheiten, Yuli Edelstein („Israel Beteinu/Unser Haus Israel“), der sich den Behauptungen anschließt, wonach „New Israel Fund“ israelische Menschenrechtsorganisationen „Adalah“, „Breaking the Silence“, „B’tselem“, die „Association for Civil Rights in Israel“, das „Public Committee Against Torture in Israel“, „Yesh Din“ und die „Physicians for Human Rights“ mitfinanziere. Chazan wehrt sich gegen den Vorwurf der direkten Unterstützung dieser Organisationen, doch unterstütze NIF deren Recht, sich zum Goldstone-Bericht zu äußern¹⁴⁵. Am selben Tag veröffentlichten Schriftsteller, Intellektuelle, Wissenschaftler, Diplomaten und Politiker eine Anzeige ebenfalls in der „Jerusalem Post“ mit dem Titel „We are also the New Israel Fund“, in der sie sich über den Anschlag auf Chazan und schockiert und besorgt über Behinderungen von

Menschenrechtsorganisationen zeigen und zusagen, sich nicht Angriffen zu beugen. Zu den Unterzeichnern gehören A.B. Yehoshua, Amos Oz, David Grossman, Assaf Gefen, Michael Sfard, Alon Liel, Moshe Zuckermann, Roman Bronfman, Shulamit Aloni, Uzi Baram, Yossi Beilin, Yossi Sarid, Dan Jacobson, Edy Kaufman, Emanuel Sivan, Gabriel Motzkin, Mordechai Kremnitzer, Tamar Hermann, Yaron Ezrahi, Sami Michael und Yehoshua Sobol. In seiner wöchentlichen Kolumne bezeichnet Gershon Baskin am 09. Februar die Entscheidung der „Jerusalem Post“, von der Mitarbeit Chazans Abstand zu nehmen, als einen Schlag gegen die Demokratie und eine Schande.

Die „Jerusalem Post“ zitiert ausführlich aus dem Bericht „The Political Situation in Light of Developments with the US Administration and Israeli Government and Hamas' continued Coup d'état“ des palästinensischen Chefunterhändlers Saeb Erakat vom Dezember 2009. Darin schlägt Erkat vor, sich im Falle des Scheitern der Verhandlungen mit Israel auf der Grundlage des internationalen Rechts, der Gründung des Staates Palästina in den Grenzen vor 1967 und der Wiederaufnahme der Verhandlungen dort, wo sie im Dezember 2008 – nach der Annapolis-Konferenz – endeten, über die Annullierung der Osloer Vereinbarungen sowie über die Gründung des gemeinsamen jüdisch-arabischen Staates oder des binationalen Staates nachzudenken¹⁴⁶.

04.02.2010:

In ihrer Wochenübersicht für den 27. Januar bis 02. Februar berichtet das „United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)“, dass das israelische Militär einen Palästinenser im Gazastreifen tötete und zwanzig in allen palästinensischen Gebieten verletzt wurden. Im Süden der Westbank seien 24 variable Hindernisse aufgegeben worden. Die Anordnung Häuser

niederzureißen, habe einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Beschränkungen für Fischer im Gazastreifen würden fortbestehen. Die Einfuhr von Glas sei nach wie vor begrenzt. In den Tunnelanlagen seien zwei Palästinenser zu Tode gekommen. In der Jerusalemer Altstadt sei ein Haus von Siedlern besetzt worden.

03.02.2010:

Die nordirische Friedensnobelpreisträgerin und Begründerin der „Community of Peace People“ Mairead Maguire schlägt dem Nobelpreiskomitee in Oslo vor, in diesem Jahr Mustafa Barghouti mit dieser Auszeichnung zu ehren. Die Verleihung wäre die verdiente Anerkennung für die Friedensarbeit Barghoutis für den Aufbau der palästinensischen Zivilgesellschaft und die Bewegung des gewaltfreien Widerstandes gegen die israelische Besatzung, erklärt Maguire. Barghouti wurde 1954 in der Nähe von Ramallah geboren und studierte an der Stanford University Medizin und Betriebswissenschaft. Er gehört dem „Palestinian Legislative Council (PLC)“ an und war 2007 in der Regierung der nationalen Einheit unter Führung von Salam Fayyad Informationsminister. Die Kandidatur Barghoutis kann durch Mitteilung an communicationforpeace@gmail.com unterstützt werden.

Auf der jährlich stattfindenden Sicherheitskonferenz in Herzliya wiederholt der Autonomie-Ministerpräsident Salam Fayyad die Absicht, bis Ende 2011 die Staatsgründung Palästinas durch die Erfüllung der Voraussetzungen des Aufbaus von Basisstrukturen zu erreichen. Es gehe nicht um die Ausrufung des Staates, sondern um seinen allmählichen Aufbau, führt Fayyad aus. Zuvor hatte Verteidigungsminister Ehud Barak davor gewarnt, dass Israel ohne die Zweistaatenlösung Gefahr laufe, ein Apartheidstaat wie ehemals Südafrika und Rhodesien zu werden. In seiner Tageskolumne fragt Uri Avnery am 10. April, ob es – wie von Fayyad vorgeschlagen –

einen palästinensischen Staat „im Werden“ unter israelischer Besatzung aufgebaut werden könne. Avnery zeigt sich skeptisch, weil die israelischen Behörden alle derartigen Bemühungen mit einem Streich auslöschen könnten.

Die Knesset berät ein Gesetz, das Personen mit bis zu zwanzig Jahren Haft bedroht, sollten sie einen Asylsuchenden, der aus Afrika aus Furcht vor der Ermordung flieht, Zuflucht bietet sowie für sie Leistungen der medizinischen Versorgung und Lebensmittel erbringt¹⁴⁷.

Dass „Middle East Center“ der Carnegie-Stiftung mit Sitz in Beirut und unter Leitung von Paul Salem wird in einer Studie unter 273 „Think Tanks“ als die im Nahen Osten und in Nordafrika bezeichnet. In einer Erklärung schreibt Salem: *„This survey result is [a] wonderful recognition for the work of our scholars from various Arab countries and abroad, and all those who helped establish and grow the Center. I strongly believe that, in cooperation with other Middle East institutions, we can make valuable contributions to much needed political and socio-economic reform and development in the region.“*

Die Arbeiten des Center werden in dieser Homepage dankbar genutzt. Die Bewertung kommt nach der Ernennung von Amr Hamzawy am 27.12.2009 zum Forschungsdirektor des Center. Der ägyptische Politologe arbeitete früher beim „Middle East Program“ in Washington, D.C., und sammelte Forschungs- und Lehrerfahrungen an der Universität Kairo und der Freien Universität Berlin.

01.02.2010:

Der palästinensische Präsident Machmud Abbas trifft zu Gesprächen mit der Bundesregierung in Berlin ein. Nach dem üblichen und politisch unverbindlichen Bekenntnis Angela Merkels zur Zweistaatenlösung unterschreiben beide Seiten ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Nachdem die israelische Regierung am 29. Januar ihre Stellungnahme zum UN-Bericht des früheren südafrikanischen Verfassungsrichters Richard Goldstone¹⁴⁸ abgegeben hat, in dem sie den Vorwurf der Kriegsverbrechen im Gazastreifen zurückweist, gibt sie bekannt, dass zwei hohe Offiziere gemäßregelt worden seien, die am 15. Januar 2009 für den Artillerie-Beschuss des Geländes des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNRWA) in Gaza-Stadt verantwortlich gemacht werden, wodurch das Leben von Zivilisten „in Gefahr gebracht“ worden sei. Den Vorwurf, dass dabei auch weißer Phosphor benutzt wurde, der schwere Verbrennungen auslöst, weist die Regierung zurück. UN-Generalsekretär Ban ki-Moon wird die Stellungnahme der UN-Vollversammlung zuleiten.

Januar 2010

31.01.2010:

Im Zuge seiner Gespräche mit der britischen Regierung in London äußert Präsident Machmud Abbas in einem Exklusivinterview mit dem Londoner „Guardian“ die Sorge, dass die fortgesetzte Siedlungspolitik Israels zur „Einstaatlösung“ führen werde, die er zurückweise. Wenn Israel den Rahmen für eine Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967 mit Gebietsaustausch sowie für das Ende der Besatzung mit Zeitleisten und Mechanismen anerkenne, werde es Fortschritte geben. Das alles seien keine Vorbedingungen, sondern die Erfordernisse, die in der „Road Map“ vom Frühjahr 2003 niedergelegt seien. Gleichzeitig betont Abbas, dass es von palästinensischer Seite keine Rückkehr zum bewaffneten Widerstand geben werde, dass er zu direkten Gesprächen bereit sei, wenn Israel zu einem drei Monate währenden absoluten Siedlungsstopp bereit sei, und dass seine Gespräche mit dem früheren Ministerpräsidenten Ehud Olmert einer umfassenden Vereinbarung nahegekommen seien, die weit über das hinausgegangen sei, was Yasser Arafat in der Ära der US-

Präsidentschaft Bill Clintons verhandelt habe. Abbas verwarft sich gegen Berichte des „Guardians“, wonach seine Autonomiebehörde eng mit der US-amerikanischen „Central Intelligence Agency (CIA)“ bei der Festnahme und der angeblichen Folterung von „ Hamas“-Sympathisanten zusammengearbeitet habe¹⁴⁹. Schließlich verteidigt Abbas das „souveräne Recht Ägyptens“, zur Abwehr des Schmuggels in den Gazastreifen eine unterirdische Stahlwand an der Grenze im Sinai zu errichten.

30.01.2010:

In der „Süddeutschen Zeitung“ vermittelt Julia Amalia Heyer einen präzisen Eindruck über die Arbeit der US-amerikanisch-jüdischen Organisation „J Street“¹⁵⁰, die Präsident Barack Obamas Nahostpolitik unterstützt und ein Gegengewicht gegen die großen jüdischen Lobby-Organisationen „American Public Affairs Committee (AIPAC)“, „Anti-Defamation League (ADL)“ und „American Jewish Committee (AJC)“ aufbaut. Seit der Gründung im April 2008 sei die Mitgliederzahl auf mittlerweile 150.000 gestiegen¹⁵¹.

Ebenfalls in der „Süddeutschen Zeitung“ wird unter Berufung auf das Bundesverteidigungsministerium berichtet, dass deutsche Soldaten – zunächst Piloten der Luftwaffe – in sechs- bis achtwöchigen Kursen in Israel die Bedienung der unbenannten Drohne „Heron 1“ erlernen. Anschließend sollen sie in der nordafghanischen Stadt Masar i-Sharif stationiert werden.

29.01.2010:

Der Jerusalemer Soziologe Meron Benvenisti wiederholt seine erstmals Mitte der 1980er Jahre vorgetragene These, dass sich die Zweistaatenlösung erledigt habe. Die Existenz Israels als jüdischer demokratischer Staat stelle keinen Wert an sich dar, so dass die Option des gemeinsamen jüdisch-arabischen Staates auf der Grundlage „Parität der Wertschätzung“ zu bevorzugen sei.

Ansonsten werde die israelische Beherrschung der Palästinenser anhalten, oder die palästinensische Kontrolle über die jüdische Gemeinschaft mittels der Demographie werde sich durchsetzen¹⁵². Daraufhin wirft ihm der frühere Berater des Direktors des israelischen Inlandsgeheimdienstes („Shin Bet“), Matti Steinberg, am 04. Februar vor, nicht den arabischen und palästinensischen Willen zur Zweistaatenlösung zu würdigen. Benvenistis Überlegungen würden überdies dem Recht des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung widersprechen. In einem gemeinsamen Staat würde der arabisch-palästinensische Bevölkerungsteil bei allen Regierungsentscheidungen, von denen er betroffen sei, ein Vetorecht reklamieren¹⁵³.

28.01.2010:

Das iranische Regime lässt zwei Oppositionelle durch den Strang hinrichten, die im April 2009 festgenommen wurden. Sie sollen zu einem „monarchistischen Rat“ gehört haben, der zum Boykott der Präsidentschaftswahlen am 12. Juni 2009 und zu Terrorakten aufgerufen habe. Nach Pressemeldungen sollen weitere neun Oppositionelle, die zum Tode verurteilt wurden, auf die Entscheidung des Berufungsgerichts warten.

27.01.2010:

Auf Einladung von Bundespräsident Horst Köhler spricht Israels Staatspräsident Shimon Peres im Bundestag aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen. Peres wird von Außenminister Guido Westerwelle mit dem Walter-Rathenau-Preis geehrt. Er kündigt weitere 1,5 Millionen Euro für die Palästinenser als humanitäre Hilfe an, die dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) für Notunterkünfte und Maßnahmen im Gesundheitsbereich sowie für die Wasser- und Sanitärversorgung zur Verfügung stehen.

Anschließend trifft Abbas mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen.

Der arabisch-palästinensische Abgeordnete Achmed Tibi hält in der Knesset eine Rede aus Anlass des Gedenkens über die Opfer der „Shoah“. Parlamentspräsident Reuven Rivlin und mehrere Abgeordnete der politischen Rechten gratulieren Tibi. Rivlin erklärt, er habe in der Knesset nie zuvor eine bessere Rede gehört. Dabei verweist Tibi auch auf die anderen Opfergruppen, auf Russen, Zigeuner und politische Gegner¹⁵⁴. Am 28. Januar veröffentlicht „Haaretz“ den Text der Ansprache.

26.01.2010:

„Nur ein Idiot kann sagen, dass Israel [den Ausbau der] Siedlungen eingefroren hat“, schreibt Akiva Eldar in „Haaretz“.

25.01.2010:

Angesichts einer bedrohlichen Zuspitzung im Persischen Golf zwischen den USA und Iran schreibt der Washingtoner Korrespondent der „Welt“, Torsten Krauel: „Angela Merkel bereitet Deutschland darauf vor, Israel mitzuverteidigen. Das iranische Regime bringt sich in eine Position, in der Berlin die antijüdische Feindseligkeit nicht mehr ignorieren kann, ohne die Lehren aus der deutschen Geschichte zu ignorieren.“ Krauel erinnert an die Rede Merkels im März 2008 vor der Knesset, in der sie sich zu der einzigartigen Beziehungen zu Israel mit dem Worten bekannt habe, dass die Sicherheit Israels „niemals verhandelbar sei – und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben“¹⁵⁵.

22.01.2010:

Der frühere arabische Knesset-Abgeordnete Mohammad Darawshe, Ko-Direktor der „Abraham Fund Initiatives“, verteidigt im Internat-Portal „Hagada Hasmatit (Linkes Forum)“ gegen manche Widerstände im arabischen und im jüdischen Bevölkerungsteil die Absicht des Vorsitzenden der kommunistisch orientierten jüdisch-arabischen „Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (Hadash)“ Mohammed Barakeh, aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz mit einer Parlamentsdelegation nach Polen zu fahren. Barakeh, der aus dem Dorf Safuriya stammt, auf dessen Ruinen der Moshav Tsipori entstand, könne eine Brücke zwischen den jüdischen und dem palästinensischen Narrativen bilden, begründet Darawshe sein Votum. Während sich die Ablehnung auf das Argument stütze, mit der Reise würden die Juden und nicht die Araber des Landes zu den Siegern der [nationalen] Geschichte erklärt, glaubt Darawshe, dass der Aufbau einer gemeinsamen Gesellschaft auch auf den Schultern des arabischen Bevölkerungsteils ruhe. „Wir sollten Verantwortung für unser Schicksal übernehmen und nicht warten, bis die Juden darüber entscheiden, was sie mit uns machen“, schreibt der Autor, um sich anschließend gegen Stereotypen zu verwehren: „Die arabischen Bürger sollten von den Juden nicht nur unter dem Aspekt der Sicherheit oder durch die Linsen der Politik betrachtet werden, sondern auch als Menschen, die für ihre Mitbürger Empathie empfinden, als eine Person mit offenen Sinnen und mit offenem Herzen sowie als ein Intellektueller mit schwierigen Fragen nicht nur an den ‚anderen‘, sondern auch an sich selbst.“

21.01.2010:

Bei einer Tagung des Tel Aviver Büros der „Genfer Initiative“ führt Udi Dekel – er leitete das israelische Verhandlungsbüro von Ministerpräsident Ehud Olmert – aus, dass es der größte Fehler gewesen sei, auf dem Prinzip zu bestehen, dass nichts vereinbart sei, bis alles vereinbart worden sei. Wenn die eine

Seite Flexibilität an den Tag gelegt habe, habe die andere Seite Nachforderungen gestellt. Dennoch habe es einige Fortschritte gegeben, bis das Team von US-Außenministerin Condoleezza Rice Details aufgerufen habe, woraufhin sich beide Parteien hinter den Barrikaden ihrer Grundpositionen verschanzt hätten. Dekel schlägt vor, auf den Plan des Autonomie-Ministerpräsidenten Salam Fayyad, den Staat Palästina schnell zu gründen, zuzugehen und zuerst über die Grenzen und die Sicherheit zu verhandeln. Dabei müsse die Frage geklärt werden, wie viele Bewohner [israelische Siedler] da bleiben könnten. Dekel fügt hinzu, dass das israelische Team im Gegensatz zum palästinensischen schlecht vorbereitet in die Verhandlungen gegangen sei, weil jemand dafür gesorgt habe, die Unterlagen der Konferenz in Camp David [Juli 2000] und in Taba [Januar 2001] verschwinden zu lassen. Deshalb habe man auf Papiere der „Genfer Initiative“ zurückgreifen müssen.

20.01.2010:

Vor der in Israel stationierten Auslandspresse zieht Benjamin Netanyahu einen politischen Trennungsstrich zwischen der Westbank und Jerusalem, das keine Siedlung sei, sondern die Hauptstadt Israels. Die palästinensischen Bewohner der Stadt würden keinen Beschränkungen unterliegen. Bürgermeister Nir Barkat [Barakat] habe für sie soeben ein Programm für fünfhundert Wohneinheiten aufgelegt, während die Regierung siebenhundert Wohneinheiten in den jüdischen Wohnvierteln baue und die Palästinenser genauso wenig daran hindere, in den westlichen [jüdischen] Stadtteilen zu bauen, wie sie Privatleute daran hindere, Eigentum in den palästinensischen Wohnvierteln zu erwerben. Wenn die Regierung dies täte, würde sie der ethnischen Säuberung bezichtigt werden, räumt Netanyahu ein. Gleichzeitig erklärt er, dass sich die Palästinenser in einem Friedensvertrag auf „eine israelische

Präsenz auf der Ostseite des künftigen palästinensischen Staates“ einstellen müssten, gemeint ist das Jordantal.

19.01.2010:

Israels Außenminister Avigdor Lieberman und der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) Angel Gurría unterzeichnen in Jerusalem ein Abkommen, dass Israel an die Organisation näher heranrücken lässt und der OECD, dem gegenwärtig 31 Industriestaaten angehören, im Gegenzug Rechte und Immunitäten in Israel einräumt. Nach den Worten Gurrías soll die Einbindung noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ erklärt Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, dass es Israels Ziel sei, durch die Mitgliedschaft zu einer „regionalen Wirtschaftsmacht und technologischen Weltmacht“ zu werden. Zu den politischen Konditionen einer Mitgliedschaft gehört die Führung offizieller Statistiken, die sich nur auf Erhebungen innerhalb der 1967er Grenzen beziehen¹⁵⁶.

Der Gründer der „Izzedin-Brigaden“ – des militärischen Arms von „Hamas“ – fällt Machmud Mabchuch in Dubai einem Anschlag zum Opfer. Der 1960 im Flüchtlingslager Djebaliah im Gazastreifen Geborene wurde von Israel beschuldigt, 1989 an der Entführung von zwei israelischen Soldaten beteiligt gewesen zu sein. Seither lebte er in Damaskus. Seit 2000 habe er eine wichtige Rolle beim Schmuggel von Waffen und Waren aus dem Iran in den Gazastreifen gespielt. Die Verantwortung für den Mord wird aufgrund seiner strategischen Planungsqualität dem israelischen Auslandsgeheimdienst „Mossad (Organisation)“ zugeschoben, andere Vermutungen deuten auf innerpalästinensische Rivalitäten hin.

18.01.2010:

Unter Beteiligung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, Außenminister Avigdor Lieberman, Verteidigungsminister Ehud Barak, Industrie- und Handelsminister Benjamin Ben-Eliezer, Infrastrukturminister Uzi Landau und des stellvertretenden Außenministers Danny Ayalon sowie auf deutscher Seite vor allem Bundeskanzlerin Angela Merkel, Außenminister Guido Westerwelle, Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel finden in Berlin die zweiten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen statt. Im Mittelpunkt stehen nach offiziellen Angaben die Unterzeichnung gemeinsamer Projekte bei der Entwicklungshilfe in der „Dritten Welt“ – zu der Merkel in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Netanyahu die Palästinenser rechnet – einschließlich der Trinkwasserversorgung und der erneuerbaren Energien, die Zusammenarbeit zwischen deutschen und israelischen Mittelstandsbetrieben sowie die Vertiefung der bilateralen Kulturarbeit. Merkel habe ihren Amtskollegen Netanyahu ermuntert, so heißt es, „den Stopp des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten voranzutreiben“, auch wenn die Regierung in Jerusalem bereits „wichtige Maßnahmen“ ergriffen habe. Dennoch erwarte sie von der israelischen Regierung mehr Engagement. Merkel betont, dass sich die Bundesregierung an „umfassenden Sanktionen“ gegen Iran im UN-Sicherheitsrat beteiligen werde, wenn sich Teherans Haltung zum eigenen Nuklearprogramm nicht ändere. Die Bundesregierung werde in enger Abstimmung mit Israel ihre Hilfe in der Europäischen Union und in Zusammenarbeit mit den USA anbieten. Aufgrund der langen Tradition werde sich Deutschland der Verantwortung auch für das Recht Israels auf Existenz bei der Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet nicht verweigern¹⁵⁷. Merkel kündigt an, dass der palästinensische Präsident Machmud Abbas Anfang Februar nach Berlin kommen werde. In seiner Antwort bedankt sich Netanyahu für die „extrem produktive und extrem freundliche Sitzung“. Er

bescheinigt Merkel „Aufrichtigkeit“, „Integrität“, „Klarheit“ und „Mut“. Nach dem Abzug aus dem Süden Libanons [Ende Mai 2000] und aus dem Gazastreifen [Sommer 2005] werde Israel keine dritte Bastion dem Iran und den Terroristen überlassen, sondern der Entmilitarisierung „eines künftigen palästinensischen Staates“ höchste Priorität einräumen.

Wie zur Ergänzung fragt Yossi Alpher im Internet-Portal „bitterlemons“, warum die USA, Ägypten und Saudi-Arabien auf neue Verhandlungen drängen, obwohl sie nur in neuen Spannungen enden würden. Eine schnelle Annäherung zwischen „Fatah“ und „Hamass“ sei unwahrscheinlich. Außerdem werde Machmud Abbas Forderungen zu den Flüchtlingen, zu Jerusalem und zu den künftigen Grenzen stellen, die Benjamin Netanyahu nicht akzeptieren werde. Schließlich sei Netanyahu im Gegensatz zu Ehud Olmert kein begeisterter Kandidat für die Zweistaatenlösung. Seine Koalition verfüge über starke Bande zur Siedlerbewegung. Er scheine darauf zu warten, dass die USA so tief in der Region verwickelt seien, dass sie den israelisch-palästinensischen Prozess aufgeben, oder dass seine grenzenlosen Wunschvorstellungen in der Lage seien, alle [Parteien] auf Dauer zu manipulieren. Netanyahu sei der tonangebende Politiker, der von Tag zu Tag lebe: Er genieße jeden Tag, ohne sich auf einen hoffnungslosen Friedensprozess einzulassen, der ihm in Washington schade, aber seiner eigenen Klientel als Sieg erscheine. Alles andere sei für ihn unwichtig.

In ihrer Übersicht für 2009 betont das „United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)“, dass rund sechzig Prozent der Westbank den Palästinensern verschlossen seien. Während die Zahl der palästinensischen Verletzten seit 2005 gefallen sei, würden Menschenrechtsgruppen auf die steigende Zahl von Demonstranten hinweisen, die trotz ihres friedlichen („non-

violent“) Mitteleinsatzes in der Westbank von israelischen Sicherheitskräften festgenommen würden.

Der libanesischer Informationsminister Tareq Mitri wiederholt seinen Aufruf an die Palästinenser im Lande, außerhalb der Flüchtlingslager keine Waffen zu tragen. Aufgrund einer Vereinbarung von 2006 sei die Entscheidung nicht verhandelbar.

15.01.2010:

„Haaretz“ berichtet von detaillierten Gesprächen zwischen jüdischen Siedlern in der Westbank und Palästinensern über das gemeinsame Leben in einem binationalen Staat¹⁵⁸.

Im Gespräch mit der „Jerusalem Post“ spricht sich Pinchas Wallerstein, der in dieser Woche nach 35 Jahren im Dienst der Siedlerbewegung als Generalsekretär des „Rates der jüdischen Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza (YESHA)“ aus dem Amt geschieden ist, gegen den Aufruf an die Soldaten zur Verweigerung des Befehls aus, Siedlungen aufzulösen. Der Kampf gegen die israelische Armee sei nicht zu gewinnen. Außerdem sei sie die einzige Garantie für das Überleben des jüdischen Volkes. 95 Prozent der Siedler, die hinter YESHA stehen würden, würden diese Position unterstützen. Gleichzeitig lehnt Wallerstein die Schaffung eines palästinensischen Staates strikt ab¹⁵⁹.

13.01.2010:

Die „Jerusalem Post“ berichtet, dass die israelische Regierung Einblick in das von der NATO unter Leitung der früheren US-Außenministerin Madeleine Albright vorbereitete neue „Strategische Konzept“ („Strategy Concept“) nehmen möchte. In diplomatischen Gesprächen sei die NATO aufgefordert worden, den israelischen Standpunkt einzuarbeiten, dass das Konzept seinen Schwerpunkt auf Iran, das Verbot der nuklearen Weiterverbreitung und den Kampf

gegen den Terrorismus berücksichtigt. Israel suche eine Aufwertung seines Status mit dem Ziel, in den oberen Führungsetagen der NATO dabei zu sein, obwohl das Land nicht dem Verteidigungsbündnis angehört¹⁶⁰.

12.01.2010:

Der Chefberater des früheren Ministerpräsidenten Ariel Sharon, Dov Weissglas, warnt in einem Gastbeitrag mit dem Titel „Gestörte Beziehungen“ für die Zeitung „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ vor einer Verschlechterung der Beziehungen zu den USA. Weissglas schreibt:

„Machen wir uns nichts vor: Falls in Zukunft – Gott behüte – die Administration Druckmittel erwägen wird, werden sich angesichts des riesigen Umfangs der US-Unterstützung für Israel viele Mittel in ihrer Hand befinden, auch ohne Verzögerung der Anleihegarantien¹⁶¹. Die wahre Sorge gilt den guten amerikanisch-israelischen Beziehungen. Die Atmosphäre verschlechtert sich immer mehr: Mangel an Glaubwürdigkeit, fortgesetzte Reibungen und nicht gerade milde Konflikte sowie Verlust der diskreten, intimen Sprache und der Fähigkeit, über Strittiges insgeheim eine Vereinbarung zu finden. Es ist möglich, dass eine sofortige Erklärung Israels, im Zuge jeder politischen Konfliktbereinigung, ohne die großen Siedlungsblöcke, Judäa und Samaria räumen oder den Bau in Judäa und Samaria absolut einzufrieren, die Spannungen mildern und sogar vielleicht die Wiederaufnahme der Verhandlungen [mit der Palästinensischen Autonomiebehörde] ermöglichen würde. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen: In einigen Monaten wird eine solche Erklärung nicht mehr genügen, so wie die Erklärung über die teilweise Einstellung des Baus¹⁶² verspätet war und nicht geholfen hat. Am politischen Markt ist der Preis gestiegen, der von Israel verlangt wird.“

In Teheran fällt der 50-jährige Neutronenphysiker Mussad Ali Mohammadi einem Autobomben-Attentat zum Opfer. Das

Außenministerium beschuldigt die Geheimdienste der USA und Israels der Tat. Iranische Beobachter sind sich nicht einig in der Beurteilung, ob Mohammadi dem Regime von Staatspräsident Machmud Achmadinedjad oder der Protestbewegung gegen ihn nahestand.

11.01.2010:

Bundesaußenminister Guido Westerwelle beendet seine am Abend des 06. Januar begonnene Reise in den Nahen Osten nach Besuchen in der Türkei, Saudi-Arabien, Qatar, den Vereinigten Emiraten und Jemen. Die Regierung in Sana'a fordert Westerwelle zu grundlegenden innenpolitischen Reformen auf, um die Gefahren des Terrorismus vom Schlege der „al-Qaida“ zu bannen.

10.01.2010:

In der sonntäglichen Kabinettsitzung betont Benjamin Netanyahu, dass Israel in acht Monaten die Siedlungstätigkeit in der Westbank wieder aufnehmen werde. Israel wolle „die Verhandlungen ohne Verhandlungen erneuern“, erklärt der Ministerpräsident. Das von seinem Amt veröffentlichte Sitzungskommuniqué gibt diese Aussage nicht wieder. Am 11. Januar erklärt das Büro des Ministerpräsidenten in einer Erklärung, dass Israel nie auf die Kontrolle über ganz Jerusalem verzichten und sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen werde.

09.01.2010:

Benjamin Netanyahu kündigt den Bau einer 120 Kilometer langen Absperranlagen zwischen Eilat und dem Süden des Gazastreifens an, um unerwünschte Einwanderer vor allem aus Schwarzafrika am Übertritt nach Israel zu hindern. Jede Woche würden zwischen hundert und zweihundert Ausländer die schwer zu kontrollierende Wüstenstrecke an der Grenze zwischen Ägypten und Israel

passieren, heißt es im Innenministerium. Netanyahu begründet die Maßnahme, für die mindestens 230 Millionen Euro veranschlagt werden, als „strategische Entscheidung“, die gleichzeitig Terroristen abschrecken, aber keine Kriegsflüchtlinge treffen solle. Der Kommentator der Zeitung „Yediot Acharonot (Letzte Nachrichten)“ befürchtet gleichwohl, dass Israel zu einem neuen Sparta werde. Nach Medienberichten hat die ägyptische Polizei im Jahr 2009 nicht weniger als 17 Menschen erschossen.

Die „Jerusalem Post“ berichtet von dem Vorschlag des früheren Planungschefs des Militärs und Sicherheitsberaters Giora Eiland, sich von der Zweistaatenregelung zu verabschieden und stattdessen auf die „Vereinigten Staaten von Jordanien“ unter Einschluss der Westbank und des Gazastreifens hinzuarbeiten. Diese Empfehlung habe Eiland in der 41-seitigen Broschüre mit dem Titel „Regionale Alternativen zur Zweistaatenlösung“ vorgelegt. Die Alternative sei die Übertragung von 720 Quadratkilometern ägyptischen Territoriums an die Palästinenser im Gazastreifen für die israelische Annexion von gleich großen Teilen Westbank. Ägypten solle durch Landstriche im Negev kompensiert werden.

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ berichtet Rainer Hermann über die lange Verfolgungsgeschichte, denen die Bahai im Iran mit heute 350.000 Gläubigen ausgesetzt sind. Erneut habe kürzlich ein regimetreuer Politikwissenschaftler behauptet, sie stehe „unter der Führung der Zionisten“. Der Vorwurf der Spionage für Israel, sei – so Hermann – in der iranischen Presse eine der am häufigsten verwendeten Beschuldigungen. Bis 1985 seien 210 Bahai mit der gesamten gewählten Führung hingerichtet worden, mehr als 10.000 Gläubige seien geflohen. Nichts Gutes verheiße, dass am 03. Januar 2010 die Zahl der inhaftierten Bahai auf 48 gestiegen sei unter der widersinnigen Behauptung, sie hätten sich an den Demonstrationen gegen das Regime von Präsident Machmud Achmadinedjad beteiligt¹⁶³.

08.01.2010:

Nach dem Beschuss israelischen Territoriums mit Mörsergranaten, der nicht „ Hamas“, sondern frei agierenden Gruppen des „Volkswiderstandes“ zugeordnet wird, tötet ein israelischer Luftangriff auf Tunnelanlagen an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten drei Palästinenser.

In seiner Zwei-Wochen-Übersicht berichtet das „United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)“ in Jerusalem, dass zwischen dem 23.12.2009 und dem 05.01.2010 vom israelischen Militär acht Palästinenser getötet und 14 verletzt worden seien. Bei Übergriffen von Siedlern seien ein Siedler getötet sowie sechs Siedler und 15 Palästinenser verletzt worden. Ein Palästinenser habe beim Zusammensturz eines Tunnels an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Ägypten den Tod gefunden. Erstmals seit 2007 sei der Import von Glas über die israelische Grenze erlaubt worden.

Internationale Medien berichten, dass Israel und die Vereinten Nationen einer Vereinbarung nahe seien, wonach Israel für die Bombardierung von UN-Einrichtungen während des Gaza-Krieges elf Millionen US-Dollar an Entschädigungen zu zahlen bereit sei.

07.01.2010:

Das „Flensburger Tageblatt“ meldet das israelische Interesse am Kauf eines Unterseebootes der Klasse „Dolphin“ auf der Kieler Werft HDW im Wert von 234 Millionen Euro. Die Finanzierung soll im Rahmen der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen am 18. Januar in Berlin geklärt werden. Der Berliner „Tagesspiegel“ bestätigt am 17. Januar das Interesse Israels, dass die Bundesregierung bei der Finanzierung des U-Bootes helfe. Beobachter würden aber befürchten, dass Israel die deutschen U-Boote als Träger für

Marschflugkörper nutze, die auch mit nuklearen Sprengkörpern bestückt werden können. Israel tue wenig, um solche Befürchtungen zu zerstreuen, sondern spiele mit ihnen im Rahmen der psychologischen Kriegsführung. Außerdem wünsche sich Israel kleine Fregatten oder große Korvetten, für die Aufträge an die Hamburger Werft Blohm & Voss vergeben werden könnten.

Ophir Pines-Paz, langjähriges Mitglied der Knesset für die Arbeitspartei und in dieser Rolle Mitglied des außen- und sicherheitspolitischen Ausschusses, kündigt sein Ausscheiden aus der Politik an. Er habe seit langem das Vertrauen in die Führung des Vorsitzenden Ehud Barak verloren, begründet er seinen Schritt¹⁶⁴. Im Dezember 2009 war mehreren Abgeordneten der Partei das Recht entzogen worden, im Parlament zu sprechen und Anträge einzubringen, weil sie aus Gewissensgründen gegen Regierungsvorlagen gestimmt hatten. Zu ihnen gehörten der frühere Vorsitzende Amir Peretz, Eitan Cabel und Daniel Ben-Simon (beide frühere Vorsitzende der Fraktion) sowie Shelly Yachimovich.

In der US-amerikanischen Zeitschrift „The Nation“ schreibt Henry Siegman, früherer Direktor des „American Jewish Congress“ und heute Gastprofessor an der „School of Oriental and African Studies“ der Universität London, das Israel – um die Zweistaatenlösung zu verhindern – die Grenze von „der einzigen Demokratie im Nahen Osten“ zum einzigen Apartheid-Regime in der westlichen Welt überschritten habe, nachdem es selbst das begrenzte Einfrieren der Siedlungstätigkeit kontinuierlich verletze. Diese Gefahr sei schon Ariel Sharon und Ehud Olmert bewusst gewesen. Letzterer habe befürchtet, dass Israel sicherheitspolitisch nichts aus den Erfahrungen des Unabhängigkeitskrieges 1948 gelernt habe. Nach 1967 sei die Auflösung der meisten Siedlungen aufgrund des Einflusses des Komplexes aus Siedlern, militärisch gesteuerter Sicherheit und

Industrie mit Hilfe des nationalreligiösen Lagers und der Regierung fast unmöglich geworden. Ganz abgesehen vom sich wandelnden Verständnis in der jüngeren jüdischen Generation, zu der das jüdische Establishment den Kontakt verloren habe – würden früher oder später das Weiße Haus, der Kongress und die US-amerikanische Öffentlichkeit der Tatsache ins Auge sehen müssen, dass Amerikas „besondere Beziehung“ zu Israel darauf hinausläuft, ein koloniales Unternehmen zu erhalten. Die Kapitulation Barack Obamas vor Benjamin Netanyahu habe die Behauptung diskreditiert, dass palästinensische Mäßigung der Weg zur Staatswerdung sei. Doch was als letzter Schlag gegen die Zweistaatenlösung erscheine, mag die notwendige Bedingung für einen endgültigen Erfolg sein, nämlich die Absage an die Vorstellung, dass ein palästinensischer Staat ohne eine kraftvolle Intervention von außen entstehen könne. Die internationale Gemeinschaft lasse Zeichen der Erschöpfung mit Israels Täuschungen erkennen. Der jüngste Vorstoß der schwedischen EU-Präsidentschaft¹⁶⁵ sei vielleicht das erste Anzeichen der Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, der Intransigenz Netanyahus deutlich entgegenzutreten. Eine Einmischung oder die Auferlegung („imposition“) [von Verpflichtungen] sei kaum ungewöhnlich, vielmehr sei sie das tägliche Brot der internationalen Diplomatie und definiere Amerikas Beziehungen zu Verbündeten und unfreundlichen Ländern gleichermaßen. Ohne Israels echte Sicherheitsbedürfnisse zu vernachlässigen, dürfe Obama keinen Zweifel daran lassen, dass er Amerikas zentrale Werte und strategischen Interessen zu wahren gewillt sei¹⁶⁶.

06.01.2010:

US-Sonderbotschafter für den Nahen Osten George J. Mitchell erklärt im amerikanischen Fernsehen, dass der Schlussvertrag im israelisch-palästinensischen Konflikt in weniger als zwei Jahren

erreicht werden müsse. Nach Medienberichten soll er damit gedroht haben – Yoel Marcus stuft sie am 12. Januar in „Haaretz“ als „Optionen“ ein –, dass Washington Kreditzusagen zurückzieht, sollte die israelische Regierung keine politischen Fortschritte erkennen lassen. Daraufhin betont Israels Finanzminister Yuval Steinitz („Likud“), dass sein Land auf die Kreditzusagen nicht angewiesen sei.

Am Grenzübergang Rafah kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen Palästinensern, wobei der ägyptische Grenzpolizist Achmed Shaaban ums Leben kommt und zahlreiche Personen verletzt werden. In der ägyptischen Hafenstadt al-Arish stoßen internationale Friedensaktivisten mit der Polizei zusammen. Auslöser der Auseinandersetzungen ist die von dem britischen Labour-Abgeordneten George Galloway initiierte Aktion „Viva Palestine“ mit geplanten Transporten von Nahrungsmitteln und Medikamenten über die Grenze zum Gazastreifen, den die Sicherheitskräfte zu vereiteln suchen. In der Nacht zum 7. Januar überqueren mehr als 400 Angehörige von „Viva Palestine“ die Grenze zum Gazastreifen. Durch die ständige Begleitung von „ Hamas“-Angehörigen aus „Sicherheitsgründen“ hätten sie keine Chance gehabt, mit gewöhnlichen Palästinensern zu reden. „Wir kamen, um gegen die [israelische] Blockade zu demonstrieren, und fanden uns selbst unter Belagerung“, zitiert Amira Hass am 07. Januar in „Haaretz“ einen Teilnehmer. Die 1361 Friedensaktivisten, die zunächst nach Kairo kamen, würden aus 43 Ländern mit einem großen Prozentanteil Juden stammen. Am 09. Januar untersagen die ägyptischen Behörden den Friedensaktivisten aufgrund der Konfrontation mit der Polizei jede Unterstützung zugunsten des Gazastreifens.

Der frühere Präsident des israelischen Obersten Gerichts, Aharon Barak, fordert die Regierung auf, dem Internationalen Strafgerichtshof in Dan Haag beizutreten, auch wenn die Gefahr bestehe, dass israelische Soldaten und Politiker vor ihm erscheinen müssten. Israel sei ein Teil der internationalen Gemeinschaft und

müsse sich deshalb so verhalten, führt Barak vor einer Konferenz mit Richtern in Jerusalem aus. Der Kommentator von „Haaretz“ weist darauf hin, dass Barak damit seine langjährige Haltung geändert habe, dass sich das Oberste Gericht nicht in Angelegenheiten der Sicherheit einmischen solle. Jetzt schließe er sich der Auffassung seiner Amtsnachfolgerin Dorit Beinisch an.

In der oberägyptischen Kleinstadt Nagaa Hammadi 700 Kilometer südlich Kairo kommen sechs Kopten und ein moslemischer Polizist ums Leben, als sie beim Verlassen der dortigen Kirche aus Anlass des koptischen Weihnachtsfests angegriffen werden. Hintergrund soll die Vergewaltigung eines muslimischen Mädchens sein.

Die US-Administration erwartet die Unterstützung des internationalen „Quartetts“ bei Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Eine entsprechende Absichtserklärung soll bei der nächsten Sitzung des „Quartetts“ erfolgen.

05.01.2010:

Israelische Medien berichten, dass der US-amerikanische Millionär Irving Moskowitz, der seit Jahren mit privaten Investitionen die Siedlungstätigkeit fördert, den Bau von vier neuen Wohnhäuser mit 24 Wohneinheiten östlich der Jerusalemer Altstadt-Mauern am Fuße des Ölbergs finanziert. Die Stadtverwaltung habe die Pläne bereits gebilligt. Am 6. Januar berichtet „Haaretz“, dass die Entscheidung der Stadtverwaltung nach einem Einspruch von „Meretz“ verschoben worden sei. Die hebräische Ausgabe des Blattes meldet, dass im Norden Jerusalems, in Shuafat, neue Wohneinheiten in Planung seien.

Die EU-Kommission teilt mit, dass sie im Rahmen ihres PEGASE-Programms¹⁶⁷ 6,3 Millionen Euro an die Palästinensische Autonomiebehörde zur Auszahlung von Gehältern und von Renten

an 80.021 Angestellte überwiesen hat. Auch Angestellten im Gazastreifen soll ein Teil des Geldes zugute kommen.

04.01.2010:

Israelische Medien berichten, dass die Regierung beabsichtige, den früheren Präsidenten des Obersten Gerichts Aharon Barak an die Spitze der Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe zum Gaza-Krieg zu berufen. Die UN-Vollversammlung hatte Israel sowie „die palästinensischen Behörden im Gazastreifen“ aufgefordert, bis Ende Januar 2010 einen Bericht vorzulegen¹⁶⁸.

03.01.2010:

Präsident Machmud Abbas trifft zu Gesprächen mit Hosni Mubarak in Sharm el-Sheikh ein. Zur palästinensischen Delegation gehört der Chefdiplomat Saeb Erakat und Abbas' Chefberater Nabil Abu-Rudeineh. Von ägyptischer Seite nehmen teil Außenminister Achmad Abu el-Ghait und der Chef der Sicherheitsdienste Omer Suleiman. Bei den Gesprächen geht es vornehmlich um die palästinensische Bereitschaft, an den Verhandlungstisch unter der Bedingung zurückzukehren, dass die Regierung in Jerusalem einen vollständigen Stopp des Siedlungsbau anbietet und Teile der in Oslo vereinbarten Zone B der Westbank – in der sich Israel und die Palästinenser die Kontrolle teilen –, in die Zone A zu überführen, die zumindest formal der alleinigen Kontrolle der Autonomiebehörde untersteht. Das mehrfache Vorrücken des israelischen Militärs in die Zone A mit den Städten Jenin, Nablus, Ramallah, Jericho, Bethlehem und Hebron unterstreicht jedoch die Nachdrücklichkeit, mit der Israel seinen Souveränitätsvorbehalt über die gesamte Westbank durchzusetzen versucht¹⁶⁹. Von den USA erwartet Abbas nach Medienberichten die prinzipielle Anerkennung der „Grünen Linie“ vor dem Junikrieg 1967, bevor über einen Gebietsaustausch mit Israel in der Größenordnung von ein bis drei Prozent verhandelt werden könne. Von Qatar sein, seiner nächsten Reisesstation,

besteht Abbas auf klaren Zusagen der israelischen Regierung vor Aufnahme von Verhandlungen. Für März oder April 2010 kündigt Mubarak eine Gipfelkonferenz an.

Die israelische Zeitung „Maariv (Abend)“ berichtet, dass Benjamin Netanyahu bei der Begegnung mit Hosni Mubarak in Kairo am 28. Dezember 2009 seine Bereitschaft erklärt habe, über alle offenen Probleme mit Machmud Abbas ohne Vorbedingungen zu verhandeln, auch wenn seine Position zu Jerusalem als ewiger Hauptstadt Israels und zur palästinensischen Flüchtlingsfrage – keine Rückkehr nach Israel – unverändert sei. Für Ende Januar sei in Kairo eine Konferenz unter Leitung Mubaraks geplant, an der die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton teilnehmen werde. Käme Präsident Barack Obama, würde er Mubarak die Schau stehlen, zitiert das Blatt einen hohen Repräsentant der israelischen Regierung¹⁷⁰. Einen Tag später, am 4. Januar, berichtet die Zeitung, dass nach Washingtoner Vorstellungen auf der Grundlage der „Clinton-Parameter“ vom 23. Dezember 2000 zunächst über die Grenzziehung verhandelt werden soll. Danach sei Israel gezwungen, seine Siedlungstätigkeit jenseits der Grenze einzustellen¹⁷¹. Am 5. Januar lässt ein hoher Repräsentant der israelischen Regierung über die „Jerusalem Post“ dementieren, dass Israel die Frage der endgültigen Grenzen zuerst zu diskutieren bereit sei. Dies würde darauf hinauslaufen, dass Israel Land und Siedlungen anbiete sowie Regelungen zu Jerusalem und zum Flüchtlingsproblem aushandeln würde, ohne eine Gegenleistung zu erhalten.

Die ägyptischen Behörden öffnen versuchsweise bis zum 6. Januar den Grenzübergang Rafah zum Gazastreifen für Lebensmittellieferungen, die medizinische Versorgung und für Studierende.

„Haaretz“ berichtet, Außenminister Avigdor Lieberman habe die israelischen Botschafter bei ihrer Zusammenkunft am 31. Dezember 2009 in Jerusalem scharf kritisiert, weil manche von ihnen den Auffassungen derjenigen Staaten, in denen sie stationiert seien, mehr als denen der eigenen Regierung zuneigen würden. Die Botschafter hätten sich schockiert gezeigt. Bereits am 29. Dezember 2009 bezeichnet der Kommentator von „Haaretz“ unter Verweis auf die Botschafterkonferenz die Ernennung Liebermans als einen der großen Fehler Benjamin Netanyahus, weil der Außenminister Israel in die üblen Tage zurückwerfe, an denen „Die ganze Welt ist gegen uns“ verbreitet gewesen sei¹⁷².

Im Internet-Portal der Zeitung „Yediot Acharonot“ schreibt Udi Aloni, dass die internationale Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk, israelische Waren aus den palästinensischen Gebieten zu boykottieren, Firmen zu ächten, die dort investieren, und Sanktionen gegen die israelische Politik wegen der Leugnung nationaler palästinensischer Rechte zu verhängen – unter der Bezeichnung „Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)“ firmierend –, aus Kreisen der radikalen Linken im Westen in die dortige bürgerliche Mitte eingewandert sei. Aloni schlägt vor, dass sich Juden, die Israel lieben, dieser gewaltfreien Initiative anschließen. Aloni schlägt vor, eine kritische Masse der israelischen Öffentlichkeit für drei Prinzipien zu gewinnen: 1. das sofortige Ende der Besatzung, 2. volle Gleichstellung der palästinensischen Bürger Israels und 3. rechtliche und moralische Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf Rückkehr. Dagegen hat der neue palästinensische Wirtschaftsminister Hassan Abu-Libdeh klargestellt, dass Produkte und Dienstleistungen aus Israel auch weiterhin willkommen seien, nicht jedoch aus den Siedlungen¹⁷³. Am 29. Mai berichtet der Israel-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Hans-Christian Rößler, dass der Siedlerrat für „Judäa und Samaria“ (YESHA) die

Regierung aufgefordert habe, die Höhe der Steuerzuweisungen gemäß dem Pariser Protokoll vom Frühjahr 1994¹⁷⁴ zu kürzen, für den Import von Gütern, die für die Palästinenser gedacht sind, den Hafen von Ashdod zu sperren. Gleichzeitig habe der Rat die israelische Bevölkerung aufgefordert, gezielt Waren aus den Siedlungen zu kaufen. Nach Auskunft von Fachleuten, so Rößler, habe Israel im Jahr 2009 Güter aus den Siedlungen, in denen gegenwärtig rund 25.000 Palästinenser arbeiten, im Wert von 44 Milliarden US-Dollar exportiert, von denen jedoch nur ein kleiner Teil in die palästinensischen Gebiete selbst verkauft worden sei¹⁷⁵.

01.01.2010:

In „Haaretz“ berichtet Barak Ravid über die Gespräche zwischen Benjamin Netanyahu und Hosni Mubarak am 29. Dezember 2009 in Kairo, zu deren Ergebnissen neue politische Bewegung im israelisch-palästinensischen Konflikt gehören würde. Die Regierungen in Kairo und Washington würden erwägen, eine Gipfelkonferenz unter Beteiligung des Nahost-„Quartetts“, Ägyptens, Jordaniens, Israels und der Palästinensischen Autonomiebehörde nach Kairo einzuberufen.

In derselben Zeitung schlägt Alexander Jakobson vor, dass jene Siedler, die im Zuge der Gründung des Staates Palästina nicht nach Israel zurückkehren wollen, künftig als loyale Staatsbürger in „Judäa und Samaria“ wohnen können¹⁷⁶. Mit diesem Modell wäre eine Parallele zum Status der arabischen Palästinenser als Staatsbürger Israels geschaffen.

Das Tel Aviver Büro der „**Genfer Initiative**“ legt seinen Jahresarbeitsbericht vor. Darin werden zahlreiche Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene aufgelistet. Gleichzeitig wird

bedauert, dass im abgelaufenen Jahr 2009 keine israelisch-palästinensischen Verhandlungen stattgefunden haben.

¹ Vgl. die Eintragungen am 08.12.2010, 20.09.2010, 02.08.2010 und 28.06.2010 in dieser Zeitleiste.

² Vgl. die Eintragung am 29.09.2008 in dieser Zeitleiste.

³ Rachel Shabi: The problem with Israel's Jewish 'refugee' initiative, in „The Guardian“ 16.12.2010. Vgl. dazu die höchst informative Untersuchung von Joel Beinin: The Dispersion of Egyptian Jewry. Culture, Politics, and the Formation of a Modern Diaspora. Cairo–New York 2005. Eine Rezension des Buches folgt in Kürze.

⁴ **House Resolution 1765: Thursday, December 16, 2010:
SUPPORTING A NEGOTIATED SOLUTION
TO THE ISRAELI-PALESTINIAN CONFLICT**

Whereas a true and lasting peace between Israel and the Palestinians can only be achieved through direct negotiations between the parties;
Whereas Palestinian leaders have repeatedly threatened to declare unilaterally a Palestinian state and to seek recognition of a Palestinian state by the United Nations and other international forums;

Whereas Palestinian leaders are reportedly pursuing a coordinated strategy of seeking recognition of a Palestinian state within the United Nations, in other international forums, and from a number of foreign governments;

Whereas, on November 24, 2010, Mahmoud Abbas, leader of the Palestinian Authority and the Palestine Liberation Organization, wrote to the President of Brazil, requesting that the Government of Brazil recognize a Palestinian state, with the hope that such an action would encourage other countries likewise to recognize a Palestinian state;

Whereas, on December 1, 2010, in response to Abbas's letter, the Government of Brazil unilaterally recognized a Palestinian state;

Whereas, on December 6, 2010, the Government of Argentina announced its decision to recognize unilaterally a Palestinian state, and the Government of Uruguay announced that it would unilaterally recognize a Palestinian state in 2011;

Whereas, on March 11, 1999, the Senate adopted Senate Concurrent Resolution 5, and on March 16, 1999, the House of Representatives adopted House Concurrent Resolution 24, both of which resolved that any attempt to establish Palestinian statehood outside the negotiating process will invoke the strongest congressional opposition";

Whereas, on October 20, 2010, Secretary of State Hillary Rodham Clinton stated, "There is no substitute for face-to-face discussion and, ultimately, for an agreement that leads to a just and lasting peace";

Whereas, on November 5, 2010, United States Department of State Spokesman Mark Toner, responding to a question about the Palestinians possibly taking action to seek recognition of a Palestinian state at the United Nations, said, "[T]he only way that we're going to get a comprehensive peace is through direct negotiations, and anything that might affect those direct negotiations we feel is not helpful and not constructive";

Whereas, on November 10, 2010, Secretary Clinton stated, ``we have always said and I continue to say that negotiations between the parties is the only means by which all of the outstanding claims arising out of the conflict can be resolved. There can be no progress until they actually come together and explore where areas of agreement are and how to narrow areas of disagreement. So we do not support unilateral steps by either party that would prejudge the outcome of such negotiations.";

Whereas, on December 7, 2010, Assistant Secretary of State for Public Affairs Philip J. Crowley stated, "We don't think that we should be distracted from the fact that the only way to resolve the core issues within the process is through direct negotiations." ;

Whereas, on December 10, 2010, Secretary Clinton stated, "it is only a negotiated agreement between the parties that will be sustainable";

Whereas the Government of Israel has made clear that it would reject a Palestinian unilateral declaration of independence, has repeatedly affirmed that the conflict should be resolved through direct negotiations with the Palestinians, and has repeatedly called on the Palestinian leadership to return to direct negotiations; and

Whereas efforts to bypass negotiations and to unilaterally declare a Palestinian state, or to appeal to the United Nations or other international forums or to foreign governments for recognition of a Palestinian state, would violate the underlying principles of the Oslo Accords, the Road Map, and other relevant Middle East peace process efforts:

Now, therefore, be it Resolved, That the House of Representatives—

(1) reaffirms its strong support for a negotiated solution to the Israeli-Palestinian conflict resulting in two states, a democratic, Jewish state of Israel and a viable, democratic Palestinian state, living side-by-side in peace, security, and mutual recognition;

(2) reaffirms its strong opposition to any attempt to establish or seek recognition of a Palestinian state outside of an agreement negotiated between Israel and the Palestinians;

(3) urges Palestinian leaders to—

(A) cease all efforts at circumventing the negotiation process, including efforts to gain recognition of a Palestinian state from other nations, within the United Nations, and in other international forums prior to achievement of a final agreement between Israel and the Palestinians, and calls upon foreign governments not to extend such recognition; and

(B) resume direct negotiations with Israel immediately;

(4) supports the Administration's opposition to a unilateral declaration of a Palestinian state; and

(5) calls upon the Administration to—

(A) lead a diplomatic effort to persuade other nations to oppose a unilateral declaration of a Palestinian state and to oppose recognition of a Palestinian state by other nations, within the United Nations, and in other international forums prior to achievement of a final agreement between Israel and the Palestinians; and

(B) affirm that the United States would deny recognition to any unilaterally declared Palestinian state and veto any resolution by the United Nations Security Council to establish or recognize a Palestinian state outside of an agreement negotiated by the two parties.

⁵ Die „Chabad“-Bewegung geht zurück auf Menachem Mendel Schneerson, der 1941 nach seinem Studium an der Pariser Hochschule für Elektroindustrie nach Brooklyn übersiedelte und seit 1950 die Geschicke der Lubavitcher Dynastie lenkte. Seine Anhänger warben lange für seine

Anerkennung als „König Messias“ und zeigten sich enttäuscht, als sich Schneerson am 31. Januar 1993 nicht als der erwartete Messias zu erkennen gab. Schneerson starb am 12. Juni 1994 in New York. „Chabad“ unterhält in allen Teilen der Welt, so auch in den jüdischen Gemeinden Deutschlands, Dependancen mit dem Auftrag, vor allem Jugendlichen eine jüdische Erziehung zu vermitteln. Manche „Chabad“-Gefolgsleute glauben nach wie vor, dass Schneerson am Leben sei, und halten die Vorstellung aufrecht, er sei der „König Messias“.

⁶ Vgl. die Eintragung am 29.11.2009 in dieser Zeitleiste.

⁷ Hans-Christian Rößler: Strom aus der Wüste, in FAZ 30.11.2010, S. 11.

⁸ Vgl. meinen Beitrag „Ägyptens Ringen um die Zukunft und der israelisch-palästinensische Konflikt“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

⁹ Sam Bahour: Economic Prison Zones, in „Middle East Report Online“ 19.11.2010.

¹⁰ Der Text der „Grundlinien“ befindet sich in der Menüleiste „Genfer Initiative – Begleitende Dokumente“ in dieser Homepage.

¹¹ Rebecca Anna Stoil: Rivlin: We're no longer clearly a strategic asset, in „The Jerusalem Post“ 19.11.2010.

¹² Vgl. die Eintragungen am 19.10.2010 und am 07.06.2010 in dieser Zeitleiste.

¹³ Vgl. die Eintragungen am 25.08.2010 in dieser Zeitleiste.

¹⁴ Vgl. die Eintragungen am 23.09.2010 in dieser Zeitleiste.

¹⁵ Vgl. die Eintragungen am 11./12.07.2008 und am 03./04.11.2008 in dieser Zeitleiste.

¹⁶ Ulrike Putz: Blutiger Bruderkampf in der Hamas, in „Spiegel-online“ 09.11.2010.

¹⁷ Vgl. die Eintragung am 26.09.2010 in dieser Zeitleiste.

¹⁸ Vgl. die Eintragung am 27.02.2011 in der Zeitleiste dieser Homepage.

¹⁹ „Israel muss Exporte aus Gaza erlauben“ (Interview), in FAZ 06.11.2010, S. 5.

²⁰ Zum Besuch von Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel im Gazastreifen s. die Eintragung am 19.06.2010 in dieser Zeitleiste.

²¹ Vgl. die Eintragung am 08.04.2010 in dieser Zeitleiste.

²² Vgl. die Eintragung am 16.03.2010 in dieser Zeitleiste.

²³ Vgl. meinen Reisebericht „Libanon: Konfessionalismus, Demokratie und Nahostkonflikt. Bericht aus einem Land vor den Parlamentswahlen mit einem Nachwort zu den Wahlen am 7. Juni und am 12. Juni 2009 im Iran“.

²⁴ Hans-Christian Rößler: Ein „letztes“ Moratorium für den Siedlungsbau, in FAZ 06.10.2010, S. 7.

²⁵ Vgl. die Eintragung am 14. und 03.05.2010 in dieser Zeitleiste sowie mein Resümee der Pariser Gründungsveranstaltung „Paris, June 27, 2010: Reflections about the Discussions and Results of a Meeting with Jewish Peace Activists: Avoiding Mistakes – Outlining Opportunities“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

²⁶ Text der Presseerklärung vom 26.09.2010: „JCall-Deutschland gegründet. Neue jüdische Organisation wendet sich gegen israelischen Siedlungsbau JCall, die Initiative europäischer Juden für Frieden und Vernunft, hat sich am heutigen Sonntag auch in Deutschland konstituiert. Auf der Gründungsversammlung in Frankfurt am Main wurde Rabbiner **Tovia Ben-Chorin** aus Berlin zum Ersten Vorsitzenden und der Frankfurter Universitätsprofessor **Micha Brumlik** zum Zweiten Vorsitzenden gewählt. Mit JCall erheben europäische Juden gemeinsam ihre Stimme „in Liebe zu Israel, im eigenen Interesse und mit dem Blick auf eine gerechte Lösung und des Nahostkonflikts“, sagt Ben-Chorin. JCall fordert die europäischen Regierungen, die EU, die Politiker in Israel und in der arabischen Welt zu einer entschiedenen Friedenspolitik auf. Gerade jetzt drohen die Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern an der Frage des Siedlungsbaus erneut zu scheitern. JCall-Deutschland appelliert dringend an alle Beteiligten, das Ziel einer friedlichen Konfliktlösung nicht aus dem Auge zu verlieren. Der israelische Siedlungsbau ist seit vielen Jahren ein schweres Hindernis für politische Fortschritte im Nahen Osten. Die Siedlungen gefährden überdies den demokratischen Charakter des Staates Israel. „Wir sorgen uns um die Zukunft Israels in seiner kulturellen und moralischen Bedeutung für die Juden der Welt“, erklärt der deutsche JCall-Vorstand.“ – Kontakt: Hans Jakob Ginsburg, T. 0173/6.17.47.42; Micha Brumlik, T. 0172/7.78.48.47.

²⁷ Vgl. die Eintragung am 22.09.2010 in dieser Zeitleiste.

²⁸ Text Plan der Palästinensischen Autonomieregierung vom August 2009 in der Menüleiste „Genfer Initiative“ und dort unter „Begleitende Dokumente“ dieser Homepage.

²⁹ Text der Erklärung des Nahost-Quartetts vom 21.09.2010 in der Menüleiste „Genfer Initiative“ und dort unter „Begleitende Dokumente“ dieser Homepage.

³⁰ Vgl. die Eintragung am 02.08.2010 in dieser Zeitleiste.

³¹ Dazu mein Beitrag „A Critical Account of German and European Policies Towards the Middle East“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage. Der Beitrag geht auf ein Referat zurück, das ich im Dezember 2009 vor einer „Meretz“-Delegation in Berlin gehalten habe.

³² Uri Avnery: Two Fingers, October 2, 2010

EHUD OLMERT raised his hands before his face, two fingertips almost touching: “We were that close!”

He was talking about the negotiation he had conducted personally with Mahmoud Abbas, just before he himself was forced to vacate the Prime Minister’s office.

That was the climax of the speech he made last week at a meeting of the “Geneva Initiative”. Before analyzing it, a few words about the host and about the speaker.

THE GENEVA INITIATIVE rose like a meteor and fell like a meteor in the early 2000s. [2004!, sorry my dear friend Uri]

At its center was a serious effort to draft a full and final peace agreement with the Palestinian people. It came after a draft prepared by Gush Shalom and resembled it in many ways. But there were two big differences: the Geneva Initiative had an identified Palestinian partner, and it was far more detailed. While the Gush Shalom draft only laid out the principles, the Geneva draft went into detail and covered 423 pages, plus maps. [Sorry again, the voluminous 423 pages were published in September 2009.]

When this draft was unveiled in an impressive ceremony in Geneva, in the presence of senior international personalities (and in the absence of the “radical” Israeli peace camp, which had been boycotted by the initiators in order to stress their “mainstream” character), it was an international event. For some months, the initiative was at the center of world attention. Many governments found it interesting. I, too, was active on its behalf, in spite of the fact that I had not been involved. I spoke about it with several statesmen, including the President of Germany and the German Foreign Minister. Everywhere I found a very positive attitude. Everybody appreciated the initiative and was eager to help.

And then it disappeared, as rapidly as it had risen. The *coup de grace* was delivered by Ariel Sharon, the Prime Minister, who drew from his hat the rabbit called separation. Its implementation was accompanied with much drama and melodrama, and the world forgot about Geneva.

What remains is a group of supporters, one peace association among many, who publish ads from time to time and convene the occasional meeting. Olmert’s speech was made at such a meeting.

In the meantime, something strange has happened to the Initiative. Its spiritual father was Yossi Beilin, a person with a fertile – some say, over-fertile – mind. Beilin started his chequered career in the Labor Party, as an assistant to Shimon Peres. When he did not make their Knesset list, he joined Meretz, became its leader and led it to disastrous election results. Recently, a bizarre situation has arisen. Beilin is still the chairman of the Geneva Initiative, but now he opposes the idea of a full peace agreement that would put an end to the conflict. He claims that such an agreement is impossible, and that the aim should therefore be an interim agreement - the very opposite of the Geneva Initiative.

The Oslo agreement has shown that an interim agreement is but the continuation of the conflict by other means – not a precursor to a final agreement, but a mechanism for its prevention. The initiator of the initiative has become its undertaker.

FROM THE host to the speaker. Ehud Olmert is the most unpopular politician in the country today (quite an achievement, given the competition).

Right from the beginning of his political career, a cloud of suspicions has hovered over his head, and in the course of time it has become thicker and thicker. As of now, half a dozen criminal trials and police investigation are in progress against him, concerning bribes, fraud, forgery and more. Quite

possibly he may end up in prison, to be greeted by several of his colleagues, including his finance minister.

As if this were not enough, Olmert is conducting a bitter campaign against his former ministers, and especially Ehud Barak, hurling at them a barrage of accusations. One of the most serious (in his eyes): that Barak had tried to shorten the Cast Lead operation.

Amid all this clamor, Olmert has found the time and the energy for the speech at the Geneva Initiative meeting, in which he described in detail his efforts to achieve peace with the Palestinians. With the help of his two forefingers, he asserted that peace had been very close, and that a full and final agreement could be achieved now. Thus he adopted a position that is far to the left of that renowned leftist, Yossi Beilin.

From the practical political point of view, the speech carries little weight.

The public is much more interested in his forged accounts and the dollar-stuffed envelopes that he received. The part of his speech in which he belabored Barak ("Ehud vs. Ehud") completely overshadowed the part devoted to peace.

YET IT is worth taking notice of what he had to say. Especially since it comes from a person who grew up in a right-wing home and who has spent his whole career in right-wing parties.

For half an hour, speaking fluently without recourse to notes, Olmert dealt with the core issues of the negotiations with the Palestinians.

As far as the borders are concerned, Olmert argued, agreement had been almost reached. The border would be based on the (pre-1967) Green Line, with exchanges of territory that would leave the large settlement blocs in Israel.

In this matter, it seems, a consensus has gradually come into being. But only in principle, because two large boulders block the way to an agreement.

The settlements hard on the border should not pose too much difficulty.

The Etzion Bloc, Modi'in-Ilit and Alfei Menashe are located almost on the border, and can be exchanged for Israeli land.

But two settlements that are located deep in Palestinian territory – Ariel and Ma'aleh Adumim – pose quite different problems. Ariel is located 20 km from the Green Line, near the spine of the West Bank (the Nablus-Jerusalem road). Together with the road that connects it to Israel proper, Ariel cuts up the Palestinian territory.

If Ma'aleh Adumim were to be connected with Jerusalem by an extension of Israeli territory, this, too, would almost cut the West Bank into two.

Traffic between Nablus and Hebron would be forced to take a wide detour.

The evacuation of these two big settlements would pose a huge problem.

Their continued existence would pose an even bigger one. Perhaps creative solutions can be found: staying there under Palestinian sovereignty, or remaining as small enclaves inside the Palestinian state.

Some think of connections such as tunnels, bridges or special roads, like the one that once connected West Berlin with West Germany.

The solution will largely depend on the nature of the border between Israel and Palestine. If it is an open border, with the free movement of people, everything will be easier. Much as traffic will move freely between Gaza and Hebron through Israeli territory, it may move from Ariel to Kfar Sava through Palestinian territory. However, it is uncertain whether the Palestinians would agree.

ACCORDING TO Olmert, the Jerusalem problem can be solved along the lines laid down by President Bill Clinton: what is Jewish will go to Israel, what is Arab will go to Palestine.

This will necessitate a further big concession on the part of the Palestinians, since some Jewish neighborhoods have been built as settlements beyond the Green Line. For their readiness to allow them to be joined to Israel, the Palestinians would have to receive very large compensation.

But the main thing is that Olmert has finally laid to rest “Jerusalem reunited, the eternal capital of Israel”. He has put the partition of Jerusalem squarely on the table, without subterfuges like Barak at Camp David and without Beilin-style creative tricks.

BUT THE most important breakthrough in Olmert’s speech was on the refugee front.

Olmert agreed that Israel should admit its part in the creation of the problem, and proposed to Abbas a comprehensive plan for the re-settlement of all refugees, including the return of some tens of thousands to Israel.

The importance of this point cannot be exaggerated. The refugee problem has profound emotional ramifications. It touches the very roots of the Israeli-Palestinian conflict. Until now, all Israeli governments have denied our responsibility and refused to discuss the return of even one refugee (except some miserly “family reunion” cases).

To my mind, the number proposed by Olmert is less important than his agreement to allow the return of refugees at all. As the joke goes, after the respectable lady agreed to sleep with the gentleman for a million dollars, “now that we have agreed on the principle, we must discuss the price.”

If the negotiations are no longer about “whether” refugees will come back, but about “how many”, no doubt agreement can be reached. (Gush Shalom proposed 50 thousand a year for ten years. The Geneva Initiative proposes a complicated formula which boils down to the return of some tens of thousands.)

WHY IS this important? With Olmert’s popularity approaching zero, does it really matter what he says at all?

Olmert is an optimist and has a lot of self-confidence. He believes that he will get out of his troubles somehow and return to the political arena. He really believes that he can become Prime Minister again.

No one denies that he has very sharp political instincts. If a person with such ambitions proposes an agreement, it means that he is convinced that these positions are now accepted by the great majority.

That’s the reason I suggest taking a good look at Olmert’s fingertips.

³³ Vgl. die Eintragung am 07.06.2010 in dieser Zeitleiste.

³⁴ Vgl. meinen Bericht „Wir wollen unabhängig sein! – Gespräche und Erfahrungen in Jordanien zwischen dem 28. März und 08. April 2010“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage.

³⁵ Vgl. die Eintragung am 13.09.2010 in dieser Zeitleiste.

³⁶ Vgl. die Eintragung am 13.07.2010 in dieser Zeitleiste.

³⁷ Vgl. die Eintragung am 20.08.2010 in dieser Zeitleiste.

³⁸ Alon Liel: Don’t worry, there won’t be peace, in „Haaretz“ 29.08.2010.

³⁹ Vgl. dazu u.a. meinen Beitrag „Zwölf Bemerkungen und Empfehlungen zur deutschen Nahostpolitik“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser

Homepage.

- ⁴⁰ Vgl. die Eintragung am 21.07.2010 in dieser Zeitleiste.
- ⁴¹ Vgl. die Eintragung am 04./05.02.2010 in dieser Zeitleiste.
- ⁴² Vgl. die Eintragung am 16.08.2010 in dieser Zeitleiste. Text der Erklärung des Nahost-Quartetts vom 20.08.2010 in der Menüleiste „Genfer Initiative“ und dort unter „Begleitende Dokumente“ dieser Homepage.
- ⁴³ [Akiva Eldar: Das Wagnis Barack Obamas, in „Haaretz“ 25.07.2010 \(Hebr.\).](#)
- ⁴⁴ [Vgl. die Besprechung von Marwan Muasher „The Arab Center. The Promise of Moderation“ \(2008\) in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage.](#)
- ⁴⁵ [Marwan Musher: Palestinian-Israeli Direct Talks: The Case for a Regional Approach, „Carnegie Endowment for International Peace“ 24.08.2010.](#)
- ⁴⁶ Text der Erklärung des Nahost-Quartetts in der Menüleiste „Genfer Initiative“ und dort unter „Begleitende Dokumente“ dieser Homepage.
- ⁴⁷ [Vgl. meinen Kommentar „Zwischen Berlin und Jerusalem“ in der Juli-Ausgabe der „Jüdischen Zeitung“, reproduziert in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.](#)
- ⁴⁸ [PM's speech in Turkey, in \[www.Number10.gov.uk\]\(http://www.Number10.gov.uk\) 27.07.2010.](#)
- ⁴⁹ Vgl. die Eintragung am 24.06.2010 in dieser Zeitleiste.
- ⁵⁰ Vgl. die Eintragung am 19.06.2010 in dieser Zeitleiste.
- ⁵¹ Vgl. die Eintragungen am 23.03., 22.02. und 19.02.2010 in dieser Zeitleiste.
- ⁵² [David Grossman: Der schlimme Fluch des absoluten Neins, in FAZ 08.07.2010, S. 33.](#)
- ⁵³ Vgl. die Eintragung am 18.05.2010 in dieser Zeitleiste.
- ⁵⁴ Text des verabschiedeten Antrags in der Menüleiste „Genfer Initiative“ und dort unter „Begleitende Dokumente“ dieser Homepage.
- ⁵⁵ [Haviv Rettig Gur: Scholar urges Law of Return changes, in „The Jerusalem Post“ 30.06.2010.](#)
- ⁵⁶ Vgl. die Eintragungen am 23.03. und am 26.02.2010 in dieser Zeitleiste.
- ⁵⁷ [Moshe Zuckermann: Abstraktes Postulat, in „Junge Welt“ 30.06.2010, S. 10.](#)
- ⁵⁸ [Dazu mein Kommentar „Dirk Niebel oder Zurück auf Los“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.](#)

⁵⁹ Vgl. die Eintragungen am 25.05., 16.04., 23.03., 06.03. und 19.02.2010 in dieser Zeitleiste.

⁶⁰ Dazu mein Kommentar „Westerwelles Bedauern reicht nicht“ in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage.

⁶¹ Vgl. meinen Reisebericht „Libanon: Konfessionalismus, Demokratie und Nahostkonflikt. Bericht aus einem Land vor den Parlamentswahlen mit einem Nachwort zu den Wahlen am 7. Juni und am 12. Juni 2009 im Iran“.

⁶² Vgl. meinen Kommentar „Israels Politik und David Grossmans Ehrung – zwei deutsche Voten“ in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage.

⁶³ Vgl. die Eintragung am 31.05.2010 in dieser Zeitleiste.

⁶⁴ Zuhir Andreus: Wir alle sind Zuabi, in „Haaretz“ 18.08.2010 (Hebr.).

⁶⁵ Der „Appell an die Vernunft“ ist in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage verfügbar.

⁶⁶ Vgl. meinen Kommentar „Der Preis der Konfrontation: Die internationale Freiheitsflotte und das israelische Militär“ in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage.

⁶⁷ Jack Khoury: Nearly 1/3 of Israeli Arabs don't want to be friends with Jews, in „Haaretz“ 25.05.2010.

⁶⁸ MFA legal expert Sarah Weiss Maudi on the legal aspects of Gaza aid, „IMRA“ 27.05.2010.

⁶⁹ Hans-Christian Rößler: Zwei Staaten, in FAZ 19.05.2010, S. 1.

⁷⁰ Gal Beckerman: Why must Israel studies be laden with politics?, in „Haaretz“ 17.05.2010. Vgl. die Eintragung am 04./05.02.2010 in dieser Zeitleiste.

⁷¹ Der englische Wortlaut der Petition ist in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage verfügbar.

⁷² Asaf Shtuli-Trauring: It might have been wise to look the other way, in „Haaretz“ 13.03.2010.

⁷³ Die Petition ist in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage verfügbar.

⁷⁴ Carlo Strenger: Jewish liberals from all nations, unite, in „Haaretz“ 03.05.2010.

⁷⁵ Shlomo Avineri: What's happening to Diaspora Jews?, in „Haaretz“ 10.05.2010.

⁷⁶ Hillary Rodham Clinton: Remarks at the American Jewish Committee Annual Gala Dinner, Washington, D.C., April 29, 2010.

⁷⁷ Gabriel Scheffer: Are they really anti-Semites? in „The Jerusalem Post“ 28.04.2010.

⁷⁸ Vgl. die Eintragung am 25.08.2010 in dieser Zeitleiste.

⁷⁹ Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode, Drucksache 17/1535, S. 4 f.

⁸⁰ Reiner Bernstein: A Critical Account of German and European Policies Towards the Middle East. Das Referat ist verfügbar in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage. Außerdem ders.: Momente der Wahrheit: In Israel soll Menschenrechtsorganisationen die finanzielle Basis entzogen werden. Der Beitrag ist verfügbar in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage.

⁸¹ Zu „J Street“ vgl. meinen Beitrag „Our Middle East“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

⁸² Natasha Mozgovaya: J Street chief: Obama needs to connect with the Israeli people, in „Haaretz“ 25.04.2010.

⁸³ Zur Rede Netanyahus an der Bar Ilan-Universität s. die Eintragung am 06.07.2009 in dieser Zeitleiste.

⁸⁴ Vgl. die Eintragung am 15.04.2010 in dieser Zeitleiste.

⁸⁵ Vgl. „Offener Brief an Elie Wiesel“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage.

⁸⁶ Vgl. die Eintragung am 15.04.2010 in dieser Zeitleiste.

⁸⁷ Ari Shavit: An open letter to Netanyahu: Act before it's too late, in „Haaretz“ 19.04.2010.

⁸⁸ Zeev Sternhell: Wer verwandelt Jerusalem in eine Siedlung?, in „Haaretz“ 16.04.2010 (Hebr.). Vgl. die Eintragungen am 15.05., 23.03., 06.03. und am 19.02.2010 in dieser Zeitleiste. Zusammenhängend zu diesem Aspekt Reiner Bernstein: „Bibi ante portas“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

⁸⁹ Hillary Rodham Clinton, Remarks at the Dedication of the S. Daniel Abraham Center for Middle East Peace, U.S. State Department, April 15 2010. Vgl. auch die Eintragung am 15.04.2010 in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage.

⁹⁰ Eine deutsche Übersetzung des Briefes ist mit der Überschrift „Warum gibt man Israel die Schuld?“ in der Online-Ausgabe der Tageszeitung „Die Welt“ am 17.04.2010 abgedruckt.

⁹¹ Vgl. die Eintragung am 20.08.2009 in dieser Zeitleiste.

⁹² Akiva Eldar: In Israel, reality hides under a ‘top secret’ stamp, in „Haaretz“ 09.04.2010; Jan Hauser: Still soll es in Israel sein, in FAZ 09.04.2010, S. 33.

- ⁹³ Akiva Eldar: As a democracy, how can Israel censor citizens' right to know?, in „Haaretz“ 16.04.2010.
- ⁹⁴ David Ignatius: Obama weighs new peace plan for the Middle East, in „The Washington Post“ 07.04.2010; Helene Cooper: Weighing an Obama Plan to End a Mideast Logjam, in „The New York Times“ 07.04.2010; Daniel Levy: An Obama Middle East peace plan: Is it real? Is it smart?, in „The Middle East Channel“ 07.04.2010. Ignatius ist mit der Zitierung „frühere Vereinbarungen“, zu denen die Ergebnisse des Dreiergipfels in Camp David im Juli 2000 gezählt werden sollten, einem Irrtum aufgesessen. Denn dort hat es in den zentralen Fragen keine Einigung gegeben.
- ⁹⁵ Menachem Klein: From the Margins to the Mainstream: Impact of Extreme Religious Discourse in Israel, in „Palestine-Israel Journal“ 16(März 2010)3&4, S. 125 ff. Von Klein stammt u.a. das Buch „The Jerusalem Problem. The Struggle for Permanent Status.“ Gainesville et al. 2004.
- ⁹⁶ Alon Ben-Meir: Time to Change the Status quo, in „The Jerusalem Post“ 30.03.2010.
- ⁹⁷ Pinkas Alon: Obama is Pro-Israel, in „Ynet“ 29.03.2010.
- ⁹⁸ Dazu mein Beitrag „Our Middle East“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.
- ⁹⁹ Thomas Friedman: Hobby or Necessity, in „The New York Times“ 27.03.2010.
- ¹⁰⁰ Vgl. die Eintragung am 09.03.2010 in dieser Zeitleiste.
- ¹⁰¹ Aluf Benn: What is the Labor Party still doing in a right-wing government?, in „Haaretz“ 23.03.2010.
- ¹⁰² Chaim Levinson: Settlements have cost Israel \$17 billion, study finds, in „Haaretz“ 23.03.2010.
- ¹⁰³ Vgl. die Eintragungen am 22.02.2010 und am 19.01.2010 in dieser Zeitleiste.
- ¹⁰⁴ Jackson Diehl: A familiar obstacle to Mideast peace: Mahmoud Abbas, in „The Washington Post“ 22.03.2010, p. A 17. Vgl. die Eintragungen am 26.02.2010 und am 31.01.2010 in dieser Zeitleiste.
- ¹⁰⁵ Auszüge der Ansprache Netanyahus finden sich im „Journal of Palestine Studies“ # 156, S. 166-168.
- ¹⁰⁶ J Street: New Poll: American Jews continue to Support Obama Push for Two-State Solution, Back Strong U.S. Engagement, 22.03.2010.
- ¹⁰⁷ Vgl. die Eintragung am 15.03.2010 in dieser Zeitleiste.
- ¹⁰⁸ Joint Statement by the Middle East Quartet, Moscow, March 19, 2010: The Quartet – U.N. Secretary General Ban Ki-moon, Russian Foreign Minister Sergei Lavrov, U.S. Secretary of State Hillary Rodham Clinton,

U.S. Special Envoy for Middle East Peace George Mitchell, and High Representative for Foreign Affairs and Security Policy of the European Union Catherine Ashton – met in Moscow on March 19, 2010. They were joined by Quartet Representative Tony Blair.

Reaffirming the fundamental principles laid down in its statement in Trieste on June 26, 2009, the Quartet welcomes the readiness to launch proximity talks between Israel and the Palestinians. The Quartet emphasizes that the circumstances which made it possible to agree to launch the proximity talks be respected. The proximity talks are an important step toward the resumption, without pre-conditions, of direct bilateral negotiations that resolve all final status issues as previously agreed by the parties. The Quartet believes these negotiations should lead to a settlement, negotiated between the parties within 24 months, that ends the occupation which began in 1967 and results in the emergence of an independent, democratic, and viable Palestinian state living side by side in peace and security with Israel and its other neighbors. The Quartet reiterates that Arab-Israeli peace and the establishment of a peaceful state of Palestine in the West Bank and Gaza is in the fundamental interests of the parties, of all the states in the region, and of the international community. In this regard, the Quartet calls on all states to support dialogue between the parties.

The Quartet reiterates its call on Israel and the Palestinians to act on the basis of international law and on their previous agreements and obligations – in particular adherence to the Roadmap, irrespective of reciprocity – to promote an environment conducive to successful negotiations and re-affirms that unilateral actions taken by either party cannot prejudice the outcome of negotiations and will not be recognized by the international community. The Quartet urges the government of Israel to freeze all settlement activity, including natural growth, to dismantle outposts erected since March 2001, and to refrain from demolitions and evictions in East Jerusalem. The Quartet also calls on both sides to observe calm and restraint and to refrain from provocative actions and inflammatory rhetoric especially in areas of cultural and religious sensitivity. Noting the significant progress on security achieved by the Palestinian Authority in the West Bank, the Quartet calls on the Palestinian Authority to continue to make every effort to improve law and order, to fight violent extremism and to end incitement. The Quartet emphasizes the need to assist the Palestinian Authority in building its law enforcement capacity.

Recalling that the annexation of East Jerusalem is not recognized by the international community, the Quartet underscores that the status of Jerusalem is a permanent status issue that must be resolved through negotiations between the parties and condemns the decision by the government of Israel to advance planning for new housing units in East Jerusalem. The Quartet re-affirms its intention to closely monitor developments in Jerusalem and to keep under consideration additional steps that may be required to address the situation on the ground. The Quartet recognizes the parties can mutually agree on an outcome that realizes the aspirations of both parties for Jerusalem, and safeguards its status for people around the world.

Recalling that transformative change on the ground is integral to peace, the Quartet continues to support the Palestinian Authority 's plan of August 2009 for building the Palestinian state within 24 months as a demonstration of Palestinians' serious commitment to an independent state that provides good governance, opportunity, justice, and security for the Palestinian people from the first day that it is established and is a responsible neighbor

to all states in the region. The Quartet takes positive note of Israel's steps to ease restrictions of movement in the West Bank and calls for further and sustained steps to facilitate the state building efforts of the Palestinian Authority. The Quartet endorses fully the efforts of the Quartet Representative in support of Prime Minister Fayyad's state-building and economic development program which has seen significant improvement in the Palestinian Authority's performance with respect to security and law and order and improved economic growth. The Quartet supports the Quartet Representative in his vital efforts to promote change on the ground in aid of the political negotiations.

The Quartet further calls on all states in the region and in the wider international community to match the Palestinian commitment to state-building by contributing immediate, concrete, and sustained support for the Palestinian Authority and, in the regard, looks forward to the upcoming meeting of the Ad Hoc Liaison Committee (AHLC) to coordinate international support for the Palestinian state building effort.

The Quartet is deeply concerned by the continuing deterioration in Gaza, including the humanitarian and human rights situation of the civilian population, and stresses the urgency of a durable resolution to the Gaza crisis. The Quartet calls for a solution that addresses Israel's legitimate security concerns, including an end to weapons smuggling into Gaza; promotes Palestinian unity based on the PLO commitments and the reunification of Gaza and the West Bank under the legitimate Palestinian Authority; and ensures the opening of the crossings to allow for the unimpeded flow of humanitarian aid, commercial goods, and persons to and from Gaza, consistent with UN Security Council Resolution 1860. The Quartet takes positive note that the Israeli government has just communicated its approval of a number of the UN Secretary General's civilian recovery projects, including a stalled housing project in Khan Younis and looks forward to their early implementation. The Quartet condemns yesterday's rocket fire from Gaza and calls for an immediate end to violence and terror and for calm to be respected. The Quartet reiterates its call for the immediate release of Israeli soldier Gilad Shalit.

Recognizing the significance of the Arab Peace Initiative, the Quartet looks forward to closer cooperation with the parties and the Arab League and urges regional governments to support publicly the resumption of bilateral negotiations, enter into structured regional dialogue on issues of common concern, and take steps to foster positive relations throughout the region in the context of progress towards comprehensive peace on the basis of UN Security Council Resolutions 242, 338, 1397, 1515, and 1850 and the Madrid principles, including through the conclusion of peace agreements between Israel and Syria and Israel and Lebanon.

The Quartet commits to remain actively involved on all tracks and to encourage and review progress. The Quartet commits to meet regularly and tasks the envoys to intensify their cooperation, to maintain contacts with the Arab League Committee on the Arab Peace Initiative, and to formulate recommendations for Quartet action.

The Quartet re-affirms its previous statements and supports, in consultation with the parties, an international conference in Moscow at the appropriate time concurrent with direct negotiations.

¹⁰⁹ Hans-Christina Rößler: Täglich droht die Abrissverordnung, in FAZ 18.03.2010, S. 7.

¹¹⁰ Zu PEGASE vgl. die Eintragung am 05.01.2010 in dieser Zeitleiste.

¹¹¹ Vgl. Reiner Bernstein: „Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren“ – Bericht über Gespräche und Erfahrungen während des Aufenthalts in Jordanien vom 28. März bis 08. April 2010 in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage.

¹¹² Barak Ravid: Israel envoy: U.S. ties at their worst in 35 years, in „Haaretz“ 15.03.2010.

¹¹³ Vgl. die die Empfehlung IX in meinem Beitrag „Zwölf Bemerkungen und Empfehlungen zur deutschen Nahostpolitik“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

¹¹⁴ Außerdem Jeff Barak: A democratically dangerous direction, in „The Jerusalem Post“ 15.03.2010.

¹¹⁵ Vgl. die Eintragung am 30.12.2009 in dieser Zeitleiste.

¹¹⁶ Vgl. die Eintragung am 04./05.02.2010 in dieser Zeitleiste.

¹¹⁷ Vgl. die Eintragung am 05.02.2010 in dieser Zeitleiste.

¹¹⁸ Dietmar Neuerer: Zentralrat der Juden kritisiert Israel, in „Handelsblatt“-Online 11.03.2010.

¹¹⁹ Vgl. die Eintragung am 19.02.2010 in dieser Zeitleiste.

¹²⁰ Peter Münch: Pendeln zwischen den Hinterzimmern, in SZ 08.03.2010, S. 4.

¹²¹ Peter Münch: Israels Affront, in SZ 11.03.2010, S. 4.

¹²² Vgl. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Berlin 2000, Kap. V.

¹²³ Ari Shavit: To preserve Zionism, Netanyahu must end the occupation, in „Haaretz“ 25.02.2010.

¹²⁴ Vgl. die Eintragung am 03.02.2010 in dieser Zeitleiste.

¹²⁵ Ron Friedman and Tovah Lazaroff: The ties that bind: Cabinet okays MP's Heritage Plan, in „The Jerusalem Post“ 22.02.2010.

¹²⁶ Joseph Trumpeldor (geb. 1880 in Pyatigorsk [Kaukasus] – 1920) ist das Symbol der aufbauenden und kämpfenden Zionismus. Als Soldat diente er 1904 im russisch-japanischen Krieg, wo er seinen linken Arm verlor. 1912 wanderte er in Palästina ein. Weil er sich weigerte, die ottomanische Staatsbürgerschaft anzunehmen, wurde er nach Ägypten deportiert und beteiligte sich dort an der Gründung des „Zion Mule Corps“ in britischen Diensten. Vom Mai bis Dezember 1915 nahm er an der britischen Gallipoli-Operation gegen die Türken teil. 1917 schloss er sich in London Vladimir Zeev Jabotinsky (1880 – 1940) bei der Gründung der „Jewish Legion“ an, bevor er im Juni des Jahres nach Russland zurückkehrte, um die dortige Regierung von der Schaffung jüdischer Regimenter in der russischen Armee zu überzeugen. 1919 kehrte Trumpeldor nach Palästina zurück und versuchte London vergeblich dafür

gewinnen, zehntausend jüdische Soldaten aus Russland zur Verteidigung des Mandatssystems zu rekrutieren. Bei einem Kampf mit arabischen (beduinischen) Marodeuren kam er am 01. März 1920 in Tel Hai ums Leben. Vierzehn Jahre später, 1934, wurde dort zu seinen Ehren eine Skulptur eingeweiht, auf der zu lesen ist: „Juda ist in Blut und Feuer gefallen, in Blut und Feuer wird Juda auferstehen.“ Zur zionistischen Heldenverehrung Trumpeldors s. das Buch von Idith Zertal: Nation und Tod. Göttingen 2003.

¹²⁷ Das Dokument ist in der Menüleiste „Genfer Initiative“ dieser Homepage verfügbar.

¹²⁸ Vgl. die Eintragung am 19.02.2010 in dieser Zeitleiste.

¹²⁹ Vgl. die Eintragungen am 03.02.2010, 02.01.2010; 08.12.2009, 01.12.2009 und 25.08.2009 in dieser Zeitleiste.

¹³⁰ Vgl. die Eintragung am 24.12.2009 in dieser Zeitleiste.

¹³¹ Catherine Hirschwitz: Israel and the European Union, Auslandsbüro Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung, 17.02.2010.

¹³² „Charedim“ = „diejenigen, die Gott fürchten“.

¹³³ „Indirekte Nahostgespräche sind idiotisch“ (Interview), in „Der Standard“ 17.02.2010.

¹³⁴ Vgl. meinen Beitrag „Zwölf Bemerkungen und Empfehlungen zur deutschen Nahostpolitik“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

¹³⁵ Vgl. die Eintragung am 14.02.2005 in dieser Zeitleiste.

¹³⁶ Dazu mein Beitrag „Our Middle East“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

¹³⁷ Yehuda Ben Meir: The price of folly, in „The Jerusalem Post“ 22.01.2010.

¹³⁸ Joint Written Statement submitted by Al-Haq, Badil Resource Center for Palestinian Residency and Refugee Rights and Defence for Children International, all non-governmental organisations in special consultative status: The Continuing Responsibility of the Human Rights Council in Ensuring Accountability for Victims of ‘Operation Cast Lead,’ 15.02.2010.

¹³⁹ „Europa muss viel mächtiger werden“ (Interview), in SZ 09.02.2010, S. 7.

¹⁴⁰ Hussein Ibish: A Palestinian state must be secular, in „The Daily Star“ (Beirut) 08.02.2010. Vgl. die Eintragung am 15.01.2010 in dieser Zeitleiste.

¹⁴¹ Al-Haq Letter to Prime Minister Dr. Salam Fayyad Regarding Human Rights Concerns in the West Bank, 06.02.2010.

¹⁴² Vgl. die Eintragung am 11.01.2010 in dieser Zeitleiste.

- ¹⁴³ Ernst Simon: Nationalismus, Zionismus und der jüdisch-arabische Konflikt in Martin Bubers Theorie und Wirksamkeit, in „Bulletin des Leo Baeck Institute“ 33(1966)9, S. 21 ff.
- ¹⁴⁴ Jonathan Lis: Chazan defends New Israel Fund from rightist onslaught. Former Meretz lawmaker dropped by Jerusalem Post, in „Haaretz“ 05.02.2010.
- ¹⁴⁵ Abe Selig and Hilary Leila Krieger: Oron threatens probe of right-wing funding if NIF is investigated, in „The Jerusalem Post“ 05.02.2010.
- ¹⁴⁶ Khaled Abu Toameh: Erakat calls for ‘alternative to two-state solution,’ in „The Jerusalem Post“ 04.02.2010.
- ¹⁴⁷ Bradley Burston: Fear of peace will be the death of Israel, in „Haaretz“ 03.02.2010.
- ¹⁴⁸ Vgl. die Eintragungen am 03.12., 03.11., 28.10., 19.10., 17.10., 14.10., 12.10., 06.10., 15.09. und am 17.06.2009 in dieser Zeitleiste.
- ¹⁴⁹ Seumas Milne: Mahmoud Abbas: Israel's West Bank occupation leading to one-state solution, in „The Guardian“ 31.01.2010.
- ¹⁵⁰ Vgl. dazu meinen Beitrag „Our Middle East“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.
- ¹⁵¹ Julia Amalia Heyer: Zu Kompromissen zwingen, in SZ 30./31.01.2010, S. 14.
- ¹⁵² Meron Benvenisti: United we stand, in „Haaretz“ 29.01.2010. Der hebräischsprachige Text erschien bereits am 22.01.2010 in der Wochenendbeilage der Zeitung unter dem Titel „So wurde Israel zu einem binationalen Staat“.
- ¹⁵³ Matti Steinberg: Daydreaming, in „Haaretz“ 04.02.2010.
- ¹⁵⁴ Yochanan Lis: Achmed Tibi: Es gibt nichts Dümmeres und nichts Unmoralischeres, als die Shoah zu leugnen, in „Haaretz“ 17.01.2010 (Hebr.).
- ¹⁵⁵ Vgl. die Eintragung am 17.03.2008 in dieser Zeitleiste.
- ¹⁵⁶ Peter Münch: Willkommen im Klub!, in SZ-Internet-Portal 21.01.2010.
- ¹⁵⁷ Vgl. die Eintragung am 07.01.2010 in dieser Zeitleiste.
- ¹⁵⁸ Lioni Bar-Geffen und Meron Rapoport: Siedler und Palästinenser sind bereit, über die Koexistenz zu reden, ohne dass jemand sein Haus aufzugeben braucht. Eine Enthüllung, in „Haaretz“ 15.01.2010 (Hebr.).
- ¹⁵⁹ Tovah Lazaroff: ‚We must prevent Palestinian statehood,‘ but not through violence against the IDF, in „The Jerusalem Post“ 15.01.2010.

¹⁶⁰ Yaakov Katz: Israel seeks to influence NATO strategic concept, in „The Jerusalem Post“ 13.01.2010.

¹⁶¹ Vgl. die Eintragung am 06.01.2010 in dieser Zeitleiste.

¹⁶² Weisglass spielte auf die Ankündigung eines teilweise zehnmonatigen Siedlungsstopps in der Westbank an.

¹⁶³ Rainer Hermann: Als Spione verunglimpft, in FAZ 09.01.2010, S. 10.

¹⁶⁴ Vgl. die Eintragungen am 21.12.2009 und am 20.08.2009 in dieser Zeitleiste.

¹⁶⁵ Vgl. die Eintragung am 08.12.2009 in dieser Zeitleiste.

¹⁶⁶ Henry Siegman: Imposing Middle East Peace, in „The Nation“ 07.01.2010.

¹⁶⁷ Am 01.02.2008 hat der neue europäische Mechanismus PEGASE zur Unterstützung des auf drei Jahre angelegten Palästinensischen Reform- und Entwicklungsplans TIM ersetzt. PEGASE geht auf die internationale Geberkonferenz am 17.12.2007 in Paris zurück, auf der Hilfen im Umfang von 7,7 Milliarden US-Dollar zugesagt wurden, wovon die EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission in den Jahren 2008 bis 2010 Mittelbindungen von insgesamt 3,47 Milliarden US-Dollar in Aussicht stellten. PEGASE baut auf TIM auf, ist aber breiter angelegt. An den Hauptachsen des Palästinensischen Reform- und Entwicklungsplans ausgerichtet, sieht PEGASE finanzielle und technische Hilfe in den Bereichen „Regierungsführung“, „soziale Entwicklung“, „Wirtschafts- und Privatsektorentwicklung“ sowie „öffentliche Infrastrukturen“ vor. Im Gegensatz zu TIM, der auf drei Monate befristet war und jeweils vom Europäischen Rat und vom „Quartett“ verlängert werden musste, erstreckt sich PEGASE über die kommenden drei Jahre und ermöglicht so eine vorhersehbare und stetige Hilfe für die Palästinensische Behörde.

¹⁶⁸ Vgl. die Eintragung am 03.11.2009 in dieser Zeitleiste.

¹⁶⁹ Zum israelischen Souveränitätsvorbehalt s. meinen Beitrag „Nach Gaza: Was politisch zu tun ist. Bemerkungen zur deutschen und europäischen Nahostpolitik – mit einem Nachwort zu den Parlamentswahlen in Israel am 10.02.2009“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.

¹⁷⁰ Maya Bengal und Amir Cohen: das Büro des Ministerpräsidenten: Netanyahu ist bereit, über alles zu verhandeln, in „Maariv“ 03.01.2010 (Hebr.).

¹⁷¹ Ben Caspit: Der amerikanische Friedensplan: Prinzipien des Friedensplans, in „Maariv“ 04.01.2010 (Hebr.).

¹⁷² Terroristische Diplomatie, in „Haaretz“ 29.12.2009 (Hebr.).

¹⁷³ Interview with Dr. Hasan Abu-Libdeh, Minister of National Economy, Portland Trust (London), December 2009.

¹⁷⁴ Vgl. Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Berlin 2000, S. 178 ff.

¹⁷⁵ Hans Christian Rößler: Boykott und Blockade in FAZ 29.05.2010, S. 10. In ihren Bericht „Wie die Palästinenser die jüdischen Siedler mürbe machen“, in „Spiegel-online“ 30.05.2010, spricht Ulrike Putz von 400 Millionen Euro, die die Siedler mit ihren Waren bisher in der Westbank verkauft haben.

¹⁷⁶ Alexander Jakobson: Settlers can stay, but only as citizens of Palestine, in „Haaretz“ 01.01.2010. Vgl. dazu meinen Beitrag „Netanyahu ante portas. Bemerkungen im Vorfeld der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen am 30. November 2009 in Berlin“ – durch die Verschiebung des Termins auf Januar 2010 haben sie nicht ihren Wert verloren – in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage.